

nahua script 7

Weltwirtschaftskrise und Schuldnerkartell

Mittelamerika im Würgegriff internationaler
Finanzinstitutionen
Nicaragua - El Salvador - Honduras - Guatemala -
Panama - Mexiko - Dominikanische Republik - Jamaika

"Nicht die Konten der internationalen Gläubiger stehen auf dem Spiel, sondern das Leben von Millionen Menschen, die nicht unter der ständigen Bedrohung durch Rezession und Arbeitslosigkeit, die Elend und Tod bringen, leben wollen. Die Menschenrechte erfordern deshalb, daß sich alle Menschen guten Willens auf dem Kontinent und alle verantwortungsbewußten Kreise bei der dringenden Suche nach einer realistischen Lösung der Auslandsschulden zusammentun. Die Hauptverpflichtung unserer Regierungen ist jedenfalls nicht mit den Gläubigern sondern mit den Völkern, die sie repräsentieren."

(Kardinal Evaristo Arns, Sao Paulo, an die Teilnehmer der Schuldenkonferenz in Havanna, 30.7.-3.8.1985)

Edition Nahua

nahua script 7

Weltwirtschaftskrise und Schuldnerkartell

Mittelamerika im Würgegriff internationaler
Finanzinstitutionen

Nicaragua - El Salvador - Honduras - Guatemala -
Panama - Mexiko - Dominikanische Republik - Jamaika

Herausgegeben vom
Informationsbüro Nicaragua e.V., Wuppertal

Edition Nahua

(c) Copyright bei den Autoren, 1985
Alle Rechte vorbehalten

1. Auflage 1985
Edition Nahua
Veröffentlichungen zu Mittelamerika GmbH
Postfach 10 13 20
5600 Wuppertal 1

Die Edition Nahua dankt allen Personen und Institutionen, die das Zustandekommen dieser Veröffentlichung möglich gemacht haben.

Redaktion: Michael Röder
Übersetzungen: Hildegard Lessmann, Irene Jung
Typoscript: Petra Hosenthien
Gesamtherstellung: Druckwelle, Wuppertal 1985
Printed in Germany

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek:
Informationsbüro Nicaragua (Hrsg.):
Weltwirtschaftskrise und Schuldnerkartell/Hrsg.
vom Informationsbüro Nicaragua
1. Aufl. Wuppertal; Edition Nahua, 1985. 88 S.
(nahua script 7)

ISBN 3-923329-23-7

Die Edition Nahua verlegt und vertreibt Materialien zu Mittelamerika.
Alleiniger Anteilseigner ist das Informationsbüro Nicaragua e.V.,
Wuppertal.
Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis an.

INHALT

<u>Einleitung</u>	5
Informationsbüro Nicaragua e.V. Havanna, 30.7.-3.8.85: Kontinentaler Dialog über die Verschuldung Latein- amerikas und der Karibik	5
Karl-Ludolf Hübener Die Konferenz von Havanna im Zeichen von Castros Thesen zur Verschuldungs- krise Lateinamerikas und der Karibik	8
<u>1. "Die Armut Lateinamerikas - das Ergebnis des Reichtums der Industrie- nationen"</u>	14
<u>2. Die Geschichte der Banane und die United Fruit Company</u>	17
Manfred Sieg: Konzerne sichern sich mit Bestechung, Putsch und Repression ihre Monopolstellung	17
Ernesto Cardenal: Die Geschichte der United Fruit Company	18
<u>3. Weltwirtschaftskrise, Verschuldung und die internationalen Finanz- organisationen</u>	20
P. Körner u.a.: TWF - Der internationale Finanzpolizist	25
Sara Sleight: Lateinamerikas Schulden	26
Konferenz der mittelamerikanischen Staaten in Guatemala-Stadt 4.-6.3.85: "Gemeinsam gegen die Auslandsverschuldung"	31
Die Refinanzierung in den Ländern Lateinamerikas: Derzeitige Lage	33
<u>4. Einzelne Länder</u>	37
1. Nicaragua	37
2. El Salvador	51
3. Honduras	56
4. Guatemala	60
5. Panama	65
6. Mexiko	68
7. Dominikanische Rep.	72
8. Jamaika	74
(Ein detailliertes Inhaltsverzeichnis zur Länderschau auf Seite 37)	
<u>5. Multilaterale Programme der Industrienationen</u>	76
Añe Aguiloche: The Caribbean Basin Initiative (CBI)	76
Aussenministertreffen der EG-Staaten, der Staaten Mittelamerikas und der Contadora-Gruppe in Costa-Rica vom 28. bis 29. September 1984	78

Xabier Gorostiaga	
Der Vorschlag des Gemeinsamen Europäischen Marktes für die Region	79

<u>6. Schuldenerlaß oder globale Krise</u>	
Alternativen der zukünftigen Weltwirtschaftsentwicklung	
Von Alexander Schubert	80
 <u>7. Finanz-, wirtschaf- und währungspolitische Begriffe</u>	87
 <u>8. Weiterführende Literatur</u>	88

EINLEITUNG

Havanna, 30.7. - 3.8.1985:

Kontinentaler Dialog über die Verschuldung Lateinamerikas und der Karibik

Vielleicht wird einmal die Konferenz der lateinamerikanischen Schuldnerländer im Sommer des Jahres 1985 in der cubanischen Hauptstadt ein politisches Datum von einschneidender Bedeutung sein.

Die seit mehr als 1 1/2 Jahrzehnten geforderte und immer wieder verschleppte Debatte zwischen den Schuldnern im Süden und den Gläubigern in Nordamerika, Europa und Japan über die ungerechten und unerträglich gewordenen Wirtschaftsbeziehungen und daher dringend notwendig gewordenen Neuen Weltwirtschaftsordnung ist in Havanna mit einer solchen Vehemenz wieder auf die Tagesordnung gesetzt worden, daß nur Mutwilligkeit oder Ignoranz die Augen vor der politischen Brisanz und Langzeitwirkung des Ereignisses schließen kann.

Nach jüngsten Daten haben alle lateinamerikanischen Länder zusammen im Jahr 1984 Waren im Wert von ca. 55 Milliarden Dollar exportiert. Dies für sich stellt einen ungeheuren Aderlaß dar. Auf der anderen Seite ist die Außenverschuldung bereits höher als die Hälfte des Bruttonationalproduktes aller dieser Länder, d.h. das Dreifache des Wertes aller Exporte pro Jahr. Die Schuldenzahlungen sind doppelt so hoch wie die Exporterlöse, und die Schuldenzinsen für nur ein Jahr bedeuten den Erlös aus den Exporten aller Länder während eines Monats. Durchschnittlich werden z.Zt. in Lateinamerika 30% der Devisenerlöse für die Tilgung der Außenverschuldung verwendet; in Brasilien 50% und in Peru sogar bis zu 70%.

Allein im Jahr 1981 gingen die Importe um 43% zurück und das Einkommen pro Kopf sank um 13%. In den meisten Ländern Lateinamerikas gibt es alarmierend hohe Zahlen von Arbeitslosen und Unterbeschäftigten. Die Binnenwirtschaft hat dramatisch nachgelassen. Die sozialen Spannungen haben in vielen Ländern wegen des Ausmaßes und der Schnelligkeit der Auswirkungen der verheerenden Wirtschafts- und Verschuldungskrise den Siedepunkt erreicht. Ein Hinweis auf die Schwere der Krise mag sein, daß trotz aller Anstrengungen, die nationalen Wirtschaften wiederzubeleben, in den meisten Ländern allenfalls das Niveau der Produktion oder Einkommen von vor mehr als 10 Jahren erreicht werden kann.

Trotz aller Bemühungen, während des vergangenen Jahrzehnts zumindest in Ansätzen die unveräußerlichen und allgemeinen Menschenrechte durchzusetzen, muß die aussichtslose Lage der immer größer werdenden Bevölkerungsgruppen, die ins wirtschaftliche, soziale und kulturelle Abseits geraten, Anlaß zur größten Sorge sein.

Die Versuche einiger Länder, zur Demokratie zurückzufinden, fallen zusammen mit der Verschlimmerung der wirtschaftlichen Krise. Allen in Havanna Versammelten ist mit erschreckender Deutlichkeit klargeworden, daß diese Situation genügend Zündstoff birgt, der, wenn er zur Explosion kommen sollte, für manche Länder die nationale Katastrophe bedeutet.

Im Juni 1985 zwangen die Auflagen des IWF Argentiniens Präsident Alfonsín zu drastischen Wirtschaftsmaßnahmen. Damit hat sich die wirtschaftliche Lage Argentiniens nicht verbessert, sondern die Bedingungen für den Demokratisierungsversuch erheblich verschlechtert: In der lederverarbeitenden Industrie wurden in 5.000 Fabriken 12.000 Arbeiter entlassen. In einigen Industriebereichen wird nur noch an vier Tagen in der Woche gearbeitet oder Arbeiter in Massen entlassen.

Nach Verhandlungen mit dem IWF muß Brasilien in diesem Jahr Waren im Wert von etwa 12 Milliarden Dollar exportieren. Die Erlöse werden in Gänze in die Tilgung der Außenschulden fließen und nicht für die wirtschaftliche Erholung des Landes zur Verfügung stehen. Die Inflationsrate liegt bei über 150%, die Arbeitslosigkeit ist endemisch und es geschieht immer häufiger, daß Hungernde in den Slums Banden bilden und Supermärkte ausräumen - der brasilianische Klerus sieht den Tatbestand des Mundraubes als gegeben an.

Im Juni 1985 standen für Brasilien neue Verhandlungen mit dem IWF an. Die IWF-Delegation mußte unverrichteter Dinge abreisen: Präsident Sarney hatte sich geweigert, den "Empfehlungen" des Fonds nachzugeben und erklärte, daß Brasilien "nichts unterzeichnet" habe.

In Venezuela ist die Zeit des schnellen Geldes aus dem Erdöl vorbei. Noch während der Verhandlungen über wirtschaftliche "Anpassungsprogramme" mit dem IWF und den internationalen Banken kündigten die venezolanischen Gewerkschaften Präsident Lusinchi ihre bedingungslose Gefolgschaft auf und nahmen einen Plan an, der die wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen der Regierung mit Argusaugen verfolgt.

Alan García, der neue Präsident Perus, wurde nicht zuletzt aufgrund seiner Ankündigung, seine Regierung werde in Zukunft - unter Ausschluß des IWF - direkt mit den Gläubigerländern über die wirtschaftliche und politische Souveränität des Landes verhandeln und nicht mehr als 10% aus den Exporterlösen für Schuldendienste bewilligen (und nicht die vom IWF geforderten 70%), im Juli 1985 in das höchste Amt des Andenstaates gewählt.

Es scheint die Zeit gekommen zu sein, in der niemand in Lateinamerika mit einiger Aussicht auf Erfolg sein Auge auf ein hohes und höchstes Amt im politischen Leben werfen kann, der sich nicht zum Anwalt für die nationalen wirtschafts- und finanzpolitischen Interessen macht und sich gegen die bestehenden Strukturen der Abhängigkeit und gegen die Praktiken der internationalen Finanzorganisationen ausspricht.

Damit sind die Angebote eines Henry Kissingers ("Laßt uns eine Brücke der Hoffnung zu unseren Nachbarn im Süden bauen"), der für Lateinamerika einen modernen Marshall-Plan und ein neues System von Wirtschaftsbeziehungen vorsieht, ebenso vom Tisch wie die fast radikal klingenden Töne der von den größten lateinamerikanischen Schuldnerländern im Jahre 1984 in Cartagena/Kolumbien erstmals erhobenen Forderung nach einem politischen Dialog mit den Gläubigern in Europa, Japan und Nordamerika.

Der amerikanische Vorschlag läuft gegebenenfalls auf eine Taiwanisierung der lateinamerikanischen Ökonomien hinaus, auf eine noch größere Abhängigkeit und ändert nichts an dem Prinzip, Auslandsschulden durch Besitz am Nationalvermögen auszutauschen - unter der Federführung des IWF!

Die "Vereinbarung von Cartagena" sieht zwar neben der Einforderung des politischen Dialogs eine Lösung der Schuldenkrise durch Verhandlungen auf Regierungsebene vor, aber es bleibt bei dem Prinzip der Schuldanerkennung und der Schulden- und Schuldzinszahlungen zu "weiche- ren" Bedingungen, bilateralen Abkommen, längeren Laufzeiten, Umschuldung, Moratorien, Aufnahme von neuen Krediten usw.

Havanna trägt dieser neuesten Entwicklungen Rechnung und geht einen bedeutenden Schritt weiter:

- Selbst wenn die Länder Lateinamerikas ihre Schuldenberge abtragen wollten - sie haben bereits oder werden solche Dimensionen erreichen, daß sie nicht mehr bezahlt werden können.

- Havanna lehnt es ab, die Symptome zu kürieren, sondern geht dem Grundübel zu Leibe und fordert die Ablösung des bestehenden Systems durch eine Neue Weltwirtschaftsordnung.
- Havanna erklärt die Völker des Kontinents als für die Problemlösung zuständig, d.h. erstens, daß eine breiteste Bewußtseinsbildung stattfinden soll und eine von allen erhobene Forderung wie das Recht auf Erziehung, auf Gesundheit, auf Arbeit etc. sein wird, an deren Erfüllung jede bestehende und zukünftige Regierung gemessen werden wird; und d.h. zweitens, daß die Themen nationale Verschuldung, Dekapitalisierung, Schuldenverpflichtung, Schuldenanerkennung etc. öffentlich debattiert werden und nicht mehr in die alleinige Verantwortung von Regierungen, Zentralbanken, internationalen Organisationen, Fachministern etc. fällt.

In Havanna hat deshalb auch kein Gipfeltreffen von Staatsoberhäuptern, Regierungschefs mit deren Zentralbankpräsidenten und Ressortministern stattgefunden. Über einen mehrere Monate dauernden Zeitraum haben eine Reihe von Konferenzen stattgefunden: Im Juni tagten die lateinamerikanischen Frauenorganisationen, danach die lateinamerikanischen Journalisten und ab Mitte Juli rund 200 Gewerkschaftsverbände, die 46 nationale Gewerkschaftsbündnisse, 135 Berufsgewerkschaften, 16 Bauernorganisationen und Bergarbeitervertretungen aus 29 Ländern repräsentierten.

Der Ende Juli/Anfang August 1985 in Havanna geführte "Kontinentale Dialog" brachte schließlich die führenden Wirtschafts- und Finanzfachleute aus Parteien, Kirchen, Wirtschaft, Gewerkschaft und Kultur fast aller Länder des Kontinents - und nicht nur die großen elf Schuldenländer von Cartagena - zu einer Konferenz zusammen, wie sie selten, mit Blick auf die Zusammensetzung der Teilnehmer, in der Geschichte des Kontinents erlebt worden ist. Über 300 Pressevertreter aus aller Welt berichteten über das Ereignis. Und für 1986 rüstet sich Panama für die Ausrichtung des nächsten gemeinsamen Treffens.

Eine Dokumentation, die zur Entwicklung und Auswirkung der internationalen Wirtschafts- und Verschuldungskrise, zur Instrumentalisierung von "Wirtschaftshilfen" der Gläubigerländer - Austeilung von Lob für politisches Wohlverhalten bzw. Strafmaßnahmen für widriges Betragen - zu den wichtigsten mittelamerikanischen Ländern relevante und neueste Daten zusammenstellt, kann an der Konferenz von Havanna nicht vorübergehen. Havanna ist - ähnlich wie die Contadora-Friedensinitiative -, unter anderem eine politische Antwort auf den Krieg der USA und ihrer Verbündeten gegen Mittelamerika, insbesondere gegen Nicaragua. Castro hat die lateinamerikanische Frontlinie gezogen.

Informationsbüro Nicaragua e.V.
Hans Roeder

Die Konferenz von Havanna im Zeichen von Castros Thesen zur Verschuldungskrise
Lateinamerikas und der Karibik

In der deutschen Presse wurde allgemein der "Kontinentale Dialog" über die Schulden Lateinamerikas und der Karibik (30.7.-3.8.85) in der kubanischen Hauptstadt Havanna in seiner Bedeutung heruntergespielt und als radikales Schauspiel des kubanischen Revolutionsführers Fidel Castro abgetan. Daß es sich um kein Ereignis minderer Qualität handelte, wie manche auf Gipfeltreffen eingeschworene Kommentatoren soufflierten, wurde allein aufgrund des Drucks von Washington deutlich, das möglichst viele von der Reise nach Havanna abzuhalten versuchte, oder durch einen alarmierenden Kommentar des ehemaligen US-Außenministers, Henry Kissinger, der sich darüber besorgt zeigte, daß "Banken und Beamte über Leben und Tod entscheiden": "Es ist bestimmt kein Zufall, daß sich ausgerechnet Fidel Castro in letzter Zeit der Schuldenkrise angenommen hat. Er sieht darin eine Möglichkeit, als Sprecher für eine allgemein empfundene Misere aufzutreten. Indem er die Sache der Schuldner zu der seinen macht, verschafft er sich sowohl Respektabilität in Südamerika als auch die Gelegenheit, die Beziehungen der USA mit ihren südlichen Nachbarn zu unterminieren."

Dem Subversionsvorwurf hatte Fidel Castro bereits den Wind aus den Segeln genommen: "Die Maßnahmen des IWF, die Auslandsschulden, die 40 Milliarden Dollar Zinsen im Jahr, die internationale Wirtschaftskrise, die Schwäche der Preise der wichtigsten Exporterzeugnisse der Länder Lateinamerikas, der Protektionismus, die hohen Zinsen - sie alle sind subversive Faktoren."

Uns es stimmt auch nicht, daß Castro erst kürzlich auf das Schuldenkarussell aufgesprungen sei. Im Kampf für eine Neue Weltwirtschaftsordnung und gegen die "altbekannten Herrschaftsmechanismen des Internationalen Währungsfonds" stand er in der Blockfreien-Bewegung stets in der ersten Reihe. Sein Buch "Die ökonomische und soziale Krise in der Welt - Ihre Auswirkungen auf die unterentwickelten Länder, ihre düsteren Perspektiven und die Notwendigkeit zu kämpfen, wenn wir überleben wollen" (dt. Ausgabe Dresden, 1983) ist schon seit einigen Jahren bekannt.

Beunruhigend für viele westliche Beobachter wie Kissinger ist wohl die Tatsache, daß über tausend Delegierte nach Havanna gereist waren - aus fast allen Ländern Lateinamerikas und der Karibik. Darunter waren Politiker aller Schattierungen - Konservative, Christdemokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Kommunisten -, Unternehmer, Gewerkschafter, ehemalige Militärs, Kirchenrepräsentanten, Wissenschaftler, und Schriftsteller. Zwei Nobelpreisträger - Kolumbiens berühmter Schriftsteller Gabriel García Márquez und Argentinien's Friedensnobelpreisträger Adolfo Pérez Esquivel - zierten das Präsidium. Die Angst vor der roten Insel in der Karibik ist auch bei Konservativen und zahlreichen Unternehmern verfloren.

Und es war nicht die erste Konferenz zum Schuldenproblem. Vor dem vorläufigen Höhepunkt waren bereits die Frauenorganisationen, der kontinentale Journalistenverband "FELAP" und die Gewerkschaften - Beobachter unterstrichen die ideologische Breite, die sie noch nicht erlebt hatten - auf Kuba zusammengekommen. Und es soll mit den Studenten und anderen Organisationen weitergehen.

Es sind nun einmal nicht die Staatschefs, deren soziale Existenz auf dem Spiel steht. Es sind die unmittelbar Betroffenen: die Arbeitslosen, die Arbeiter, deren Löhne real immer weiter absinken, die Indio-Frauen, die in ihren Dörfern nichts von den milliardenschweren Krediten zu sehen bekommen, Landarbeiter, die unter dem Existenzminimum vegetieren, Frauen, die ihre Kinder unterernährt und hungrig ins Bett schicken müssen. Aber auch Unternehmer, die vor dem Bankrott stehen, einflußreiche christdemokratische und sozialdemokratische Politiker, die mit den von den Industrienationen verordneten Politik des "Gürtel-Enger-Schnallens" nicht mehr ein noch aus wissen. Und kirchliche Würdenträger, die die materielle Not der Gläubigen täglich miterleben. Sie alle hatten ihre Vertreter in Havanna, die der Verzweiflung

und Empörung an der Basis Stimme verliehen. Da liegt die eigentliche-bewußt oder unbewußt-kaum beachtete Bedeutung und Sprengkraft der Konferenz von Havanna.

Das Stichwort hieß Bewußtseinsbildung. Deshalb gab es auch kein nichtssagendes Abschlußkommuniqué, sondern einen offenen Meinungsaustausch. Die Gewerkschaften wollen im Oktober zu einem Aktionstag aufrufen.

Aber es ging nicht nur um die Schuldenfrage. Der ganze Problemkomplex, der in Havanna erstmals in dieser Breite diskutiert wurde, läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: Schuldenstreik - Unbezahlbarkeit der Schulden - Neue Weltwirtschaftsordnung - Integration Lateinamerikas und der Karibik. Alle Punkte sind miteinander verknüpft.

Für einen Schuldenstreik gewinnt Castro immer mehr Anhänger, denn das vergebliche Bitten und Betteln der Cartagena-Gruppe, zu der sich die elf lateinamerikanischen Schuldner zusammengetan haben, hat bislang nicht zum gewünschten "politischen Dialog" geführt. Unverdächtig Kronzeuge Kissinger: "Das wichtigste Thema des Bonner Weltwirtschaftsgipfels Anfang Mai (1985) wurde weder von den dort anwesenden Regierungschefs noch von den Journalisten ernsthaft behandelt. Es war ein Brief, unterschrieben von führenden Politikern aus elf lateinamerikanischen Ländern."

Selbst Unternehmer nahmen das Wort "Streik" in Havanna in den Mund. Und der venezolanische Pressezar Capriles, der ein einseitiges mehrjähriges Moratorium fordert, meinte: "Leider versteht der Norden keine andere Sprache als die der Stärke." Mit der Zahlungsverweigerung möchte Castro die mächtigen kapitalistischen Nationen - der führende chilenische Christdemokrat Radomiro Tomic: die "Zivilisation des Egoismus" - an den Verhandlungstisch zwingen. Castro favorisiert eine totale Streichung der Schulden, da sie nicht bezahlbar seien. Allerdings machte sich kaum jemand bis jetzt die Mühe seine vier Thesen kritisch unter die Lupe zu nehmen: Wohlmöglich könnte dabei herauskommen, daß die Forderung Castros so absurd nicht ist:

Castro geht bei seinen Berechnungen davon aus, daß zu den bisherigen Schulden Lateinamerikas keine neuen hinzukommen und das Zinsniveau nicht über 10 Prozent steigt:

Erste These: 10 Jahre lang wird ein Zahlungsaufschub auf die Kapitalschuld gewährt und werden nur die Zinsen bezahlt. In dem darauffolgenden Jahrzehnt wird die Kapitalschuld amortisiert. Dann müßte Lateinamerika in den nächsten zehn Jahren rund 400 Milliarden Dollar zahlen und noch einmal 558 Milliarden Dollar im zweiten Jahrzehnt. Die Schulden hätten sich in 20 Jahren also fast verdreifacht.

Zweite These: Lateinamerika zahlt nicht mehr als 20 Prozent seiner Exporterlöse für den Schuldendienst, die Zinsen übersteigen wiederum nicht die 10-Prozent-Marke. Bei einem optimistisch geschätzten Exportwert von 100 Milliarden Dollar jährlich für ganz Lateinamerika hieße das: Es würden in zwanzig Jahren 400 Milliarden Dollar gezahlt, der Schuldenberg würde gleichzeitig aber auf 1,162 Billionen Dollar wachsen.

Dritte These: Zehn Jahre absoluter Zahlungsaufschub - also inklusive Zinszahlungen. Danach zehn Jahre Amortisation. In zwanzig Jahren wären dann insgesamt 1,447 Billionen Dollar fällig.

Vierte These: Die Zinsen würden auf sechs Prozent gesenkt, außerdem gäbe es einen Zahlungsaufschub von mindestens 10 Jahren. Anschließend müßte 10 Jahre lang bezahlt werden. Auch dann - und das sei die "mildeste Formel", so Castro - würden die Schulden auf insgesamt 857 Milliarden Dollar ansteigen.

Castro hat auch gleich hochrechnen lassen, was Alan Garcías Entscheidung, die Zahlungen auf 10 Prozent der Exporterlöse zu beschränken - die Hamburger "Zeit" erkannte mit eurozentrischer Hochnäsigkeit, daß der "unerfahrene" García erst einmal "das ökonomische Einmaleins lernen müsse" - auf den ganzen Kontinent übertragen bedeuten würde. Die Formel Garcías, dem Castro wie auch andere ihre volle Solidarität bei

Druck aus Washington zusicherten, würde dem geplagten Kontinent astronomische 1,8 Billionen Dollar in zwanzig Jahren bescheren. Castro: "Welch brillante Zukunft!"

Die schon als generös zu bezeichnenden, von Castro angenommenen Zahlungsbedingungen würden also nur eine Atempause bringen, bevor die Katastrophe hereinbricht. Und wer Castros Computern noch immer nicht traut, hat zumindest einen konkreten Anhaltspunkt für die Geschwindigkeit, mit der sich die Schulden vergrößern: Die Schulden Lateinamerikas sind allein in den letzten fünf Jahren von rund 80 Milliarden auf 360 Milliarden Dollar geschnellt!

Wenn sich einige Länder zwar noch für eine allmähliche Abzahlung der Schulden einsetzen - allerdings zu wesentlich weichen Bedingungen -, so ist das meistens nicht bessere Einsicht als vielmehr die Furcht vor westlichen Repressalien - einem totalen Wirtschaftsboykott, wie ihn Washington gegen Nicaragua vorführt und im Falle Kubas immer noch aufrechterhält. Stellvertretend für viele sprach Boliviens Ex-Planungsminister Justiniano die Abhängigkeiten an: "Es ist wohl nicht sehr klug, so einfach zu erklären: Wir bezahlen die Auslandsschulden nicht. Wir müssen realistisch und pragmatisch sein, wir können uns nicht den Luxus einer finanziellen Isolierung und eine Erschwerung der Konditionen für unsere Geschäfte mit dem Ausland leisten. Wir sollten nicht vergessen, daß der größte Teil der Exporte aus den verschuldeten Ländern von der Nachfrage in den entwickelten Ländern abhängt und daß diese einen grossen Teil unserer Importbedürfnisse befriedigen."

Was die Bezahlung angeht, so hat Castro einen Vorschlag gemacht, den auch schon Politiker wie Willy Brandt im Zusammenhang von "Abrüstung und Entwicklung" unterbreitet haben. Castro schlug vor, etwas mehr als zehn Prozent der jährlichen weltweiten Rüstungskosten einzusparen. Bei insgesamt rund einer Billion Dollar bliebe dann immer noch genug für "Verrücktheiten" übrig. Aber er schlug keine einseitige Abrüstung des Westens vor - was von fast allen Medien unterschlagen wurde -, denn das sei nicht "aufrichtig".

Den Arbeitern, dem Mittelstand und den Hausfrauen in den industrialisierten Ländern, werde erzählt, daß die Annullierung der Schulden das internationale Finanzsystem ruinieren, den Bankrott der Banken bedeuten und der Sparer dadurch sein Geld verlieren würde. Castro: "Das ist eine Lüge!" Wennman das Geld für die Schuldenbewältigung und eine Neue Weltwirtschaftsordnung von den Militärausgaben abzöge, würde keiner Geld verlieren. Im Gegenteil, rief Castro den von Arbeitslosigkeit Bedrohten in den westlichen Ländern zu: Die Kaufkraft der Dritten Welt nähme wieder zu, die Industrien würden stärker ausgelastet und es gäbe mehr Beschäftigung.

Mögen auch die Meinungen über die Bezahlung der Schulden noch auseinandergehen, selten einmütig waren alle Konferenzteilnehmer in Havanna der Meinung - vom Unternehmer bis zum Gewerkschafter, vom Sozialisten bis zum Konservativen -, daß alle Vorschläge, ob nun Moratorium, weichere Kreditbedingungen oder einfache Umschuldung, die eigentlichen Probleme nicht lösen könnten. Der erzkonservative, ehemalige Zentralbankchef Venezuelas, Leopoldo Díaz Bruzual: Selbst die Streichung der Schulden würde nicht weiterhelfen, wenn es nicht zu einer Neuen Weltwirtschaftsordnung käme. Diese war schon 1974 von der UNO-Vollversammlung gegen wenige Stimmen (u.a. die damalige Bonner sozialliberale Koalition) verabschiedet worden. Von der Realisierung ist man aber weiter denn je entfernt.

Ohne eine Neue Weltwirtschaftsordnung würde auch bei einer "Null-Lösung" die Schuldenkrise sofort wieder von vorne beginnen. Vor allen Dingen gilt der ungleiche Tausch als Erzübel: Mit dem Sinken der "Preise für unsere Rohstoffe", während sich die Waren aus den Industrieländern ständig verteuerten, mag sich keiner abfinden. Ein praktisches Beispiel: Ein Traktor kostete vor zwanzig Jahren noch zweihundert Tonnen Zucker. Heute muß das Vierfache hingeblättert werden. Ähnlich ist es bei Fleisch, Kakao, Kupfer und anderen Rohstoffen.

Zorn und Erbitterung macht sich auch breit, wenn auf den wachsenden Protektionismus und das Preisdumping der USA und der EG die Rede kommt. Der ehemalige Präsident

Kolumbiens liberaler Couleur, López Michelsen, erböste sich: "Liegt der aktuelle Zuckerpreis von 4 Cents pro Pfund etwa nur so niedrig, weil die Produktionskosten nicht höher sind? Ist es nicht etwa so, daß die Europäische Gemeinschaft den Weltmarkt mit Zucker überschwemmt, dessen Produktionskosten über 15 Cents liegen, der von der EG aber mir Dumpingmethoden zu 4 Cents verkauft wird?"

Die Auflagediktate des IWF, die in den Industrienationen als "notwendige Anpassung" verteidigt werden, wurden in Havanna von niemandem akzeptiert. Der Seitenhieb des kolumbianischen Kaffeeproduzenten Carlos Ossa stei auf breite Zustimmung: "Man sollte die USA auffordern, die Rezepte, die der Fonds uns verschreibt, doch einmal im eigenen Hause anzuwenden. Beispielsweise das Haushalts- und Handelsdefizit reduzieren, die öffentlichen Ausgaben besser kontrollieren und die Überbewertung des Dollar beseitigen."

Die Bedingungen des Währungsfonds, die in Bonn, Washington und London vehement verteidigt werden, sind ins Kreuzfeuer auch zahlreicher Menschenrechtler, kirchlicher Würdenträger und christdemokratischer Politiker geraten. Die antisozialen Auflagen gefährdeten nicht nur die Stabilisierung redemokratisierter Staaten wie Brasilien, Argentinien und Uruguay, sondern verstießen gegen elementare Menschenrechte. In der 1948 verabschiedeten Menschenrechtserklärung der UNO steht auch: "Jeder Mensch hat Anspruch auf eine Lebenshaltung, die seine und seiner Familie Gesundheit und Wohlbefinden, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztlicher Betreuung und der notwendigen Leistungen der sozialen Fürsorge gewährleistet; jeder Mensch hat das Recht auf Bildung... Der Elementarunterricht ist obligatorisch... Jeder Mensch hat das Recht auf Arbeit, auf angemessene und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz vor Arbeitslosigkeit."

Die IWF-Diktate verstoßen jedoch gegen diese sozialen Menschenrechte: Der Rotstift im Sozialhaushalt, der in den meisten lateinamerikanischen Ländern ohnehin nur minimal entwickelt ist, im Gesundheits- und Erziehungssektor, die Streichung von Subventionen für Grundnahrungsmittel, das Einfrieren von Löhnen - das alles vergrößert das Elend. Unterernährung führt zu geistiger und physischer Verkrüppelung von wehrlosen Kindern, die nie wiedergutmacht werden kann. Heilbare Krankheiten und eindämmbare Epidemien breiten sich wieder aus. Geistig Behinderte und Analphabeten können ihr Recht auf Informations- und Meinungsfreiheit nicht voll in Anspruch nehmen. Demokratie wird damit zur Farce.

Langanhalten der Beifall hallte durch den "Palacio de las Convenciones" als ein radikales "brüderliches Schreiben" aus Sao Paulo verlesen wurde - unterschrieben von Kardinal Evaristo Arns: "Nicht die Konten der internationalen Gläubiger stehen auf dem Spiel, sondern das Leben von Millionen Menschen, die nicht unter der ständigen Bedrohung durch Rezession und Arbeitslosigkeit, die Elend und Tod bringen, leben wollen. Die Menschenrechte erfordern deshalb, daß sich alle Menschen guten Willens auf dem Kontinent und alle verantwortungsbewußten Kreise bei der dringenden Suche nach einer realistischen Lösung der Auslandsschulden zusammentun. Die Hauptverpflichtung unserer Regierungen ist jedenfalls nicht mit den Gläubigern sondern mit den Völkern, die sie repräsentieren."

ACT OF HAVANA

Die Teilnehmer diskutierten die sehr schwere ökonomische Krise, die Lateinamerika und die Karibik besonders hart trifft, die die Nationen dieser Region in eine schlimmere Situation als während der Großen Depression in den 30ern versetzt. In Lateinamerika wuchs das Sozialprodukt 1981 nur um 1,7%, fiel in absoluten Zahlen 1982 und 1983 um ein und 3% und wuchs 1984 nur um 2,6%. Dies bedeutet, daß das Sozialprodukt pro Kopf in Lateinamerika und der Karibik unter dem Niveau der Zeit von vor zehn Jahren liegt. Die Delegierten betonten, daß es 56 Millionen Erwerbslose in Lateinamerika und der Karibik gibt; zählt man die Unterbeschäftigten hinzu, sind es 110 Millionen. 40% der lateinamerikanischen Bevölkerung leben am Rande des Existenzminimums und 30% darunter.

Alle Teilnehmer stimmten darin überein, daß die Verschuldung der schwerwiegendste Beweis für die gegenwärtige Krise ist und damit der wichtigste Faktor, der nicht nur die Krise verschlimmert, sondern ebenso eine ökonomische Erholung verhindert und alle Chancen für eine Entwicklung behindert. Sie unterwirft unsere Völker, und besonders die Arbeitenden, einer nicht zu ertragenden Politik, die unseren Lebensstandard kürzt und unsere Souveränität durch die wachsende Abhängigkeit von den Kreditbanken bedroht, ebenso wie durch den IWF und die Regierungen der Industrienationen, die die entscheidenden Institutionen kontrollieren.

Der Prozeß der wachsenden Verschuldung Lateinamerikas und die Gründe dafür wurden von den Teilnehmern beurteilt. Sie betonten, daß diese Entwicklung im Ablauf der gegenwärtigen und ungerechten internationalen Weltwirtschaftsordnung begründet

liegt, besonders in den ungleichen Terms of Trade, die uns dazu zwingen, unsere Güter zu immer niedrigeren Preisen zu verkaufen und Importe zu immer höheren Preisen zu kaufen, was allein 1984 zu einem Verlust von 20 Mrd. Dollar führte. Andere Gesichtspunkte sind Protektionismus und Dumping, die in der eigennützigen Politik der Subventionierung von Produkten begründet sind, die nicht auf einem offenen Markt konkurrieren können; dies steht im Widerspruch zur Rhetorik über den freien Handel, die von den Regierungen der Vereinigten Staaten und anderen Ergebnissen einer hohen Zinsrate und eines überbewerteten Dollars — die die Volkswirtschaften dieser Region zusätzlich 45 Mrd. Dollar durch erhöhte Zinszahlungen kosteten — haben eine höhere Kapitalflucht provoziert (10 Mrd. Dollar in diesem Zeitraum) und die Inflation verschlimmert. Die Delegierten hoben die Unverantwortlichkeit der Kreditbanken hervor, die im Wettbewerb um die Anlage ihres Kapitals in Form von Anleihen die Normen der Banksicherheit ignoriert haben und die Länder der Region ermuntert haben, sich zu verschulden, um die hohen Profite zu erlangen, die die Banken realisiert haben und noch realisieren.

Die Politik und die Leitung des IWF wurde einhellig verurteilt: der IWF als eine Institution, die die Interessen der Kreditbanken und der Länder widerspiegelt, die ihn geschaffen haben und ihn kontrollieren. (...) Der IWF hat bewiesen, daß er ein Polizist der Bankprofite und eine Institution ist, die nicht nur überwacht, sondern auch die Länder Lateinamerikas unterdrückt.

Die Teilnehmer beschreiben die laufenden Verhandlungen als eine falsche Lösung des Schuldenproblems, denn

unter den harten Bedingungen des IWF und bei laufenden hohen Kosten verlängern die Verhandlungen nur die Agonie und verstärken die Abhängigkeit unserer Länder.

Die große Mehrheit der Teilnehmer empfahl die Annullierung der Auslandsschulden. Andere Gewerkschaftsführer stellten Pläne für ein Moratorium vor, für sofortige Einstellung der Zahlungen oder Aufhebung der Zahlungen für eine begrenzte Zahl von Jahren — einschließlich der Zinszahlungen. Alle waren jedoch der Meinung, daß die Schulden nicht bezahlt sind.

Die Teilnehmenden betonten, daß die Annullierung der Schulden, ein Moratorium, sofortige Aufhebung der Zahlung oder Verschlebung für eine Zahl von Jahren unverzichtbar ist für den Prozeß der demokratischen Öffnung in dieser Region; und sie fügten hinzu, falls weiterhin Anstrengungen unternommen werden, die Schulden trotz aller Kosten einzutreiben, dies zu weitverbreiteten sozialen Unruhen führen werde aufgrund der untragbaren Situation für die Arbeitenden und die Massen insgesamt.

Außerdem gab es eine weitreichende Übereinstimmung gegenüber der Notwendigkeit, eine Verbindung zwischen der Lösung der Verschuldung und einer Neuen Internationalen Weltwirtschaftsordnung zu finden, die die UNO 1974 benannt hatte. Die Teilnehmer stimmten darin überein, daß die kurzfristige Erholung schnell erschöpft sei und wir wieder in der gleichen Situation seien oder in einer schlimmeren, wenn folgende Phänomene in Lateinamerika und der Karibik nicht ausgeschaltet würden: ungleiche Terms of Trade, unsere Länder berührender ungerechter Protektionismus, unkontrollierte Handlungen der Transnationalen

len, Geld- und Finanzmanipulationen, die zu hohen Zinsraten und einem überbewerteten Dollar führen, u.a.m.

Die große Mehrheit unterstützte die Notwendigkeit einer starken und entschlossenen Einheit Lateinamerikas, so daß im Zusammenhang mit Aktionen gegen die Verschuldung und dem Kampf für die Errichtung einer Neuen Internationalen Weltwirtschaftsordnung ein Schritt in Richtung regionaler ökonomischer Integration getan werden kann; einer Integration, die wir als machtvolleres Instrument für eine ökonomische Entwicklung, für die Stärkung unserer Verhandlungsposition und für Anhebung des Lebensstandards der Arbeitenden und aller unserer Völker nutzen können. (...)

Die angenommenen Schritte, die die Ansichten der großen Mehrheit widerspiegeln, sind:

1. Die organisierte Arbeiterbewegung verlangt von den Regierungen der jeweiligen Länder, Schritte und Maßnahmen zu unternehmen, die zur Annullierung, zu einem Moratorium, Aufhebung oder Aufschiebung für eine Reihe von Jahren der Schuld- und Zinszahlungen führt, und daß die Regierungen Solidarität üben mit den Ländern Lateinamerikas und der Karibik, die den gleichen Standpunkt vertreten.

2. Gewerkschaften nahelegen, daß sie, unter Berücksichtigung der besonderen Bedingungen in jedem Land, die Eingliederung der Regierungen in eine gemeinsame Front der Schuldnerländer Lateinamerikas und der Karibik unterstützen; diese Front kann als Gesprächspartner mit Privatbanken, internationalen Finanzorganisationen und den Regierungen der Gläubiger-(Industrie-)Länder dienen.

3. Darauf hinzuwirken, daß Arbeiter- und Bauernführer, die auf diesem Tref-

fen waren für die Organisationen, die sie repräsentieren, eine kontinuierliche Aufarbeitung des Schuldenproblems planen mit der breitestmöglichen Beteiligung, um eine allgemeine Position in dieser Frage und eine Kampfstrategie zu erreichen, die in jedem Land verfolgt wird.

4. Gewerkschaften und Bauernorganisationen nahelegen, daß im Kampf zur Lösung des Schuldenproblems enge Verbindungen zu folgenden anderen sozialen Kräften und deren Organisationen errichtet werden sollten: Bauern, Studenten und Jugend, Intellektuellen, Geschäftswelt, dem religiösen Bereich, Frauen, Bewohnern der Elendsviertel, Menschenrechtsgruppen und zum universitären Lehrkörper. (...)

Inspiziert vom historischen Erbe aus dem Heiligen Buch der Mayas: „Laßt alle aufstehen, laßt alle rufen, so daß nicht einer oder zwei von uns zurückgelassen werden“, bekräftigten die Teilnehmer der Konferenz ihren Willen zum Kampf für:

- Erstens: Die Annullierung, ein Moratorium, die sofortige Aufhebung oder unbeschränkte Verschlebung der Zahlung der Auslandsschuld einschließlich der Zinsen!
- Zweitens: Die Errichtung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung!
- Drittens: Lateinamerikanische und Karibische Einheit! Fortschritt hin zu einer lateinamerikanischen und karibischen ökonomischen Integration, um die Entwicklung und Unabhängigkeit unserer Länder zu fördern!

**Unterzeichnet von allen Teilnehmern
18. Juli 1985**

(Gekürzte Fassung der „Erklärung von Havanna“, aus: Granma, 28. Juli 1985)

Nicaraguas Vize-Präsident Sergio Ramírez auf der Schuldenkonferenz in Havanna

(Quelle: Monitor-Dienst, 5.8.85)

Rede von Sergio Ramirez auf Schuldenkonferenz in Havanna

Havanna, den 1.8.1985, 2205 GMT (RADIO HAVANNA IS, span.)

Der nicaraguanische Vizepräsident Sergio Ramirez Mercado hielt auf der Konferenz über die Auslandsverschuldung der Länder Lateinamerikas und der Karibik im Kongresspalast in Havanna eine Rede, in der er sagte:

(Auszüge) "Im Namen des Volkes und der Regierung von Nicaragua und auch der FSLN möchte ich zuerst diese wichtige Zusammenkunft der lateinamerikanischen und karibischen Länder, die von Präsident Fidel Castro einberufen wurde, begrüßen. Wir sind ihm herzlich dankbar für diese Initiative, die für uns alle, die heute in Kuba sind, eine Ehre ist...

Indem wir unser Recht auf politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit proklamieren, wie wir Nicaraguaner es mit Würde, Anstand und Leidenschaft tun, haben wir demonstriert, daß eines dieser Länder, wie klein und schwach es auch sein mag, wirklich unabhängig sein kann, welchen Preis es auch für seine Unabhängigkeit bezahlen muß...

In den vergangenen vier Jahren hat die terroristische Kampagne der USA gegen Nicaragua mehr als 12.000 Menschenleben gefordert, darunter junge Soldaten, die im Kampf fielen, Bauern, Arbeiter, Frauen, Kinder und alte Menschen, die entführt, verstoßen, ermordet wurden. Außerdem sind Tausende von Kindern aus ihren Wohnhäusern vertrieben worden, Tausende von Kindern sind Kriegswaisen. Wir haben wirtschaftliche Verluste von über 1,5 Milliarden Dollar erlitten. Unsere Ressourcen wurden durch Angriffe gegen Hafenanlagen und Brände zerstört, durch Angriffe gegen Ölepipos, Hochspannungsmasten, Brücken, gegen technische Ausrüstungen für die Landwirtschaft und den Straßenbau, durch die Verminderung von Häfen sowie Angriffe auf bäuerliche Genossenschaften, Schulen und Gesundheitszentren. Auch Entertöpfe wurden vernichtet, und Investitionsprojekte sind beeinträchtigt worden. Hinzu kommen die durch den Krieg ausgelösten Störungen und ersten Produktionsunterbrechungen in unserer Wirtschaft, weil wir ständig gezwungen sind, Arbeitskräfte und Materialien von der Produktion an die Kriegsfronten abzuweigen. Wir müssen außerdem finanzielle Mittel abzwängen, die sonst für Entwicklungsprojekte und für den Ausbau der sozialen Dienstleistungen eingesetzt werden könnten.

Auslandsverschuldung, das ist das Wirtschafts- und Handelsembargo, die finanzielle Blockade, die die Vereinigten Staaten gegen Nicaragua verhängt haben, das Embargo gegen unsere multilateralen Kreditquellen, wie die Tatsache, daß das US-Außenministerium vor kurzem dem Vorstandsvorsitzenden der Interamerikanischen Entwicklungsbank illegal und gesetzwidrig vor-schrieb, einen Kreditwunsch Nicaraguas über 57 Millionen Dollar für Entwicklungsvorhaben in der Landwirtschaft und Viehzucht nicht dem Vorstand vorzulegen, obwohl Nicaragua bereits alle technischen Voraussetzungen erfüllt hatte. Auslandsverschuldung das bedeutet, daß Nicaraguas Nachbarländer durch Pressionen, Drohungen, Schmeicheleien und Erpressungen dazu gebracht werden sollen, die Söldner und Konterrevolutionäre und die militärische Intervention, die gegen unser Land vor-

bereitet wird, zu unterstützen. Auslandsverschuldung, das heißt eine ständige Behinderung der Friedensbemühungen, an denen wir und die Contadora-Gruppe ein so großes Interesse haben...

Nicaragua ist als angegriffenes Land davon überzeugt, daß die Auslandsverschuldung ein Mittel der Aggression gegen die Länder des Kontinents ist und daß jene Länder, die im Hinblick auf die Schulden eine souveräne Haltung annehmen wollen, repressiven Aktionen - wirtschaftlichen und militärischen - seitens der Vereinigten Staaten ausgesetzt werden könnten.

Deshalb muß in bezug auf die Verschuldung eine kontinentale Aktion unternommen werden, um durch eine gemeinsame Aktion eine wirkliche Front zur Verteidigung unserer Interessen zu bilden - einen gemeinsamen Kampf, damit unsere Völker nicht noch größere Opfer oder Rückständigkeit erdulden müssen oder ihnen die Entwicklungsmöglichkeiten, auf die unsere Länder einen Anspruch haben, durch eine Schuldenlast vorenthalten bleiben, dessen Zinszahlungen allein schon nicht gedeckt werden können, wie es Präsident Idel Castro bei mehreren Gelegenheiten erklärt hat. Dies ist ein Kampf, der wie in Nicaragua auch die lateinamerikanische Souveränität betrifft.

Appell an die lateinamerikanische Solidarität

Wir sprechen von zwei Aspekten desselben Kampfes, bei dem es um die lebenswichtigsten Interessen unserer Unabhängigkeit und Identität geht. Zur Verteidigung Nicaraguas müssen deshalb alle demokratischen Regierungen, alle politischen Kräfte und verantwortungsbewußten Kreise und alle Menschen guten Willens in Lateinamerika vereint werden, denn dies ist eine Instanz für einen kontinentalen Prozeß. Lateinamerika muß für Nicaragua einen Ausnahmezustand erklären, um die drohende, aggressive Haltung der Vereinigten Staaten zu stoppen und sie zu zwingen, eine friedliche und innerhalb der Contadora-Bewegung ausgehandelte Lösung zu akzeptieren, um den Dialog mit Nicaragua in Manzanillo wieder aufzunehmen. Lateinamerika muß die Contadora-Bewegung unterstützen, um die sofortige Neutralität unserer Grenzen zu Costa Rica und Honduras zu erreichen...

Die an die lateinamerikanischen Völker gestellte Forderung nach Begleichung der enormen Schulden, die ohne unnötige und grausame Opfer unserer Völker und die Aufgabe der Möglichkeiten für ein besseres Leben nicht bezahlt werden können, soll nur dazu dienen, die Schrauben von Unterdrückung, Ungerechtigkeit und Rückschrittlichkeit weiter anzuziehen. Sie soll dazu dienen, neuen Militärdiktaturen auf dem Kontinent einen Weg zu bahnen. Die Schuldendienst selbst macht es demokratischen Regierungen unmöglich, weiterzuleben, weil die Demokratie niemals eine US-Alternative für Lateinamerika war...

Unser Land soll unter Terror und Aggression eine Stimme für Lateinamerika sein. Und je härter wir kämpfen, desto lauter werden wir für Lateinamerika sprechen, desto mehr werden wir uns mit den demokratischen Interessen auf dem Kontinent für Änderungen, Gerechtigkeit und volle Unabhängigkeit identifizieren..." (gil/li)

1. "DIE ARMUT LATEINAMERIKAS - DAS ERGEBNIS DES REICHTUMS DER INDUSTRIENATIONEN"

"... Die Geschichte der Unterentwicklung Lateinamerikas ist ein Kapitel der Entwicklungsgeschichte des Weltkapitalismus. Unsere Niederlage war seit jeher ein untrennbarer Bestandteil des fremden Sieges: unser Reichtum hat immer unsere Armut hervorgerufen und dazu gedient, den Wohlstand anderer zu nähren ... Durch die koloniale und neokoloniale Alchimie verwandelt sich unser Gold in Alteisen und unsere Nahrungsmittel in Gift."

(Eduardo Galeano, "Die offenen Adern Lateinamerikas")

Als Kolumbus im Auftrag der spanischen Krone 1492 den ersten Fuß auf lateinamerikanischen Boden setzte, drang er in eine reiche, hochentwickelte Zivilisation ein. Seine Nachfahren brachten den Azteken in Mexiko, den Mayas in Mittelamerika und den Inkas im Süden des Kontinents Schießpulver und Gewehre, Krankheiten und Seuchen, Privateigentum und Versklavung, Hunger und Repression. Sie plünderten die Völker aus, stahlen Gold und Silber, richteten die Könige hin und begannen dann nach und nach, den Kontinent unter verdienten Kriegern und der Kirche aufzuteilen. Die Indios mußten als Leibeigene auf den Ländereien der Großgrundbesitzer arbeiten, der Drang nach Gold und Silber kostete allein in Bolivien in drei Jahrhunderten 8 Millionen Minenarbeiter das Leben.

Die Reichtümer aus den lateinamerikanischen Gold- und Silberminen, die Gewinne aus den Zuckerrohr- und Kaffeeplantagen wurden zum wichtigen Beitrag der industriellen Entwicklung Europas.

Nach Angaben der neueren wirtschaftshistorischen Forschung wurden in der Zeit von 1500 bis 1750 durch Raub, Sklavenhandel und "normalen" Handel Werte von über einer Milliarde Goldpfund nach Europa gebracht, mehr als der Wert des gesamten Anlagekapitals in allen europäischen Industrieunternehmen um das Jahr 1800. Die Werte- und Edelmetallmassen aus den Kolonien finanzierten häufig direkt - oder indirekt über die Vermittlung der großen Kaufmannshäuser wie die der Fugger und Welser - die großen Manufaktur- und Fabrikgründungen. Die industrielle Revolution in Europa wurde so buchstäblich durch die Verarmung der Kolonien bezahlt.

Im Zuge der Industrialisierung Europas begann für Lateinamerika die Phase der Festigung der "internationalen Arbeitsteilung" durch den Warenexport und die zweite Phase kontinentaler Zerstörung: die billigen, maschinell gefertigten Produkte aus Europa zerstörten im Konkurrenzkampf das bis dahin noch blühende Handwerk und die Manufakturen. Waren wurden in Ummengen nach Lateinamerika verschifft. So kostete ein maschinell in Yorkshire gefertigter Poncho 3 Pesos, ein handgewebter, einheimischer hingegen 7 Pesos.

Der aufblühende Kapitalismus zementierte so auf Jahre hinaus die internationale Arbeitsteilung zwischen den rohstoffliefernden Entwicklungsländern Lateinamerikas und den entwickelten Industrieländern: England hieß fortan "die Werkstatt der Welt", Kuba wurde die "Zuckerbüchse Europas" und Brasilien "die Kaffeekeanne Europas" genannt. Lateinamerika lieferte die Baumwolle, die englische Textilindustrie die fertigen Textilien.

Es gelang den europäischen Staaten übergangslos, den spanischen Raubkolonialismus durch eine Abhängigkeit vom Weltmarkt, vom Import europäischer Industriewaren im Tausch für lateinamerikanische Rohstoffe zu ersetzen.

Während der industriellen Expansion, bei der unterdessen Absatzschwierigkeiten und Unterbeschäftigung zu Krisen führen, beginnt ein Wettlauf der "Industrienationen" um die Vormacht in den Kolonien. Diese Auseinandersetzung um die "Aufteilung der Welt" unter wenigen Ländern bildet nicht zuletzt den Auslöser für den ersten Weltkrieg.

"Alle in den ersten Weltkrieg verwickelten europäischen Länder gingen am Ende wirtschaftlich geschwächt und hoch verschuldet (u.a. bei den USA) aus ihm hervor, die USA aber spielten die Rolle des 'lachenden Dritten'. Bereits seit der Verkündung der

Monroe-Doktrin 1823 - 'Amerika (= inkl. Lateinamerika) den Amerikanern (=USA)' - hatten die Vereinigten Staaten ihre Bemühungen um die wirtschaftliche und politische Infiltration in Lateinamerika intensiviert.

Später bekannte US-General Smedley D. Butler: 'Ich habe 1914 mitgeholfen, Mexiko in einen sicheren Ort für die amerikanischen Interessen zu verwandeln. Ich habe dazu beigetragen, aus Kuba und Haiti saubere Gegenden zu machen, damit die Burschen von der National City Bank ungestört ihre Erträge einsammeln konnten. Für das Bankhaus Brown Brothers habe ich Nicaragua gesäubert. 1916 habe ich im Dienste unserer Zucker-Interessen in der Dominikanischen Republik reinen Tisch gemacht. Und für unsere Obst-Konzerne habe ich 1903 Ordnung in Honduras geschaffen.' " (Der Spiegel, 31.8.1970)

Über Jahrzehnte beginnt eine Phase ökonomischer und militärischer Absicherung der Weltmarktordnung. Durch das Einsetzen von Marionettenregierungen versuchen die großen US-Konzerne immer wieder mit Erfolg, die Rohstoffpreise niedrig und die Strukturen der Abhängigkeit durch Monokulturen und Exportorientierung aufrecht zu erhalten. Neben der äußeren Abhängigkeit vom Weltmarkt beginnt ebenso die zunehmende Ausplünderung von innen durch ausländische Direktinvestitionen. Multinationale Konzerne nutzen die Hungerlöhne und Steuervergünstigungen als ideales "Investitionsklima" aus. Auf dem ganzen Kontinent kontrolliert das US-Kapital heute mehr als ein Drittel der verarbeitenden Industrie und vier Fünftel der Rohstoffgewinnung.

"Das System hat den Hunger und die Angst vermehrt; der Reichtum konzentriert sich weiterhin, und die Armut breitet sich weiter aus. So bestätigen es die Papiere der einschlägigen internationalen Organisationen, deren aseptische Sprache unsere unterdrückten Regionen 'Entwicklungsländer' nennt und die unerbittliche Verarmung der arbeitenden Bevölkerung 'regressive Einkommensverteilung'.

Das internationale Räderwerk funktioniert heute besser denn je: Die Länder im Dienst der Produktion, die Menschen im Dienst der Dinge.

Mit der Zeit werden die Methoden, mit denen die Krisen in unsere Länder exportiert werden, immer perfekter. Das Monopolkapital erreicht immer höhere Grade der Konzentration, und die internationale Beherrschung der Märkte, die Kredite und Investitionen machen eine systematische und wachsende Verlagerung der Widersprüche möglich: das Hinterland zahlt, ohne mit der Wimper zu zucken, den Preis für das Gedeihen der Metropolen." (Eduardo Galeano, 1978)

Quellen:

Eduardo Galeano, "Die offenen Adern Lateinamerikas", Wuppertal 1983

Spiegel-Serie über Lateinamerika, "Da hilft nur noch Gewalt", (31.8. - 21.9.1970)

Menler, "Unterentwicklung", Bd. 1, Hamburg

André Gunder Frank, "Capitalism and Underdevelopment in Latin America", New York, 1967

Der Zauberstab des Weltmarktes weckt Mittelamerika aus seinem Schlaf

Die auf mittelamerikanischem Boden gelegenen Länder erlitten bis um die Mitte des vorigen Jahrhunderts keine beachtlichen Erschütterungen. Abgesehen von den zum Eigenverbrauch bestimmten Lebensmitteln erzeugte Mittelamerika Scharlach- und Indigofarbstoffe mit geringem Kapital, wenigen Arbeitskräften und einem Minimum an Sorgen. Die Koschenille, ein Insekt, das ohne Schwierigkeiten auf der stacheligen Oberfläche der Nopal-bäume gedieh, erfreute sich, wie die Indigopflanze, einer ständigen Nachfrage von Seiten der europäischen Textilindustrie. Beide Naturfarbstoffe starben den Kunststofftod, als gegen 1850 die deutschen Chemiker die Aniline und andere billigere Farbstoffe zum Färben der Stoffe erfanden.

Dreißig Jahre nach dem Sieg der Laboratorien über die Natur war der Augenblick für den Kaffee gekommen. Mittelamerika machte eine Wandlung durch. Aus seinen eben ent-

standenen Pflanzungen kam um das Jahr 1880 fast ein Sechstel der Kaffeeproduktion der ganzen Welt. Durch dieses Produkt vollzog sich die endgültige Eingliederung der Zone in den Weltmarkt. Den englischen Käufern folgten die Deutschen und die Nordamerikaner; die ausländischen Konsumenten erweckten eine einheimische Kaffeebourgeoisie zum Leben, die im Zuge der liberalen Revolution von Justo Rufino Barrios zu Beginn des Jahrzehnts 1870 - 1880 politische Machtpositionen erlangte. Die von auswärts diktierte Agrarspezialisierung erweckte die rasende Gier nach dem Erwerb von Land und von Menschen. Das derzeitige Latifundium entstand in Mittelamerika unter der Fahne der Arbeitsfreiheit.

Die liberalen Regierungen modernisierten die Arbeitsverhältnisse, indem sie das Lohnsystem einführten, aber die Lohnarbeiter verwandelten sich in Eigentum der frisch gebackenen Kaffee-Unternehmer. Selbstredend wirkten sich in keinem Augenblick während des ganzen seither verstrichenen Jahrhunderts die Hausseperioden auf das Niveau der Einkünfte der Arbeiter aus. Dies war einer der Faktoren, die die Entwicklung eines internen Absatzmarktes in den mittelamerikanischen Ländern hemmten. Wie überall entmutigte der Kaffee-Anbau in seiner zügellosen Expansion den Anbau von Lebensmitteln für den internen Markt. Auch diese Länder waren dazu verurteilt, chronischen Mangel an Reis, Bohnen, Mais, Weizen, Tabak und Fleisch zu leiden.

Mit Mühe und Not blieb eine elende Landwirtschaft zur Deckung des Eigenbedarfs auf den hochgelegenen und zerklüfteten Geländen bestehen, in die das Latifundium die Eingeborenen bei der Inbesitznahme der tiefer gelegenen und fruchtbareren Ländereien gedrängt hatte. Dies sind die Reserven an Arbeitskräften, über die der Weltmarkt verfügt. In einem Jahrhundert hat sich die Lage nicht geändert: das Latifundium und das Minifundium bilden gemeinsam die Einheit eines Systems, das auf der grausamen Ausbeutung der einheimischen Arbeitskräfte beruht. Im allgemeinen, und ganz besonders in Guatemala, tritt diese Struktur der Inbesitznahme der Arbeitskraft in Gleichklang mit einem wahren System des Rassendünkels in Erscheinung: die Indianer sind ebenso Opfer des inneren Kolonialismus, der von Weißen und Mestizen ausgeübt wird und mit dem ideologischen Segen der herrschenden Kultur zählt, wie die mittelamerikanischen Länder ihrerseits es dem ausländischen Kolonialismus sind.

Seit dem Beginn des Jahrhunderts erschienen außerdem in Honduras, Guatemala und Costa Rica die Bananenenklaven. Um den Kaffee in die Hafenstädte zu transportieren, waren bereits einige vom inländischen Kapital finanzierte Eisenbahnlinien entstanden. Die nordamerikanischen Unternehmen bemächtigten sich dieser Eisenbahnen und schufen weitere zu dem ausschließlichen Zweck, die Produktion ihrer Plantagen zu befördern, während sie gleichzeitig das Monopol der Elektrizitätsversorgung, der Post und des Telegrafien- und Telefonwesens, aber auch das Monopol eines nicht minder wichtigen öffentlichen Dienstes, das der Politik, für sich in Anspruch nahmen. In Honduras "kostet ein Maultier mehr als ein Abgeordneter", und in ganz Mittelamerika haben die Botschafter der Vereinigten Staaten mehr "präsidierende Macht" als die Präsidenten. Die United Fruit Co. hat ihre Konkurrenten in der Produktion und dem Verkauf von Bananen geschluckt, sich in den wichtigsten Großgrundbesitzer Lateinamerikas verwandelt und beherrscht mit ihren Tochtergesellschaften den Eisenbahn- und Seetransport; sie hat sich der Häfen bemächtigt und über eigene Zollämter und Polizei verfügt. Der Dollar ist de facto die mittelamerikanische Währung geworden.

Quelle:

Eduardo Galeano, "Die offenen Adern Lateinamerikas", Wuppertal 1983

2. DIE GESCHICHTE DER BANANE UND DIE UNITED FRUIT COMPANY

"Tatsächlich wurde der Aufstieg der UFC zum führenden Bananenkonzern erst möglich durch die hemmungslose Ausbeutung und Ausplünderung von Millionen Lateinamerikanern und ihrer Länder. Die Geschichte des Trusts wurde geschrieben mit dem Blut Abertausender Lateinamerikaner, die für Macht und Profit der UFC sterben mußten. Bestechung, Erpressung, Bürgerkrieg, Verletzung der Menschenrechte sowie der UN-Charta sind einige weitere Ingredienzen dieses authentischen Polit-Thrillers, der seine literarischen Artgenossen weit in den Schatten stellt."

(Quelle:

Manfred Sieg, "Musaparadisiaca, die Geschichte der (Süß-)Banane")

Manfred Sieg

Konzerne sichern sich mit Bestechung, Putsch und Repression ihre Monopolstellung

Wie kaum eine andere Frucht ist die Banane Sinnbild jahrzehntelanger Ausbeutung der Dritten Welt durch transnationale Konzerne. Die zentralamerikanischen Staaten verdanken dem Umstand, daß die großen Drei im Weltbananenhandel - United "Chiquita" Brands, Castle & Cooke und Del Monte - mit Hilfe von Bestechung, Putsch und wirtschaftlicher Repression bis in die jüngste Zeit diese Entwicklungsländer nicht nur wirtschaftlich, sondern meistens auch politisch beherrschten, die Bezeichnung "Bananenrepublik". Sie ... erklären ihren Herausforderern den "Bananenkrieg", wenn sie ihr Monopol bedroht fühlen.

So 1974, als sieben zentralamerikanische Staaten - Kolumbien, Costa Rica, die Dominikanische Republik, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Panama - zur Selbsthilfe gegenüber den Konzernen schritten und sich zur Organisation bananenexportierende Länder (UPEB) zusammenschlossen. Nachdem diese Länder, die 47% des Weltextportes tätigen, eine Exportsteuer von einem US-Dollar pro ausgeführtem Bananenkarton beschlossen, schlugen die Konzerne zurück. Castle & Cooke exportierte zwei Monate lang nur ein Drittel des sonstigen Volumens. Den Rest ließ der Konzern an den Stauden verfaulen. United Brands bestach honduranische Regierungsmitglieder mit 1,25 Mio. US-Dollar, bis die Exportsteuer auf wenige US-Cents je Karton zurückgenommen wurde.

Das Verhalten von Castle & Cooke veranschaulicht das große Dilemma der Länder, deren Deviseneinnahmen vom Bananenexport abhängen: Bananen sind nicht lagerfähig. ... Sie müssen verkaufen, wenn sie überhaupt Devisen verdienen wollen. Dadurch kommt es fortlaufend zu Überproduktionen - die UN-Landwirtschafts- und Ernährungsorganisation FAO rechnet damit, daß 1985 eine Mio. Tonnen im Jahr mehr produziert als konsumiert werden.

Die Konzerne haben unterdessen ihre Bananenpolitik geändert: Aus "Imagegründen" treten sie als Plantagenbesitzer zunehmend in den Hintergrund und lassen die Bananen durch Kontraktfarmer, die durch Knebelverträge an die Konzerne gebunden sind, anbauen. Sie widmen sich dagegen der lukrativen Vermarktung. Nur rund 11% des Verkaufspreises in Europa fließt den Exportländern zu. Den Rest streichen die Konzerne, Zwischenhändler und Händler ein. 99% der Weltkühlschiff-Flotte für Bananen gehören den drei Konzernen. Diese besitzen exklusive Abnahmeverträge mit Importeuren und Reifereien in den Hauptverbraucherländern: den USA, den Ländern Westeuropas und Japan oder vertreiben die Bananen über eigene Reifereien bis zum Einzelhändler eben selbst.

Seit 1964 bemüht sich eine aus 70 Mitgliedsländern bestehende zwischenstaatliche Verhandlungsgruppe der FAO - auch die Bundesrepublik nimmt daran teil - auf Drängen der Bananenexportländer um ein internationales Bananenabkommen. Die grundsätzlichen Gegensätze bestehen jedoch fort, wie auf dem letzten Treffen im März in Genf deutlich wurde: die Exportländer fordern garantierte Abnahmeregungen zu gesicherten Mindest-

preisen. Die Konsumentenländer setzen dagegen auf eine eher "marktwirtschaftliche" Regelung: Sie haben angeboten, den Exportländern bei der Forschung, der Qualitätsverbesserung und der Erschließung neuer Märkte behilflich zu sein.

Quelle:

Frankfurter Rundschau, 15.10.1980

Ernesto Cardenal

DIE GESCHICHTE DER UNITED FRUIT COMPANY

Die Bauern aus Honduras trugen das Geld im Hut, als sie ihre Saat säten und die Leute aus Honduras Herren ihrer Erde waren.
Als es Geld gab
und keine fremden Anleihen
und auch die Steuern nicht für Pierpont Morgan & Cie
und als die Frucht-Gesellschaft nicht mit den kleinen Bauern konkurrierte.
Aber da kam die *United Fruit Company*
mit ihren Niederlassungen *Tela Railroad Company*
und *Trujillo Railroad Company*
vereinigt mit der *Cuymel Fruit Company*
und der *Vaccaro Brothers & Company*
später *Standard Fruit & Steamship Company*
zur *Standard Fruit & Steamship Company*: die *United Fruit Company*
mit ihren Revolutionen zur Erlangung von Konzessionen
und mit der Befreiung von Millionen an Importsteuer
und Exportsteuer, Revisionen alter Konzessionen
und Subventionen für neue Ausbeutungen,
mit Vertragsbrüchen, Verletzungen
der Verfassung ...
Und alle Bedingungen werden von der *Company* diktiert
mit Auflagen für den Fall der Beschlagnahme
(Auflagen für die Nation, nicht für die *Company*),
und mit Bedingungen, die sie stellt (die *Company*),
die Pflanzungen der Nation zurückzugeben
(von der Nation gratis der *Company* gegeben),
nach 99 Jahren ...
"und alle anderen Pflanzungen jeder anderen
Person oder Gesellschaft oder jedes anderen Unternehmers,
die unabhängig sind von den Vertragsschließenden, und an welchen
die Letztere später Interessen jeder Art vertritt
oder vertreten kann, sind folglich in die oben genannten
Daten und Bedingungen eingeschlossen ..."
(Weil die *Company* auch die Prosa korrumpierte.)
Die Bedingung war, daß die *Company* die Eisenbahn baute,
doch die *Company* baute sie nicht,
weil die Maultiere in Honduras billiger waren als die Eisenbahn,
und "ein Abgeordneter mehr billiger als ein Maultier" - wie Zemurray sagte - *
wenn sie dafür auch Steuerfreiheit bekamen
und 175.000 Acres als Subvention für die *Company*,
mit der Verpflichtung, für jede nicht gebaute Meile
an die Nation zahlen zu müssen, aber sie zahlte nichts,
baute auch keine einzige Meile (Carias ist der Diktator,
der die meisten Meilen Eisenbahnstrecke nicht baute),
und nach all dem nützte die Scheißbahn
der Nation kein bißchen,
weil diese Bahn zwischen zwei Pflanzungen verlief
und nicht zwischen Trujillo und Tegucigalpa.

Sie korrumpieren die Prosa und korrumpieren das Abgeordnetenhaus.
Die Banane bleibt in den Pflanzungen, um zu verfaulen,
oder sie verfault in den Waggons entlang der Eisenbahnlinie,
oder sie wird reif geschnitten, um zurückgewiesen zu werden,
wenn sie am Kai ankommt, oder sie wird ins Meer geworfen;
man behauptet, die Büschel seien beschädigt oder zu mager
oder welk oder grün oder zu reif oder krank:

damit es keine billigen Bananen gibt
oder um billige Bananen einzukaufen.
Bis dann der Hunger herrscht an der Atlantikküste Nicaraguas.
Und die Bauern eingesperrt werden, weil sie nicht für 30 Cts verkaufen wollen,
und ihre Bananen mit Bajonetten zerhackt werden,
und die *Mexican Trader Steamship* ihre Boote versenkt,
und die Streikenden mit Gewehren überwältigt werden.
(Und die Abgeordneten Nicaraguas werden zu einem Gartenfest eingeladen.)
Aber der Neger hat sieben Kinder.
Und was soll man machen. Essen muß man.
Und man muß ihre Zahlungsbedingungen annehmen.
24 Cts das Büschel.
Inzwischen kablet die Niederlassung *Tropical Radio* nach Boston:
"Hoffen, daß die Geldzuwendungen an Abgeordnete der Mehrheit
in Nicaragua für die unschätzbaren Dienste
die sie der *Company* erwiesen haben, Bostons Zustimmung hat."
Und von Boston nach Galveston per Telegraph
und von Galveston per Kabel und Telegraph nach Mexico
und von Mexico per Kabel nach San Juan del Sur
und von San Juan del Sur per Telegraph nach Puerto Limón
und von Puerto Limón per Kanu in die Wälder
geht der Befehl der *United Fruit Company*:
"Die Yunai** kauft keine Bananen mehr."
Und in Puerto Limón wird den Arbeitern gekündigt.
Die kleinen Werkstätten werden geschlossen.
Niemand kann seine Schulden bezahlen.
Und die Bananen in den Eisenbahnwaggons verfaulen.
Damit es keine billigen Bananen gibt.
Und damit die Bananen billig sind.
- 19 Cts das Büschel..
Die Arbeiter bekommen Gutscheine statt Lohn.
Statt Geld Schulden.
Und sie verlassen die Pflanzungen, die völlig nutzlos sind,
übergeben an Heere von Arbeitslosen.
Und die *United Fruit Company* in Costa Rica
mit ihren Niederlassungen *Costa Rica Banana Company*
und *Northern Railway Company* und
der *International Radio Telegraph Company*
und der *Costa Rica Supply Company*
kämpfen vor den Gerichten gegen ein Waisenkind.
Fürs Entgleisen zahlt man 25 Dollar Schadenersatz
(aber es wäre teurer gewesen, die Eisenbahnstrecke zu reparieren).
Und die Abgeordneten, billiger als die Maultiere, wie Zemurray sagt.
Sam Zemurray, der türkische*** Bananeneinzelhändler
aus Mobile, Alabama, der eines Tages eine Reise nach New Orleans machte
und auf den Kais der *United* sah, wie man die Bananen ins Meer warf,
und der anbot, alles zu kaufen, um daraus Essig zu machen,
alles kaufte und wieder in New Orleans verkaufte,
und die *United* mußte ihm Land in Honduras geben,
damit er auf seinen Vertrag in New Orleans verzichtete,
und so kam es, daß Sam Zemurray in Honduras Präsidenten ernannte.
Er provozierte Grenzstreitigkeiten zwischen Honduras und Guatemala
(die eigentlich zwischen der *United Fruit Company* und seiner *Company* bestanden),
und erklärte, daß Honduras (seine *Company*) "keinen Zoll Erde" verlieren dürfe,
"weder in der umstrittenen Gegend noch
in irgendwelchen anderen, nicht umstrittenen Gebieten
Honduras" (seiner *Company*) ...
(während die *United* die Rechte Honduras verteidigte
in ihrem Prozeß mit der *Nicaragua Lumber Company*)
bis der Streit plötzlich beendet war, man sich mit der *United*
zusammenschloß, und anschließend alle Aktien an die *United* gingen
und mit den Aktien der Vorstand in Boston überrannt wurde
(gemeinsam mit den Geschäftsführern in Honduras) -
und man wurde Herr über Honduras und Guatemala,
und der Streit um die erschöpften Gebiete war zu Ende,
und sie nützten niemandem mehr, weder Guatemala noch Honduras.

* Samuel Zemurray, Gründer der *United Fruit Company*

** Spanische Aussprache der *United Fruit*, Kurzform

*** In Lateinamerika werden arabische und jüdische Kaufleute "Türken" genannt,
S. Zemurray war aus Bessarabien.

3. WELTWIRTSCHAFTSKRISE, VERSCHULDUNG UND DIE INTERNATIONALEN FINANZORGANISATIONEN

Der sichtbarste Ausdruck der Strukturkrise in den Ländern der "Dritten Welt" ist ihre alarmierend hohe Außenverschuldung. Die folgenden Beiträge versuchen, einen Einstieg in die Materie und einen allgemeinen Überblick über das Zustandekommen der derzeitigen Wirtschafts- und Verschuldungskrise anzubieten.

Besondere Aufmerksamkeit verdient dabei die Rolle der internationalen Finanzorganisationen (die sog. IFI's), wie der Internationale Währungsfond (IWF) und die Weltbank.

Der Beitrag von Barbara Sleight gibt einen Einblick über das Ausmaß der Verschuldung und der Krisensituation in einigen Ländern Lateinamerikas. Das ihrem Artikel angeschlossene statistische Material resumiert die Verhandlungen einiger Länder mit den Gläubigerbanken/IFI's sowie ihre Bemühungen um Umschuldung bzw. Refinanzierung.

Schließlich wird über die erste Konferenz der Vertreter der Zentralbanken der fünf mittelamerikanischen Länder im März 1985 in Guatemala berichtet, die sich um Lösungsansätze der Verschuldungskrise in ihren Ländern bemühte.

Indikatoren der Weltwirtschaftskrise

"Alle reden von der 'Krise'. Ohne weiteren Zusatz gebraucht, werden wir mit diesem Begriff wohl primär wirtschaftliche Rezession, Arbeitslosigkeit und dem Komplex Verschuldung/Sparen/Austeritätspolitik verbinden. Spätestens, seitdem das Waldsterben nicht mehr geleugnet werden kann, ist die 'Ökologiekrise' in aller Munde; die 'Energiekrise' ist letztlich ein spezifischer Aspekt der Ökologiekrise (Knappheit natürlicher Ressourcen, Umweltgefährdung durch Nebeneffekte der Transformation von Energieformen); es gibt die 'Stahlkrise', die 'Werftenkrise' und die damit verbundenen 'regionalen Strukturkrisen' - aber auch von 'kultureller Krise' ist die Rede, ja schließlich auch von der 'Krise des Marxismus'. Die uns 'vertraute' Dauer-/Strukturkrise der Dritten Welt in den letzten Jahren ist immer mehr durch die von den Zentren ausgehende Weltwirtschaftskrise überdeckt worden und in der öffentlichen Diskussion zur 'Verschuldungskrise' geworden: Während die kritische, entwicklungspolitische Diskussion noch Ende der 70er Jahre die Kreditvergabe internationaler Institutionen u.a. als Hebel zur Vertiefung der Abhängigkeit der Empfängerländer kritisierte, werden jetzt die sozialen Auswirkungen des Versagens neuer Kredite für Länder am Rande der Zahlungsunfähigkeit angeprangert. Dabei spielt manchmal allerdings die Angst vor einer generellen Zahlungseinstellung der Dritten Welt und einem Zusammenbruch des internationalen Finanzsystems mit unübersehbaren Folgen für die weitere wirtschaftliche und politische Entwicklung auch bei uns eine größere Rolle als die wirkliche Sorge um die Menschen in der Dritten Welt.

Die einzelnen '-krisen' können offenbar nicht isoliert betrachtet werden: es gibt keine partikularen Lösungen: alle Umschuldungsaktionen sind sinnlos, wenn die Zeit nicht für strukturelle Veränderungen genutzt wird und - angesichts der spezifischen IWF-Stabilisierungsvorstellungen - genutzt werden kann, um die viel weiterreichenden Ursachen der Verschuldungskrise zu bekämpfen. Ebenso ist klar, daß die Ökologiekrise nicht allein durch Umweltschutzmaßnahmen zu bekämpfen ist. Auch kann eine Politik, die versucht, einige wachstumshemmende Faktoren auszuschalten, vielleicht einige Prozentpunkte Wirtschaftswachstum für vielleicht ein oder zwei Jahre hervorbringen, keineswegs aber die Grundlage für einen neuen, langfristigen Wirtschaftsaufschwung legen. Andererseits gibt es - etwa im Gegensatz zu den Erwartungen während der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre - auch unter marxistischen Autoren - kaum jemand, der diese allgemeine Krise kapitalistischer Akkumulation als Anzeichen eines unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruchs des Kapitalismus interpretieren würde.

In der linken Diskussion wird die gegenwärtige Krise inzwischen durchweg als Parallele zur Großen Depression der 1870/80er Jahre und zur Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre gesehen, und damit als eine der periodisch wiederkehrenden allgemeinen

Krisen im Rahmen des zyklischen Charakters kapitalistischer Entwicklung - oder als Tiefpunkte in den 'langen Wellen' kapitalistischer Akkumulation." (1)

Ende 1983 betrugen die Gesamtschulden der Dritte-Welt-Länder und der RgW-Staaten* gegenüber westlichen Banken 700 Mrd. Dollar. Die größten Schuldner sind dabei die Länder Lateinamerikas: Die Verschuldung Brasiliens mit fast 100 Mrd. US-Dollar und die Pro-Kopf-Verschuldung Nicaraguas von 1.310 Dollar bei einem Bruttosozialprodukt von 1.089 US-Dollar pro Kopf seien hier als Beispiele genannt. (2)

"Hier setzt eine Spirale der Verarmung ein: Importe werden reduziert, weil Devisen zur Bezahlung von Zinsen gebraucht werden. Aus dem gleichen Grund werden die Exporte forciert und damit das inländische Güterangebot vermindert." (3)

"Dies bedeutet, daß mehr und mehr die Zins- und Tilgungszahlungen den Löwenanteil der staatlichen Deviseneinnahmen verschlingen. Die Realeinkommen müssen daher durch eine galoppierende Inflation (in Mexiko von ca. 30% 1981 auf 80% 1983) oder direkte Lohn- und Gehaltskürzungen angepaßt werden." (4)

Die internationalen Banken und Finanzinstitutionen, vor allem der Internationale Währungsfond (IWF) und die Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), diktiert den Schuldnern nun die Bedingungen, unter denen ihnen ein Zahlungsaufschub gewährt wird. Die "Erfüllung von Auflagen" hat meist weitere Kredite zur Folge, die nur dazu dienen, die fälligen Jahreszinsen und Tilgungen zu bezahlen. Und dies führt zu einem weiteren Anstieg der Gesamtschulden. Konkrete Folgen dieser Politik sind: Lohnabbau, Massenarbeitslosigkeit, Hunger, rechtsgerichtete Militärputsche und Niederschlagung von Hungeraufständen (siehe Artikel "Dominikanische Republik - Die Vorgeschichte der Osterunruhen", S. 72 in dieser Veröffentlichung).

Für die hohe Verschuldung und Misere der Dritte-Welt-Länder sind allerdings nicht allein der "starke Dollar" und die Wucherzinsen der Banken verantwortlich, es kommt hinzu, daß sich die Austauschverhältnisse (terms of trade) zwischen der Dritten Welt und den Industrienationen unter den Bedingungen der Weltwirtschaftskrise drastisch verschlechtert haben. Deviseneinnahmen gingen zurück, die Länder der Dritten Welt sind gezwungen, ihre Exportwaren (=Rohstoffe) zu Niedrigpreisen auf den Weltmarkt zu werfen. Gleichzeitig mußten überall rigoros die Importe gedrosselt werden, damit überhaupt ein Devisenüberschuß erwirtschaftet werden konnte.

"Zum einen können die Länder der Dritten Welt angesichts einer stagnierenden Weltwirtschaft nicht mehr Waren und Rohstoffe exportieren, die Nachfrage ging zurück. Das führte zu einem rapiden Preisverfall der meisten Rohstoffe, die heute so billig zu haben sind, wie etwa vor fünfzig Jahren. Jedoch steigen auf der anderen Seite für die 'Dritte Welt' die Importpreise für Waren aus den imperialistischen Metropolen, was die Deviseneinnahmen verschmälert und aufzehrt. Mit negativen Handelsbilanzen lassen sich natürlich keine Schulden zurückzahlen." (5)

Zu den Ursachen der Verschuldung

Während der 70er Jahre nahm das Wachstum in den westlichen Industrieländern ab, wie man auch an der Abnahme der Bruttoinvestitionsquoten erkennen kann. Trotz eines niedrigen Zinssatzes wurden nur wenige Kredite für Investitionen benutzt, das Kapital sucht nach neuen, rentablen Anlagemöglichkeiten. Die Renditen produktiver Investitionen waren niedriger als die Renditen von Finanzinvestitionen und das Kapital strömte daher auf die internationalen Kreditmärkte.

Mit der Abnahme der Anlagemöglichkeiten für Kapital im produktiven Bereich der westlichen Industrieländer ging ein starkes Wachstum der internationalen Kreditmärkte seit dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen im Jahr 1971 einher.

Vorher waren alle westlichen Währungen an den Dollar gebunden und dieser wiederum an die Goldreserven der USA (Bretton-Woods-System). Die Geldmenge war dadurch leichter unter Kontrolle zu halten, bis die Konvertibilität nicht mehr gewährleistet war und das System zusammenbrach. Die Kreditmenge wuchs seitdem wesentlich stärker als die

* RgW-Staaten: Rat gegenseitiger Wirtschaftshilfe (die COMECON-Länder)

reale Wertschöpfung und die Welthandelsbilanz.

Das Wachstum der internationalen Kreditmärkte in den 70er Jahren betrug ca. 22 % pro Jahr, während das Bruttoinlandsprodukt der OECD-Länder um knapp 3 % und der Welthandel um 6 % jährlich anstieg.

Hinzu kommt, daß auch die OPEC-Staaten in dieser Zeit nach Anlagemöglichkeiten für die erwirtschafteten Öl-Dollars suchten.

Gleichzeitig befanden sich dagegen zahlreiche Entwicklungsländer und RgW-Staaten in einer Phase starken Wachstums und hatten einen hohen Kreditbedarf, um ihre Industrialisierung finanzieren zu können. Das "überschüssige Kapital" fand hier neue Anlagemöglichkeiten, Kredite wurden zu Niedrigzinsen an die Dritte-Welt-Länder vergeben. Und damit beginnt der Teufelskreis. Die Entwicklungsländer müssen die erhaltenen Kredite produktiv investieren, um dadurch Überschüsse für die Zinsen und die Tilgungen zu erwirtschaften. Mit steigenden Zinsen für Fremdkapital sinken dann die Gewinne in den durch externe Kredite finanzierten Bereichen. Die Gewinne im produktiven Bereich sinken unter die Renditen für Finanzanlagen. Inländisches Kapital der "Entwicklungsländer", das z.B. in der Agrarproduktion erwirtschaftet wird, wird zunehmend aus den Produktivindustrien der Länder abgezogen und in Finanzanlagen investiert. Der "Entwicklungsprozeß" wird so verlangsamt oder ganz gestoppt, die Industrie kann die Mittel für den Schuldendienst nicht erwirtschaften.

Um die Schulden zurückzahlen zu können, müssen die Entwicklungsländer Devisen erwirtschaften. Sie sind gezwungen, zu exportieren und Kredite in exportorientierte Industrien zu investieren. Funktionieren kann dies nur, wenn die Industrieländer bereit sind, diese Waren aufzunehmen, d.h. Importüberschüsse zu akzeptieren.

Aber die Industrieländer brauchen Exportüberschüsse, weil sonst zwangsläufig Absatzprobleme zu Konjunkturkrisen führen würden. Die Industrieländer sind also gar nicht bereit, die Tilgung der Schulden, die realen Gütertransfer von "Entwicklungsländern" zu Gläubigerländern voraussetzte, zu dulden.

Die Entwicklungsländer geraten durch ihre Exportorientierung zunehmend in eine Abhängigkeit vom Weltmarkt. Wie bereits erwähnt, verschlechtern sich die "*terms of trade*" in zunehmendem Maße. Abgerundet wird das Transferproblem mit den Grenzen, auf die die Entwicklungsländer mit ihren hauptsächlich landwirtschaftlichen Produkten stoßen. Teilweise können sie auf Importgüter aus den Industrienationen nicht verzichten, andererseits gibt es in den Industrienationen Sättigungsgrenzen (besonders für Agrarprodukte) und Importrestriktionen. Mit den ungünstigen *terms of trade* nehmen die Deviseneinnahmen ab, Zinsen und Tilgung können nicht mehr gezahlt werden und die Importe müssen reduziert werden.

Seit Anfang der 80er Jahre stiegen die Zinsen stark an, die *Prime Rate* stieg von 12,8 % (1979) auf 20,5 % (1981). Der Zinsanstieg wird begleitet vom Anstieg des Dollarkurses. Die Schuldnerländer sind vom Zinsanstieg und dem damit verbundenen Anstieg des Dollar-Kurses stark betroffen, denn sie müssen ihre Schulden in Dollar zurückzahlen.

85 % der Entwicklungshilfe müssen für den Schuldendienst verwendet werden. Die Wirtschaftslage verschärft sich durch die Schuldenlast und die Nichtgewährung neuer Kredite mehr und mehr, ganz abgesehen von sonstigen Wirtschaftsproblemen.

Produktive Investitionen und Importe können nicht mehr finanziert werden.

Der Anteil der privaten Kredite nimmt im Verhältnis zu den öffentlichen Krediten zu, und damit sind härtere Bedingungen verbunden, u.a. auch höhere Zinsen.

Von 1971 bis 1981 haben sich die offiziellen Kredite an Entwicklungsländer vervierfacht, und die "privaten Kredite" an Entwicklungsländer verachtfacht, während sich der Schuldendienst auf offizielle Kredite auch ungefähr vervierfacht hat, stieg er bei den "privaten Krediten" um das zwölfwache.

Versucht ein Land, umzuschulden, um der Zahlungsunfähigkeit zu entgehen, verlangen die Banken einen Zinsaufschlag für das erhöhte Risiko. Mit jeder Umschuldung nimmt dieser Aufschlag zu.

"Die Verschuldungskrise beschleunigt den Prozeß der Entwertung von Kapital und hat damit zunächst die Funktion, den Strukturbruch voranzutreiben und Raum für eine Neustrukturierung zu schaffen, wobei sie selbst allerdings die Richtung dieser Neustrukturierung weitgehend offenläßt. In den lateinamerikanischen Ländern bedeutet "Strukturbruch" in erster Linie den Bruch mit dem Akkumulationsmodell der importsubstituierenden Industrialisierung, das zwar ein gewisses Niveau an Industrialisierung und Urbanisierung ermöglicht hat, jedoch auf der Grundlage von Industrien, die in hohem Maße vom Import von Vorproduktion abhängig sind, ohne - mit wenigen Ausnahmen - selbst konkurrenzfähig produzieren zu können. Eine chronische Überbewertung der Währung hatte den Import von Vorprodukten verbilligt, während die Fertigwaren durch hohe Zollmauern geschützt wurden; da die Überbewertung der Währung keine besonderen Anreize zur Exportproduktion bot, waren Zahlungsbilanzprobleme geradezu vorprogrammiert. Solange im Rahmen der weltwirtschaftlichen Expansion der 50er und 60er Jahre sowie des Re-Cyclings von Öl-Dollar in den 70er Jahren ein positiver Nettotransfer von Devisen in die lateinamerikanischen Länder stattfand, konnte dieses Akkumulationsmodell aufrechterhalten werden. Ein Stop dieses Devisenzuflusses mußte allerdings direkt in die Verschuldungskrise führen.

Inwieweit die Verschuldungskrise auch im Bereich des internationalen Finanz- und Währungssystems zu einem Strukturbruch führen wird, ist noch nicht abzusehen. Solange dies nicht geschieht, wird die im System von Bretton Woods angelegte Hegemonie der USA trotz inzwischen beträchtlicher Modifikationen dieses Systems (Aufgabe der festen Wechselkurse) bestehen bleiben. Dabei vertritt der Internationale Währungsfond (IWF) weniger direkt, als manchmal angenommen wird, die Interessen der USA und der transnationalen Konzerne. Vielmehr sichert er durch seine ordnungspolitische Funktion der Garantie bzw. Förderung des freien Welthandels und eines im wesentlichen auf den Dollar beruhenden Zahlungsverkehrs diese Hegemonie ab. Bei Zahlungsbilanzschwierigkeiten eines Landes können fast durchweg neue Kredite nur nach einem Abkommen mit dem IWF aufgenommen werden; angesichts der Abhängigkeit fast aller Länder von kontinuierlichen und im allgemeinen kreditfinanzierten Importen, haben sich bereits viele Regierungen gezwungen gesehen, auch Auflagen zu akzeptieren, die Eingriffe in innergesellschaftliche Strukturen bedeuten. Die ordnungspolitische Funktion des IWF bezieht also letztlich auch die internen Gesellschaftsstrukturen mit ein.

Die US-Hegemonie ist gleich doppelt abgestützt, zum einen über die Rolle des Dollars als Leit- und Reservewährung, was bedeutet, daß allein die USA Zahlungsbilanzschwierigkeiten durch das Drucken von Dollarnoten (bzw. interne Kreditschöpfung) überbrücken können, zum anderen aber über institutionelle Formen, die das ökonomische Gewicht der USA umsetzen in politische Hegemonie. Der Zusammenhang US-Haushaltsdefizit/Zinsniveau/Verschuldung der Dritten Welt unterstreicht die Bedeutung des zweiten Aspekts: Das US-Haushaltsdefizit von etwa 200 Mrd. US-Dollar jährlich treibt - da es ja eine Nachfrage nach Krediten in entsprechender Höhe bedeutet - die Zinsen hoch. Die hohen US-Zinsen fördern einerseits die Kapitalflucht aus anderen Ländern in die USA, sie lasten andererseits enorm auf den Schultern der Schuldnerländer, da zum einen ein beträchtlicher Teil der Verschuldung in der Form sog. "revolving credits" besteht, deren Verzinsung ständig an das sich verändernde Zinsniveau angepaßt wird, zum anderen neue Kredite zur Leistung des Schuldendienstes benötigt werden." (6)

Abschließend eine kurze Bemerkung zur Bundesregierung. In einem Papier der "Grünen im Bundestag" zur Stellung der Bundesregierung heißt es zusammenfassend: "Die Bundesregierung beharrt auf der Politik der Zwangsintegration der Dritten Welt in den Weltmarkt und in die internationale Arbeitsteilung, obwohl dadurch weder die entwicklungspolitischen noch die Verschuldungsprobleme gelöst werden. Sie betreibt eine aggressive Außenwirtschaftspolitik, die darauf angelegt ist, die Entwicklungsländer auf Jahrzehnte hinaus in Abhängigkeit zu halten. Der Weg nämlich, die Zins- und Tilgungszahlen lediglich zu strecken, gleichzeitig aber das Hineinregieren des IWF in die Entwicklungsländer noch zu forcieren, eröffnet die Möglichkeit, die Wirtschaftsstrukturen auf unabsehbare Zeit auf die Interessen der reichen Industrienationen auszurichten. Diese Politik ist nur als finanzpolitischer Kolonialismus zu be-

zeichnen." (7)

- (1 + 6) Einleitungsartikel, Peripherie 15/16 zur Weltwirtschaftskrise
- (2) Zahlen nach "Latin America Weekly Report", Januar 1985
- (3 + 4) Elmar Altvater, "Das Ende vom Anfang der Verschuldungskrise", unveröffentlichtes Manuskript, 1984
- (5) "Wucherzinsen ruinieren die Dritte Welt", in Arbeiterkampf 245/1984
- (7) Die Grünen, "Bundesregierung zur internationalen Verschuldungskrise, sanfte Formulierungen für eine brutale Politik", Bonn, 1984

Herangezogene Literatur:

Elmar Altvater, "Der Teufelskreis der Auslandsverschuldung - der Weltmarkt in der Kreditkrise", in "Prokla", 52, Berlin 1983
Peter Körner u.a., "Im Teufelskreis der Verschuldung - der Internationale Währungsfond und die Dritte Welt", Hamburg 1984
Alexander Schubart, "Verschuldungskrise - Mit einem neuen Grundkonsens den weiteren Zufall verhindern", unveröffentlichtes Manuskript 1984

WAS SIND DIE INTERNATIONALEN FINANZORGANISATIONEN (IFI's)?

Die IFI's sind multilaterale Zwischenhändler, die ihre Gelder hauptsächlich von den Industrienationen beziehen und diese in Form von Krediten an Dritte-Welt-Länder vergeben. Die wichtigsten Institutionen für die Entwicklungshilfepolitik in Zentralamerika und der Karibik sind die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB), die Weltbank (WB) und der Internationale Währungsfond (IWF). Die Interamerikanische Entwicklungsbank und die Weltbank sind Entwicklungsbanken. Sie verteilen projektgebundene Mittel, die als "weiche Kredite" (geringe Zinslast) oder als härtere Darlehen (hoher Zinssatz und kurze Laufzeiten) vergeben werden. Der Internationale Währungsfond hingegen verteilt Mittel zum Ausgleich von Zahlungsbilanzdefiziten.

Heute dienen die IFI's in Zentralamerika als Werkzeug US-amerikanischer Außen- und Interventionspolitik: über den IWF werden z.B. seit 1980 immer mehr Gelder nach El Salvador kanalisiert. Zwischen 1980 und 1982 betrug das Finanzvolumen ca. 175 Mio. US-Dollar. Ähnliche Unterstützungssummen fließen vom IWF an Guatemala und Honduras.

Die Beziehungen des IWF zu Nicaragua sind hingegen seit dem Sturz Somozas laut Weltbankbericht "formell, aber kühl". Neun Wochen vor dem Sieg der Sandinisten über die Somoza-Diktatur zahlte der IWF noch 24 Mio. US-Dollar in die Staatskasse der Diktatur. Somoza floh mit diesem Geld und der Staatskasse nach Miami. Die Schuldenlast der Somoza-Diktatur betrug am 19. Juli 1979 1,6 Milliarden US-Dollar, davon 60 % bei US-amerikanischen Banken. Die Sandinisten erklärten sich bereit, sämtliche Schulden aus der Somozazeit zu übernehmen, bis auf die Kredite, die für Waffenkäufe verwendet worden waren. Einen neuen Kredit vom IWF gibt es bisher nicht. Allein der Schuldzins frisst große Teile des nicaraguanischen Devisenaufkommens auf.

Auch die Interamerikanische Entwicklungsbank und die Weltbank beteiligen sich an der Unterstützung mittelamerikanischer Regime, denen die USA wohlgesonnen ist. Einem internen Strategiepapier vom Februar 1982 zufolge versucht die Weltbank, Kredite als Druckmittel zur Förderung des privaten Sektors in Nicaragua einzusetzen. Die folgenden Zahlen von "Infopress" zeigen am Beispiel der IDB die Finanzpolitik der IFI's:

"Honduras genoß 1983 die größte Finanzhilfe, die von der IDB in den letzten drei Jahren an dieses Land vergeben wurde. Der Geamtbetrag belief sich dabei auf 130,2 Mio. US-Dollar.

1983 übertraf Guatemala innerhalb der mittelamerikanischen Region mit 167,9 Mio. US-Dollar diesen Betrag - ein Umstand, der nicht verwundern kann, da Guatemala von Seiten der IDB immer den Hauptteil der Finanzhilfe genoß.

Aus einer Tabelle der IDB geht hervor, in welcher Relation die Kreditvergabe an die verschiedenen mittelamerikanischen Länder erfolgte.

Vergabe nach Ländern in Mio. US-Dollar in den Jahren	1980	1981	1982	1983
Guatemala	76,5	112,5	46,0	167,9
Honduras	67,6	7,5	49,0	130,2
Panama	77,7	90,2	37,3	112,0
Costa Rica	132,9	35,2	67,4	41,8
Nicaragua	70,6	8,0	35,1	30,8
El Salvador	63,4	52,4	128,4	25,0 "

IWF: Der internationale Finanzpolizist

Die beiden Schwesterorganisationen IWF und Weltbank zählen zwar zur Familie der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen, bei ihnen gilt jedoch nicht das Prinzip 'ein Land — eine Stimme'. Die Stimmrechte und damit die politischen Machtverhältnisse im Fonds werden durch die **Quoten** der Mitgliedsländer bestimmt. Mit der Quote soll das weltwirtschaftliche Gewicht eines Landes gemessen werden; sie bestimmt die Höhe des einzuzahlenden „Mitgliedsbeitrages“, den Kreditrahmen und das Stimmrecht im IWF. Das Stimmrecht setzt sich aus einem Sockelbetrag von 250 Stimmen und je einer weiteren Stimme für 100.000 US-Dollar zusammen. Mit der Expansion des Welthandels sah sich der IWF gezwungen, die Höhe der Quoten zu steigern und die jeweiligen Anteile der einzelnen Länder neu zu ordnen. Da die Höhe des Basisstimmrechtes jedoch gleich blieb, wurde durch die Quotenerhöhung das Basisstimmrecht fortwährend zu Lasten der Entwicklungsländer ausgehöhlt.

Die „Zehnergruppe“, der informelle Zusammenschluß der zehn wichtigsten Industrieländer, vereinigt heute noch rund 55% der Stimmen auf sich, die USA halten allein fast 20%. Die nicht erdölexportierenden Entwicklungsländer, die das Gros der inzwischen 146 IWF-Mitglieder stellen, verfügen demgegenüber nur über knapp 30% der Stimmen.

Die **Organisationsstruktur** des IWF wird von drei Gremien geprägt. Zuständig für grundsätzliche Entscheidungen ist die **Gouverneursversammlung**, in die jedes Mitgliedsland einen Gouverneur, meist den Finanzminister oder den Zentralbankpräsidenten, entsendet. Die Gouverneure tagen auf den gemeinsamen Jahresversammlungen von IWF und Weltbank, die zu einem Treffpunkt der staatlichen und (am Rande der Konferenz) der privaten Finanzelite der westlichen Welt geworden ist. Die konkreten Direktiven für die Arbeit des Fonds kommen von den 22 **Exekutivdirektoren**, denen der Geschäftsführende Direktor mit seinen

ca. 1.500 Mitarbeitern direkt verantwortlich ist. Von den 22 Direktoren stellen die sechs quotenstärksten Länder (USA, Großbritannien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Japan und Saudi-Arabien) sowie die Volksrepublik China je einen; die übrigen Länder werden in Stimmrechtsgruppen zusammengefaßt, die jeweils einen Direktor wählen. Die Stimmkraft der Direktoren richtet sich nach den Quoten der Länder bzw. Ländergruppen.

Das Exekutivdirektorium entscheidet in letzter Instanz über die umstrittenen Bereitschaftskreditabkommen. Der IWF verweist darauf, daß die bisherigen Entscheidungen in diesem Gremium meist durch allgemeine Übereinstimmung gefällt wurden¹. Daraus sollte man jedoch nicht auf einen allgemeinen Konsens über die Auflagenpolitik schließen, sind sie doch Ausdruck der Machtlosigkeit der Minderheit, der formelle Abstimmungen im Konfliktfall politische Niederlagen bescheren würden.

Mit der Politik der (inzwischen ca. 500) Bereitschaftskreditabkommen, deren Anfänge sich in den 50er Jahren auf Lateinamerika konzentrierten², avancierte der IWF zur zentralen internationalen Institution der Weltwirtschaft. Die Entwicklungsländer wurden in den 70er Jahren zu den wichtigsten Kunden des Fonds. Die erhebliche Erweiterung und Diversifizierung der Kreditprogramme und zunehmend auch die technische Hilfe³ vermögen den Bedeutungszuwachs des Fonds jedoch nur zum Teil zu erklären, zumal seine Finanzhilfen im Vergleich mit anderen Gebern eher bescheiden sind. Die Macht des IWF erklärt sich aus der Tatsache, daß ein Stabilisierungsprogramm ein Schuldnerland auf den internationalen Kapitalmärkten (wieder) kreditwürdig macht. Ohne die Gütesiegel des Fonds als Zeichen der Schuldendienstwilligkeit und -fähigkeit bleiben meist alle Geldhähne geschlossen.

Eine zentrale Rolle spielt der IWF bei den zunehmend notwendigen **Umschuldungen**, d.h. der Streckung der Rückzahlungsfristen und der Gewährung neuer Kredite. Immer mehr Länder müssen den „Gang nach Canossa“ zum Pariser Club antreten⁴. Im Rahmen der Verhandlungen des Pariser Clubs — einer informellen Einrichtung der Industrieländer zur Umschuldung bilateraler öffentlicher Kredite — fungiert der IWF als Berichterstatter über die wirtschaftliche Lage eines Landes. Der Abschluß eines Bereitschaftskreditabkommens gilt meist als Vorbedingung für die Umschuldung. Auch die Auszahlung privater und staatlicher internationaler Großkredite wird oftmals an den vorherigen Abschluß eines solchen Kreditabkommens geknüpft.

Besondere Beachtung verdient die **Kooperation zwischen Weltbank und IWF**, auch als Verhältnis von „Zuckerbrot und Peitsche“ bezeichnet: Ohne IWF-Mitgliedschaft keine Aufnahme in die Weltbank. Schon in der Vergangenheit band die Weltbank ihre Kredite oft an ein IWF-Stabilisierungsprogramm. Als ein neues Element des internationalen Krisenmanagements kann die Zusammenarbeit beider Organisationen auf dem Feld der mittel- bis langfristigen Zahlungsbilanzsanierung gelten. Mit der Einführung der Erweiterten Fazilität des IWF und der **Strukturanpassungsdarlehen**⁵ der Weltbank (seit 1980) wird die klassische Arbeitsteilung zwischen IWF (kurzfristige Zahlungsbilanzhilfen) und Weltbank (langfristige projektorientierte Entwicklungsförderung) tendenziell aufgehoben.

P. Körner, G. Maaß
T. Siebold, R. Tetzlaff

1. Vgl. J. Gold, *Die Struktur des IWF*, in: *Finanzierung und Entwicklung*, 2/1979, S. 11.
2. Vgl. H. Haumer, *Die Stabilisierungspolitik des IWF unter besonderer Berücksichtigung Lateinamerikas*, in: *Aussenwirtschaft* 4/1971, S. 392 — 427.
3. Vgl. *Finanzierung und Entwicklung* 4/1982, S. 10 — 15.
4. Vgl. G.D. Martner, *Renégociations de dettes*, in: J. Sanchez Arnau u.a. (Hg.), *Dettes et Développement*, Paris 1982, S. 175 — 184; *Don't Call the IMF*, in: *Euromoney* 8/1982, S. 51 ff (Cover Story).
5. *Strukturanpassungsdarlehen sind eine Art Programmhilfe im Gegensatz zur projektorientierten Kreditvergabe. In Zusammenarbeit mit dem IWF wird ein mittelfristiges Aktionsprogramm ausgearbeitet, das durch Maßnahmen zur Verbesserung der Produktionsstruktur auf die Sanierung der Zahlungsbilanz zielt.*

Sara Sleight

LATEINAMERIKAS SCHULDEN

Spektrum eines Schuldnerkartells

"Wenn in der Dominikanischen Republik 53 Menschen gestorben sind, könnten 53.000 sterben, wenn sich die Mexikaner daran erinnern, daß sie ein Volk mit einer Geschichte von Aufständen sind. Wenn das passiert, geht der Kapitalismus in Lateinamerika zum Teufel."

Felipe Pazos, Angestellter der Zentralbank von Venezuela, nach einem Zitat in "Business Week" vom 28. Mai 1984

"Leihe nicht, doch verleihe."

Polonius in "Hamlet"

Auf den ersten Blick ist die Sage von der lateinamerikanischen Schulden'krise' eine alte Geschichte. Seit mindestens drei Jahren gibt es periodisch Schlagzeilen voller Panik über die Probleme der lateinamerikanischen Schuldner von Brasilien bis Costa Rica. Und die Bankiers mußten mit semantischen Drehungen die zweifelhaften Unterschiede zwischen "Refinanzierung", "Umschuldung" und "Neustrukturierung" der Schulden der Dritten Welt erklären, dies alles in dem verzweiferten Bemühen, zu beweisen, daß ihre Kreditentscheidungen im wesentlichen vernünftig sind. Als Mexiko Mitte 1982 seine Zahlungsunfähigkeit erklärte, brach der Bankmythos, daß souveräne Staaten einfach nicht "bankrott" gehen können, zusammen.

Dennoch erfolgte kein radikales Umdenken. Statt dessen schien sich die Welt auf ein recht bequemes System einzurichten, Schuldnern von Fall zu Fall zu helfen, wodurch die Bilanzen der Banken gerettet wurden, die Schuldnerländer noch tiefer in die roten Zahlen gerieten als je zuvor und der Internationale Währungsfond (IWF), die sprichwörtlich letzte Kreditzuflucht, offiziell zur Entscheidungsinstanz über Leben und Tod der Dritten Welt wurde. Dieses System ließ sich fein säuberlich in Übereinstimmung bringen mit der konventionellen Ansicht, daß verschwenderische Kreditnehmer, und nicht etwa kurzsichtige Kreditgeber in erster Linie für die schlimmer werdende Schuldensituation verantwortlich seien. Und die Kreditnehmer müssen zahlen.

In den letzten sechs Monaten jedoch wurde dieses Dogma auf dramatische Art in Frage gestellt. Im vergangenen Januar kamen zum ersten Mal Vertreter aller lateinamerikanischen Länder in Quito (Ecuador) zusammen, um über die gemeinsame Wirtschaftskrise zu diskutieren. Der daraus hervorgehende "Aktionsplan" wurde verschiedenen nationalen und multinationalen Gremien vorgelegt; er forderte großzügigere Bedingungen für die Neuprogrammierung von Schulden und stärkere wirtschaftliche Zusammenarbeit der Region. Zunächst taten die Gläubigerbanken und Regierungen diese Entwicklung als eine rein akademische ab. Aber seither haben die Lateinamerikaner ihre Kritik verschärft – und ihr Biß gegeben.

Bolivien, Ecuador, die Dominikanische Republik und vor allem Argentinien (dessen Schulden 40 Mrd. Dollar von den gesamten 350 Mrd. Dollar Auslandsschulden der gesamten Region betragen) haben auf die eine oder andere Art ihre Rückzahlungen eingestellt. Die Dominikanische Republik und Argentinien haben das System selbst unmittelbar herausgefordert, indem sie versuchten, den IWF zu umgehen. Im Juni dieses Jahres trafen elf lateinamerikanische Nationen wieder in Cartagena in Kolumbien zusammen, nachdem sie angekündigt hatten, sie könnten die "Gefahren" für die Demokratie und Entwicklung, die die bestehenden Rückzahlungen bildeten, "nicht ewig" hinnehmen.

Ist also schließlich das von den westlichen Banken lang befürchtete "Schuldnerkartell" entstanden? Angesichts der unterschiedlichen Schuldenstrukturen und der wirtschaftlichen und politischen Ideologien der betroffenen Länder ist dies unwahrschein-

lich. Aber der Charakter der Schuldenkrise hat sich grundlegend verändert. Sie hat sich politisiert und ist nun untrennbar verbunden mit dem Öffnungsprozeß, der Argentinien vor sechs Monaten die Demokratie wiederbrachte und die Fundamente des Militarismus in ganz Südamerika erschüttert. Sie ist auch verbunden mit der Krise in Mittelamerika, wo die Länder der Contadora-Gruppe - einschließlich der großen Schuldner wie Mexiko, das westlichen Banken und Regierungen 87 Mrd. Dollar schuldet, - versucht haben, eine unabhängige Alternative zu Reagans Politik militärischer Intervention zu erarbeiten.

Die Implikationen für die USA hören da aber noch nicht auf. Der bedrohlichste Faktor für den Aufschwung der Dritten Welt sind die steigenden internationalen Zinssätze, die wiederum von dem 200 Milliarden Dollar Haushaltsdefizit der USA angeheizt werden. Doch trotz der Bitten der lateinamerikanischen Schuldner, der westeuropäischen Verbündeten, der einflußreichen Bank for International Settlements (die oft als "Zentralbank der Zentralbanken" bezeichnet wird) und selbst des IWF und einiger US-Beamter und -Banken weigert sich Washington, diese Zusammenhänge zu sehen.

Aber die Widersprüche seines "freien Markt"-Fetischismus vertiefen sich. Die lateinamerikanische Schuldenkrise hatte im vergangenen Frühjahr einige unangenehme Erschütterungen im US-Banksystem zur Folge, so daß das Finanzministerium gezwungen war, wackelige Banken gegen seinen Willen zu unterstützen. Inzwischen finanzieren US-Banken aktiv das riesige Zahlungsbilanzdefizit des Landes mit ausländischen Mitteln, so daß die Vereinigten Staaten zum ersten Mal seit zehn Jahren wieder zum Nettokreditnehmer werden. Anfang Juni schrieb die Londoner internationale Finanzzeitschrift AGEFI: "Solange die USA der größte Schuldner der Welt sind, bleiben die Probleme der (weniger entwickelten) Länder unlösbar."

Verschlechterung der Lebensqualität

Die Wirtschaftskrise in Lateinamerika hat so dramatische Ausmaße erreicht, daß selbst "moderate" Politiker Alarm auslösen. Im vergangenen Dezember z.B. schrieb Riordan Roett, Professor für Lateinamerikanische Studien an der John Hopkins Universität, in "Foreign Affairs", ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen: "Die Lebensqualität hat sich in den meisten lateinamerikanischen Ländern dramatisch verschlechtert, und zwar größtenteils infolge von Stabilisierungsprogrammen und Sparmaßnahmen, die 1983 eingeführt wurden."

Im vergangenen Jahr sank das Bruttosozialprodukt der Region um inflationsbereinigte 3,8 % und das Pro-Kopf-Einkommen fiel im dritten aufeinanderfolgenden Jahr auf einen Stand von 8 % unter seinen Höchststand von 1980.

Die Schuldenlast verschärft das Problem erheblich. 1983 überredeten die größten Schuldner der Region, Brasilien, Mexiko, Argentinien und Venezuela, die westlichen Banken, die Zahlung der fällig werdenden Kreditsumme von ihrer Gesamtschuld von 260 Mrd. Dollar zu verschieben. Aber selbst dann verschlangen die Zinszahlungen für diese Schuld mehr als 20 Mrd. Dollar. Manche Kenner unterstellen sogar, daß die Kreditsumme nie zurückgezahlt wird.

Außerdem mußte die gesamte Region 1983 35% ihres Exporteinkommens verpfänden, um die nötigen Devisen aufzubringen zur Zahlung der Zinsen auf zwei Drittel ihrer bei Privatbanken aufgenommenen Schulden. Dies geschah zu einem Zeitpunkt, als die lateinamerikanischen Exporte durch den blühenden US-Protektionismus dramatisch gekürzt wurden. Der Anstoß zum Protektionismus wiederum kommt von der Überbewertung des Dollars, die aus dem US-Haushaltsdefizit resultiert. Um das Problem noch schlimmer zu machen, hat buchstäblich keine Privatbank mehr neue Kredite gegeben. Nach Aussagen der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) würden die gesamten Auslandsschulden wahrscheinlich bis 1990 auf 429 Mrd. Dollar steigen, selbst wenn die lateinamerikanischen Schuldner die vom IWF angeordneten Sparprogramme fortsetzen würden, die das Wirtschaftswachstum auf durchschnittlich nur 2,7 % pro Jahr beschränken würden.

Inzwischen hat das vorgeschriebene Engerschnallen des Gürtels von einzelnen Ländern enorme Opfer gefordert. In Brasilien, das die gigantische Summe von 90 Mrd. Dollar schuldet, führten die vom IWF verursachten Preissteigerungen bei Lebensmitteln von

durchschnittlich 227 % im letzten Jahr zu ausgedehnten Plünderungen und Aufständen. Etwa 25 % der 49 Mio. Arbeitsfähigen in Brasilien sind unter- oder unbeschäftigt, und es gibt keine Sozial- oder Arbeitslosenversicherung. Wie der brasilianische Wirtschaftsexperte Celso Furtado bemerkte: "Egal, wie wir uns drehen und wenden oder wie hungrig das Volk ist, wir können nicht viele Dollars produzieren, um den Banken zu helfen."

Tatsächlich argumentieren die lateinamerikanischen Länder seit vielen Monaten überzeugend, daß selbst die Fortsetzung nur der Zinszahlungen ihre Wirtschaft ruiniert. Und ihr Dilemma ist bei unerwarteten Stellen auf Mitgefühl gestoßen. Anfang März z.B. zog eine Sonderkommission zur Untersuchung der Verschuldung, eingesetzt von der von Rockefeller finanzierten "Americas Society", die Schlußfolgerung, daß "keine verantwortungsbewußte Regierung unbegrenzt Maßnahmen durchsetzen kann, die Wachstum, Arbeit und Sozialprogramme abbauen."

Aber die Bitten stießen in Washington auf taube Ohren. Am 4. Januar richtete der dominikanische Präsident Salvador Jorge Blanco eine persönliche Warnung an Präsident Reagan: Wenn sein Land die Bedingungen des IWF für die Fortsetzung der Hilfe annehme, "könne dies zweifellos so starke soziale Spannungen hervorrufen, daß der Friede und der bedeutendste funktionstüchtige Demokratisierungsprozeß in der Karibik gestört werden könnten." Reagans Antwort ließ drei Monate auf sich warten und mißachtete die Warnung ebenso wie der IWF. Als dann Ende April die Dominikanische Republik pflichtschuldigt in die zweite Runde der vom IWF angeordneten "Anpassungen" ging, brachen Unruhen aus, bei denen viele Dominikaner getötet und Hunderte verletzt wurden.

Wahnsinnig gewordene Finanzzentren

Es sollte noch schlimmer kommen. Die BID hat bereits gewarnt, daß eine Erhöhung der internationalen Zinssätze um 1 % die Schulden der weniger entwickelten Länder um vier Mrd. Dollar erhöhen würde. Und auf dem jährlichen Treffen in Uruguay im vergangenen März stellte sie fest, daß die Erhöhung der Eurodollar-Zinssätze (der Standardnennbetrag für internationale Kredite) im Jahre 1984 die Vorteile, die Länder wie Mexiko, Brasilien und Peru bei ihren letzten Umschuldungen erhalten hatten, wieder getilgt hatte.

Dann schlug Anfang Mai das Schreckgespenst der Zinssätze wieder zu. Der US-Leitzinssatz stieg um weitere 0,5 % auf 12,5 % - ein Anstieg von 1,5 % seit Mitte März. Nach Schätzungen werden durch diesen neuerlichen Anstieg des Leitzinses Argentiniens Zinszahlungen um 200 Mio. Dollar, Brasiliens um 350 Mio. Dollar, Venezuelas um 150 Mio. Dollar und Mexikos um 300 Mio. Dollar erhöht. Der argentinische Präsident Raul Alfonsin bemerkte mit zunehmender Entrüstung: "Es scheint, daß einige Finanzzentren vom Wahnsinn befallen sind."

In der Folge haben sich die Ereignisse überstürzt. Ende Mai setzte die Dominikanische Republik die Verhandlungen mit dem IWF aus, wodurch zig-Millionen Dollar von der US-Agency for International Development und der Weltbank eingefroren und neue Verhandlungen über ihre 2,4 Mrd. Dollar Auslandsschulden eingestellt wurden. Die alle von der Unterzeichnung eines Abkommens mit dem IWF abhingen. Ein paar Tage später stellte Bolivien unter starkem Druck streikender Gewerkschaften alle Schuldentilgungen an ausländische Banken für die Dauer von vier Jahren ein und kündigte an, daß die Rückzahlung von Schulden an internationale Kreditinstitutionen, einschließlich des IWF, auf 25 % der Exportgewinne begrenzt würde. (Boliviens gesamte Auslandsschuld beträgt ca. 2,4 Mrd. Dollar.) Anfang Juni schloß sich Ecuador der Dissidentengruppe an und stellte die Zahlung über 247,5 Mio. Dollar von insgesamt 6,7 Mrd. Dollar ein, die Ende 1985 fällig sind. Am bedrohlichsten jedoch war Argentiniens Vorgehen.

Am 11. Juni gab der drittgrößte Schuldner der Region in einem Brief an den Direktor des IWF, Jacques de Larosière, seine eigenen Bedingungen für einen IWF-Kredit von über 1 Mrd. Dollar bekannt und umging so die Verhandlungsdelegation des IWF, die sich bereits in Buenos Aires aufhielt. Die Regierung Alfonsin erklärte, daß sie im Gegensatz zu ihrem militärischen Vorgänger nicht beabsichtige, die Gewerkschaften zu unterdrücken, und schlug vor, das Defizit der öffentlichen Hand nicht durch Niedrighalten der Löhne zu verringern, wie der IWF wünschte, sondern durch Preiserhöhungen

bei Öl und Gebrauchsgütern, Arbeitgeberbeiträge zum bankrotten Sozialversicherungssystem, Verbesserung der Steuereintreibung und den Verkauf staatlicher Vermögenswerte.

Argentiniens Vorgehen überraschte nicht nur allgemein durch seine Militanz, sondern war auch eine direkte Herausforderung des "Belohnungs"-Systems, das die westlichen Gläubiger einzusetzen versuchten, um das gefürchtete Schuldnerkartell zu vereiteln. Im wesentlichen besteht dieses System - das vom IWF, der US-Zentralbank und erst kürzlich auf dem Londoner "Gipfel" der westlichen Nationen gebilligt wurde - darin, selektiv Zinssätze zu senken und Rückzahlungsfristen zu verlängern, je nachdem wie streng die Schuldnerländer die IWF-Sparprogramme einhalten. Diese Absicht des "Teile und Herrsche" trat im Juni ganz klar zutage, als Banken, die US-Zentralbank und der IWF ihre Bereitschaft erklärten, Mexikos Rückzahlungsfristen zu verlängern. Mexiko ist zur Zeit der Liebling der westlichen Gläubiger, weil seine Wirtschaft infolge der IWF-Maßnahmen einen Aufschwung zu erleben scheint. Natürlich hat Mexiko auch eine viel propagierte "besondere geopolitische Beziehung" zu den Vereinigten Staaten, und als führendes Mitglied der Contadora-Gruppe nimmt es den ersten Platz in außenpolitischen Erwägungen der USA ein.

Vertrauen in die Banken wiederherstellen

Inzwischen haben in den letzten Monaten westliche Banken und Wirtschaftsexperten Dutzende von "Lösungen" für die Schuldenkrise vorgeschlagen. Dazu gehören die unvermeidlichen Behauptungen, daß die Schuldenkrise vorübergehen würde, wenn die Lateinamerikaner nur von ihrem nationalistischen hohen Roß heruntersteigen und direktere ausländische Investitionen zulassen würden (z.B. könnten sie einen Teil der Schulden in Aktienkapital für ausländische Beteiligung umwandeln). Auch Vorschläge für einen "Deckel" oder eine Obergrenze für Zinssätze auf lateinamerikanische Anleihen wurden gemacht.

Die Idee des "Deckels" jedoch stellt die Vereinigten Staaten vor ein politisches Dilemma. Washington befürchtet, daß ein solches zweigleisiges Zinssatzsystem Forderungen einheimischer Interessengruppen nach einer ähnlichen Vorzugsbehandlung wecken könnte. Obwohl die US-Zentralbank ihre inländische Geldpolitik nur zu gerne von den Zwängen der Schuldenkrise befreien würde, fürchtet die Regierung außerdem, vom Kongreß noch mehr wegen ihrer Hilfestellung für die Banken beschuldigt zu werden. Die Märkte registrierten Ende Mai ein starkes Mißtrauensvotum für die Banken, so daß die Aktien der Manufacturers Hanover Bank, die in Argentinien am stärksten exponiert sind, 11 % verloren.

Jetzt hat die Regierung entschieden, daß die Wiederherstellung des Vertrauens in die Banken Priorität genießt und daß der beste Weg zu diesem Ziel ist, realistisch zu erkennen, daß die Bankprofite sinken müssen. Mitte Juni bekräftigte der Währungsrevisor (Comptroller of the Currency), daß die Banken anzeigen müssen, wenn Kredite mehr als 90 Tage überfällig sind. Infolge dessen rechnen Manufacturers Hanover für das zweite Viertel mit Einkommenseinbußen von mindestens 26 %. Das "Spiel mit dem Feuer" in Lateinamerika, das von Argentinien übereilt angefangen wurde, ist vorübergehend zum Stillstand gekommen. Am 30.6., einen Tag vor Ablauf der letzten Frist für die Rückzahlung von 350 Mio. Dollar fälliger Zinsen an die Gläubigerbanken, hat die argentinische Regierung die Zustimmung zur Zahlung von 225 Mio. Dollar dieser Zinsen aus ihren eigenen Reserven angekündigt. Die Banken haben sich ihrerseits be-reiterklärt, den Differenzbetrag herauszurücken. Aber diese Maßnahme ist nur eine weitere Notlösung.

Die USA bestehen darauf, daß Argentinien sich mit dem IWF einigt, bevor es den vier lateinamerikanischen Ländern Mexiko, Brasilien, Kolumbien und Venezuela 300 Mio. Dollar zurückerstattet für ihren Beitrag zu einer 500 Mio. Dollar Notanleihe an Argentinien im vergangenen März. Diese Anleihe diente dazu, amerikanischen Gläubigerbanken aus der Klemme zu helfen, die wegen überfälliger Zinsen von Argentinien vor schweren Verlusten standen, die ihren Gewinnen für das erste Vierteljahr einen Sturzflug beschert hätten. Alfonsín seinerseits bleibt unnachgiebig. Er beschuldigte Argentinien westliche Gläubiger einer "neuen Form des Kolonialismus" mit Hilfe der

Auslandsschulden und hat geschworen, niemals "mit dem Hunger des Volkes" zu bezahlen.

Während die Vereinigten Staaten und andere westliche Gläubiger sich mit den Widersprüchen ihrer Situation herumschlagen, blicken die lateinamerikanischen Schuldner weiter auf Argentinien. Wenn es Alfonsín tatsächlich gelingt, dem IWF Zugeständnisse abzurufen, könnten andere Schuldner militanter Forderungen stellen. Venezuela, das sicherlich zu den konservativeren lateinamerikanischen Regierungen zählt, hat angekündigt, daß es auch ohne den Fond auskommen und durchaus seine eigenen Sparmaßnahmen ergreifen kann. Aber wenn die gemeinsame Erfahrung des Kolonialismus es relativ leicht macht, Lateinamerika in der Frage der politischen Souveränität mitzureißen, wenn der Ruf nach Demokratie lauter wird, so zeigen die Gläubiger des Subkontinents kaum Anzeichen, daß sie ein offeneres Ohr entwickeln. Im Gegenteil: die bemerkenswert gemäßigte Erklärung der Prinzipien und Forderungen, die aus dem Schuldnertreffen in Cartagena hervorging, traf auf Verachtung: die US-Banken hoben den Leitzins noch einmal an, und zwar auf 13 %, und erhöhten Lateinamerikas jährliche Zinslast um weitere 800 Mio. Dollar. Kurz darauf gab die Dominikanische Republik der IWF-Forderung nach Benzinpreiserhöhungen nach. "Es ist ganz klar, daß wir es tun müssen. Wir haben keine andere Wahl, als eine Übereinkunft mit dem IWF zu finden", sagte ein Präsidentensprecher gegenüber der "New York Times".

Vor fünfzehn Jahren schrieb der argentinische Schriftsteller Manuel Puig eine bitter ironische Parodie auf die Situation seines Landes, deren Titel lautet: "Von Rita Hayworth verraten". Das Leben der Romanfiguren wurde bestimmt von Bildern des Verrats und Betruges im Hollywood-Stil, von denen ihre eigene Realität kein Entkommen bot. Heute scheinen sich in Lateinamerika nur die Namen geändert zu haben.

(Quelle:

NACLA-Report, Juli/August 1984, aus dem Amerikanischen übertragen von H. Lessmann, Saarbrücken)

"Gemeinsam gegen die Auslandsverschuldung"

Die fünf mittelamerikanischen Länder Guatemala, El Salvador, Honduras, Nicaragua und Costa Rica stehen vor dem fast unlösbaren Problem der Rückzahlung eines Schuldenberges, der Ende 1983 13,4 Mrd. US-Dollar betrug. Allein im Jahr 1985 müssen diese Länder 2,27 Mrd. US-Dollar für Schuldentilgung aufbringen bzw. zurückzahlen. Vor dem Hintergrund dieser alarmierenden Situation, fand vom 4. bis 6. März 1985 in Guatemala-Stadt das Seminar "Zur Problematik der Auslandsverschuldung Mittelamerikas und Lösungsvorschläge" statt, das von der Zentralbank Guatemalas und dem Forschungszentrum für Währungsfragen Lateinamerikas, CEMLA, ausgerichtet wurde.

Auf der Tagung, an der Vertreter der Zentralbanken der einzelnen mittelamerikanischen Länder sowie Vertreter internationaler Finanzinstitutionen und Wirtschaftsinstitute anwesend waren, wurde übereinstimmend festgestellt, daß die notwendig gewordene Umschuldungsfrage von allen betroffenen Ländern gemeinsam angegangen werden müsse. Übereinstimmung fand der Vorschlag des Direktors der CEMLA, **Jorge González del Valle**, einen Treuhänderfond einzurichten, der vom Internationalen Währungsfond (IWF) verwaltet werden soll.

Die Verschuldung der fünf Länder betrug Ende 1983 (siehe auch Tabelle) 13,4 Mrd. Dollar nach einer durchschnittlichen Neuverschuldung pro Jahr zwischen 1978 und 1983 von 17,7%. Das entsprach einer pro-Kopf-Verschuldung Mittelamerikas von 600 Dollar und 71,4% des Bruttosozialproduktes (BSP) der Region. Im gleichen Jahr zahlten die Länder 2,27 Mrd. Dollar an Schulden und Zinsen zurück. Das sind 25,6% der Gewinne, die die Länder 1983 aus dem Export erwirtschafteten.

COSTA RICA UND NICARAGUA AM STÄRKSTEN VERSCHULDET

Während Guatemala und El Salvador die niedrigste Verschuldung in der Region aufweisen und noch als "kreditwürdig" gelten, führen Costa Rica und Nicaragua die Tabelle in Mittelamerika an. Costa Ricas Auslandsverschuldung betrug Ende 1983 4,2 Mrd. Dollar, was 139,4% des BSP entsprach und auf die Bevölkerung verteilt, eine pro-Kopf-Verschuldung von 1,701 Dollar bedeutete. Allein die 1983 fälligen Rückzahlungen erreichten 680 Mio. Dollar, d.h. 55,2% der Devisen aus dem Exportgeschäft.

Die Verschuldung Nicaraguas war im gleichen Zeitraum annähernd gleich hoch und betrug 3,4 Mrd. Dollar, d.h. 165,4% des BSP und 1,137 Dollar je Einwohner. Allein 20% der Einnahmen aus dem Export mußte Nicaragua 1983 für Rückzahlungen aufbringen.

Costa Rica hat wie Nicaragua in den letzten Jahren neue Schulden machen müssen, um die aus früheren Krediten anfallenden Zinsen tilgen zu

können. Beide Länder standen somit vor dem Zwang, Kredite mit zum Teil extrem hohen Zinsen und kurzen Laufzeiten aufzunehmen, die die Wirtschaft kurz- bis mittelfristig stark belasten. Nicaragua ist davon besonders betroffen, da es nur noch geringe Summen von Finanzinstitutionen erhält, auf die die US-Regierung Einfluß hat und deshalb woanders, zu ungünstigeren Bedingungen, Kredite aufnehmen muß. El Salvador und Guatemala hingegen, erhielten nicht nur günstige Kredite vom IWF und von der nordamerikanischen Entwicklungsagentur AID, sondern auch viele Schenkungen in Millionenhöhe (siehe MID Nr. 25), weshalb ihre Auslandsverschuldung noch relativ niedrig ist.

Eine Analyse des Verschuldungsprozesses Mittelamerikas, die die lateinamerikanische und karibische Wirtschaftskommission CEPAL für das Seminar ausarbeiten ließ, weist auf drei Phasen in diesem Prozeß hin. Zwischen 1979 und 1973 wuchs die Verschuldung um 12,7% und entsprach in etwa der Zunahme der Exporte. Zwischen 1973 und 1978, insbesondere vor dem Hintergrund der erhöhten Erdölpreise und den sinkenden Preisen für Agrarprodukte und Rohstoffe, nahm die durchschnittliche Jahresneuverschuldung um 25% zu, um dann zwischen 1978 und 1983 aufgrund der Drosselung der Importe auf 17,7% zu sinken.

Die Wirtschaftsrezession zwischen 1980 und 1982 in den Industriestaaten führte zu einer Verschärfung der schon kritischen Wirtschaftslage in den Ländern der Dritten Welt. Die Industriestaaten kauften weniger Rohstoffe und Agrarprodukte, die wichtigsten Einnahmequellen der Entwicklungsländer und erhöhten bzw. weiteten ihre Zollschränken aus, wodurch die Absatzmöglichkeiten von industriellen Fertigprodukten aus der Dritten Welt in den Industriestaaten abnahmen. Im Gegensatz zu vorherigen Konjunkturbelebungen hat die seit 1983 insbesondere von den USA ausgehende Erholung der Weltwirtschaft zu keiner nennenswerten Erhöhung der Weltmarktpreise für Agrarprodukte und Rohstoffe aus der Dritten Welt geführt.

Negativ auf die Länder der Dritten Welt wirkten sich darüberhinaus die hohen Zinsraten in den USA aus. Kapital aus den Entwicklungsländern wanderte in die USA ab und hinterließ eine Lücke

in den staatlichen Investitionsplänen der betroffenen Länder, die nur mit teuren Krediten geschlossen werden konnte.

LÖSUNGSANSÄTZE

Unter den Teilnehmer des Seminars bestand Einigkeit darüber, daß die Wirtschafts- und Verschuldungskrise der Region im Wesentlichen ein Ausdruck der strukturellen Abhängigkeit der Länder von den Industriestaaten ist. Sowohl die Preise für ihre Exportprodukte, als auch die Preise für ihre Importe werden vom Weltmarkt bestimmt, auf den die Industriestaaten den größten Einfluß haben.

Mittelamerika: Indikatoren der Auslandsverschuldung 1983						
	Region	Guat.	ES	Hond.	Nic.	C.R.
Auslandsversch. (in Mrd. Dollar)	13,4	1,8	2,0	2,1	3,4	4,2
Zuwachs im Jahr (1978/83 in %)	17,7	16,6	14,6	15,9	22,0	17,6
Pro-Kopf-Versch. (in US-Dollar)	600	226	398	501	1,136	1,701
Anteil am BSP (in %)	71,4	28,8	59,8	77,7	165,4	139,4
Rückzahlungen (in Mrd. Dollar)	2,27	0,34	0,35	0,26	0,63	0,68
Anteil am Export (in %)	25,6	22,9	24,9	16,2	20,0	55,2
Quelle: CEPAL						

Darüberhinaus wiesen die Seminarteilnehmer darauf hin, daß die von den mittelamerikanischen Regierungen unter dem Druck des IWF getroffenen Maßnahmen, wie die Öffnung ihrer Märkte für ausländische Investitionen bei gleichzeitiger Reduzierung der staatlichen Investitionen, als Bedingung für die Vergabe weiterer Kredite, im Widerspruch mit den Interessen der Gläubiger stünden. Die

Folge: stagnierende Wirtschaftsentwicklungen bei gleichzeitiger Erhöhung der Auslandsverschuldung nützte sowohl den Schuldner- als auch den Gläubigerländern nichts.

Besonderes Interesse rief die Diskussion über die Lösungsansätze der Verschuldungskrise hervor, die zwischen den zwei Optionen, Neuverhandlung der Schulden oder Einhaltung der vereinbarten Bedingungen geführt wurde. Insbesondere Costa Rica und Nicaragua traten für eine gemeinsame Neuverhandlung der Schulden ein. Bisweilen ging jedes Land in bilateralen Gesprächen mit den Gläubigern auf das Problem ein. Die periodisch auftretenden Schuldenkrisen konnte jedoch meist nur kurzfristig entschärft werden.

Dem Beispiel der Cartagena-Gruppe folgend, einem Zusammenschluß der am meisten verschuldeten Länder Lateinamerikas, schlugen die mittelamerikanischen Wirtschaftsexperten und Bankiers ihren Regierungen vor, eine Schuldner-Gruppe zu bilden, um eine gemeinsame Strategie zu entwickeln. Obwohl jedes Land getrennte Umschuldungsverhandlungen führen könne, sollten Verfahrensweisen vereinbart werden, um Absprachen zu treffen und somit dem Druck der Gläubiger gemeinsam zu begegnen.

Jorge González del Valle, Direktor des CEM-LA, schlug in diesem Zusammenhang die Ankoppelung der Verschuldungsproblematik Mittelamerikas an die ganz Lateinamerikas vor. Im Rahmen der Legalität des IWF solle ein Treuhänderfond, bestehend aus den Goldreserven des IWF eingerichtet werden, auf den die Schuldnerländer zurückgreifen könnten, wobei sie sich gegenseitig Rückendeckung geben würden.

Doch auch del Valle gestand vor den Seminarteilnehmern ein, daß eine wirkliche Lösung der hohen Auslandsverschuldung der Region davon abhängt, ob die Gläubigerländer eine Mitverantwortung an der unter anderem auch von ihnen verschuldeten sozialen und wirtschaftlichen Krise übernehmen. Das heißt im Klartext, ob die reichen Länder ein Auge zudrücken.

DIE REFINANZIERUNG IN DEN LÄNDERN LATEINAMERIKAS: DERZEITIGE LAGE

LAND	VERSCHULDUNG PRO KOPF DER BEVÖLKERUNG (US-Dollar) *	BIP PRO KOPF DER BEVÖLKERUNG (US-Dollar) **	BEZIEHUNGEN ZU DEN BANKEN	BEZIEHUNGEN ZUM IWF
COSTA RICA	1.755	1.466	<p>Die Banken haben die sich ständig erneuernde Warenkreditlinie in Höhe von 225 Mio. US-Dollar beibehalten und die Rückzahlungsfriesten über den ganzen langsamen Verlauf der Verhandlungen zwischen Costa Rica und dem IWF hin verlängert. Jetzt haben Verhandlungen über eine umfassende Umschuldung begonnen. Es werden langge Zahlungsaufschübe erforderlich sein.</p>	<p>Obwohl im April mit dem IWF eine grundsätzliche Einigung über den Bestandskredit in Höhe von 52 Mio. US-Dollar erzielt wurde, brauchte der Kongreß von Costa Rica bis November, um das erforderliche Ge-setz für die Unterzeichnung zu verabschie-den. Die Weltbank wird Costa Rica mit ei-nem Strukturanpassungskredit in Höhe von 85 Mio. US-Dollar ebenfalls zu Hilfe zu kommen.</p>
KUBA	1.040	2.150	<p>Unterzeichnete am 13. Dezember die im Juli vereinbarten Bedin-gungen für die Refinanzierung von 100 Mio. US-Dollar (neun Jahre mit einem Zahlungsaufschub von fünf Jahren, einem dem Libor ent-sprechenden Zinssatz + 1,875 % und einer Refinanzierungsge-bühr von 0,875 %). Die Banken be-schlossen ferner, Warenkreditlini-en, für die Libor + 1,25 % sowie eine Bereitstellungsprovision zu zahlen sind, ebenfalls bis Sep-tember 1985 aufrechtzuerhalten.</p>	<p>Kuba ist nicht Mitglied des IWF. Der Club von Paris übernahm nur teilweise dessen Aufgabe, als er die Umwandlung von Kredi-ten westlicher Regierungen aushandelte. Die Auslandsverschuldung Kubas in Höhe von 7,5 Mrd. US-Dollar an die UdSSR scheint ebenfalls umgeschuldet worden zu sein. Die Rückzahlungen, die 1986 begin-nen sollten, wurden auf 1991 verschoben.</p>
GUATEMALA	270	1.235	<p>Die Verhandlungen mit den Banken sind in eine Sackgasse geraten. Unterdessen bezahlt Guatemala sei-ne Gläubiger mit "Stabilisierungs-obligationen" (Wertpapiere mit fünfjähriger Laufzeit, die 1,5 %</p>	<p>Der IWF hat die Auszahlung eines Bei-standskredits in Höhe von 121 Mio. US-Dollar eingestellt. Die Regierung hat die vereinbarten steuerlichen Maßnahmen nicht durchgeführt.</p>

LAND	VERSCHULDUNG PRO KOPF DER BEVÖLKERUNG (US-Dollar)*	BIP PRO KOPF DER BEVÖLKERUNG (US-Dollar)**	BEZIEHUNGEN ZU DEN BANKEN	BEZIEHUNGEN ZUM IWF
Guatemala (Fortsetzung)			mehr als die entsprechenden amerikanischen Obligationen erbringen, die zu weniger als 60 % ihres Nennwerts gehandelt werden.	
HONDURAS	366	665	Da Honduras nicht in der Lage ist, seinen Schuldendienst in Höhe von 1,7 Mrd. US-Dollar abzuleisten, refinanzierte es 1983 230 Mio. US-Dollar und ist daran, weitere 120 Mio. US-Dollar umzuschulden.	Verhandelt über einen neuen Beistandskredit
JAMAICA	1.180	1.714	Steht kurz vor dem Abschluß eines Übereinkommens mit dem Club von Paris und privaten Banken über die Umschuldung von 362 Mio. US-Dollar.	Der IWF genehmigte 143 Mio. US-Dollar an Finanzierungserleichterungen für Jamaika.
MEXIKO	1.250	2.171	Der Abschluß des vergangenen September vereinbarten mexikanischen Refinanzierungspakets mußte auf März verschoben werden, weil es bei der Vorbereitung der Unterlagen für das Umsteigen von einer Währung in die andere zu Verzögerungen gekommen war. Die Vorauszahlung von einer Mrd. US-Dollar (von dem 1983 gewährten 5-Mrd. US-Dollar-Kredit) mußte ebenfalls verschoben werden. 48,6 Mrd. US-Dollar, die zwischen 1985 und 1990 fällig werden, sollen umgeschuldet werden, Laufzeit 14 Jahre (ein Jahr Zahlungsaufschub), wobei durchschnittlich 1,125 % über Libor zu zahlen sind.	Die prolongierte Zahlungserleichterung in Höhe von 3,6 Mrd. US-Dollar, die im Januar 1983 in Kraft trat, läuft dieses Jahr aus. Ihre Durchführung war bemerkenswert reibungslos verlaufen.

LAND	VERSCHULDUNG PRO KOPF DER BEVÖLKERUNG (US-Dollar)*	BIP PRO KOPF DER BEVÖLKERUNG (US-Dollar)**	BEZIEHUNGEN ZU DEN BANKEN	BEZIEHUNGEN ZUM IWF
PANAMA	1.810	2.159	<p>Die Gutachterkommission für Panama, unter der Führung der Bank of America, gewährte am 14. Dezember einen 90-tägigen Roll-over-Kredit für fällige Schulden, damit genügend Zeit bleibt, ein umfassenden Refinanzierungsabkommen auszuhandeln. Panama möchte etwa 700 Mio. US-Dollar umschulden, die 1985-86 fällig werden (die wahrscheinlichen Bedingungen sind eine Laufzeit von zehn Jahren mit einem Zahlungsaufschub von vier Jahren und einem Zinssatz von 1,25 % über Libor). Hat für die nächsten zwei Jahre 300 Mio. US-Dollar pro Jahr beantragt, bekommt wahrscheinlich aber nur die Hälfte davon. Seine Zinsenrechnung wird 1985 etwa 400 Mio. US-Dollar erreichen.</p>	<p>Präsident Nicolás Ardito Barletta nahm seine Amtsgeschäfte am 11. Oktober auf. Er verhandelt über einen 130-Mio-US-Dollar Beistandskredit vom IWF mit zweijähriger Laufzeit. Beträchtliche Beiträge werden auch von der Weltbank, der BID und USAID erwartet.</p>
KOLUMBIEN	366	1.304	<p>Kolumbien ist zusammen mit Paraguay das einzige Land in Lateinamerika, das seine Schulden immer noch so abzahlt wie ursprünglich vorgesehen. Um eine Umschuldung zu vermeiden, braucht es für 1985 Bankkredite in Höhe von 700 Mio. US-Dollar und hat seine zwölf führenden Banken ersucht, ihm einen solchen Kredit zu gewähren. Die Banken wollen als Gegenleistung staatliche Garantien für die Privatverschuldung.</p>	<p>Die Weltbank tritt in den Verhandlungen mit Kolumbien als Vertreterin des IWF auf. Beide Institutionen von Bretton Woods werden auf der Konferenz zwischen Kolumbien und seinen führenden Banken gegen Ende des Monats vertreten sein.</p>

BEZIEHUNGEN ZUM IWF

BEZIEHUNGEN ZU DEN BANKEN

LAND VERSCHULDUNG BIP PRO BEZIEHUNGEN ZU DEN BANKEN
PRO KOPF DER KOPF DER
BEVÖLKERUNG BEVÖLKERUNG
(US-Dollar)* (US-Dollar)**

NICARAGUA 1.310

1.089

Nicaragua hat vergangenen November beschlossen, das Refinanzierungspaket, das mit den Banken vereinbart worden war, nicht zu unterzeichnen. Nachdem die Regierung ihre Finanzlage erneut überprüft hatte, gelangte sie zu dem Schluß, daß es ihr schwerfallen wird, selbst auf die multilateralen Bankschulden Zinsen zu zahlen. Die Verhandlungen gingen zurück auf den Nullpunkt.

Nicaragua hat keine Hilfe beim IWF beantragt (es konnte nicht hoffen bei der derzeitigen Wirtschaftspolitik irgendwelche Hilfe zu bekommen). Die Weltbank stellte die Auszahlungen vergangenen Oktober ein, nachdem die Rückstände Nicaraguas auf seine Kredite 90 Tage überschritten.

VENEZUELA 2.260

2.732

Erzielte vergangenen September ein Übereinkommen über die Bedingungen für die Umschuldung von 20,75 Mrd. US-Dollar (94 % der öffentlichen Schulden, die zwischen 1983 und 1988 fällig werden). Sie sollen über einen Zeitraum von 12 1/2 Jahren mit einem Zinssatz von 1,125 % über Libor gezahlt werden. Die erste Rückzahlung in Höhe von 750 Mio. US-Dollar ist für das zweite Quartal des Jahres 1985 vorgesehen. Die Gesamtvereinbarung sollte eigentlich bis Ende 1984 unterzeichnet sein, doch es gab Verzögerungen bei der Regelung der Position der venezolanischen Privatverschuldung, die noch immer Rückstände aufweist.

Venezuela hat keine offizielle Beaufsichtigung seiner Wirtschaftspolitik durch den IWF akzeptiert (und ersuchte daher auch nicht um einen Beistandskredit). Seine internationalen Reserven belaufen sich auf über 12,5 Mrd. US-Dollar, was ihm eine sehr starke Verhandlungsposition verschaffte.

* unsere eigene Schätzung

** Schätzwerte der Interamerikanischen Entwicklungsbank für 1983 (in US-Dollar zum Wert von 1982)

(Quelle: Latin America Weekly Report, 4. Januar 1985)

4. EINZELNE LÄNDER

1. Nicaragua

Einleitung	37
Nancy Strogoff: Nicaragua - Der andere Krieg	38
Dana Priest: Kredit an Nicaragua spaltet die Interamerikanische Entwicklungsbank	39
--- : Wie man aus Bananen Würgehölzer macht	41
Helmut Scheben: Zuckerboykott gegen Nicaragua	41
Jaime Wheelock: Die Wirtschaftsmaßnahmen sind Bestandteil der Vaterlandsverteidigung	42
D. Martínez: "Wir können die Schulden nicht zurückzahlen und sie können sie nicht eintreiben"	47
--- : Das Handelsembargo - Auswirkungen in allen Bereichen ..	48
Gerhard Kornat: Die Vertreter Nicaraguas protestieren gegen Blockierungsversuche der USA	50

2. El Salvador

Einleitung	51
--- : Die Wirtschaftslage von El Salvador	52

3. Honduras

--- : Honduras: Ökonomische Krise, Entnationalisierung und Militarisation	56
---	----

4. Guatemala

Einleitung	60
--- : Wirtschaftskrise ohne Ende	61
--- : Wirtschaftskrise und das Scheitern der Währungspolitik ..	62

5. Panama

W. R. Hughes: Panamas Auslandsverschuldung - Ein Übel ohne Ausweg ...	65
---	----

6. Mexiko

P. Baumgartner: Vom Höhenflug zur Bauchlandung - Chronik einer Wirtschaftskatastrophe	68
H. Baitenman: Mexikos Außenpolitik zu Mittelamerika zwischen nationalen Interessen und geopolitischer Realität	71

7. Dominikanische Republik

--- : Die Vorgeschichte der Osterunruhen 1984	72
---	----

8. Jamaika

P. Körner u.a.: Jamaika und der IWF: Destabilisierung einer Reformregierung	74
---	----

1. NICARAGUA

In einer Länderbetrachtung Mittelamerikas über die Auswirkungen von ererbter Armut, Rückständigkeit und Abhängigkeit, gepaart mit den Folgen der Weltwirtschafts- und Verschuldungskrise, kommt Nicaragua besondere Bedeutung zu - und zwar aus verschiedenen Gründen:

1. Alle im entwicklungspolitischen Bereich tätigen nicht-staatlichen Hilfswerke sind sich einig in der Feststellung, daß mit der sandinistischen Revolution in Nicaragua von Staats wegen Rahmenbedingungen und Grundlagen für eine fortschrittliche, ja modellhafte Entwicklung des Landes gegeben sind. (Vgl. nahua script 8, Entwicklungspolitisches Symposium "El Salvador und Nicaragua im Vergleich" - Nicht-staatliche Hilfswerke debattieren die Politik der Bundesregierung zu Mittelamerika, Wuppertal 1985).

Wenn auf den bisherigen Seiten in Ansätzen dargestellt worden ist, daß es sich bei den internationalen Finanzorganisationen nicht um altruistische Entwicklungsagenturen sondern um Organisationen handelt, die auf einzelne Länder einwirken und ihre Entwicklung steuern können - in der Regel zu Lasten der betroffenen Länder -, dann wird in den folgenden Beiträgen zu Nicaragua offensichtlich, daß die internationalen Finanzorganisationen die positiven Entwicklungsansätze in diesem Land nicht nur nicht fördern, sondern auch durch Finanzboykott und Kreditperren zerstören.

2. Wider besseren Wissens und entgegen den Analysen der Experten in den Organisationen selbst, die bei den Vergabeentscheidungen nach entwicklungspolitischen sowie projekthebezogenen entwicklungstechnischen Kriterien urteilen, üben die Regierungen, denen die sandinistische Revolution ein Dorn im Auge ist, durch ihre Vertreter (Zentralbankpräsidenten oder Fachminister oder deren Delegierte) Druck auf die Entscheidungen aus und können durch ein schlechtes Veto, das ausschließlich ordnungspolitisch motiviert ist, mißliebigen Ländern den Geldhahn zudrehen, und dies hinter verschlossenen Türen: die Sitzungen sind nicht öffentlich und das Stimmverhalten der nationalen Vertreter unterliegt keinerlei öffentlicher, etwa parlamentarischer Kontrolle.

3. Die USA haben systematisch und konsequent von ihrem Veto bei Kreditbewilligungen an Nicaragua exemplarisch Gebrauch gemacht. Sie benutzen ihre Ablehnung als eine von mehreren Waffen in ihrem Wirtschaftskrieg gegen Nicaragua. (Der militärische Krieg der USA gegen Nicaragua kann im Rahmen dieser Dokumentation nur erwähnt werden.)

- Kurze Erwähnung finden in diesem Script auch nur die beiden Vorkommnisse, mit denen die USA auf bilateraler Ebene Nicaragua wirtschaftlich sanktionierten: Der Rückzug der Standard Fruit aus dem Bananengeschäft im Oktober 1982 und die Senkung des Zuckerimports um 90% im Mai 1983.

4. Wenn zu den ererbten Defiziten einerseits und den wirtschaftlichen Strangulierungsmaßnahmen sowie den hohen ökonomischen und sozialen Kosten der militärischen Aggression der USA gegen Nicaragua andererseits noch die Auswirkungen der Weltwirtschafts- und Verschuldungskrise addiert werden, dann soll, nach dem Willen der Autoren des schmutzigen und grausamen Krieges gegen Nicaragua, die Summe dieser massiven Interventionen verheerende Konsequenzen nicht nur für jeden einzelnen Bürger, sondern für das Überleben des entwicklungspolitischen Modells des Sandinismus selbst haben. Dabei sind die Korrekturen der Sandinisten in den Wirtschaftsmaßnahmen vom Februar 1985, soweit sie aus hausgemachten Fehlentwicklungen herrühren, für die Gegner des Modells von nachrangiger Bedeutung. Wie im Fall von Allendes Chile geht es den USA darum, die Wirtschaft Nicaraguas "zum Schreien" und die sandinistische Regierung in Widerspruch zu ihrer eigenen politischen Zielsetzung und letztlich zu Fall zu bringen. Als vorerst letzter Schritt in diese Richtung hat das am 7. Mai 1985 in Kraft getretene Handels- und Verkehrsembargo der USA gegen Nicaragua zu gelten.

NICARAGUA: DER ANDERE KRIEG

Der Krieg der Regierung Reagan gegen Nicaragua kann kaum noch als "heimlich" bezeichnet werden. Vor vielen Monaten schrieb "The Washington Post" auf der Titelseite: "Von USA unterstützte nicaraguanische Rebellenarmee auf 7.000 Mann verstärkt". "The New York Times" brachte auf der Titelseite einen Bericht unter der höflichen Überschrift "US zerstreuen nicht den Eindruck, daß sie Anti-sandinistischen Truppen helfen". Der amerikanische Krieg wird abends in den Fernsehnachrichten gezeigt, wenn Contras von Stützpunkten in Honduras angreifen, wenn vom CIA gelieferte Flugzeuge Nicaraguas Ölréserven in Puerto Corinto bombardieren und wenn der Kongreß über die Kosten für den Sturz einer souveränen Regierung klagt.

Aber der bewaffnete Angriff auf Nicaragua ist nur ein Element des Krieges. Washington unterstützt nicht nur Bombardements, Brände und Gewehrbeschuß, sondern führt auch in den Hallen der multilateralen Finanzinstitutionen einen stillen Feldzug gegen die sandinistische Regierung. Reagans Regierungsbeamte hoffen, in Nicaragua zu erreichen, was Richard Nixon und Henry Kissinger in Salvador Allendes Chile gelang, die Wirtschaft "zum Schreien" zu bringen.

Als ersten Schritt ordnete die US-Regierung 1981 ein Embargo für Weizenlieferungen an Nicaragua an. Im vergangenen Mai wurden Zuckerimporte aus Nicaragua um 90% reduziert und die nicaraguanischen Quoten an Honduras, Costa Rica und El Salvador vergeben. "Wir wollten keine Regierung unterstützen, mit der wir ernsthafte Meinungsverschiedenheiten haben", sagte ein Beamter des Außenministeriums in dem Ressort, das gewöhnlich "erobert Nicaragua" genannt wird. Die Kürzung beim Zucker kostete die nicaraguanische Wirtschaft ca. 20 Mio. Dollar Devisen pro Jahr.

Aber der Hauptstoß gegen die Sandinisten erfolgt durch multilaterale Entwicklungsorganisationen wie Weltbank und Interamerikanische Entwicklungsbank (BID).

Als die Sandinisten im Juli 1979 an die Macht kamen, brauchten sie dringend Hilfe. Der Bürgerkrieg hatte ein verwüstetes Land hinterlassen - 50.000 Tote und Hunderttausende von Verletzten - und eine ruinierte Wirtschaft. Die Arbeitslosenrate lag bei über 33%, das Produktionsniveau lag bei dem der 60er Jahre, internationale Reserven waren verbraucht, und die Kapitalflucht hatte Nicaragua selbst der 24 Mio. Dollar vom internationalen Währungsfond beraubt, die das Land erst einige Monate vor dem Sturz der Somoza-Diktatur erhalten hatte.

In den ersten 18 Monaten des Wiederaufbaus pumpten die Weltbank und die Interamerikanische Entwicklungsbank 175 Mio. Dollar in landwirtschaftliche, ländliche, städtische und soziale Entwicklungsprojekte in Nicaragua. Nach hitzigen Debatten bewilligte der US-Kongreß ein Hilfspaket von 75 Mio. Dollar für Wirtschaftshilfe. Präsident Carter unterstützte die Aufbaubestrebungen, aber kurz nachdem Ronald Reagan ins Weiße Haus eingezogen war, begannen seine geschäftsführenden Direktoren bei den Entwicklungsbanken gegen Kredite für Nicaragua zu stimmen, mit der Begründung, die Sandinisten verfolgten eine "ungeeignete makroökonomische Politik".

Ich bat einen Beamten des Finanzministeriums um Erklärung, und er zeigte mir ein Dokument, das mit folgenden Worten begann: "Nicaragua verfolgt gegenwärtig eine ungesunde makroökonomische Politik, die sich unmittelbar negativ auf dieses Projekt auswirken könnte." Das Dokument, das offensichtlich für jedes nicaraguanische Projekt gelten sollte, führt den niedrigen Wechselkurs des Landes, die negative Handelsbilanz und die interne Investitionspolitik an und folgert daraus, daß es "eine lähmende Wirkung auf die Wirtschaft haben könnte", wenn Nicaragua von den Entwicklungsbanken weiterhin unterstützt würde.

In Wirklichkeit fehlt Nicaraguas Wechselkurs nichts, was nicht mit ein paar internationalen Dollars behoben werden könnte. Die meisten Empfängerländer von US-Hilfe - von Chile über Costa Rica bis Zaire - haben gigantische Bilanzdefizite. Nicaragua ist das einzige mittelamerikanische Land, bei dem in diesem Jahr ein positives

Unstimmigkeiten brachen in der Interamerikanischen Entwicklungsbank im vergangenen Sommer auf, als die Vereinigten Staaten ihr Veto einlegten gegen die Verlängerung eines 2,2 Mio. Dollar Kredits für ein 18 Mio. Dollar Straßenbauprojekt auf dem Land, das zu 95% bereits durchgeführt war. Es hätte ein "weiches" Darlehen sein sollen mit äußerst günstigen Bedingungen für die ärmsten Länder, aber solche Darlehen erfordern die Zustimmung von 66% der geschäftsführenden Direktoren der BID; die Vereinigten Staaten besitzen 35% der Stimmen.

Als die übrigen 42 Mitgliedsländer die Kreditverlängerung unterstützten, erklärte der geschäftsführende Direktor der Vereinigten Staaten: "Die augenblickliche makroökonomische Politik der Regierung von Nicaragua ist der wirtschaftlichen Entwicklung nicht förderlich."

"Soweit ich sehe, haben die Mitarbeiter der Bank keine Probleme mit der technischen Berechtigung des Projekts", antwortete der geschäftsführende Direktor für Kanada. "Wenn dem so ist, löst sich das Argument der USA bezüglich technischer Probleme mit dem Morgennebel auf."

Westeuropäische und lateinamerikanische Mitglieder griffen die Vereinigten Staaten übereinstimmend an, wegen "politischer Motive unter dem Deckmantel der Wirtschaft" und forderten, die US-Position sollte "mit den Worten der 'Washington Post' als 'Reaganismus der Woche' gewählt werden."

Die amerikanische Presse berichtet, die nicaraguanische Mittelschicht leide Not und entferne sich von der Regierung. Es gibt Geschichten über Rationierungen, lange Schlangen und leere Regale. Mitte November berichtete das "Wall Street Journal" aus Managua: "Die glücklichen Grenadiner", sagt ein Justizbeamter, "sie haben Truthahn und Äpfel und Birnen zum Weihnachtsessen. Wir können froh sein, wenn wir Bohnen kriegen."

"Der Zweck des wirtschaftlichen Würgegriffs ist, Unzufriedenheit in der Mittelschicht zu schaffen. Das ist alles", sagt Richard Feinberg, ein Wirtschaftsexperte im Overseas Development Council. "Ohne Devisen (von internationalen Institutionen oder anderen Quellen) kann nicht nur der Wiederaufbau nicht stattfinden, sondern kann sich die Regierung auch nicht leisten, die Waren einzuführen, die die Mittelschicht braucht."

Luxusgüter werden als erste gestrichen, dann importierte Teile für die Produktion, Fabriken schließen, die Arbeitslosigkeit steigt, die Mittelschicht setzt ihre Führungskapazitäten anderweitig ein. Die Rückwirkungen auf die nicaraguanische Wirtschaft müssen ernst sein.

Aber andere Rückwirkungen werden letztlich der Regierung Reagan neue Probleme bescheren. Eine Schwierigkeit besteht darin, daß der Angriff gegen die nicaraguanische Wirtschaft nicht in Grenzen gehalten werden kann: er wird auch die Wirtschaft von Costa Rica, Honduras, El Salvador und anderen Ländern schädigen.

"Durch die Zerstörung der nicaraguanischen Wirtschaft werden die Exporte anderer lateinamerikanischer Länder nach Nicaragua reduziert", stellt Feinberg fest. "Das wiederum untergräbt den Mittelamerikanischen Gemeinsamen Markt, der auf dem Gedanken des zwischenstaatlichen Handels aufgebaut ist. Auch private Geschäftsleute fühlen sich aus Angst vor den Spannungen in der Region nicht mehr sicher genug, um in das Wachstum ihrer eigenen Länder zu investieren". Statt dessen transferieren sie ihr Geld lieber nach Miami oder auf Schweizer Banken. Costa Rica ist ein hervorragendes Beispiel für ein Land, das durch Kapitalflucht ruiniert wird.

Auch innerhalb Nicaraguas könnte sich der wirtschaftliche Würgegriff der Regierung Reagan als Bumerang erweisen. "Das ist dieselbe Dynamik wie in Kuba", argumentiert Bill Leogrande, Lehrbeauftragter für Lateinamerikanische Studien an der Amerikanischen Universität in Washington. "Die Wirtschaftsblockade erschwerte den Menschen das Leben sehr, und trotzdem wurde Fidel Castro politisch stärker. Die Probleme im täglichen Leben des Menschen waren Opfer im Kampf gegen den Imperialismus. Und so

Dana Priest

KREDIT AN NICARAGUA SPALTET DIE INTERAMERIKANISCHE ENTWICKLUNGSBANK

Mitarbeiter: "USA zögern Genehmigung hinaus"

Eine heftige Auseinandersetzung über Behauptungen, daß die Vereinigten Staaten die Interamerikanische Entwicklungsbank (BID) unter Druck setzen, um einen 60,3 Mio. Dollar Landwirtschaftskredit an die sandinistische Regierung von Nicaragua hinaus-zuzögern, spaltet die Mitarbeiter und den Vorstand der Bank.

Die Regierung Reagan streitet ab, daß sie den Kredit hinausögert, der offensichtlich trotz des US-Widerstands durchgehen würde, wenn es zu einer Abstimmung im Vorstand der Bank käme. Die multilaterale Bank wurde 1959 gegründet, um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Lateinamerika zu fördern.

Aber vertrauliche Protokolle von Vorstandssitzungen, ungewöhnliche, aktenkundige Äußerungen eines der Direktoren und Interviews mit Mitarbeitern, die für die Bearbeitung des Kreditantrags zuständig sind, deuten darauf hin, daß man in großer Sorge ist, daß der Ruf der Unparteilichkeit der Bank unterminiert wird durch eine politisch motivierte Verzögerung des Kredits, der bis März bewilligt sein muß, damit er für die diesjährige Anbausaison in Nicaragua noch genutzt werden kann.

"Wir verstehen es so", sagte Jorge Alexey de Synegub, ein Guatemalteke, der letztes Jahr von den Finanzministern von Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Haiti, Honduras und Nicaragua als ihr Stellvertreter im Vorstand, der die Entscheidungen fällt, gewählt worden war. "Es gibt kein technisches Problem, sondern den politischen Einfluß der Vereinigten Staaten."

Ein technischer Mitarbeiter der Bank, der den im Juni 1982 von Nicaragua vorgelegten Vorschlag bearbeitet hatte, sagte, der Antrag "hätte dem Vorstand in der letzten Novemberwoche vorliegen müssen".

"Alles, was mit Nicaragua zusammenhängt, ist jetzt sehr schwierig", sagte ein Mitarbeiter, der seinen Namen geheimhalten wollte. "Alles wurde bedeckt gehalten. Nicht nur der technische Teil, sondern auch der operationelle."

Bis zu einer Sitzung in der letzten Woche hatte das Bankmanagement seit November behauptet, als die Direktoren Kritik an der Kreditverzögerung übten, daß die Anleihe von der Regionalgruppe im Management, die den Daten und der Analyse im Kreditantrag zustimmen muß, nicht genehmigt worden sei.

Aber die Unterlagen der Bank vom 7. Dezember 1984 zeigen, daß die Anleihe am 10. Oktober von der Gruppe abgefragt wurde und nach dem Vorgehen der Bank hätte sie bald danach an das Büro des geschäftsführenden Vizepräsidenten weitergeleitet werden sollen, um vom Direktor auf die Tagesordnung zur Diskussion und Abstimmung gesetzt zu werden.

Emil Weinberg, Leiter der Abteilung, die für die Weitergabe des Antrags an die Regionalgruppe im Management zuständig ist, wollte keinen Kommentar zu dem Verfahren abgeben, außer: "Ich denke, es würde dieser Bank oder einem ihrer Mitgliedsländer nichts nutzen, zu versuchen, in diesem internen Prozeß einen Sinn zu sehen." Weinberg ist Dominikaner und arbeitet seit über 15 Jahren in der Bank.

Die Spaltung zwischen Bankmanagement und den acht Direktoren, die lateinamerikanische und karibische Länder vertreten, ist so tief geworden, daß die Direktoren bei einer Vorstandssitzung am Donnerstag geschlossen forderten, daß das Bankpersonal einen Termin zur Weitergabe des Antrags an sie festsetzen sollte, und daß das Bankmanagement wenn nötig, außerordentliche Sitzungen abhalten sollte, um den Antrag vor der Jahresversammlung der Bank im März zum Abschluß zu bringen. Angesichts der Forderungen dieser Gruppe gaben Bankangestellte zum ersten Mal zu, daß der Antrag von der Regionalgruppe des Managements bearbeitet worden sei, sagte ein Angestellter,

haben sie sie verstanden. Deshalb haben sie nicht die Regierung für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten verantwortlich gemacht. ... Und ich glaube, die Sandinisten sind in der Lage, dasselbe zu tun."

Bei der Weltbank und der BID sind Mitarbeiter und Leitung entmutigt durch das amerikanische Beharren auf einer Politik, die die wirtschaftliche Entwicklung unterminiert. Es hat sich gezeigt, daß Projekte in Nicaragua zu den erfolgreichsten gehören, die die Banken je finanziert haben. Bei der Beschreibung eines städtischen Aufbauprojekts in der Gegend von Managua, für das die Weltbank 22 Mio. Dollar geliehen hatte, sagte ein Mitarbeiter: "Die nicaraguanische Regierung hat die finanziellen und physischen Ressourcen hervorragend genutzt. Sie hat die Bevölkerung mobilisiert ... und die Arbeit wurde größtenteils freiwillig geleistet. Sie bauten doppelt so viele Straßen und Wasserleitungen wie in so kurzer Zeit zu erwarten war. Es war das beste städtische Entwicklungsprojekt der Bank."

Trotz des Widerstands der USA sandte die Weltbank kürzlich eine weitere Delegation nach Nicaragua, um die Wirtschaftslage zu beurteilen. Die Bank erwägt ein Stadtplanungsprojekt für das ganze Land und hält landwirtschaftliche Entwicklung für eine weitere wichtige Phase der Kreditvergabe.

Zum ersten Mal seit zwei Jahren haben die Mitgliedsländer der BID im vergangenen September ein US-Veto gegen einen Kredit für Nicaragua blockiert. Seit der Falkland-Krise ermöglicht eine Veränderung in der Stimmenabgabe von Argentinien und Chile die Bewilligung "harter Anleihen" mit strengeren Bedingungen, die nur die Stimmenmehrheit erfordern. Die Bank bewilligte 30 Mio. Dollar für ein Wiederaufbauprojekt der Fischereindustrie, das die USA 1981 durch ihr Veto erfolgreich abgeblockt hatten.

"Wir werden die Vereinigten Staaten im Dritten Weltkrieg unterstützen", sagte ein Beamter der argentinischen Botschaft, "aber wir werden für Kredite an Nicaragua stimmen."

(Quelle:

"The Progressive", Januar 1984 Aus dem Amerikanischen von H. Lessmann, Saarbrücken)

der dem Treffen beiwohnte.

Der Kreditantrag ist seit 1980 Nicaraguas höchste Forderung. Es geht um Kredite für kleine und mittelgroße Bauern im Privatsektor zur Bodenkultivierung, für den Bau von Häusern und Weidezäunen, den Kauf von Landmaschinen und Arbeitstieren, die zur Erhöhung der Produktion von Grundnahrungsmitteln für den inländischen Verbrauch benötigt werden.

Trotz ernstlichen Mangels an Nahrungsmitteln kamen 1983 Produkte aus Landwirtschaft und Viehzucht für über 24 % des Bruttosozialprodukts und 75 % der Exporte Nicaraguas auf, wie ein Bericht der Bank beweist. Die Regierung hat Preiskontrollen eingesetzt, Artikel des Grundbedarfs rationiert und Importkontrollen für Luxusgüter eingeführt. Obwohl das den Etat stark belastet, subventioniert sie landwirtschaftliche und Konsumgüter. Das Finanzministerium, das die US-Politik bei der Bank bestimmt, ist strikt gegen eine solche makroökonomische Politik, weil sie private Initiativen und Investition entmutigt.

Die Interamerikanische Entwicklungsbank, eine von vier regionalen multilateralen Entwicklungsbanken, an denen die Vereinigten Staaten beteiligt sind, verließ im vergangenen Jahr ungefähr ein Drittel von insgesamt 3,5 Mrd. Dollar für landwirtschaftliche Entwicklungsprogramme.

Die zwölf Direktoren der Bank, die 43 Mitgliedsländer vertreten, halten sich gewöhnlich aus politischen Auseinandersetzungen zwischen Ländern heraus und beurteilen Kredite nach ihrer finanziellen Rentabilität und Bedeutung für die Entwicklung.

Parteipolitik spielt jedoch gelegentlich eine Rolle in der internationalen Kreditpolitik. Die Vereinigten Staaten haben ihre Beteiligung an Banken und dem Internationalen Währungsfond benutzt, um Apartheid zu verurteilen, Menschenrechtsverletzungen zu bestrafen und gegnerische Regierungen unter Druck zu setzen bzw. befreundeten zu helfen. Dies geschieht offiziell durch ihre Anteile an Banken oder auf dem Weg über Abstimmungen über Kredite.

Einflußnahme durch internationale Kreditvergabe begann ernsthaft unter der Nixon-Regierung, als es den Vereinigten Staaten gelang, neue Kredite der Weltbank an Chile zu unterbinden, dessen marxistischen Präsidenten, Salvador Allende, die Vereinigten Staaten ablehnten. Nach dem Sturz Allendes durch einen Militärputsch wurden die Kredite wieder vergeben, obwohl Berichte besagten, daß die Wirtschaft in ersten Schwierigkeiten war. 1982 brachten die Vereinigten Staaten den IWF mit Erfolg dazu, dem im Krieg befindlichen El Salvador einen Kredit von 85 Mio. Dollar zuzusprechen, obwohl Empfehlungen der Mitarbeiter dagegen sprachen.

Unter der Regierung Carter verabschiedete der Kongreß ein Gesetz, demzufolge US-Vertreter gegen Kredite an Regierungen stimmen sollten, die sich schwerer Menschenrechtsverletzungen schuldig machten. In der Folge stimmten die Vereinigten Staaten bei 118 Krediten an 20 Länder mit Nein oder Stimmenthaltung. Die Regierung Reagan kehrte diesen Trend wieder um. 1981 kündigte sie an, sie werde Kredite an Argentinien, Chile, Paraguay und Uruguay nicht länger ablehnen und seit 1982/83 stimmte sie nur in fünf Fällen wegen Menschenrechtsverletzungen gegen Kredite - für Angola, Jemen und Laos.

James Conrow, ein Beamter des Finanzministeriums, gab 1983 bekannt, daß die Regierung Kredite an Nicaragua so lange ablehnen würde, bis die sandinistische Regierung wesentliche Veränderungen ihrer inländischen Wirtschaftspolitik durchgeführt hätte. Im selben Jahr benutzten die Vereinigten Staaten ihr Vetorecht, um einen 2,2 Mio. Dollar Kredit der Interamerikanischen Entwicklungsbank zu blockieren, der zur Beendigung eines Straßenbauprojektes dienen sollte. Damals kritisierten einige Direktoren die USA-Abstimmung als einen "Versuch, das Ideal der Bank zu umgehen".

Jetzt geht die Befürchtung dahin, daß das "Ideal" der Bank von den Mitarbeitern untermindert wird, die für ihre fachliche, unparteiische Arbeit bekannt sind. Nach den unveröffentlichten Protokollen von drei Vorstandssitzungen im November und Dezember haben einige Direktoren die Bank kritisiert, weil sie den Kredit ohne Erklärungen verzögert habe. "Ich möchte das Management nur dazu drängen, alle Karten auf den Tisch zu legen, damit eine Diskussion stattfinden kann, und zwar über rein techni-

sche Gründe", sagte Luis Barbosa, geschäftsführender Direktor für Brasilien, Ecuador und Surinam, auf einem Treffen am 6. Dezember.

In der Sitzung am 14. November äußerte Bent Wittrup Christensen, damaliger Geschäftsführer für die BRD, Italien, Großbritannien und mehrere skandinavische Staaten, seine "tiefe Besorgnis über die anhaltenden Probleme ... bezüglich der Genehmigung von (Bank) Anleihen an Nicaragua."

"Meine Sorge geht über Nicaragua hinaus", sagte er in der Sitzung. "Es ist ein ernstzunehmender und inakzeptabler Umstand, wenn eines der kreditnehmenden Mitglieder der Bank nicht einmal mehr ein Minimum an Kontinuität bei seinen Verpflichtungen aufrechterhalten kann. Es ist die besondere Verantwortung der Bank, sicherzustellen, daß diese Kontinuität den kleinen Volkswirtschaften der Region erhalten bleibt, die die Konsequenzen der schweren Wirtschaftskrisen, die die Region durchmacht, am wenigsten auffangen können".

In der Sorge, daß der Kredit unangemessen verzögert würde, schrieb der frühere kanadische Abgeordnete der Demokraten, Jerry M. Patterson (in der letzten Legislaturperiode des Kongresses war er Vorsitzender des Bankenausschusses für internationale Entwicklungsorganisationen und Finanzen im Abgeordnetenhaus), an die Bank und an das Finanzministerium und bat um eine Erklärung. (Der Unterausschuß ist für die Genehmigung der Zuschüsse an die Bank zuständig.) "Die Situation in der Bank gab im letzten Jahr zu steigender Sorge Anlaß", sagte Jan Shinpoch, ein Mitarbeiter von Patterson, der das Schreiben entwarf. Patterson wurde nicht wiedergewählt.

José Paiz Moreira, ein Nicaraguaner, der de Synegeb als geschäftsführenden Direktor vertritt, äußerte kürzlich in einem Interview, daß der Druck auf das technische Personal "von Seiten (des amerikanischen geschäftsführenden Direktors José Manuel) Casanova sehr stark ist".

"Alle wissen, daß ein Kredit für Nicaragua ein heißes Eisen ist, deshalb rühren sie sich nicht, bis sie grünes Licht bekommen", sagte er. Casanova sagte, er habe niemals mit den technischen Mitarbeitern über die Nicaragua-Anleihe gesprochen. "Das ist meiner Meinung nach keine faire oder zutreffende Bemerkung."

Casanova, der seit 1981 geschäftsführender Direktor der USA bei der Bank ist, sagte, er habe nur von der Nicaragua-Anleihe "gehört". "Soweit ich mit Anleihen befaßt bin, bin ich das in offizieller Funktion. Wir behandeln die Kredite, wenn sie dem Vorstand vorgelegt werden. (Dann) bekomme ich die Unterlagen zum ersten Mal. Dann bearbeite ich sie. Dann erst beschließen die USA, welche Position sie einnehmen."

Der Sprecher des Finanzministeriums, Robert Levine, sagte, es sei nicht über den Kredit diskutiert worden. "Die USA haben keine Information über Kredite an Nicaragua erhalten." Da die Regierung Reagan ihre Absicht, gegen Kredite an Nicaragua ihr Veto einzulegen, bereits bekanntgegeben haben, "brauchen sie nicht zu versuchen, etwas zu verzögern", sagte Levine. Wenn US-Politiker "unzufrieden mit der Wirtschaftspolitik der Sandinisten sind, brauchen sie nicht zu Tricks zu greifen."

Um die Genehmigung der Anleihe zu beschleunigen, bat die nicaraguanische Regierung die Bank vergangenes Jahr, einen Kreditantrag über 18,9 Mio. Dollar für ein geothermisches Projekt, der im Juni 1980 vorgelegt worden war, zu verschleppen.

"Irgendetwas läuft da schief in der Verwaltung", sagte de Synegeb. "Das ist das schlimmste, was einer Entwicklungsorganisation passieren kann. Der Hauptgrund unseres Kampfes für Nicaragua ist nicht Nicaragua, sondern die Lauterkeit der (Bank). Die 43 Mitglieder haben uns Mittel gegeben, um Lateinamerika zu entwickeln, nicht um politische Spiele zu spielen."

(Quelle:

"The Washington Post", 20.1.1985. Aus dem Amerikanischen von H. Lessmann, Saarbrücken)

WIE MAN AUS BANANEN WORGELÖHRT WIRD

(Quelle: Lateinamerika-Nachrichten, Nr. 106, Berlin 1982 und Nr. 116, Berlin 1983)

Die 1981 auf dem Weltmarkt kräftig angestiegenen Bananenpreise ließen viele Hoffnungen aufkommen, dem sozialen Fortschritt für Nicaraguas Campesinos ein Stück näherzukommen.

Die Campesinos wollten mit den Gewinnen sozialpolitische Programme in den Bananeregionen finanzieren. Doch Verhandlungen mit der Standard Fruit gerieten schnell in eine Sackgasse.

Die Standard Fruit zahlt 2,60 US-Dollar pro Büschel (ca. 18 - 20 kg), statt der von den Nicaraguanern geforderten 3,50 US-Dollar; die Standard Fruit blieb in dieser Auseinandersetzung hart. Zu einer Konfrontation kam es im Januar 1982, als die Standard Fruit drohte, zwei Schiffe mit nicaraguanischen Bananen, die in New Orleans lagen, nicht zu entladen; die Nicaraguaner sollten auf ihrem Produkt sitzen bleiben, wenn sie nicht bereit waren, den Preis von 2,60 US-Dollar zu akzeptieren.

Die Nicaragua-Solidaritäts-Komitees in den USA entluden kurzerhand die Schiffe und verkauften die Bananen für 5 US-Dollar das Büschel an eine Supermarktkette, die diese dann für 8 US-Dollar weiterverkaufte.

Diese Aktion brachte zwar kurzfristig gutes Geld in die Kassen, doch eine langfristige Lösung ist nicht in Sicht. Die in Nicaragua errechneten Selbstkosten der Bananenproduktion - unter Einbeziehung der Kosten für den "sozialen Lohn" - liegen bei 3,25 US-Dollar.

Im Oktober 1982 erklärt Standard Fruit ihren Rückzug aus Nicaragua und bricht damit eine Abmachung, wonach sie bis 1985 die Vermarktung der nicaraguanischen Bananen, die vollständig in die USA gehen, beibehalten soll. Für dieses Jahr war eine Übernahme durch die nicaraguanische Regierung zum Preis von 6 Mio. US-Dollar geplant, von denen schon 4 Mio. gezahlt waren. Im Bemühen der nicaraguanischen Regierung, in Verhandlungen mit der Standard-"Mutter" Castle & Cooke die daraus entstehenden Probleme zu lösen, ergibt sich - wie der "Latin America Commodities Report" süffisant anmerkt - die "seltsame Umkehrung des üblichen Enteignungsprozesses, daß eine revolutionäre Regierung bei einer Transnationalen um Kompensation für die Aufgabe ihrer Tätigkeiten nachsucht". Für Nicaragua bedeutet der Schachzug der Standard Fruit den drohenden Verlust von 4.000 Arbeitsplätzen und 24 Mio. Dollar jährlichen Exporteinnahmen. Als es der Regierung gelingt, zumindest für einen Teil der Exportproduktion Direktimporteure in die USA zu finden, beginnt Standard Fruit mit einer Propagandakampagne, die auf die angeblich schlechte Qualität der nicaraguanischen Früchte hinweist.

Helmut Scheben

ZUCKERBOYKOTT GEGEN NICARAGUA

Die am 9. Mai 1983 bekanntgegebene Entscheidung der US-Regierung, die Zuckerimporte aus Nicaragua um 90 % zu senken, und dafür die "befreundeten Länder" Honduras, El Salvador und Costa Rica mit erhöhten Zuckereinkäufen zu belohnen, wurde in Washington ohne Umschweife als Disziplinierungsmaßnahme erklärt. Die US-Regierung hoffte auf diese Weise, "die Mittel, die Nicaragua für Rüstung und Unterstützung der Subversion und extremistischer Gewalt in der Region verwendet, zu reduzieren", heißt es klipp und klar in dem offiziellen Kommuniqué des Weißen Hauses.

"Der Zucker aus Nicaragua schmeckt dem Präsidenten bitter", lautete der Kommentar einer regierungsnahen Zeitung in Managua unter einem Foto, das den kuchen-essenden Ronald Reagan zeigt. "Aber auch der Zucker aus Guatemala, El Salvador und Honduras wird ihm auf Dauer Karies verursachen" wurde weiterhin als düsteres politisches Orakel angefügt.

Die Senkung der nicaraguanischen Zuckerquote von 58.000 Tonnen auf 6.000 Tonnen, die für das Land nach offiziellen Einschätzungen einen Verlust von 20 Mio. Dollar in der Außenhandelsbilanz der kommenden Ernteperiode bedeuten könnten, erinnert an die Maßnahme des US-Präsidenten Dwight D. Eisenhower, der 1960 die Zuckerimporte aus Kuba (rund 800.000 Tonnen) "wegen der feindseligen Haltung gegenüber den USA" kurzerhand einstellte.

Der am 1.10.1983 in Kraft tretende Boykott des drittgrößten Exportprodukts Nicaraguas rief neben den Protesten der Regierung in Managua innerhalb von wenigen Stunden eine scharfe Reaktion der privaten Zuckerindustrie hervor. Die Firma "Nicaragua Sugar Estates", die den größten Zuckerrohrkomplex des Landes einschließlich der Zuckerraffinerien von San Antonio innehat, schrieb dem nordamerikanischen Botschafter Anthony Quainton, daß die nicaraguanische Zuckerindustrie durch die "verheerende Wirkung dieser Entscheidung" Gefahr läuft, "in den Bankrott getrieben zu werden" und wies gleichzeitig darauf hin, daß in Nicaragua 50 % der Zuckerproduktion in privater Hand sei und 60 % der Zuckerrohr-Pflanzer "unabhängige Unternehmer" seien.

Nicaragua produzierte nach offiziellen Statistiken 1982 dreimal soviel Zucker wie 1980, der Zuckerpreis stieg zum gleichen Zeitpunkt um 100 %. Während die USA beim Sturz Somozas noch 100 % des nicaraguanischen Zuckers aufkauften, waren es im vergangenen Jahr nur noch rund 50 %. Jedoch zahlen die Nordamerikaner einen subventionierten Preis von etwa 22 US-Dollar pro Sack, während der Preis auf dem freien Markt zur Zeit bei rund 8 Dollar liegt (Angaben des nicaraguanischen Außenministeriums).

(Quelle: Mittelamerika-Informationsdienst, Mai 1983)

DIE WIRTSCHAFTSMAßNAHMEN SIND BESTANDTEIL DER VATERLANDSVERTEIDIGUNG

(Auszug)

...

B. Die Weltwirtschaftskrise

1. Schon in den ersten Jahren nach dem Sieg der Revolution mußten wir die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise verkraften, die unsere ohnehin schon schwierige Situation weiter erschwerte und die unseren Wiederaufbau und die Überwindung der ernsthaften Probleme breiter Kreise der Bevölkerung zusätzlich belasteten. Die Krise ließ unseren Weg der wirtschaftlichen Entwicklung und Überwindung der ererbten Rückständigkeit und Abhängigkeit noch schwieriger werden.

Dies ist die schwerste Krise in den letzten 50 Jahren; sie ist noch schwerer als die der 30er Jahre, weil sie von einer hohen Verschuldung der armen Länder begleitet wird, besonders solcher Länder, die, wie Nicaragua, selber kein Erdöl produzieren. Selbst ohne die Wirtschaftskrise waren die Exportproduktion und die Tilgung der Auslandsschulden ernsthaft in Mitleidenschaft gezogen worden und wir hatten kaum noch Mittel, um auch nur das Allernotwendigste zur Unterstützung des Wiederaufbaus der Nation bereitstellen zu können. Im Rahmen dieser Weltwirtschaftskrise erlitten wir bei allen Ausfuhrsgütern schwere Preiseinbrüche. Wir waren unter diesen Umständen außerstande, aus eigener Kraft die elementarsten Bedürfnisse zu befriedigen.

2. Egal, wieviel wir produzierten, ob wir die Produktion verdoppelten oder verdreifachten, es langte nicht, um alle Bedürfnisse einer normalen Wirtschaft abzudecken. Von Anfang an arbeitete die Revolution mit voller Unterstützung aller an der Erholung der Produktion, aber dessen ungeachtet, fielen die Preise für unsere Erzeugnisse und heute, 1985, sind sie auf einem Niveau, das das niedrigste seit dem Triumph der Revolution ist:

- Für 1 Quintal (ca. 46 kg, d. Hrsh.) Zucker bekommen wir fünfzigmal weniger Erdöl als vor zehn Jahren;
- vor zehn Jahren konnte man für 22 Quintales Kaffee einen Jeep kaufen; heute brauchen wir dafür 83 Quintales;
- vor zehn Jahren konnte man für 106 Quintales Baumwolle einen Traktor kaufen; heute brauchen wir dafür 301 Quintales.

3. Die armen Länder können ihre Schulden nicht mehr zahlen. Die traditionellen Finanzquellen sind versiegt. Wir sind gezwungen, die exportfähigen Erzeugnisse, die sich nur zu besorgniserregend niedrigen Preisen absetzen lassen, selber zu finanzieren - mit teuren Dollars, die nur schwer zu bekommen sind. Und wir müssen, ohne eine Alternative zu haben, so weitermachen, um Arbeitsplätze zu sichern. Jahr für Jahr sind die Preise für Importe (wie Dünge- und Schädlingsbekämpfungsmittel, Medizin, Rohstoffe für die Industrie usw.) gestiegen und haben die Inflation angeheizt, die ihrerseits den Wert unserer Währung verringert hat. Die Produktionskosten für alle Güter, sowohl für den Export als auch für den internen Verbrauch, sind gestiegen und liegen mittlerweile über den Verkaufspreisen. Die meisten Länder mußten ihre Währungen abwerten - was der Zahlung einer Abgabe an die Industrieländer gleichkommt - oder sie mußten dazu übergehen, die Hersteller und Verbraucher zu subventionieren. Die Subvention, die die Differenz zwischen Erzeugerpreis des lokalen Herstellers und dem Verkaufspreis, der auf dem internationalen Markt zu erzielen ist, ausgleicht, leistet die Zentralbank, indem sie neues Geld ausschüttet. Das bedeutet Verschuldung der Bank und Inflation für das Land.

...

C. Die Aggression von außen

1. Die Aggression, der wir ausgesetzt sind, ist der Faktor, der uns direkt oder indirekt am härtesten trifft in unseren Anstrengungen im Wiederaufbau und unseren Bemühungen, die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung zu verbessern.

2. Seit 1982 hat sich die CIA direkt oder durch ihre Vorhut, das somozistische Söldnerheer, darauf konzentriert, unsere Produktionszentren zu zerstören, indem sie die Agrarproduktion unterbrochen oder die Erntevorräte verbrannten; sie hat systematisch Aktionen ausgeführt, um unsere Fisch-, Wald- und Bergwerkswirtschaft zu sabotieren.

3. Man hat den Finanzboykott und die Angriffe auf den freien Handel organisiert sowie die Blockade unserer Häfen, um den Export unserer Produkte zu verhindern; man hat auf verschiedene Länder Druck ausgeübt, um ihre Zusammenarbeit mit Nicaragua einzustellen und die Sonderausfuhrrechte nach den USA, wie beim Zucker, aufgehoben.

4. Wir haben den Verlust von Tausenden Menschenleben zu leiden, Arbeiter haben Verletzungen erlitten, die sie arbeitsunfähig und in Invalidität zurückließen und aus mehr als 150 Siedlungen und Ortschaften sind mehr als 35.000 Familien vertrieben worden. Der Terrorismus der von der CIA angeführten somozistischen Söldnerbanden hat Kinder mit ihren Familien und Angehörigen geopfert, sie umgebracht und verstümmelt.

5. Die Aggression richtet sich auch gegen die Infrastruktur unserer Produktion. So sind unsere Häfen beschädigt worden, die Ausladevorrichtungen, Lagerhallen, Bau- und Transportmaschinen. Im Laufe von drei Jahren brutaler Aggression sind zahlreiche Schulen, Gesundheitszentren, Kinderhorte und andere soziale Einrichtungen zerstört worden.

Obwohl zutrifft, daß die somozistische Aggression weder die Macht der Revolution in Frage stellen und noch weniger unser tapferes und patriotisches Volk demoralisieren und in die Knie zwingen kann, so müssen wir dennoch feststellen, daß sie die Produktion in Mitleidenschaft gezogen hat und damit auch das Volumen der wichtigsten Konsumgüter, die wir der Bevölkerung zur Befriedigung ihrer elementaren Bedürfnisse bereitstellen müssen.

6. Als Auswirkung der Aggression mußten wir die Mittel, die wir in die Produktion von Wirtschaftsgütern und in die Bereitsstellung von Dienstleistungen für die Bevölkerung investieren wollten, in die Ausbesserung und Wiederinstandsetzung der Zerstörungen und in Ausgaben für die Wiederansiedlung der Flüchtlinge umleiten. Wir müssen die finanziellen Verluste ersetzen und die Produktionsausfälle und die Kosten für soziale Dienstleistungen auffangen, die zur Unterstützung von in Not geratenen Bevölkerungsschichten notwendig sind. Wir mußten Menschen und Material einsetzen, um die Aggression zurückzuschlagen: Tausende von Arbeitern sind in der Verteidigung eingesetzt. Die Verteidigung der Nation aufrechtzuerhalten, hat Auswirkungen auf den Konsum der Zivilbevölkerung, damit Zehntausende vom Kämpfenden ernährt, ausgerüstet und medizinisch versorgt werden können.

Zusammengefaßt haben wir ein Erbe aus Armut und Zerstörung angetreten. Wir machten einen Neuanfang, der von Beginn an unter den Auswirkungen einer katastrophalen Wirtschaftskrise litt und zu allem Übel kommt hinzu, daß Nicaragua unter einer schamlosen Aggression leidet, die, zusammen mit den anderen Faktoren, schwerwiegende Einschränkungen für die Sicherung der unbedingt notwendigen Bedürfnisse der Bevölkerung bedeuten.

D. Ererbte Armut, Wirtschaftskrise und Aggression von außen sind Ursachen, die nicht von unserem Willen abhängen

1. In Zusammenhang der unterschiedlichen Maßnahmen unserer Wirtschaftspolitik kommt ein vierter Faktor der Krise zum Tragen. Diese Maßnahmen unserer Wirtschaftspolitik, nämlich die Politik

- der Wechselkurse
- der Kreditvergabe
- der Steuern
- der Investitionen
- der Versorgung
- der Gehälter und Löhne
- der Preise etc.,

sind in ihrer Gesamtheit in unterschiedlicher Weise Gründe für Symptome, die wir korrigieren müssen. Der Hintergrund all dieser Maßnahmen im wirtschaftspolitischen Bereich bestand in dem Versuch, die arbeitende Bevölkerung vor den Auswirkungen der internationalen Wirtschaftskrise zu bewahren und ihr, nach dem Sieg der Revolution, zur Überwindung der allgemeinen Verarmung und Arbeitslosigkeit mit verbesserten Dienstleistungsangeboten zu Hilfe zu kommen.

Aber diese politischen Maßnahmen bewirkten trotz aller guten Absichten, die wir mit ihnen verfolgten, auch negative Nebenwirkungen, die uns jetzt zum Handeln zwingen.

2. Wirtschaftspolitisch müssen wir folgende Dinge korrigieren:

- a) Die überhöhte Ausdehnung des Staatshaushaltes, die jährlich beträchtliche Steuerdefizite hinterläßt.
- b) Die exzessive Ausweitung der Kreditvergabe zu Niedrigzinsen, die aus großzügig gewährten Hilfeleistungen an den kleinen und mittleren Produzenten herrührt; die 100%ige Übernahme der Finanzausstattung im Agrarbereich und die damit verbundenen Schuldenerlasse sowie übertrieben großzügige Neufinanzierungen; die Zahlungsaufschübe in Fällen von rückzahlbaren Finanzmitteln etc.
- c) Die Überbewertung unserer Währung und die daraus folgenden Währungsverluste der Zentralbank.
- d) Die Politik der uneingeschränkten Subventionen, die große Steuerverluste bedeuten.
- e) Die Finanzierung von Vorhaben im Produktionsbereich, im Sozialwesen, Raumplanung, ja sogar im Bereich des Fremdenverkehrs, ohne irgendwelche Eigenbeteiligung dieser Bereiche.

Grundsätzlich haben diese Politiken und Maßnahmen positive Ergebnisse erzielt und wir sind der Meinung, daß sie im richtigen Augenblick die richtigen Entscheidungen waren, aber die Möglichkeiten, durchgreifende Wirkungen zu erzielen, haben sich erschöpft und deshalb müssen sie in angebrachter Weise korrigiert werden.

Die unmittelbare und am meisten besorgniserregende Auswirkung all dieser Entwicklungen ist, daß im Land große Geldmengen im Umlauf sind, die sich in den Händen vieler Tausender befinden, hauptsächlich bei den Neueinstellungen im öffentlichen Dienst, bei den Arbeitern, die in den Wiederaufbauprojekten beschäftigt sind, bei den Beschäftigten, die wir in Brot und Arbeit gesetzt haben und, indirekt, bei all denen, die durch Subventionen im Energie-, Verkehrs- und Nahrungsmittelbereich unterstützt werden. Diese Geldmenge lastet natürlich nachhaltig auf dem Bedarfsgüter- und Dienstleistungssektor, der sich nicht nur nicht im gleichen Verhältnis wie die Geldmenge vermehrt, sondern sich nur konstant und sogar rückläufig entwickelt hat.

Diejenigen, die über Geld verfügen, verwenden es nicht für Investitionen oder Spareinlagen, sondern überwiegend für den Verbrauch von Konsumgütern, die, wie bereits gesagt, nur beschränkt zur Verfügung stehen. In einem Wort: Wir haben mehr Geld, aber weniger Gebrauchsgüter.

3. Dies und die Tatsache, daß in Nicaragua die Wirtschaft von den Gesetzmäßigkeiten des Marktes in einem Land mit offenen Grenzen und offenen Märkten bestimmt wird, erklärt die sich rasant nach oben entwickelnde Inflationsspirale, die sich negativ auf die Konsummöglichkeiten der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung auswirkt. Wir haben zwar seit dem Triumph der Revolution ständig die Gehälter und Löhne angehoben, aber die Preise sind im Verhältnis dazu weit stärker angestiegen und daher müssen wir wirtschaftspolitische Eingriffe vornehmen, mit dem Ziel, hier ein Gleichgewicht zu schaffen, das stets von dem Gedanken geleitet wird, daß der Konsum der arbeitenden Schichten unserer Bevölkerung verteidigt wird.

E. Besorgniserregende Symptome

Auf den Punkt gebracht, alle diese Ursachen, die wir aufgezählt haben,

- die Armut des Landes;
- die Zerstörungen, die mit ihr einhergingen;
- die allgemeine Wirtschaftskrise;
- die brutale und ungerechtfertigte Aggression von außen

und die inflationären sowie negativen Auswirkungen der von uns selbst ergriffenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen bescheren dem Land besorgniserregende Symptome, denen wir mit Beginn dieses Jahres 1985 entgegentreten müssen, um einen neuen Kurs einzuschlagen. Die Symptome müssen wir wie folgt benennen:

1. Eine Verminderung des Waren- und Dienstleistungsangebots, die sich seit 1982 verschärft;
2. Ein Rückgang der vorhandenen industriellen Kapazität, der die Effizienz und das Volumen unserer Produktion angesichts des Devisenmangels verringert. Ferner stellen wir einen Rückgang in unserer Transportkapazität (sowohl beim Personen- als auch beim Warentransport) und dadurch negative Auswirkungen auf die Produktion im Agrarbereich fest.
3. Jahr für Jahr haben wir steigende Inflationsraten, die den Lebensstandard der lohnabhängigen arbeitenden Bevölkerung beeinträchtigen.
4. Gleichzeitig hat eine blühende Wirtschaftsspekulation um sich gegriffen, an der sich hauptsächlich Tausende von kleinen Spekulanten beteiligen, die auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung große Vermögen machen.
5. Durch die Währungsverluste, Verluste in den öffentlichen Haushalten, die Abschreibungen etc. ist eine sich schnell fortentwickelnde Dekapitalisierung des staatlichen Finanzsystems festzustellen.
6. Der Wildwuchs und die praktische Aufhebung der Preiskontrolle bei den Bedarfsgütern und anderen wichtigen Gütern des täglichen Gebrauchs hat zur Folge, daß die Produktion nachläßt, die Gehälter und Löhne nicht mehr ausreichen, um Waren zu Spekulationspreisen zu erstehen. Die Arbeiter fühlen sich enttäuscht; viele arbeiten nicht mehr in der Produktion oder als Normalbeschäftigte im Angestelltenverhältnis, sondern haben sich - irregeleitet - in weitere kleine Spekulanten verwandelt. Während der letzten Jahre haben sich mehr als 4.000 Personen als Straßenhändler registrieren lassen. Es wimmelt von zigtausenden von kleinen Spekulanten, die die Fabriken stürmen und Geschäfte, Drogerien und Gemüseläden leerkaufen, sich dem Schmuggel hingeben, die Tausende von Gebrauchsgütern ins Ausland schaffen und beladen mit Waren wieder zurückkehren, um diese zu exorbitanten Preisen an die Bevölkerung zu verkaufen, die mit einem Krieg fertig werden und in Einschränkungen und Verzicht leben muß.
7. Wir haben auch mit großer Sorge die ökonomischen Auswirkungen feststellen müssen, die die nachlassende durchschnittliche Leistung des Arbeiters im Produktionsbereich, insbesondere im Agrarsektor, für das Land hat. Dies wirkt sich sowohl auf die Produktionskosten als auch besonders auf das Volumen der hergestellten Güter aus.

F. Konkrete Ziele und Maßnahmen

Angesichts der Ursachen und der Symptome der augenblicklichen Krisensituation, fassen wir im folgenden die wirtschaftspolitischen Ziele und Maßnahmen zusammen, die mit Beginn des Jahres 1985 wirksam werden. Sie sollen zusammengekommen zur Stabilisierung und Kontrolle der deformierten und anarchischen Tendenzen führen, die sich bislang entwickelt haben, und zugleich zu einer kohärenten Wirtschaftsführung führen.

1. Logischerweise muß in einer Situation der Aggression das erste Ziel die Unterstützung der militärischen Verteidigung der Revolution sein. Das heißt, daß die materiellen und menschlichen Kräfte und die Devisen vorrangig zur Verteidigung des Vaterlandes eingesetzt werden.
2. Das zweite Ziel ist die Verteidigung und die Ankurbelung der Produktion von Wirtschaftsgütern, nämlich der Produktion solcher Bedarfsgüter, die sich nach der militärischen Verteidigung ausrichten: Stiefel, Uniformen, Medizin; danach die Produktion von Wirtschaftsgütern für den allgemeinen Verbrauch, d.h. die acht Produkte des Grundverbrauchs und all jene Güter, die für die Zivilbevölkerung unverzichtbar sind. An dritter Stelle rangiert die Hilfe für die Exportproduktion zur Erwirtschaftung von Devisen und schließlich folgt die Hilfe für infrastrukturelle Maßnahmen, d.h. im Straßenbau, im Energiebereich, im Transportwesen usw., welche die beiden vorher genannten Maßnahmen unterstützen sollen.
3. Das dritte Ziel dieser Wirtschaftspolitik ist die Beendigung des Durcheinanders, das sich in den Bereichen Löhne, Preise, Schwarzmarkt, Spekulation usw. breitgemacht hat. An diesen Punkten werden wir mit Entschiedenheit und Eindeutigkeit eingreifen - anderenfalls verliert unsere Wirtschaft ihren bevölkerungsnahen Sinn, den ihr die Revolution gegeben hat. Für jeden muß klar sein, daß diese chaotischen Tendenzen die Grundlagen unseres Wirtschaftssystems, so, wie wir es angelegt haben, zu seiner Aushöhlung führt: sie beeinträchtigen die gemischte Wirtschaft, haben Auswirkungen auf den privaten wie den staatlichen Produzenten; treffen den normal niedergelassenen Einzelhändler ebenso wie alle übrigen Hersteller und Arbeiter; sie treffen das ganze Land.

Die hauptsächlichen Maßnahmen versuchen eindämmend, kostensparend, ordnend und kontrollierend zu wirken. Wir benennen die wichtigsten Maßnahmen:

- a) Einschränkung des öffentlichen Haushaltes und Erhöhung der Steuereinnahmen zur Verringerung des Haushaltsdefizits.
- b) Einstellen und Kürzung von Investitionen in neue Projekte, die nicht unverzichtbar für die Erholung der Wirtschaft und der Produktion sind. Diese Projekte belasten indirekt den Verbraucher, denn hier werden Mittel und Devisen verbraucht, die besser für den Konsum eingesetzt werden.
- c) Subventionen werden eingestellt. Sie werden in Form von Gehältern in erster Linie an die Arbeiter im Produktionsbereich und schließlich generell an alle im Lohnverhältnis stehenden arbeitenden Personen kanalisiert. Auf diese Weise werden wir weiter das Einkommen des Arbeiters schützen. Die Streichung von Subventionen und die übrigen neuen Maßnahmen bedeuten für den Verbraucher einen generellen Preisanstieg, aber es werden allgemeine, kompensatorische Gehaltsangleichungen vorgenommen.
- d) Wir werden ein Bündel von Vorschriften zur Anwendung bringen, um mit Entschiedenheit das Spekulationsunwesen und die Hamsterkäufe zum Nutzen des seriösen Unternehmers zu unterbinden.
- e) Wir werden eine realistische Politik im Bankenwesen einführen, die eine effiziente Produktion stärkt und keinen Raum mehr zur Vergeudung unserer Finanzmittel zuläßt.
- f) In bezug auf den Dollar muß die nicaraguanische Währung an einen realistischen Wechselkurs angepaßt werden, der die Produzenten schützt und keinen Raum läßt für Subventionen oder Verluste.
- g) Während wir weiterhin die sicheren und herkömmlichen Verkaufskanäle stärken, haben wir als vorübergehende Maßnahme angeordnet, die Grundnahrungsmittel direkt an die Verteilungsstellen in den Produktionszentren zu liefern; d.h., daß in den meisten Produktionszentren - sowohl in der Industrie als auch in der Agroindustrie und anderen wichtigen Produktionszentren - die Arbeiter die unverzichtbaren Erzeugnisse zu Preisen ohne spekulativen Zwischenhandel erstehen können.

H. Wie sehen die Perspektiven aus?

1. Es ist naheliegend und offensichtlich, daß, solange wir weiterhin ein armes, unterentwickeltes, von den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise hart getroffenes Land

sind, und wir darüberhinaus eine großangelegte Kampagne von Aggressionen erleiden, solange wird keines der ökonomischen Probleme wirklich gelöst werden. Wir können allenfalls darauf hoffen, alle Probleme in Angriff nehmen zu können, aber in dieser Phase werden wir sie nicht alle völlig überwinden können.

...

(Quelle: Barricada Internacional, Managua, Februar 1985)

Daniel Martínez

"WIR KÖNNEN DIE SCHULDEN NICHT ZURÜCKZAHLEN UND SIE KÖNNEN SIE NICHT EINTREIBEN"

(Auszüge) "Um über die Auslandsschulden der Länder Lateinamerikas und der Karibik diskutieren zu können, muß man, unabhängig davon, ob wir sie zurückzahlen werden und wie, in erster Linie berücksichtigen, daß sich diese Schulden auf 360 Milliarden Dollar belaufen, für die man jährlich 340 Milliarden Dollar an Zinsen aufbringen muß (Zahlen wie veröffentlicht). Wir könnten diese Schulden nicht zurückzahlen, selbst wenn wir, die Schuldnerländer, unsere Ausgaben ganz streichen und alle unsere Exporte für die Rückzahlung der Schulden verwenden würden. Die Zinsraten sind hoch und die Zinsen sammeln sich schnell an. Dagegen sinken die Preise für unsere Exporte, von Jahr zu Jahr. Das bedeutet, daß wir diese jährlich fälligen 340 Milliarden Dollar ewig werden zahlen müssen, weil unsere Baumwolle, unser Zucker, unser Holz und andere Produkte nach jeder Ernte billiger werden.

Wer setzt die Preise fest? Wer entscheidet darüber, an uns zu höheren Preisen zu verkaufen und von uns zu einem niedrigeren Preis zu kaufen? Das sind dieselben, denen wir, die Länder Lateinamerikas und der Karibik, 360 Milliarden Dollar schulden. Aus diesem Grunde lautet die Frage, die diskutiert werden muß, nicht, ob wir zahlen wollen oder nicht. Denn ganz unabhängig davon, was wir wollen, können wir unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht zahlen. Das kann auch anders ausgedrückt werden: Die internationalen Banken können bei den Völkern Lateinamerikas nicht kassieren, und das wissen sie.

So gesehen haben die Banken bisher ein gewagtes Spiel gespielt. Sie leihen uns Geld, damit wir die Beträge zurückzahlen können, die wir ihnen schulden. Sowohl der prominenteste Wirtschaftswissenschaftler als auch der letzte Arbeiter in Lateinamerika haben erkannt, daß auf diese Weise die Schulden niemals zurückgezahlt werden können. Ganz im Gegenteil, die Schulden werden immer größer... Deshalb muß eine Formel für die Lösung dieses Problems gefunden werden. Um das Problem lösen und Alternativen vorschlagen zu können, ist es erstens erforderlich, daß die Ursachen erkannt werden. Auf diese Weise können dauerhafte Lösungen gefunden werden. Zornige Stimmen sind jedoch laut geworden, die uns vor einer rebellischen Haltung warnen, da wir sonst bestraft werden könnten. In jedem Land werden Stimmen zugunsten der Kreditgeber laut, sie wiederholen die Drohungen und sagen, wir müssen zahlen. Natürlich ist jedes Land anders und hat sich auf eine andere Weise verschuldet als die anderen. Deshalb muß jedes nach einer eigenen spezifischen Lösung suchen. Das ändert jedoch nichts daran, daß alle Völker ein gemeinsames Problem haben, und es ist zulässig, moralisch gerechtfertigt und politisch notwendig, eine kontinentale Einheit anzustreben, um unsere Interessen, unabhängig von ideologischen und sozialen Differenzen, zu verteidigen. Es erübrigt sich zu sagen, daß jene, die den Standpunkt der Kreditgeber verteidigen, diejenigen sind, die die historische Verantwortung für die durch die Schulden entstandene Abhängigkeit und soziale Ungerechtigkeit tragen.

Es ist auch an der Zeit, klar festzustellen, daß die Auslandsverschuldung ihren Ursprung in der brutalen und ungerechten Weltwirtschaftsordnung hat, die von den Kreditgebern beschlossen wurde, in deren Händen sich der Markt, die Preise, das Geld und die Schulden befinden. Das ist unannehmbar...

Darüber hinaus ist der Vorschlag, demzufolge jedes Land über sein Problem einzeln verhandeln soll, nichts anderes als eine Falle. Ist es nicht ein demokratisches Prinzip, daß die Entscheidung der Mehrheit befolgt werden muß? ... Nicht die Schuldnerländer haben die Schuldenfrage zu einer Waffe gemacht. Es sind die Kreditgeber und der Kapitalismus, die die Schulden als eine Form der Aggression und Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Länder benutzen. (...)

(Quelle:
Barricada, Managua, 6.8.85)
Aus: Monitor Dienst, 12.8.85

DAS HANDESEMBARGO - AUSWIRKUNGEN IN ALLEN BEREICHEN

Am 1. Mai rief die Reagan-Regierung den nationalen Notstand aus und belegte den Handel zwischen Nicaragua und den Vereinigten Staaten mit einem Embargo. Die USA hob zum 7. Mai den Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen den beiden Ländern sowie die Landrechte für alle nicaraguanischen Flugzeuge und Schiffe in den USA auf.

Beamte der US-Regierung deuteten an, daß diese Maßnahmen noch ausgeweitet und durch andere ergänzt werden können, für den Fall, daß Nicaragua Washingtons Forderungen nicht nachkommen sollte. Als weitere Maßnahmen kämen noch in Betracht:

- die Bankguthaben Nicaraguas in den USA einzufrieren;
- das Embargo auf Niederlassungen von US-Firmen im Ausland sowie deren Handel mit Ländern Mittelamerikas auszudehnen;
- die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern abubrechen;
- den Reiseverkehr zwischen beiden Ländern zu untersagen und keine Visa mehr zu erteilen.

Nicaragua hat - in Erwartung solcher möglichen Maßnahmen, wie sie jetzt von der Reagan-Regierung getroffen wurden - seit 1981 seine Wirtschaftsbeziehungen zu den USA schrittweise in zwei Bereichen abgebaut, nämlich erstens den Ex- und Import von solchen Waren, für die der US-Markt bessere Preise anbot, und zweitens den Erwerb von Ersatzteilen und Werkstoffen für Fabriken und Ausrüstungen US-amerikanischen Ursprungs.

Der Handel der ersten Kategorie - Bananen-, Fleisch-, Fisch- und Zuckerexporte und Importe von Fetten, Speiseöl, Saatgut und ähnlichen Erzeugnissen - kann mühelos über andere Märkte abgewickelt werden, obwohl in technischer Hinsicht Anpassungen vorgenommen werden müssen und die Frachtkosten steigen werden.

Im zweiten Fall hängt die Lieferung von Werkstoffen und Maschinenersatzteilen für die bestehende Infrastruktur aus US-amerikanischer Herkunft weitgehend von der Zusammenarbeit mit amerikanischen Subunternehmen im Ausland und Ländern der Dritten Welt ab.

Außenhandel

Im Jahr 1984 führte Nicaragua aus den USA Waren im Wert von 134 Mio. Dollar ein. Die Exporte in die USA beliefen sich auf 47 Mio. Dollar.

Für das laufende Jahr war der Verkauf von 6.000 Tonnen Zucker in die USA im Wert von 2,2 Mio. Dollar vorgesehen, i.e. die Menge, die nach der Senkung der Exportquote nicaraguanischen Zuckers durch die nordamerikanische Regierung im Jahre 1983 für den Export in die USA übriggeblieben ist. Diese Menge wird nun, zu niedrigerem Preis, auf andere Märkte verteilt - Libyen, Algerien, Iran und Europa.

Wenn Nicaragua strikteren Vorschriften für die Verarbeitung, Verpackung und Verschiffung von Bananen folgt, wird es möglich sein, vier Mio. Kisten dieser Frucht, die bisher jährlich in die USA gingen, auf europäischen und libyschen Märkten unterzubringen. Der jährliche Erlös aus dem Bananenhandel beträgt 15 Mio. Dollar.

Der Fleischexport (15 Mio. Dollar) kann, ursprünglich für die USA vorgesehen, wahrscheinlich auf die Märkte Kanadas und arabischer Länder aufgeteilt werden.

Wenn einige Veränderungen in Verpackungsart und Handelsgröße vorgenommen werden, kann die Lobster- und Schrimpsproduktion an Kanada und verschiedene europäische Länder verkauft werden. Die jährlichen Einnahmen im Fischereiwesen aus Exporten in die USA beliefen sich bisher auf 15 Mio. Dollar.

Etwas schwieriger dürfte sich die Suche nach neuen Märkten für Tabake und Tabakwaren (bisher 1,1 Mio. Dollar jährlich) gestalten, da für die nicaraguanische Blatt- und Zigarrensorte, die bisher in die USA verkauft wurde, nur eingeschränkter Bedarf vorherrscht.

Ernsthafte Konsequenzen wird das Embargo für den Importbereich haben. Insektizide, Düngemittel, Saatgut, Maschinenersatzteile für den industriellen- und Agrarbereich, sowie Werkzeuge und Maschinen für die Industrie, für den Bau- und Transportbereich müssen jetzt von im Ausland ansässigen Tochterunternehmen US-amerikanischer Unternehmungen erworben werden.

Unmittelbar nach der Ankündigung des US-Embargos unternahm die Regierung Nicaraguas eine Reihe von Schritten, um die direkte Wirkung der Blockade abzuschwächen und die Abhängigkeit des Landes von amerikanischen Produkten weiter zu reduzieren. Einige Ersatzteile, die zur Herstellung einfache Technologien voraussetzen, werden nun im Land angefertigt und Roh- und Werkstoffe, die vorher aus den USA eingeführt wurden, werden durch die anderer Länder ersetzt und auf Nicaraguas Bedürfnisse angepaßt. Noch vorhandene Anlagen aus US-amerikanischer Herkunft werden Zug um Zug ersetzt, bzw. besonders strenger Pflege und Wartung unterzogen.

Produktion

Der Agrarsektor wird durch die langwierige Suche nach neuen Lieferanten für Insektizide, Düngemittel, Pestizide, Saatgut und Ersatzteile für "John Deere"-Maschinen, die besonders von der Privatwirtschaft benutzt werden, aufs härteste getroffen.

Die Mehrheit der Maschinen und Ausrüstung in der Agroindustrie, wie Schlachthofanlagen, Anlagen zur Kaffee-Verarbeitung, Entkernungsanlagen für Baumwolle und Zuckerraffinerien, kommt aus den USA und wird ernsthaft von der Blockade getroffen.

Zweifellos wird die Industrie Nicaraguas, die traditionell auf Werkstoffe und Maschinen aus den USA angewiesen ist, von den Maßnahmen am empfindlichsten getroffen sein. Wenn nicht schnell Ersatz geschaffen wird (die Materialbestände und Ersatzteillager sind knapp), dann werden die metall-, textil- und holzverarbeitenden Industrien ernsthafte Rückschläge hinnehmen müssen; das gleiche gilt für die Bereiche Chemie und Lebensmittelherstellung. Devisenmangel und unzureichende Lagerkapazität ließen es nicht zu, in diesem Bereich vorzubeugen und Vorräte anzulegen, wiewohl Wirtschaftsanktionen seitens der USA als eine sehr reale Möglichkeit einkalkuliert worden waren.

Die Auswirkungen der Blockade werden auch im Fischereiwesen, in der Bergwerkindustrie sowie in der Forst- und Bauwirtschaft verspürt.

Obwohl die Regierung in der Landwirtschaftserzeugung nur 20 % und in der Industrieproduktion nur 45 % kontrolliert, stellt diese Wirtschaftstätigkeit 95 % der Gesamtwirtschaft des Landes dar, d.h. daß die Privatwirtschaft am empfindlichsten von der Entscheidung der US-Regierung getroffen wird.

Natürlich werden die Verbraucher ebenfalls die Auswirkungen zu spüren bekommen. Einige Erzeugnisse, die bereits jetzt knapp sind, wie Milch, Eier, Zahnpasta und Toilettenpapier, werden Mangelwaren und vorübergehende oder permanente Schließungen einiger Industriebetriebe werden für noch höhere Arbeitslosigkeit sorgen.

Dienstleistungen

Als wichtige staatliche Dienstleistung wird der Gesundheitsbereich durch das Embargo in Mitleidenschaft gezogen. In ihrer Mehrzahl werden chirurgische Apparate, Kühlschränke zur Lagerung von Medizin, Laboreinrichtungen, Inkubatoren und andere medizinische Einrichtungen in den USA hergestellt.

Wasserwerke sind weitere Einrichtungen, die gefährdet sind. Pumpen, Energie- und Versorgungssysteme sind zu 100 % von US-Technologie abhängig. Wenn in diesem Bereich Ersatzteile fehlen, kann dies zur partiellen Paralyse der Wasserversorgung des Landes führen.

Im Transportbereich stammen 40 % der Fahrzeuge im städtischen, zwischenstädtischen und ländlichen Busverkehr aus den USA; dies gilt, wenn auch in etwas geringerem Maße, für schwere Lastwagen. Fast die Hälfte dieses Dienstleistungsbereiches befindet sich in Privathand. 90 % der Flugzeuge in der nationalen wie internationalen Zivilluftfahrt

und 76 % aller Schiffe kommen aus den USA. Bei der internationalen Luftfahrt ist die Lage besonders ernst, da das Embargo die Flüge nicaraguanischer Luftfahrtgesellschaften in die USA verbietet; 40 % des Luftverkehrs ging in die USA.

Die Technologie für Nicaraguas einzige Ölraffinerie stammt aus den USA; das gleiche gilt für die thermoelektrischen Anlagen. Ohne Ersatzteile, Roh- und Werkstoffe, ohne Nachschub an Benzin und Elektrizität wird die Bevölkerung hart getroffen. Weiter gilt dies für den Bereich der Großmaschinen, die für die Zertrümmerung von Steinen für den Bausektor, das Ausbaggern von Hafenbecken sowie für die Berg- und Hydroelektrizitätswerke benötigt werden.

Nestor Avendaño, stellvertretender Planungs- und Budgetminister, ist Vorsitzender einer Kommission, die die Schadensauswirkungen des US-Embargos untersucht. Er erklärte, daß der Ersatz von Maschinen und Ausrüstungen durch neue Technologien anderer Länder, die den ständigen Nachschub von Ersatzteilen garantieren können, Grundvoraussetzung ist, wenn das Land mit der bestehenden Abhängigkeit brechen und die Auswirkungen der Blockade lindern will. Um eine Vorstellung von der Größe dieser Herausforderung zu vermitteln, sagte er, daß bisher in nur 10 % der jetzigen Industrieanlagen die alten technischen Einrichtungen ersetzt worden sind.

(Quelle:

Barricada Internacional, Reihe "Archives", Nr. 18, Managua 1985)

LATEINAMERIKA / Die Tagung der Interamerikanischen Entwicklungsbank in Wien wird zum Schauplatz politischer Gegensätze

Der Vertreter Nicaraguas protestiert gegen Blockierungsversuche der USA

Von GERHARD KORNAT

WIEN. In den Korridoren der Wiener Hofburg, wo die Interamerikanische Entwicklungsbank ihren 26. Jahreskongreß zelebriert, entfaltete sich auch eine der vielen politischen Auseinandersetzungen, welche zu den angespannten Beziehungen zwischen Nicaragua und den Vereinigten Staaten beitragen.

In den vergangenen 25 Jahren wurden die Aktivitäten der Interamerikanischen Entwicklungsbank auf der Basis ihrer Gründungs-Charta strikt unpolitisch und technokratisch neutral abgewickelt. Gab es in der Vergangenheit politische Dissonanzen mit einem Mitgliedsstaat, versuchte die Entwicklungsbank anstehende finanztechnische Fragen solange hinauszuschieben, bis das Problem auf anderer Ebene gelöst war. Nicaragua wird jedoch zusehends ein unbequemer Partner für die Interamerikanischen Finanzinstitution. Managua beansprucht hartnäckig Gelder für Projekte, die dem nicaraguanischen Privatsektor zugute kommen sollen. Doch

US-Außenminister Shultz riet in einem Brief an Bankpräsident Antonio Ortiz-Mena, Entwicklungsgelder für Nicaragua zu blockieren und schuf damit eine delikate Situation.

Joaquín Cuadra-Chamorro, Präsident der nicaraguanischen Zentralbank und Delegationschef auf der Bankentagung in Wien, stellte in seiner Rede vor dem Plenum die Situation minutiös dar: Nicaragua reichte im Juni 1982 ein Förderungsprojekt für private Kleinbauern ein mit einer angestrebten Beteiligung von 58,4 Mill. \$ seitens der Bank zu einem Zinssatz von 9,5 % auf 20 Jahre. Obwohl die technischen Voraussetzungen von den Bankprüfern akzeptiert wurden, blieb eine endgültige Entscheidung aus. Als Nicaragua wiederholt insistierte, schrieb Außenminister Shultz am 30. Januar 1985 an Bankpräsident Ortiz-Mena und riet das Blockieren der Fonds. Zur Begründung führte er an, daß Nicaragua mit einer Schuldenzahlung im Rückstand sei, daß Managuas Wirtschaftspolitik Widersprüche aufweise und schließlich Nicaragua die

Revolution in Nachbarländer exportiere, die alle untadelige Bankenmitglieder seien.

Seither reitet Nicaragua auch auf der banktechnischen Ebene Attacken gegen die Vereinigten Staaten, ohne jedoch viel Gehör gefunden zu haben. Das Bankenforum in Wien bot jetzt eine bessere Gelegenheit. Nicaraguas Delegationschef Cuadra-Chamorro sprach vor dem Plenum — diplomatisch klug — lediglich die Verletzung des multilateralen Prinzips, auf das die Gründungs-Charta der Bank seine Mitglieder festlegt, an. In einer improvisierten Pressekonferenz wurde er jedoch gegen die USA ausfallend, die er der totalen Kriegsführung gegen Managua bezichtigte.

Den lateinamerikanischen Bankfachleuten, die politischen Konflikten gern ausweichen, war dieser Ausfall am Rand der Wiener Konferenz peinlich. Die Europäer hingegen, an die Delegationschef Cuadra-Chamorra besonders appellierte, zuckten dazu lediglich die Achseln.

Ungeachtet dieser Dissonanzen hat

Peru die Interamerikanische Entwicklungsbank (IADB) um die Gewährung eines 71 Mill.-Dollar-Kredits ersucht, der von Geschäftsbanken mitfinanziert werden soll. Wie Finanzminister Garrido-Lecca weiter mitteilte, wird Peru in diesem Monat lediglich etwa 15 Mill. \$ der ausstehenden Zinszahlungen von 150 Mill. \$ an die Gläubigerbanken zahlen können. Das ist deutlich weniger als die 50 bzw. 25 Mill. \$, die im Januar und Februar an ausstehenden Zinsen getilgt wurden. Anfang dieses Monats hat Peru 16,5 Mill. \$ von insgesamt nunmehr 75 Mill. \$ überfälliger Zinsen an die westlichen Gläubigerregierungen gezahlt, nachdem im Januar und Februar keine Tilgungen erfolgten.

Peru erwartet, daß von dem jetzt angestrebten Kredit über 71 Mill. \$ voraussichtlich 21 Mill. von der IADB und die restlichen rund 50 Mill. \$ von den Banken kommen werden. Peru hofft diese Mittel zu erhalten, um den Bau des Wasserkraftwerks-Projekts Carhuaquero fertigstellen zu können.

(Handelsblatt, Düsseldorf, 27.3.85)

2. EL SALVADOR

Am 31. März 1985 fanden in El Salvador erneut Wahlen statt, aus denen Napoleón Duarte als Sieger hervorging. Währenddessen halten die Kämpfe zwischen Regierungstruppen und Guerillaverbänden an. Eine Verhandlungslösung ist so wenig in Sicht, wie eine Abnahme der US-Wirtschafts- und Militärhilfe an El Salvador, die 1985 eine Rekordhöhe erreichen wird. Zunehmender Druck der sich reorganisierenden Massenorganisationen und Gewerkschaftsverbänden wird begleitet von einer veränderten Kampfstrategie der FMLN, die sich auf einen langen Krieg einrichtet.

Der folgende Artikel versucht, den Schnittpunkt zwischen revolutionärem Krieg und Aufstandsbekämpfung aufzuzeigen. Die Zeiten sind vorbei, daß von wachsenden Widersprüchen innerhalb des herrschenden Machtblocks und vom steigenden Einflußgewinn der Opposition gesprochen werden kann. Es wird immer deutlicher, daß sich das Regime in El Salvador über die US-Hilfe politisch stabilisiert und die FMLN zu neuen Kampfkonzepten gezwungen hat. Ein klares Raster läßt sich in El Salvador nicht mehr anlegen. Es wird eine lange Entwicklung des Konfliktes geben, in der das "Hilfs"-Engagement der US-Regierung und der Finanzorganisationen eine entscheidende Rolle spielt.



(- Auszug -)

Optimismus ohne Grund

Die Zentralbank, das Planungsministerium und die Kommission für Wirtschaftsfragen beim Präsidialamt veröffentlichten optimistische Studien, daß mit Jahresbeginn 1984 mit einer wirtschaftlichen Erholung zu rechnen sei.

Das Land ist durch eine wirtschaftliche Rezession gegangen, die für das Bruttoinlandsprodukt (BIP) einen Rückgang auf den Stand von vor zehn Jahren, eine negative Entwicklung im Produktionsbereich und im Pro-Kopf-Verbrauch von fast 20% sowie einen Rückgang in allen Investitionsbereichen von mehr als 66% seit 1979 bedeutet.

Die Zentralbank geht für 1984 von einem Wirtschaftswachstum von 2% und für 1985 von 5% aus. Die Prognosen des Planungsministeriums erwarten, daß es der Wirtschaft gelingen muß, "sich verstärkt der externen und internen destabilisierenden Faktoren zur Wehr zu setzen".

Nach Vorstellungen des Planungsministeriums "könnte dieses Ziel erreicht werden, es sei denn, daß die Gewalttätigkeiten zunehmen und sich auf weitere Teile des Landes ausdehnen".

Im Jahre 1984 gab es die beiden folgenden Varianten schon einmal: auf der einen Seite vermehrte die FMLN ihre Angriffe gegen wichtige strategische Einrichtungen der Kriegswirtschaft, auf der anderen Seite erweiterte sie den Kriegsschauplatz bis in das Gebiet der Hauptstadt und den Westen des Landes.

Vorläufigen Einschätzungen der Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL) zufolge, ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf im Jahre 1984 um 1,4% gesunken; für die Jahre 1981-1984 um insgesamt 21,8%.

Das gesamte Bruttoinlandsprodukt konnte zwar den Tiefpunkt von 1983 überwinden und erreichte einen leichten Anstieg von 1,5%. Dies ist auf die Fortführung bzw. Steigerung der Tätigkeiten im Bausektor, der öffentlichen Dienstleistung und Verwaltung zurückzuführen. Trotzdem weist die Gesamtentwicklung für die Jahre 1981-1984 einen negativen Saldo von 12,2% aus.

Der Handel sank sogar noch im Vergleich zu 1983, der mit einem negativen Saldo von 130% abgeschlossen hatte. Die laufenden Haushaltskosten weisen eine Lücke von 330 Mio Dollar auf und die Auslandsverschuldung stieg auf 2,3 Milliarden Dollar (davon 900 Mio Dollar, mit der sich die Regierung verschuldete).

Diese Zahlen belegen nur zum Teil das Ausmaß der Schwierigkeiten, mit denen die Bevölkerung zu kämpfen hat, die darauf zurückzuführen sind, daß die öffentlichen Mittel immer mehr für militärische Zwecke verwendet werden. Bei einer Kriegswirtschaft bedeutet ein Anstieg in der Produktion, daß weniger soziale Leistungen angeboten oder der Lebensstandard der Bevölkerung angehoben, sondern daß die Schlagkraft des Heeres verbessert wird.

Im vergangenen Jahr 1984 sind 27% des Staatshaushaltes in den Verteidigungsbereich und in die öffentliche Sicherheit geflossen und weitere 20% in Aufgaben, die mit beiden Bereichen verbunden sind. Wenn man zu diesem Bereich noch die Kosten für die Finanzierung der seit 1980 aufgelaufenen Schulden addiert, die gemacht wurden, um die Kosten des Krieges der Aufstandsbekämpfung zu finanzieren, dann wird vermutlich die Hälfte des gesamten Staatshaushaltes für den Krieg verwendet.

Die Folgen sind für die Bevölkerung gravierend, wenn man berücksichtigt, daß der Besitz an Land und den Ressourcen des Staates in den Händen einiger Weniger liegt. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 40% und die Unterbeschäftigung bei 25%. Mit dem Dekret 544

(Gesetz zu vorübergehenden Stabilisierungsmaßnahmen) sind die Löhne der Arbeiter seit Dezember 19 80 eingefroren. Im Juli des vergangenen Jahres erhielten die Angestellten des öffentlichen Dienstes eine Gehaltserhöhung von 130 Colones (etwa 33 Dollar), das ist eine Steigerung von etwa 22%, bezogen auf die 1981 gezahlten Gehälter. Die höheren Gehälter gleichen aber die Inflationsrate von geschätzten 25% nicht aus - anderen Einschätzungen zufolge liegt die Inflationsrate sogar bei 40%. Die Kosten für die Grundnahrungsmittel sind seit 1980 um 180% gestiegen.

In einigen Fällen, wie z.B. bei den Angestellten des Obersten Rechnungsprüfungshofes, waren die Gehaltsaufbesserungen bis zum Jahresende 1984 noch nicht durchgeführt worden. In der Privatwirtschaft sind die Gehälter nur um 10% angehoben worden.

Die Wirtschaftskrise zeigt sich auch in dem Nachlassen sozialer Leistungen; z.B. steht im Gesundheitsbereich Medizin nicht in ausreichender Menge zur Verfügung. Das Personal des größten (staatlichen) Krankenhauses des Landes, "El Rosales", berichtete im März, daß Patienten oder ihre Angehörigen aufgefordert werden mußten, Medizin, Blutkonserven und Impfstoffe selber zu besorgen, da im Krankenhaus akuter Mangel herrsche.

In den übrigen Landesteilen ist die Situation noch schwieriger. Auf dem Land herrschte immer schon Mangel an Ärzten, Medizin, Pflegepersonal und Gesundheitseinrichtungen. 1977 standen für je 10 000 Salvadorener landesweit 3 Ärzte zur Verfügung.

Mit den zunehmenden Angriffen auf die Zivilbevölkerung und den militärischen Operationen im Krieg zur Aufstandsbekämpfung wird die Zerrüttung der Dienstleistungen im Gesundheitsbereich um so offensichtlicher, wo doch eine immer größer werdende Zahl von Personen medizinische Versorgung um so dringlicher bedarf.

Im vergangenen Dezember meldete der Nationale Verband Salvadorenischer Pädagogen (ANDES "21. Juni"), daß in den Krankenhäusern und Gesundheitszentren "nicht einmal mehr Aspirin", Alkohol und keimfreies Wasser zur Verfügung ständen.

Die Firmen, die europäische pharmazeutische Erzeugnisse importieren, beschwerten sich zu Beginn dieses Jahres über eine Verordnung der Zentralbank, wonach nur noch für Importe von Medizin aus US-Herstellung Devisen bewilligt würden. Für das öffentliche Gesundheits- und Sozialhilfewesen wurden im Haushalt 11,5% bewilligt.

Nach Berichten des Erziehungsministeriums sind 34,7% der Salvadorener reine Analphabeten und 28,8% funktionale Analphabeten. Aus dem gleichen Bericht geht hervor, daß von je 100 eingeschriebenen Primarschülern nur 18,8% die Schule mit der 7. Klasse weiterbesuchen; nur 2,7% der Schüler erreichen eine höhere Schulbildung.

Ungeachtet des niedrigen Bildungsniveaus der Salvadorener, bleiben weiterhin 2 000 Schulen des Landes geschlossen, 5 000 Lehrer sind arbeitslos und die Gehälter für rund 10 000 Lehrer sind seit Februar 1984 nur mit erheblicher Verspätung gezahlt worden.

Die finanzielle Unterausstattung des Bildungsbereiches führte dazu, daß die Nationale Universität El Salvador für das Haushaltsjahr 1984-85 keinerlei Mittel erhielt. Ebenso wenig wurden die Lehrereinrichtungen und -Materialien im Wert von 63 Mio Dollar ersetzt, die durch Regierungstruppen bei der Besetzung des Universitätsgeländes im Jahre 1980 vernichtet worden waren.

Zusammengefaßt heißt das, daß in der Kriegswirtschaft die breite Schicht der sozial Unterprivilegierten die Kriegsmaschinerie des salvadorenischen Regimes finanzieren muß. Die Last wird von den 62% der salvadorenischen Familien, deren Monatseinkommen unter 300 Colones liegt (nach Daten für den Zeitraum 1976-77), als erdrückend empfunden. Es sind die Familien, die am härtesten von der Zerrüttung des Bereiches für Sozialleistungen, von der Inflation und der Arbeitslosigkeit getroffen werden.

Die US-amerikanische Hilfe für El Salvador

Ohne die massive nordamerikanische Hilfe wäre die Wirtschaft zusammengebrochen. Während der Jahre 1980-84 erhielt die salvadorenische Regierung etwa 1 Milliarde Dollar an Militär- und Wirtschaftshilfe (im Haushaltsjahr 1983-84 1,5 Mio Dollar täglich). El Salvador rangiert in der Liste der lateinamerikanischen Länder, die von den USA Hilfe erhalten, an erster Stelle, weltweit liegt es an dritter Stelle.

Der ehemalige Botschafter der USA in El Salvador, Thomas R. Pickering, sagte während eines Vortrags in San Salvador im September 1984, "wenn es der gebeutelten Wirtschaft nicht gelingt, sich zu stabilisieren, zu wachsen und aufzublühen, hätte die Militärhilfe für sich genommen genauso viel Wirkung wie der Versuch, eine leere Fabrik mit Sicherheitspersonal auszustatten".

KAFFEEANBAUGEBIETE, DIE 1984 AUFGEGEBEN WURDEN

Departement	Anbaufläche (manzanas)	Aufgegebene Fläche Gesamt	Fläche %	Gründe
Santa Ana	53.357	25.428	47,6	Inlandspreise; niedrige Rentabilität wegen Kosten; niedrige Löhne; Schädlingsbefall; fehlende Kredite; Operationen d. FMLN, besonders in Gebieten für den Anbau von Qualitäten "in höheren Lagen".
Sonsonate	33.705	10.725	31,8	
Ahuachapán	35.053	14.746	42,0	
La Libertad	57.001	19.426	34,1	Finanzprobleme
San Salvador	13.223	5.094	38,5	Finanzprobleme; Operationen der FMLN in Gebieten für den Anbau von Qualitäten "in niedrigen Lagen"
Cuscatlán	2.053	1.843	89,7	(wie vorher)
Chalatenango	64	---	---	ohne Untersuchungsergebnis
San Vicente	2.644	1.827	69,1	Kreditsperren durch Kreditgeber; Operationen der FMLN; Unruhen
La Paz	1.099	893	81,2	(wie vorher)
Cabañas	11.973	8.886	74,2	Kreditprogramme greifen nicht; Operationen der FMLN; Unruhen
Usulután	31.905	17.273	54,1	
San Miguel	16.027	11.432	71,3	
Morazán	5.959	5.882	98,7	Finanzprobleme aus Kreditvergabe und niedrigen Absatzpreisen; allgemeine Unruhen und Gewaltsituation. Anbaugelände unzugänglich
La Unión	1.244	249	20,0	(wie vorher)

Quelle: Boletín "Proceso", Centro Universitario de Documentación e Información, San Salvador, 1985

Trotzdem gingen 75% der nordamerikanischen "Wirtschafts"-Hilfe, d.h. jeden Tag 1 Mio Dollar, in die von der US-Botschaft genannte "wirtschaftliche Stabilisierung und Erholung". Darunter fällt die Instandsetzung von Starkstromleitungen, der Ausbau des Nachrichtenwesens und die Reparatur der Eisenbahnlinien und Brücken - alles Angriffsziele der FMLN.

Unter wirtschaftlicher Erholung wird auch verstanden, daß Millionen von Dollar an Unternehmer gehen, die zur Produktionssteigerung in der Industrie und Landwirtschaft Rohstoffe, Gebrauchsgüter und andere Erzeugnisse einführen.

Bei einer Kriegswirtschaft wird in der Regel Produktionssteigerung von einem Nachfrageschwund begleitet.

Der Rest der US-Hilfe wurde u.a. für die Finanzierung von "besonderen Aufklärungseinheiten" und für den Wahlkampf verwendet, aus dem die Christdemokraten als Sieger hervorgingen.

Nach einer Pressemitteilung des nordamerikanischen Kongreßabgeordneten Michael Barnes im Jahre 1983, stellt die von Washington geleistete Wirtschaftshilfe "eine Komponente in militärischer Hinsicht" dar.

Die US-Entwicklungshilfebehörde AID finanzierte den "Nationalplan der Kommission für Regionale Wirtschaftserholung" (CONARA) für das Departement San Vicente für den Zeitraum 1983-84 und im vergangenen Jahr den "Sozialplan" für Usulután.

Mit dem "Plan für Regionale Wirtschaftserholung" wollte man, von ähnlichen Programmen ausgehend, wie sie in Vietnam angewendet worden waren, San Vicente und Usulután durch Vertreibung der Einheiten Aufständischer "retten", um dann, unter dem Schutz paramilitärischer Einheiten, den Bau öffentlicher Gebäude, Straßen und Brücken voranzutreiben. Beide Versuche waren jedoch zum Scheitern verurteilt, weil sie weder von den Gemeinden unterstützt noch die politische und militärische Schlagkraft der FMLN richtig eingeschätzt worden war.

Im Juli 1984 wurde bekannt, daß die AID Unternehmern für Einfuhren von Rohstoffen, Ersatzteilen und anderen Gütern zur Produktionssteigerung 75 Mio Dollar zukommen ließ.

Andere internationale Institutionen, wie z.B. die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB), gewährten Kredite für den Wiederaufbau von öffentlichen Einrichtungen, die von den Aufständischen zerstört worden waren. Im August ratifizierte das Parlament einen Kreditantrag an die IDB für den Bau der Brücke über den Río Lempa, die von Einheiten der Aufständischen 1981 zerstört worden war. Im gleichen Monat bewilligte die IDB weitere 40,5 Mio Dollar für "die Produktionssteigerung" des Landes.

Eine weitere Auslandshilfe kam aus der Bundesrepublik Deutschland; sie wurde ausdrücklich Präsident Duarte bewilligt, der, sechs Wochen nach Amtsantritt, nach Europa reiste und dem die westdeutsche Rechtsregierung für "den wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau El Salvadors" 17,8 Mio Dollar überreichte.

Jede internationale Wirtschaftshilfe an das Regime in El Salvador muß als eine direkte oder indirekte Unterstützung des Kriegs zur Aufstandsbekämpfung gelten, die es gegen die FMLN führt.

Quelle: "FOSAL", 1. Jahrgang, Nummer 4, Den Haag 1985

3. HONDURAS

Das Instrument zum Ausbau von Honduras zur stabilen konterrevolutionären Basis war und ist die verstärkte Wirtschafts- und Militärhilfe, gebunden an ein wirtschaftliches Diktat, das unter anderem die Öffnung des Landes für ausländisches Kapital, sprich nordamerikanisches, erzwingt.

Honduras kann heute als Militärstützpunkt der USA und als Land vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch bezeichnet werden. Militärisch und wirtschaftlich gleitet das Land in eine unüberwindbare Krise, die sich zwischen Militarisation, Entnationalisierung und Armut bewegt.

HONDURAS: ÖKONOMISCHE KRISE, ENTNATIONALISIERUNG UND MILITARISIERUNG

Einführung

Honduras liegt in bezug auf die sozial-ökonomischen Indikatoren (wie BIP, Pro-Kopf-Einkommen, soziale Versorgung, Lebenserwartung usw.) zusammen mit Bolivien und Haiti am untersten Ende in der Rangskala aller Länder in der westlichen Hemisphäre:

- 55 % der Honduraner sind Analphabeten;
 - 50 % der erwerbsfähigen Bevölkerung ist arbeitslos oder unterbeschäftigt;
 - 76 % der Kinder unter sieben Jahren sind chronisch unterernährt und behalten in der Regel gesundheitliche Dauerschäden zurück;
 - von 1.000 geborenen Kinder sterben 128;
 - Mehr als 50 % der Gesamtbevölkerung lebt unterhalb der Armutsgrenze;
 - 30 % der Bevölkerung ist ohne Wohnung; die Elendsviertel am Stadtrand wachsen;
 - das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen beträgt 390 US-Dollar pro Jahr.
- (alle Daten nach: Centro de Información de Honduras, 2. Jahrgang, Nr. 18, 1983)

Honduras hat gemeinsame Grenzen mit Guatemala, El Salvador, und Nicaragua. Nicht zuletzt wegen der geographischen Lage richtete sich daher das Interesse der USA zu Beginn der 80er Jahre im Rahmen ihrer Mittelamerikapolitik in besonderem Maße auf Honduras: von seinem Territorium aus sollten die gehaßten Sandinisten in Managua gestürzt, die nicaraguanische Revolution liquidiert und die Befreiungsbewegungen in den benachbarten Ländern zerschlagen werden.

Als die Reagan-Administration ihr Augenmerk auf Honduras richtete, befand sich das Land in einer wirtschaftlichen Katastrophensituation und war daher prädestiniert für weitreichende US-Eingriffe. Die Weltwirtschaftskrise hatte Honduras hart getroffen: die Verschlechterung der "terms of trade", die steigenden Preise für Importe von Öl, dessen Nebenprodukte und Investitionsgüter, die Hochzinspolitik der USA, der Rückgang in der Exportproduktion, die schwindenden Erlöse aus den Ausfuhren, hatten zur allgemeinen Stagnation der Wirtschaft und zur Zurückhaltung der äußeren und inneren Investitionsbereitschaft geführt. Mit Argwohn betrachtete man zudem die Revolution in Nicaragua und die Fortschritte der Befreiungsbewegungen in El Salvador. Das Kapital floh ins Ausland.

Die Medizin, die der US-Botschafter Negroponte zur Überwindung der Krise dem im Dezember 1981 gewählten Präsidenten Suazo Cordoba verordnete, glich in seinen Forderungen/Konsequenzen den IWF-Standards. Die Maßnahmen der sogenannten "Caribbean Basin Initiative" sehen vor (und werden von der honduranischen Regierung streng befolgt):

- äußerste Zurückhaltung staatlicher Wirtschaftsaktivitäten;
- größtmögliche Beschränkung staatlichen Eingreifens im produktiven Sektor;
- rigorose Streichung nationaler Entwicklungsprojekte im Agrarbereich;
- Neuregelung des Bankensystems mit Vorzugsleistungen für private, besonders ausländische Investoren;
- Erhöhung der Importsteuer;
- Steuernachlässe, u.a. für den Bergbau, der zu 100 % von nordamerikanischen Gesell-

- schaften kontrolliert wird;
- Lockerung der staatlichen Preiskontrollen für Grundnahrungsmittel;
- Investitionsanreize für Weltmarktproduktion.

1983 wurden die Steuern für die Bananenmultis "Standard Fruit" und "United Brands" gesenkt, was einen Steuereinnahmeverlust von 12 Mio. Dollar bedeutete. Die Gründe waren angebliche Sturmschäden und schlechte Ernten, die die Gesellschaften vorbrachten, um eine Steuersenkung durchzusetzen. Laut der "Gemeinschaft der Bananenexportierenden Länder" beträgt die Exportsteuer pro Kiste 1 Dollar, in Honduras dagegen 40 bis 60 Cents. Als die Regierung die Steuer wieder erhöhen wollte, wurde sie von den Konzernen unter Druck gesetzt, sie könnten nicht zahlen und müßten sonst Massenentlassungen vornehmen. Im Geschäftsbericht der "United Brands" wurden demgegenüber die höchsten Gewinne seit 1970 ausgewiesen.

Quelle: Correos de Centroamérica, Nr. 34, Zürich 1984

Die Hoffnungen der einheimischen Bourgeoisie auf eine Überwindung der Krise und auf eine Stärkung ihrer eigenen Position unter dem Schutz der USA erfüllten sich jedoch nicht. Diejenigen, die letztlich von den Maßnahmen profitieren, sind die ausländischen Konzerne, die den größten Teil der Exportwirtschaft (außer Holz und Kaffee) kontrollieren. Die Gewinne werden nicht neu investiert, sondern fließen verstärkt ins Ausland ab. Die Öffnung des Landes für transnationale Agrarexporteure führte zu einem Verlust an Anbaufläche, die für den Anbau von Produkten für den Eigenbedarf (z. B. Nahrungsmittel) dringend notwendig sind. Die Ausrichtung der Wirtschaft auf den Export und die Erhöhung der Importsteuer führte zur Verteuerung der Importe, sowohl im Nahrungsmittel- als auch im Investitionsgüterbereich. Dies führt wiederum zur Schließung vieler Firmen und fördert die Kapitalflucht. Firmenschließungen schließlich bedeuten sowohl sinkendes Steueraufkommen wie steigende Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung (mittlerweile 50 % der erwerbsfähigen Bevölkerung) und weitere Verelendung breiter Bevölkerungsschichten.

Diese Wirtschaftspolitik hat notwendigerweise ein wachsendes Zahlungsbilanzdefizit und den Bittgang zum IWF um Kredite zu dessen berüchtigten Bedingungen zur Folge. Mittlerweile beträgt Honduras' Auslandsverschuldung rund 2 Mrd. US-Dollar und die jährliche Schuldenlast, also Zinszahlungen, haben 200 Mio. US-Dollar erreicht, die 30 % der nationalen Exporterlöse verschlingen.

Militarisierung und wirtschaftlicher Zusammenbruch

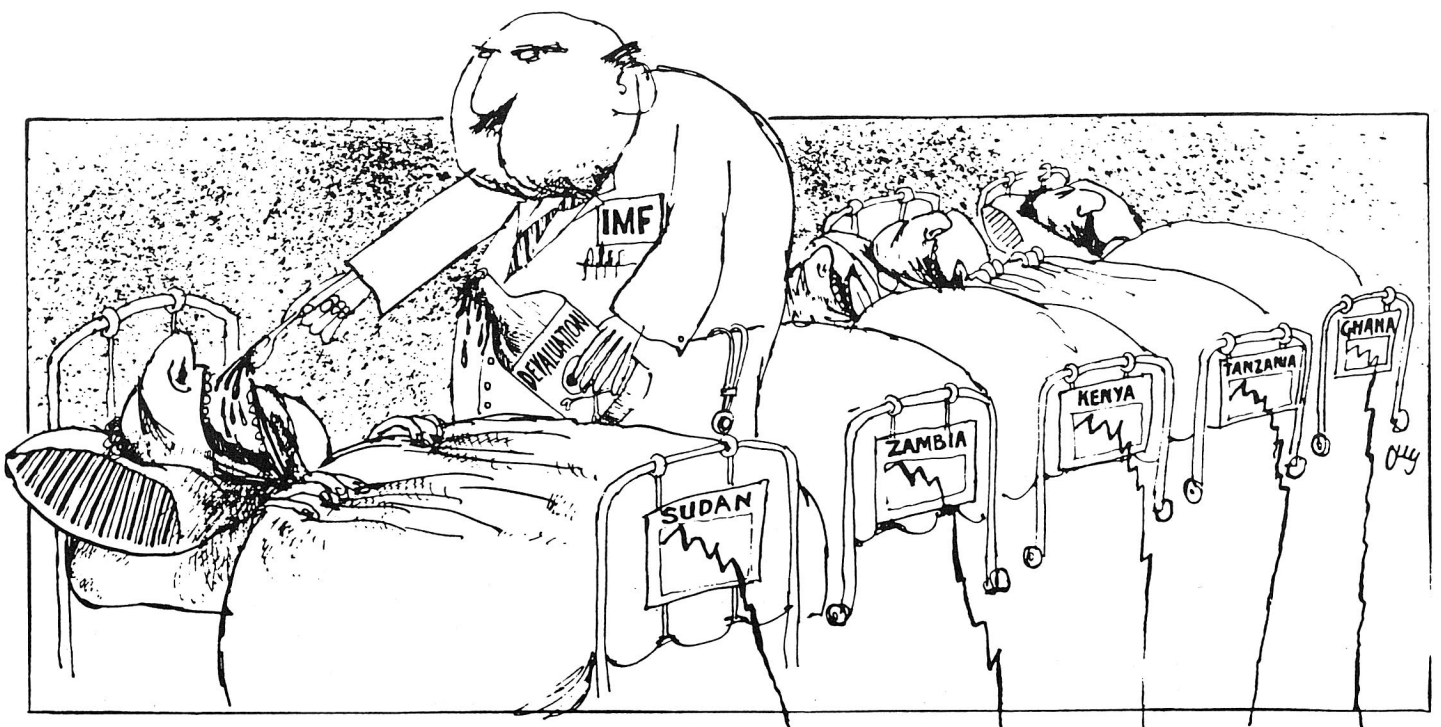
Innerhalb des beschleunigten Prozesses der Militarisierung und Entnationalisierung, mit dem Honduras jetzt genau die ihm von den USA zugedachte, politisch-militärische Rolle spielt, rückten die sozialen und ökonomischen Probleme, die das Land seit Jahren mit sich schleppt, in den Hintergrund: die Erziehung, Landreform, Energieversorgung ... Honduras kann heute, ohne zu übertreiben, als Land am Rand des Zusammenbruchs bezeichnet werden. Das von Suazo Cordoba der Kissinger-Kommission bei deren Besuch vorgelegte Dokument beschreibt die Zeit zwischen 1980 und 1983 als Periode "des Zerfalls und der Instabilität". Die Ummengen von Darlehen, die die Regierung 1983 erhielt, bewirkten nichts weiter, als beides etwas weiter hinauszuzögern. Im Oktober 1983 wurde durch eine ganze Reihe von Krediten (im Gesamtwert von 240 Mio. Dollar) der vollständige Zusammenbruch der Wirtschaft und die Lähmung von fundamentalen infrastrukturellen Projekten noch einmal verhindert.

Die sozialen Konsequenzen waren verheerend. 1962 lebten 13 % der Einwohner von Tegucigalpa, San Pedro Sula, Cholucta und Progreso in den städtischen Randzonen, wo man die marginalisierten Bevölkerungsschichten antrifft, 1982 waren es bereits 46 % ! Die Arbeitslosigkeit unter der ökonomisch aktiven Bevölkerung beträgt heute 30 %, wenn man die Unterbeschäftigung hinzurechnet, sind es 50 %. In den vergangenen drei Jahren stieg der Index der Unterernährung von 76 auf 80 %. Die Bank von Honduras, aus deren Untersuchungen einige dieser Daten stammen (die aber im Dokument, das man Kissinger vorlegte, nicht enthalten waren), versichert, daß 57 % der honduranischen Familien in extremer Armut leben. Die Militarisierung ist zum großen Teil für diese

Entwicklung mit verantwortlich. Als einzige Hoffnung für die bankrotte Wirtschaft bleibt der honduranischen Regierung nur die nordamerikanische Hilfe. So beantragte man denn bei der Kissinger-Kommission 10 Milliarden Dollar für die Verwirklichung von mittel- und langfristigen Plänen. Als Gegenleistung zu dieser astronomischen Summe bietet sich Honduras weiterhin als Plattform für die militärische US-Strategie in der Region an. Dies kommt in dem von Präsident Suazo am 14. Juli 1983 an Präsident Reagan gerichteten Brief in schamloser Weise zum Ausdruck: "Auch die Interessen der Vereinigten Staaten sind so zu verhältnismäßig geringem Preis geschützt ... Die Finanzhilfe, die wir für unseren Haushalt beantragt haben, bedeutet auf längere Sicht gesehen relativ niedrige Kosten (für die USA), wenn man die militärischen und politischen Risiken, die Honduras damit eingeht, bedenkt ... Diese Risiken nehmen wir nicht nur zu unserer eigenen Verteidigung in Kauf, sondern auch zur Verteidigung vitaler Interessen Ihres Landes."

Auf der anderen Seite wird aus den 10-Milliarden-Dollar-Plänen der honduranischen Regierung ganz klar ersichtlich, daß man dazu neigt, die existierenden sozialen Ungerechtigkeiten beizubehalten. Während man z.B. zur Unterstützung von 4.400 Landwirten, Besitzern von mehr als 70 Hektar Land, 250.000 Dollar pro Person beantragte, sollen die Kleinbauern lediglich 7.500 Dollar bekommen. Für die Großgrundbesitzer fordert man Kredite, den Kleinbauern bleibt dagegen nichts anderes übrig, als sich den Kreditbedingungen, denen sie die Regierung unterwirft, zu fügen. 160.000 Kleinbauern (Schätzung der Regierung) würde im Falle, daß die Milliardenforderung bewilligt werden sollte, dieselbe Summe zukommen, wie 4.000 Großgrundbesitzern. Es existiert also im Ausgleich zu dem hohen Preis der Militarisierung nicht einmal ein patriotisches Wirtschaftsprogramm, wenn man unter "patriotisch" die Suche nach einem realistischen Ausweg aus der Unterentwicklung versteht.

(Quelle:
Envío, Nr. 35, Wuppertal 1984)



US-Hilfe für Honduras 1980 - 1984

Zahlen in Millionen Dollar, gerundet auf die nächsten 100.000

Finanzjahr	Wirtschaft				Militär				Gesamt (Wirtschaft und Militär)
	DA	ESF	PL 480	Gesamt	IMET	FMS	MAP	Gesamt	
1980	45.8	--	5.2	51.0	.4	3.5	--	4.0	55.0
1981	25.7	--	8.2	33.9	.5	8.4	--	8.9	42.8
1982	31.2	36.8	10.1	78.1	1.3	19.0	11.0	31.3	109.4
1983	31.2	56.0	15.5	102.7	.8	9.0	27.5	37.5	140.0
1984	38.2	112.5	20.5	171.2	1.0	36.5	40.0	77.5	248.7

DA: Development Aid (Entwicklungshilfe)

ESF: Economic Support Fund (Wirtschaftlicher Unterstützungsfond)

PL 480: Subsidized Food Sales and grants

IMET: International Military Education and Training

MAP: Military Assistance Program

FMS: Foreign Military Sales

(Quellen:

"The Military Balance in Central America - An Analysis and Critical Evaluation of Administration Claims"

von Colin Danby, David MacMichael, Franz Schneiderman. Council of Hemispheric Affairs, Washington, USA, März 1985)

4. GUATEMALA

Guatemalas Wirtschaft liegt am Boden. Nach einer Untersuchung des mexikanischen unabhängigen Centro de Investigaciones Económicas ist das Bruttosozialprodukt 1984 auf den Stand von vor elf Jahren zurückgegangen. Die Legalisierung eines parallelen, sprich schwarzen, Devisenmarktes im November 1984 kommt einer Abwertung der Quetzal-Währung von etwa 40 - 50 % gleich. Damit endet eine fast 60jährige Parität zwischen Dollar und Quetzal. Dies muß als klares Zugeständnis an den IWF verstanden werden, der seit April 1984 Kreditzusagen in Höhe von 90 Mio. US-Dollar eingefroren hatte.

Die folgenden beiden Artikel versuchen, ein Bild der Wirtschaftslage Guatemalas zu zeichnen und beschäftigen sich besonders mit den zweifelhaften Sanierungsversuchen einer abhängigen und korrupten Wirtschaft.

Erwähnt sei, daß ein Großteil von verschiedenen Krediten im Jahr 1984 (BID, Internationaler Fond für landwirtschaftliche Entwicklung der UNO, Weltbank, Österreich, Italien und der noch nicht ausgezahlte Kredit der BRD) nach Aussagen des guatemaltekischen Finanzministers Figueroa zur Finanzierung "ländlicher Entwicklungsprojekte" dient. Was der Finanzminister nicht sagt, ist die Tatsache, daß es sich bei den Krediten u.a. um eine versteckte Militärhilfe handelt, die sich gegen den indianischen Widerstand richtet und zur weiteren Militarisierung der Landregionen dient. Dieser Aspekt der Kreditvergabe ist jedoch nicht Gegenstand der beiden folgenden Artikel.

(...)

Außerdem erhielt Rios Montt - ebenso wie sein derzeitiger Nachrücker Mejia Victores - Hilfe unterschiedlichster Art aus nahezu allen westeuropäischen Staaten, wie aus international verurteilten Militärdiktaturen.

Diese Beziehungen reichen von der Ausrüstung mit militärischen Gütern über Privatinvestitionen und „normale“ Handelsbeziehungen bis hin zu Entwicklungshilfe und Bildungsprojekten der parteinahen Stiftungen.

Drei Beispiele:

- Österreich und Belgien gaben dem Regime Unterstützung beim Aufbau einer eigenen, 1983 in Betrieb genommenen Munitionsfabrik;
- Jugoslawien liefert Waffen und militärisches Ausrüstungsgerät;
- die Schweiz verkauft leicht in militärische Kleinkampfflugzeuge umrüstbare Pilatus PC-7.

Private und staatliche Handels-, Wirtschafts und Finanzbeziehungen lassen sich von seiten aller NATO-Mitgliedstaaten feststellen. So ist Guatemala für die BRD traditionell vorrangiges Investitionsgebiet im mittelamerikanischen Raum.

Auch in der „entwicklungspolitischen Zusammenarbeit“ lassen sich trotz eines anderen, nach außen hin erweckten Anscheins, sogar wachsende Kontakte vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) und den großen parteinahen Stiftungen feststellen.

Neben dem seit Jahren laufenden Projekt „Gewerbliche Berufsausbildung“ wird im Rahmen der „Technischen Zusammenarbeit“ für 1985 ein Projekt mit der guatemaltekischen Handwerkskammer und als Reserve ein sog. B-Projekt „Ländliche Entwicklung im indianischen Hochland“ ausgewiesen. Letzteres ist im Rahmen des militärisch-politisch-sozialen Aufstandsbekämpfungsprogrammes zu sehen und würde damit eine direkte Unterstützung des BMZ für die menschenverachtende Politik der Militärs darstellen. Aber auch die Friedrich-Naumann-Stiftung

(FDP) und die Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU) fördern seit mehreren Jahren Ausbildungs- und Beratungsprojekte. So kann das von der CDU-Stiftung mitfinanzierte Radioschulungsprogramm zur Alphabetisierung von Kekchies (indianische Ethnie) ebenfalls als ein Moment des integrierten *Counterinsurgency*-Programmes der Regierung gesehen werden, da über derartige Programme die „indianische Identität“ zugunsten einer nationalen, latinisierten Einheitsideologie „umgeformt“ werden soll.

Nachdem die Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD) ihre Tätigkeit in Guatemala vorübergehend eingestellt hatte, werden im Haushaltsplan für 1985 1,0 Mio. DM für ein Projekt „Ländliche Entwicklung“ ausgewiesen.¹⁷ Unter den derzeitigen Bedingungen kann ein derartiges Projekt nur der Militärdiktatur nützen, denn es gibt auf dem Land keine funktionierenden, nicht vom Militär kontrollierten bäuerlichen Genossenschaften bzw. Selbsthilfegruppen mehr.

In den Aufgabenbereich der international verurteilten Regimes, wie Chile, Taiwan, Südkorea und Südafrika, fällt die Ausbildung von Spezialeinheiten zur Aufstandsbekämpfung, Trainingsprogramme für Offiziere der Sicherheitskräfte und die Entsendung eigener Antiguerillaexperten.¹⁸

Die Beispiele zeigen, daß es dem guatemaltekischen Regime unter Mejia Victores - trotz fortlaufender internationaler Verurteilung von Menschenrechtsverletzungen - gelungen ist, zahlreiche westlich-orientierte Staaten und Institutionen auf allen möglichen Ebenen in sein Aufstandsbekämpfungsprojekt einzubeziehen - ohne daß dies auf den ersten Blick als solches sichtbar wird. Nur durch die materielle und finanzielle Mitträgerschaft des Westens läßt sich der „Sicherheitsdienst- und Entwicklungsplan“ der herrschenden Klassen Guatemalas verwirklichen; dafür liefern die einen die Gewehre, die anderen die Bohnen.¹⁹ (...)

The Federal Republic of Germany has decided to unfreeze the 20mn marks loan (approximately US\$6mn) for rural development programs. The move was taken following the visit of Guatemala's foreign minister, Fernando Andrade Díaz-Durán, in June.

Nach Redaktionsschluss eingegangenes Material aus A. Recknagel/D. Müller: "Guatemala - Die militärisierte Gesellschaft" in J. Hippler (Hg), Intervention in Mittelamerika und der Karibik, Dokumente und Materialien, 2. Ergänzungslieferung, Wuppertal 1985 und Pressemitteilung aus Central America Report. 26.7.85/223.

WIRTSCHAFTSKRISE OHNE ENDE

(...)

Wie die meisten Staaten Lateinamerikas durchläuft Guatemala zur Zeit eine der schwersten Wirtschaftskrisen seiner jüngsten Geschichte. Jede neue Veröffentlichung von Wirtschaftsdaten übertrifft die Schreckensmeldungen der vorhergehenden und läßt nicht die geringste Aussicht auf eine Besserung der ökonomischen Lage des ehemals wirtschaftlich stärksten Landes Mittelamerikas erkennen - trotz aller gegenteiligen Versicherungen des Präsidenten der Militärregierung, General Mejía Victores.

Die Auswirkungen dieser Krise bekommen besonders die ärmsten Bevölkerungsschichten zu spüren, deren Lage immer verzweifelter wird und sich angesichts der Anwendung der "Empfehlungen" des Internationalen Währungsfonds (IWF) bedrohlich zuspitzt, was sich nicht zuletzt in zunehmenden oppositionellen Aktivitäten äußert. Doch verstärkt die Krise nicht nur die Gegnerschaft der unterprivilegierten Bevölkerungskreise gegenüber dem Regime, sondern verschärft auch die Widersprüche und Konflikte innerhalb der herrschenden Gruppen und selbst innerhalb des Regierungs- und Militärapparats. Die dadurch geschwächte Position der Militärjunta äußert sich einerseits in weiter eskalierender Repression und läßt andererseits die angekündigte Übergabe der Macht an eine zivile Regierung immer unwahrscheinlicher werden.

Ein Blick auf die Zahlen läßt das erschreckende Ausmaß der Krise leicht erkennen. War das Brutto sozialprodukt (BSP) 1981 noch leicht gestiegen, ging es 1982 um 3,5% und 1983 um 2,8% zurück. Alle Schätzungen und Berechnungen weisen auf ein weiteres Sinken des BSP im Jahre 1984 hin, und 1985 ist im besten Fall ein Nullwachstum zu erwarten. Diese Wachstumsverluste gehen insbesondere auf die erhebliche Abnahme der öffentlichen und privaten Investitionen zurück. Nach Aussagen der Banco de Guatemala haben annähernd zwei Drittel der Unternehmen 1983 überhaupt keine Investitionen getätigt. Die fehlende Investitionsbereitschaft erklärt sich zum einen daraus, daß weiterhin noch 54% der Industrie ihre Produktionskapazität zu weniger als 60% auslasten kann, und zum anderen, daß die schwache Inlandsnachfrage und die schlechten Exportaussichten für viele Unternehmen keine Verbesserung der Ertragslage erwarten lassen. Zusätzlich mußte eine steigende Zahl von Unternehmen ihre Produktion ganz einstellen und Bankrott anmelden. Andererseits hat auch der Staat seine Investitionen aufgrund des ansteigenden Haushaltsdefizits und der enormen Steigerung der unproduktiven Rüstungs-

ausgaben erheblich eingeschränkt und wird sie bei der Befolgung der IWF-Weisungen noch weiter einschränken müssen.

Daneben geht Guatemala sehr viel Investitionskapital durch die steigende Kapitalflucht verloren, die sich in den letzten drei Jahren auf schätzungsweise eine Milliarde Dollar summiert hat. Diese Lücke wird weder ausgeglichen durch das inländische Sparaufkommen, das aufgrund der extremen ungleichen Einkommensverteilungen verschwindend gering bleibt, noch wird sie durch ausländische Kapitalflüsse kompensiert. Im Gegenteil gilt Guatemala inzwischen vom Standpunkt ausländischer Investoren her gesehen als einer der unsichersten lateinamerikanischen Staaten. Ausländisches Kapital hält sich zurück oder tätigt aus Mangel an Vertrauen in die politische Beständigkeit des Landes und den Erfolg der wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung nur sehr viel geringere Investitionen als in früheren Jahren. So zogen sich z.B. aus dem für Guatemala sehr wichtigen Erdölgeschäft mehrere internationale Gesellschaften zurück, unter ihnen "Elf Aquitaine". Die verbleibenden Unternehmen werden 1985 nur den sehr bescheidenen Betrag von 135 Mio. Dollar investieren. Insgesamt sind die ausländischen Investitionen in den letzten zwei Jahren um 50% zurückgegangen.

AUSLANDSVERSCHULDUNG: 2,3 MRD. DOLLAR

Auch die Außenhandelsbilanz Guatemalas verschlechtert sich zusehends. Die Exporterlöse lagen im vergangenen Jahr um 28% unter denen des Jahres 1980 und weisen eine sinkende Tendenz auf. Dies ist vor allem auf den Verfall der Preise für wichtige guatemalteckische Exportprodukte auf dem Weltmarkt, auf sinkende "terms of trade" und auf die Kürzung wichtiger Exportquoten zurückzuführen (so werden z.B. die USA den Anteil von Zucker, den sie aus Guatemala einführen, 1985 um 25.000 Tonnen kürzen, was für das Land einen Verlust von 10 Mio. Dollar bedeutet). Zwar fielen die Importe ebenfalls erheblich gegenüber 1980, so daß das Handelsbilanzdefizit nicht ins Unermeßliche stieg, doch ist das eher ein schlechtes Zeichen, da darin nur die fallende Nachfrage der guatemalteckischen verarbeitenden Industrie nach Investitionsgütern und Rohstoffen zum Ausdruck kommt.

Auch die wachsende Auslandsverschuldung trägt ihren Teil zu der schlechten wirtschaftlichen Lage bei. Finanzminister Oberst Leonardo Figueroa Villate mußte am 11. September eingestehen, daß Guatemalas Auslandsschulden inzwischen auf 2,3 Mrd. Dollar gestiegen seien, während sie noch vor einem Jahr erst 1,6 Mrd. betrug. Daneben mußte er einen fast völligen Verlust der Devisen-

reserven bekanntgeben. In den kommenden fünf Jahren, so fügte er hinzu, wird das Land seinen Gläubigern 1,165 Mrd. Dollar zahlen müssen, wozu noch die Zinsen als Schuldendienst hinzukommen. Umschuldungsverhandlungen mit den Gläubigerbanken werden unumgänglich sein. Daß diese enorme Rechnung mit Sicherheit zu Lasten der ärmsten Bevölkerungsschichten gehen wird, ist mit Blick auf die Erfahrungen anderer hochverschuldeter Länder nicht von der Hand zu weisen.

Doch schon heute sieht die Situation dieser Schichten düster aus. Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen ist auf den Stand von vor 10 Jahren gesunken und beträgt nur noch 360,5 Quetzales (= Dollar). Die offene Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung liegen bei über 50% und nehmen noch weiter zu. Die Menschen, die sich noch in der glücklichen Lage befinden über einen Arbeitsplatz zu verfügen, müssen bei einer Inflation von 14%, steigende Steuerlasten und keinen nominellen Lohnsteigerungen erhebliche reale Lohneinbußen hinnehmen und sehen sich wachsender Verarmung gegenüber. Sie werden bei der weiteren Zuspitzung der Krise und der Durchführung der "Empfehlungen" des IWF, eine dramatische Verschlechterung ihrer Lage hinnehmen müssen.

ZWEIFELHAFTE SANIERUNGS- VERSUCHE DER STAATSFINANZEN

Die Krise der Staatsfinanzen gewinnt angesichts dieser desolaten Wirtschaftslage an besonderer Bedeutung. Zwar war das Haushaltsdefizit schon immer eine Konstante in der jüngsten Geschichte Guatemalas und wahrscheinlich eine notwendige Begleiterscheinung sich abwechselnder Militärregime. Doch hat das Loch in den letzten Jahren eine Dimension erreicht, die sich kaum noch finanzieren läßt. Schätzungen beziffern die Haushaltslücke für die Periode 83-84 auf etwa 500 Mio. Quetzales bei einem Haushaltsvolumen von insgesamt nur etwa 1,3 Mrd. Q. (noch 1977 betrug das Defizit 50 Mio. Q.).

Diese gewaltige Summe, die nur mit einschnei-

denden Maßnahmen abzutragen ist, kann keinesfalls darauf zurückgeführt werden, daß der guatemalteke Staat in den vergangenen Jahren sinnvolle Investitionen zugunsten der armen Bevölkerungsmehrheit getätigt hätte. Vielmehr ist ein Großteil des Defizits Produkt korrupter Wirtschaftspolitik: Millionen Quetzales flossen regelmäßig und erwiesenermaßen in die Taschen der Militärs, Politiker und Industrieller. Weitere Millionen werden schlichtweg zum Fenster hinausgeworfen und verschwendet wie z.B. beim Bau des Wasserkraftwerkes Chixoy, das sich nach der Investition von hunderten von Millionen Quetzales als unbrauchbar erwies, und schließlich wurde ein weiterer großer Teil der staatlichen Gelder in die immens steigenden Rüstungsausgaben gesteckt. Allein in den Jahren 1979-83 sind diese Ausgaben um 500% gesteigert worden, eine Politik, deren Konsequenz bekanntlich Tausenden von Menschen in Guatemala das Leben kostete.

Eine der Bedingungen des IWF zur weiteren Gewährung von Krediten an Guatemala war die Sanierung dieser maroden Staatsfinanzen. Dazu schlug er einerseits eine Reduzierung der Staatsausgaben um 89 Mio. Q. und andererseits eine Anhebung der staatlichen Einnahmen um 150 Mio. Q. vor. Als einer der "Musterschüler" des IWF und einer Militärdiktatur, die sich aufgrund ihres Unterdrückungspotentials eine extrem unsoziale Politik erlauben kann, ist Guatemala natürlich bestrebt, diesen Forderungen nachzukommen wenn auch bisher nicht ganz zur Zufriedenheit des Währungsfonds. Die Ausgaben wurden erheblich gekürzt, so vor allem durch das Einfrieren der Löhne und Gehälter der Staatsdiener und der Reduzierung der Sozialausgaben im Bereich Wohnungsbau, Bildung und Gesundheit, wodurch sich natürlich die soziale Lage der Mehrheit der Bevölkerung weiter verschärft hat. Eine von vielen Seiten erhobene Forderung nach Kürzung der Militärausgaben konnten die Militärs natürlich nicht entsprechen, denn laut General und Staatschef Mejía Victores "braucht der Staat die Mittel zur Deckung der Ausgaben im Verteidigungsbereich, wenn er nicht Gefahr laufen will, daß die Subversion zunimmt".

(...)

guatemala-interview

WIRTSCHAFTSKRISE UND DAS SCHEITERN DER WÄHRUNGSPOLITIK

Die guatemalteke Währung, der "Quetzal", der nach einem seltenen Vogel benannt wurde, hat sechzig Jahre lang als einzige Währung in

der Region seine Parität mit dem US-Dollar aufrechterhalten können. Nachdem die Regierung von General Mejia Victores am 15. November vergangenen Jahres aufgrund einer tiefgreifenden Wirtschaftskrise die Legalisierung des "Parallelmarktes für Devisen" angekündigt hat, steht jetzt die partielle oder totale Abwertung des "Quetzals" bevor.

In dem folgenden Interview mit Jorge Gonzalez del Valle, Direktor des Zentrums für lateinamerikanische Währungsforschung mit Sitz in Mexiko, geht es um Fragen zur Wirtschafts- und Währungs-

politik. Gonzalez del Valle war unter der Regierung von General Rios Montt Direktor der Zentralbank von Guatemala und Präsident der "Junta Monetaria", einem Gremium, das über die Finanz- und Währungspolitik des Landes entscheidet. Wegen verschiedener Unstimmigkeiten mit dem Militärregime trat er von seinem Amt zurück. Er wird heute als einer der führenden Spezialisten zur Währungspolitik in Lateinamerika angesehen. Das Interview führte die guatemaltekische Nachrichtenagentur SIAG-PRESS.

SIAG: Bedeutet die Legalisierung des Parallelmarktes für Devisen ein Scheitern der Währungspolitik der Regierung, insbesondere ihrer Kontrolle der Wechselkurse?

JGV: Die Legalisierung der Parallelmärkte für Devisen bedeutet, dass die vorangegangene Währungspolitik keinen Erfolg gehabt hat. In Guatemala gehört die Kontrolle über die Parallelmärkte und die Wechselkurse seit Erlass des "Währungsgesetzes" von 1947 zusammen. Es war damals eine technische Neuheit und beruhte auf der Annahme, dass das Zahlungsbilanzdefizit des Landes vorübergehender Natur sei. Das Gesetz sah vor, bis zum Ausgleich des Zahlungsbilanzdefizits drei Wechselkurse einzurichten. Die Bezeichnung "Parallelmarkt" stimmt im Sinne des Gesetzes nicht. Es gibt drei Wechselkurse: einen für den offiziellen Markt, einen für den Auktionsmarkt und einen für den freien Markt. Bei der Etablierung von drei Kursen ging man von der Überlegung aus, eine partielle Abwertung der Kurse des Auktionsmarktes und des freien Marktes zuzulassen, um so das Zahlungsbilanzdefizit korrigieren zu können, aber auch kurzfristig zur ursprünglichen Parität der Kurse zurückkehren zu können. Das funktioniert in der Theorie sehr gut, doch haben sich die Rahmenbedingungen der Weltwirtschaft in den letzten vierzig Jahren geändert. Ich fürchte, dass die Wirtschaftskrise, von der die Zahlungsbilanz negativ beeinflusst wird, sich seit 1981 zu einer permanenten Depression entwickelt.

Darum ist die Legalisierung des Notsystems von drei Wechselkursen auch keine gute Lösung. Die Krise hat zum Abbau der Devisen gezwungen, Guatemala ist von einer Netto-Devisenknappheit betroffen, und aufgrund der Natur der Krise kann der Devisenabbau nicht rückgängig gemacht werden. Der Ausfall von Devisen beruht auf der Differenz zwischen dem, was wir auf einem deprimierten Weltmarkt für unsere Exporte erhalten und dem, was für Importe ausgeben, mit denen die Funktionstüchtigkeit unseres Produktionsapparates erhalten werden muss.

Mit den neuen Massnahmen wird jedoch weder eine Repatriierung von Kapital stimuliert werden, noch ausländisches Kapital angezogen, das nicht zur Spekulation, sondern zwecks Ansiedlung ins Land gebracht wird. Das ist nicht von einem günstigen Wechselkurs abhängig, sondern vom Vertrauen der Unternehmer in die Stabilität des Landes. Die ist aber aufgrund der politischen und sozialen Unsicherheiten nicht gewährleistet. Es gibt keine Perspektive für wirtschaftlichen Aufschwung und Prosperität.

SIAG: Ist das schlechte Investitionsklima vornehm-

lich auf die wirtschaftliche Krise zurückzuführen oder auch auf die politische?

JGV: Auf beide. Aber für ausländische Investoren ist die wirtschaftliche Perspektive wichtiger. Sie werden politischen Veränderungen keine Aufmerksamkeit schenken, solange ihre Privilegien erhalten bleiben. Dabei sichern sie diese Privilegien durch Verträge so ab, dass sie bei Veränderungen der Steuergesetzgebung ebenso gültig bleiben, wie auch unter wechselnden Regierungen. Wie zum Beispiel die United Fruit Company (UFCO) und der International Railroads of Central America (IRCA). Momentan sind die Ertragsmöglichkeiten, egal für welche Investitionen in Guatemala sehr niedrig.

SIAG: Der Quetzal hat seit fast sechzig Jahren seine Parität mit dem Dollar aufrechterhalten. Jetzt wird von seiner Abwertung gesprochen. Ist sie unvermeidlich und von welchen Faktoren hängt eine totale Abwertung ab?

JGV: Die Regierungen haben seit 1925 äusserste Vorsicht in der Währungspolitik walten lassen. Die Abwertung des Quetzals wird in Wirklichkeit durch die Freigabe der Wechselkurse praktisch vorweggenommen. Wenn man von den drei Wechselkursen spricht, spricht man von einer partiellen Abwertung. Eine Abwertung von 5 bis 10 Prozent ist allerdings praktisch bedeutungslos. Ich kann auch nicht sagen, ob in Guatemala mit Abwertungen in der Grössenordnung Costa ricas oder Mexikos zu rechnen ist, wo in den letzten Jahren bis zu 600 Prozent abgewertet wurde. Ich kann auch nicht behaupten, dass es nicht dazu kommen wird. Das Ausmass der Abwertung hängt von der Kontrolle der Wechselkurse und der Funktionstüchtigkeit der Märkte ab. Ferner von der positiven Entwicklung der Handelsbilanz, d.h. der Steigerung der Exporte und der Reduzierung der Importe.

SIAG: Hat die guatemaltekische Regierung mit der Legalisierung des Devisenparallelmarktes dem Druck des Internationalen Weltwährungsfonds (IWF) nachgegeben? Erschliessen sich dem Land mit der neuen Massnahme ausländische Kreditquellen?

JGV: Die Öffentlichkeit wird im Allgemeinen kaum über die Beziehungen zwischen Regierung und dem IWF informiert. Den veröffentlichten Nachrichten zufolge, gibt es jedoch zwischen beiden aufgrund des im August 1983 abgeschlossenen Abkommens Schwierigkeiten. Ich glaube nicht, dass der IWF eine direkte Verantwortung für die Etablierung einer neuen Kontrolle der Wechselkurse trägt. Und welches Interesse sollte der IWF an einer Abwertung haben? Ich weiss es nicht. Die guatemalteken hingegen hätten sich vorher überlegen müssen, dass es für die Einschränkung der Nachfrage von Devisen nur die Möglichkeit der Abwertung gibt. Eine Abwertung lässt jedoch nicht den Wert von Exporten ansteigen. Der internationale Markt für Kaffee, Baumwolle, Zucker, Fleisch, Kardamom und nicht traditionellen Produkten ist nicht von nationalen Massnahmen abhängig, sondern wird von aussen beeinflusst und gesteuert. Das mussten auch Kolumbien, Peru, Costa Rica und Mexiko erfahren, die sich von der Abwertung grosse Vorteile versprochen haben. Die Abwertungen in den

5. PANAMA

William R. Hughes

Panamas Auslandsverschuldung

Eine Übel ohne Ausweg

Das Problem der Auslandsverschuldung der Länder Lateinamerikas wird immer wichtiger für die Analyse der Entwicklungsmodelle und ihrer Möglichkeiten zur Umsetzung; einer Analyse, die es zugleich erlaubt, die zukünftigen Möglichkeiten der lateinamerikanischen Völker einzuschätzen.

Die Wirtschaftsprobleme Panamas sind immer mehr mit dem Problem der Staatsverschuldung verknüpft. Die Regierung des Landes hat dem Entwicklungsproblem kaum wirkliche Bedeutung beigemessen, und deshalb hat sie auch – getreu dieser Logik – keinen Wert auf die ernsthafte und wirkungsvolle Diskussion eines Nationalen Entwicklungsplanes und seiner Durchführung in der Praxis gelegt.

In der Regierung giebt es überwiegend die Position, die den von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfond (IWF) geforderten und aufgezwungenen Entwicklungsplan für den einzig möglichen hält, d.h. den Plan der Vertreter des internationalen Finanzkapitals. Es wird immer offensichtlicher, daß die Regierung ihren Nationalen Entwicklungsplan nach den Forderungen dieser internationalen Organisationen erarbeitet hat. Was könnte man an einem Entwicklungsplan diskutieren, wenn man von vorgegebenen Kriterien ausgeht? Offensichtlich kann man da nur wenig oder garnichts diskutieren. Jedoch, die soziale Wirklichkeit, ihre treibenden Kräfte können und müssen in dieser Hinsicht auf einen Positionswechsel hinarbeiten.

Wir glauben nicht, daß die Diskussion über den Nationalen Entwicklungsplan zum Selbstzweck werden soll, sondern im Gegenteil, diese Diskussion muß Mittel sein, um andere Ziele zu erreichen, die mit der Befriedigung der grundlegenden Bedürfnisse, der Organisation und Bewußtseinsbildung des panamenischen Volkes zu tun haben. Um dieses Ziel zu erreichen, muß das so wichtige Problem von Panamas Auslandsverschuldung auf seine Ursachen und Auswirkungen hin untersucht werden, wobei jene ohne Zweifel mit den Forderungen der internationalen Finanzorganisationen zu tun hat.

Die Verteidiger der Regierungsposition haben immer wieder behauptet, daß es hauptsächlich zwei Ursachen für die Verschuldung gibt:

- a) das Bestreben der "Torrijista-Regierung" (so genannt, weil sie sich an der Politik des verstorbenen Präsidenten General Torrijos orientiert; Anm. d. Übers.), die soziale Besserstellung des panamenischen Volkes voranzutreiben, was sie durch Statistiken aus dem Gesundheits-, Wohnungsbau – und Bildungsbereich zu belegen versuchen;
- b) der Rückgang der Privatinvestitionen, ein Phänomen, das sie hauptsächlich als einen Versuch der panamenischen Bourgeoisie interpretieren, diese "Torrijista-Regierung" zu sabotieren, da sie ihrer Meinung nach nicht die Interessen der mächtigen Wirtschaftskreise Panamas vertrat.

Die oppositionelle Bourgeoisie und einige, die es heute nicht mehr sind, (dank dem politischen Bündnis der Demokratischen Nationalen Union – UNADE), behaupten ihrerseits, daß die Staatsverschuldung durch Vergeudung, Korruption, Diebstahl und politische Verantwortungslosigkeit der Regierung verursacht wurde. Es ist wichtig anzumerken, daß diese Position besonders seit 1980 in den Vordergrund rückte. Das hat seine Gründe, wie wir später sehen werden.

Wir glauben, daß diese Erklärungsansätze über die Ursachen der Auslandsverschuldung Panamas zu einfach sind, und deshalb keine Reflektion über die Auswirkungen und Lösungsmöglichkeiten für dieses Problem zulassen.

Die Ursache des Schuldenbergs Lateinamerikas (also auch Panamas) ist nicht zu ver-

stehen, wenn man dieses Problem nicht im Rahmen der Weltwirtschaftslage sieht, die Ende der 60-er Jahre vorherrschte. Außerdem muß man folgende Faktoren berücksichtigen:

- a) die auseinandergehenden Vorstellungen über Entwicklungsmodelle führten zu Widersprüchen und politischen Bündnissen in den einzelnen Ländern;
- b) die Art der Finanzierung, die die internationalen Finanzorganisationen anboten, und ihre Auswirkung im Hinblick auf die Möglichkeit, den Kreditverpflichtungen nachzukommen;
- c) das Verhalten der Weltwirtschaft vor den 60-er Jahren, was sich auf die Zinssätze und Verfügbarkeit von Krediten auswirkte;
- d) die Lage der Binnenwirtschaft der einzelnen Länder.

So das Problem anzugehen, erlaubt uns außerdem, das Verhältnis zwischen Auslandsverschuldung und Wirtschaftskrise zu bestimmen. Im allgemeinen wird die Ursache der Krise auf die Auslandsverschuldung reduziert. Mit dieser vereinfachten Sichtweise des Problems will man begründen, warum die Schulden zurückgezahlt werden müssen, denn – so heißt es – wennman das tut, überwindet man die Wirtschaftskrise. Man gibt zu, daß das einige "soziale Kosten" zur Folge hat, die jedoch wieder mehr als gedeckt würden, sobald die Wirtschaftskrise überwunden sei, was, wie man hoffe, sehr bald geschehe. Aber, wenn dies nicht die Hauptursache der Wirtschaftskrise ist, dann laufen wir Sturm gegen "Windmühlen", was katastrophale Folgen für das panamenische Volk haben kann. Um was es also hier geht, ist, den Stellenwert der Verschuldung in der heutigen Krise zu bestimmen, und nicht die Krise auf die Auslandsverschuldung zu reduzieren.

Die Lage der Weltwirtschaft

Das Ende des 2. Weltkrieges hatte eine völlige Umstrukturierung der Weltwirtschaft zur Folge. Die Vorherrschaft der USA während der ersten Hälfte der Nachkriegsperiode wurde später von anderen Ländern in Frage gestellt, die zu Weltmächten geworden waren – besonders durch Japan. Am Ende der 60-er Jahre befand sich die nordamerikanische Wirtschaft in großen Schwierigkeiten. Der relativ höhere Anstieg der Arbeitsproduktivität in Japan führte zu einem Anstieg der "stocks" von US-Waren. Ein immer größerer Teil des Welthandels wurde vom konkurrenzfähigen Japan beherrscht, das die USA verdrängte. Das Wachstum der Investitionen von fixem Kapital, das größer war als der Anstieg der Arbeitsproduktivität wegen besagter Investitionen, hatte einen Rentabilitätsverlust in den USA zur Folge; dieser wurde durch die Schwierigkeit, die Waren auf dem Weltmarkt zu verkaufen, weiter verstärkt. Die Entwertung des Dollars war eine der Auswürlungen dieser Entwicklung, was sich wiederum in der Wirtschaftskrise der USA niederschlug. Lateinamerika, das den sogenannten "Industrialisierungsprozeß" durch "Importsubstitution" durchmachte, welcher völlig der US- und Weltwirtschaft unangeordnet war, begann ebenso die Auswirkungen der strukturellen Ungleichgewichtigkeiten zu spüren, die dieser "Industrialisierungsprozeß" mit sich gebracht hatte. Die Wirtschaftskrise der lateinamerikanischen Länder begann offensichtlich zu werden in diesem Ausdruck von "Erschöpfung des Substitutionsmodells".

Die Wirtschaftskrise Lateinamerikas erscheint also nicht plötzlich mit der Auslandsverschuldung, sondern existierte schon vor dieser. Ende der 60-er und Anfang der 70-er Jahre kam es dann zur "Erschöpfung des Reproduktionsmodells", das auf der "Substitutionsindustrialisierung" basierte. Daraufhin tauchten Vorschläge zur Lösung des Problems auf. Später wurde die "Alternative" der sogenannten "Exportdiversifizierung" immer mehr gestärkt; jedoch war nach Ansicht seiner Befürworter das Problem Lateinamerikas seine "Finanzierungsknappheit". Hauptsächlich die USA, genauer die US-Finanzorganisationen, tauchten als Retter in der Not auf. In der Tat wollten sie die Wirtschaftskrise überwinden – jedoch die Krise ihres eigenen Landes. So behaupten wir also, daß die Ursache der hohen Verschuldung (von Lateinamerika, Anm. d. Übers.) in dem Bestreben der USA liegt, ihre (eigenen, Anm. d. Übers.) Probleme Ende der 60-er Jahre zu lösen; und da diese Maßnahmen nicht die erwarteten Resultate brachten, (da die Wirtschaftsprobleme der USA auch Strukturprobleme sind), behaupten jetzt die USA (bzw. die internationalen Finanzorganisationen), daß die Krise des Kontinents nicht der Finanzierungsknappheit zu verdanken ist, sondern dem Finanzierungsüberschuß, und daß der einzige Ausweg die Tilgung der Schulden ist. Zusammengefaßt: es gibt nur

eine Wahrheit. Die Probleme Lateinamerikas werden von den USA immer so erklärt, wie es ihren eigenen Interessen am meisten dient; trotzdem verkaufen sie uns immer ihre Ideen mit der Behauptung, sie seien um die Entwicklung des lateinamerikanischen Volkes besorgt.

Panamenisches Chaos

Aus dem Vorangegangenen folgt, daß das Problem der Auslandsverschuldung Panamas nicht am Rande des Entwicklungsmodells analysiert werden kann, das in Panama nach dem Staatsstreich von 1968 in Gang gesetzt wurde. Dieses Modell war – genauso wie das vorhergehende – völlig der Dynamik des Weltkapitalismus unterworfen. Die Verwandlung Panamas in ein internationales Bankenzentrum und einen Freihandelshafen (Freihandelszone in Colon) muß verstanden werden als Teil des Versuchs des internationalen Kapitals, die Wirtschaftskrise Ende der 60-er Jahre zu überwinden.

So soll Panama zur perfekten "Dienstleistungsinselfür das transnationale Kapital" werden. Die politischen Bündnisse erlaubten eine aktive staatliche Intervention in die Ökonomie als Teil dieses Entwicklungsmodells. Diese Intervention mündete in die Auslandsverschuldung, und nicht in den allgemeinen Wohlstand des Landes, eben weil letzteres politisch nicht gangbar war. Das letztere hätte u.a. eine radikale Umstrukturierung des Steuersystems erfordert (die Gutverdienenden sollten mehr und die Schlechterverdienenden weniger Steuern zahlen). Außerdem hätte man die reale Möglichkeit in Betracht ziehen müssen, den Staat mit den privaten Unternehmen in rentablen Produktivitäten konkurrieren zu lassen. Nichts von alledem wurde durchgeführt, und es wurde der einfachste Mechanismus eingesetzt, der Auslandskredit, was das Entwicklungskonzept von Anfang an zum Scheitern verurteilte.

So wird die Auslandsverschuldung später zum Element, das die Wirtschaftskrise verschärft, obwohl sie zunächst als Konjunkturstütze erschienen war. Deshalb glauben wir, daß staatliche Intervention in die Wirtschaft nicht grundsätzlich schlecht ist, sondern daß es auf die Art der Intervention ankommt. Genauso behaupten wir, daß die Auslandsverschuldung grundsätzlich nicht das hauptsächliche Problem ist, sondern daß das Übel aus den Kreditbedingungen resultiert, wo und wie die Kredite eingesetzt werden, nämlich so, daß sie die Stärkung von unabhängigen, nationalen und volkswirtschaftlichen Entwicklungsmodellen verhindern.

Auf der anderen Seite ist es eine Tatsache, daß die staatliche Intervention der privatwirtschaftlichen Aktivität weder schadete, noch sie als Haupttriebfeder der Wirtschaftsentwicklung Panamas in Frage stellte. Die Hauptanstrengungen der Regierung richteten sich auf die Schaffung einer Infrastruktur, die die Verwandlung Panamas in diese "Dienstleistungsinselfür das transnationale Kapital" ermöglichen sollte. Der größte Teil der Anleihen, die zwischen 1970 und 1980 gemacht wurden, wurde für die Ausweitung des Zuckeranbaus und seinen Export eingesetzt.

Fast die Hälfte der Einnahmen Panamas, die in die Intensivierung der Produktion fließen sollten, resultieren aus dem Zucker; dies unter dem Schutz einer Vereinbarung mit den privaten Zuckerherstellern des Landes, nach der diese ihre Produktion auf dem Binnenmarkt absetzen würden. Die notwendige Investition und das Risiko dabei waren so groß, daß die privaten Produzenten kein Interesse daran hatten. Auf der anderen Seite wurde diese produktive Aktivität von den USA vorangetrieben und gutgeheißen, und von panamenischen Kreisen mit dem Argument verteidigt, daß auf dem Weltmarkt die Preise gut wären. Aber die Zuckerproduktion wurde auch in einer Reihe von anderen Ländern angekurbelt, was später zu einer Überproduktion und dem Sinken der Weltmarktpreise führte. Die entwickelten Länder hatten nun den billigen Zucker (und noch dazu ihren eigenen mit Subventionen hergestellten), und die lateinamerikanischen Staaten hohe Schulden. Unter diesen Bedingungen wurde offensichtlich, daß Projekte, die zu einem früheren Zeitpunkt als aussichtsreich vorangetrieben worden waren, später zu Mißerfolgen wurden, weil sie keine Gewinne erzielten.

Diese Art der Verschuldungspolitik in einer Wirtschaftskrise, mit einer Einkommensstruktur, die kaum geeignet war, zur Abhilfe beizutragen zu können, führte später zu

den ständigen Umschuldungen. Außerdem mußten weitere Kredite gesucht werden, um die Defizite des nationalen Staatshaushaltes auszugleichen. Die Verschuldungspolitik führte schließlich zur Beschränkung der Möglichkeiten, ein Entwicklungsmodell unabhängig von den wirtschaftlichen und politischen Zwängen der entwickelten Länder, besonders den USA, in die Tat umzusetzen.

Wie man aus den folgenden Daten ersehen kann, beliefen sich die Verpflichtungen, die Panama zwischen 1970 und 1983 einging, auf etwa 9 Mrd. Balboas (1 Balboa = 1 US-Dollar; Anm. d. Übers.), von denen nur die Hälfte bezahlt worden war. Die gezahlten Zinsen machten jedoch 60% der getätigten Tilgungen aus, d.h. für jeden Balboa, der von der Schuld abbezahlt wurde, mußten 60 Centavos Zinsen bezahlt werden.

Der größte Teil der Schulden, die zwischen 1970 und 1983 aufgenommen worden waren, stammt aus privaten Quellen aus dem Ausland. 1983 hatte die Auslandsverschuldung 3,3916 Mrd. Dollar erreicht, d.h. 75% der gesamten Staatsschulden. Das Verhältnis zwischen bezahlten Zinsen und getätigten Tilgungen ist im Fall der Auslandsverschuldung 0,21, d.h., daß für jeden Balboa, den wir für die Tilgung der Auslandschulden zahlen, zusätzlich 79 Centavos an Zinsen gezahlt werden, während bei der Inlandsverschuldung nur 21 Centavos Zinsen pro Balboa gezahlt werden. Wie man bei den folgenden Zahlen sehen kann, hat sich die Situation der Verschuldung während der letzten Jahre verschlechtert, was in enger Beziehung zu den Zinssatzerhöhungen ab 1979 steht.

Der durchschnittliche jährliche Zinssatz war zwischen 1970 und 1978 7,5%, während er zwischen 1979 und 1983 17% war. Das erklärt auch das Anwachsen der Schulden während dieser letzten Periode. Die Verschuldung nahm zu, ohne daß Kredite hereingekommen wären, nur durch die Erhöhung des Zinssatzes. Diese Verschuldung wurde durch den ständigen und steigenden Haushaltsdefizit weiter erhöht, sowie durch die Umschuldungen, zu denen die Zahlungsunfähigkeit zwang.

Wenn wir die Verpflichtungen der neuen Anleihen Jahr um Jahr in Betracht ziehen, dann sehen wir, daß der größte Teil davon notwendigerweise zur Tilgung der Staatshaushaltsdefizite verwandt wurde, besonders seit 1978. (80% der Ausgaben der Zentralregierung wurden zwischen 1978 und 1983 für laufende Ausgaben und Schuldentilgung getätigt und 20% für Kapitalausgaben).

Die allgemeine Auswirkung dieses Verschuldungsprozesses war die zunehmende Verlagerung der inländischen Reichtümer nach den entwickelten Ländern, d.h. zu den Kreditfinanzierungsgesellschaften. Von den fast 9 Mrd. Balboas, die die Regierung als Anleihe erhielt, ist nur die Hälfte getilgt worden. Die Zinsen machten etwa 2 Mrd. Balboas aus, von denen 90% nach 1975 gezahlt wurden. Wenn der Zinssatz so hoch wie 1983 bleibt, und den Forderungen des IWF und der Weltbank nachgegeben wird, dann wird Panama den internationalen Finanziers 3 Mrd. Balboas zahlen, von den höchstens die Hälfte (wenn es keine neuen Umschuldungen gibt) für die Schuldentilgungen sind; der Rest wären Bankzinsen. D.h., daß Panama in 20 Jahren für eine Schuld von 9 Mrd. Balboas von seinen Inlandreichtümern etwa 11 Mrd. Balboas abzieht, und immer noch mit 3,5 Mrd. verschuldet wäre. Die Zinsen für die Jahre 1980 bis 1983 machen etwa 65% der zwischen 1970 und 1983 gezahlten Zinsen aus. Diese Situation ist inzwischen das größte Hindernis für die Entwicklung und einen Ausweg aus der internen Wirtschaftskrise: die immer größere Abschöpfung des Überschusses aus der Volkswirtschaft durch die Kreditgeber.

Aber zugleich wird offensichtlich, daß den IWF und die Weltbank nicht die Entwicklung der lateinamerikanischen Völker interessiert, sondern, von diesen Ländern die Schulden einzutreiben – egal, was es kostete. Ein immer größerer Teil der Staatsausgaben werden für den Schuldendienst getätigt; 1970 waren es 11%, 1983 35% und nach dem Haushalt, der von der Nationalversammlung für 1985 veranschlagt wurde, würde dieser Prozentsatz auf 40% ansteigen.

Könnten wir die Verlagerung des Reichtums von Panama nach den USA quantifizieren, die durch die niedrigen Preise der Produkte, die sie uns abkaufen, erfolgt, durch

die hohen Preise der Produkte, die wir ihnen abkaufen, und den Schuldendienst, so wagen wir zu behaupten, daß diese Ziffern in den letzten Jahren auf 15 Mrd. Balboas beläuft. Deshalb müssen die Lösungsvorschläge für einen Ausweg aus der Wirtschaftskrise und der Verschuldung Panamas (und Lateinamerikas) Vorschläge sein, die allen Elementen Rechnung tragen, die mit dem Entwicklungspotential unserer Länder zu tun haben. Die heutigen Grundlagen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen müssen wesentlich umstrukturiert werden.

Nach dieser Aufrechnung müßte man jedoch fragen: wer hat hauptsächlich von der Staatsverschuldung profitiert? Und davon ausgehend über die Forderungen des IWF und der Weltbank nachzudenken, um einen Alternativvorschlag zur Lösung des Problems zu entwickeln.

Die wichtigsten Projekte, für die die Anleihen verwendet wurden, waren - nach dem zuvor erwähnten Bereich der Zuckerproduktion - folgende: Hydroelektrische Anlagen, Autobahnen, Flughäfen und das Kommunikationswesen. All diese Projekte wurden von Privatfirmen durchgeführt, und genauer, vom Auslandskapital in Verbindung mit inländischen Unternehmen. Die Materialien und Maschinen, die bei diesen Projekten benutzt wurden, waren von bestimmten Firmen gekauft (Zement, Stahl etc.) und ein wesentlicher Teil war importiert worden; d.h. sie wurden von Firmen im Ausland gekauft.

Es besteht eine enge Verbindung zwischen den großen transnationalen Unternehmen und den Kreditgesellschaften. So ist ein großer Teil des aufgenommenen Geldes zu den entwickelten Ländern zurückgefloßen. Auf der anderen Seite haben die erwähnten Projekte eine wesentliche Rolle bei der Schaffung der Infrastruktur gespielt, die der Verwandlung Panamas zur "Internationalen Dienstleistungsinsel" diente, d.h., diese Projekte haben zum großen Teil dem Auslandskapital genützt.

So befinden wir uns in der folgenden absurden Situation: die internationalen Kreditgeber leihen uns Geld, damit wir Projekte durchführen, an denen sie interessiert sind; und die Unternehmen, die mit diesen Kreditgebern in Verbindung stehen, übernehmen wiederum einen Großteil der Bauarbeiten und die Beschaffung von Materialien und Maschinen für die Projekte. So nehmen sie wieder einen Großteil des Geldes an sich, das sie uns leihen, und uns bleiben die Schulden.

Und wer zahlt das alles? Hauptsächlich die Arbeiter mit ihren Löhnen. 1983 waren die Steuereinnahmen, woraus in Wirklichkeit die Schulden bezahlt werden, (mit Ausnahme der Einnahmen aus Staatsbetrieben und der Kanalzone), mit 53,2% von den Arbeitern und ihren Familien geleistet worden. Die Arbeiter haben also wesentlich an der Tilgung der Schuld beigetragen. Jedoch machen die Löhne und Gehälter im Bruttoinlandsprodukt (BIP; der neue Reichtum, der jährlich geschaffen wird) nur 3% aus, d.h., 50% der Bevölkerung erhält nur 3% des Reichtums, und 10% der Bevölkerung behält 50%. Der Rest des BIP wird unter den freien Berufen und anderen mittelständischen Kreisen aufgeteilt. Die am meisten verdienen, zahlen weniger, und die weniger verdienen, zahlen mehr Steuern.

Was also wollen IWF und Weltbank mit ihren Forderungen bezüglich der Wirtschaftspolitik (die "Absichtserklärungen", die "Strukturanpassungsprogramme")?

Jeder vernünftige Mensch würde erwarten, daß sie die eben beschriebene Situation umstrukturieren wollten; und wenn die Krise Opfer fordert, die Besserverdienenden diejenigen sein müßten, die die größeren Opfer brächten; denn es wäre absurd, die größten Opfer von diesen 50% der Bevölkerung zu fordern, die nur 3% der jährlichen nationalen Wertschöpfung verdient. Aber nein. Diese Finanz- (und Wirtschafts-) Genies beabsichtigen genau das Gegenteil; sie möchten die Kosten der Krise noch mehr den ärmeren Bevölkerungsschichten aufbürden (den 50% der Bevölkerung) und daß diejenigen, die am wenigsten verdienen, die größten Opfer bringen, und die Besserverdienenden nicht nur weiterhin gut verdienen, sondern sich auch noch an den Opfern der Schlechterverdienenden bereichern. Zusammengefaßt heißt das, daß die Vorschläge dieser internationalen Organisationen, um die Wirtschaftskrise zu überwinden, und die die Regierung Panamas übernommen hat (ihr "Nationaler Entwicklungsplan"), die

Ursache der Krise vertieft. Damit wird einmal mehr die folgende Tatsache klar: das internationale Kapital ist einzig und allein daran interessiert, daß die Schulden geilgt werden, und die Kreise, die im Land die Macht innehaben, spielen das Spiel der internationalen Finanziers mit.

Obwohl dies nicht der Zweck dieses Artikels und der obigen Überlegungen ist, können wir doch einige Merkmale für eine alternative Lösungsmöglichkeit der nationalen Wirtschaftskrise und der Auslandsverschuldung, als Teil von ihr definieren:

- Jegliches Alternativprojekt muß das Gegenteil der IWF- und Weltbankvorschläge sein.
- Die grundlegende Umstrukturierung der Einkommensverteilung ist unaufschiebbar.
- Die Neuorientierung der Wirtschaftsaktivität zugunsten der produktiven Aktivitäten, im Rahmen der Umstrukturierung der gegenwärtigen internationalen Wirtschaftsbeziehungen.
- Innerhalb dieses Rahmens ist eine Neuverhandlung der Auslandsschuld notwendig, von einer patriotischen und volksnahen Position aus, die günstigere Bedingungen für die Interessen des Landes schaffen kann. Dies würde notwendigerweise die bilateralen Verhandlungen verbieten und die Einbeziehung Panamas in die Gruppe der Länder gutheißen, die vereint aus unserer Schwäche eine stärkere Position gegenüber der Macht der Kreditgeber erreichen können.
- Die Organisierung der Volksbewegung, die fähig ist, die Angriffe des internationalen Finanzkapitals und ihrer Verbündeten im Lande aufzuhalten; die fähig ist, die gegenwärtige Konjunktur auszunutzen, um ihr Organisationsniveau und Bewußtsein zu heben.

(Quelle: Diálogo Social, 18. Jahrgang, Heft Nr. 181, Panama, August 1985; aus dem Spanischen übersetzt von Irene Jung, Tübingen)

Panama									
Entwicklung der Verschuldung im Öffentlichen Sektor 1976 - 1983									
(in Millionen Dollar)									
	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	Total
TOTAL									
Neue Verpflichtungen	417.4	417.6	1283.3	756.1	780.6	1091.4	1408.4	1464.4	7619.2
Tilgungen	83.0	122.3	640.9	425.8	401.9	675.2	822.4	786.2	3957.7
Gezahlte Zinsen und Kommissionen	76.5	96.9	165.2	219.1	287.6	348.8	412.0	362.9	1969.0
AUSLAND									
Neue Verpflichtungen	345.7	398.8	975.4	485.8	432.3	416.5	832.6	805.8	4684.7
Tilgungen	61.2	93.3	417.7	252.6	215.4	305.9	349.9	234.7	1984.7
Gezahlte Zinsen und Kommissionen	56.8	72.8	122.2	177.2	241.2	279.5	334.5	281.9	1561.1
INLAND									
Neue Verpflichtungen	71.7	26.8	307.9	270.5	348.3	674.9	575.8	658.7	2934.6
Tilgungen	21.8	29.0	169.1	173.2	186.0	369.3	472.5	551.5	1972.3
Gezahlte Zinsen und Kommissionen	19.7	24.1	43.0	41.9	46.4	69.3	77.5	81.0	402.9

Quelle: Register des Depto. de Contabilidad der Controitoria General de la Republica

6. MEXIKO

Peter Baumgartner

VOM HÖHENFLUG ZUR BAUCHLANDUNG

Chronik einer Wirtschaftskatastrophe

Zumindest seit Ende 1982 weiß man auch in Europa, daß sich die mexikanische Wirtschaft in der schwersten Wirtschaftskrise seit 1929 befindet. Arbeitslosigkeitsraten von über 50%, die Inflationsrate über 100% und 80 Mrd. US-Dollar Auslandsschulden bei einem stagnierenden Bruttosozialprodukt (BSP) kennzeichnen die katastrophale Lage.

Auto und TV statt Mais und Bohnen

Seit 1936 konnte Mexiko ständig Zuwachsraten im Bruttosozialprodukt verzeichnen. Anfangs noch beträchtlichen Schwankungen unterworfen (2. Weltkrieg und andere externe Einflüsse), stabilisierte sich die Entwicklung in den 50er Jahren, um von 1961 - 70 vollends aufzublühen. Das "mexikanische Wunder" (milagro mexicano) konnte Zuwachsraten von durchschnittlich 7,6% jährlich erreichen - und das bei einer bemerkenswert niedrigen Inflationsrate, einer stabilen Währung, besseren Löhnen und relativ guter Beschäftigungslage.

Doch gerade die spezifische Struktur der mexikanischen Kapitalakkumulation selbst legte die Grundlage für die heutige Krise: Der Aufbau modernster Industrien zur Produktion langlebiger Konsumgüter (Kühlschrank, Fernseher, Auto) war mit einer gleichzeitigen Vernachlässigung der Landwirtschaft verbunden. Das legte ein Bündel problematischer Entwicklungen frei:

- a) Der relative Rückgang der Kapitalinvestitionen in der Landwirtschaft führte zu einem immer stärkeren Nachhinken der landwirtschaftlichen Produktion im Vergleich zu den Zuwachsraten der Bevölkerung. Statt weiterhin Nahrungsmittel zu exportieren, wird Mexiko zu Importen gezwungen. Die Belastung der Zahlungsbilanz, die verstärkte Abwanderung der Landbevölkerung sind unmittelbare Folgen dieser Politik.
- b) Der Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion und die damit ungleichmäßige Entwicklung der verschiedenen Produktionssektoren verstärkt den inflationären Druck. Unrationelle Produktionsweisen, eine das Angebot übersteigende Nachfrage und die oft teure Einfuhr von Grundnahrungsmitteln drücken sich zwangsläufig in steigenden Preisen aus. Als die Regierung Anfang der 70er Jahre den steigenden Inflationsraten entgegenarbeiten will, ist es zu spät. Die Subventionierung der Grundnahrungsmittel (um ihre Preise stabil zu halten) führt zu stärker werdender Belastung der Staatsfinanzen. Staatliche Preisregelungen führen zum "Verschwinden" des jeweiligen Produkts vom kontrollierten Markt, um auf dem Schwarzmarkt zum zwei- oder dreifachen Preis wieder aufzutauchen.
- c) Das Konzept der Markterweiterung durch Produktion langlebiger Konsumgüter geht nur dann auf, wenn es soziale Schichten gibt, die sich diese Produkte auch kaufen können. Mitte der 50er Jahre beginnt sich die für Mexiko auch heute noch typische Einkommensstruktur herauszubilden: eine schmale, für europäische Verhältnisse sehr reiche Mittelschicht wird fast übergangslos gefolgt vom breiten Sockel der untersten Einkommensschichten.

Durch die Erhöhung der Mindesteinkommen und aufwendige Propaganda wurden auch untere Einkommensschichten als Käufer gewonnen. Paradoxe Fälle sind keine Seltenheit: Ärmste Bevölkerungsschichten am Stadtrand besitzen einen Fernseher, obwohl sie noch keinen Stromanschluß haben.

d) Um den raschen Aufbau der neuen Industrie zu sichern, mußten Kapital, Technologien und Rohstoffe aus dem Ausland importiert werden. Die immer stärker werdende Auslandsabhängigkeit erhöhte das Zahlungsbilanzdefizit und heizte die Inflation an. Die dauernde Überbewertung des Pesos (um die Importe zu begünstigen) und die Protektionspolitik belasteten die Staatsfinanzen und wirken sich auch auf die nationale Kapitalakkumulation kontraproduktiv aus: Es war günstiger, zu importieren, statt im Land zu investieren.

1971 - 1976: Hektische Bremsmanöver

Zu Beginn der 70er Jahre zeigten sich die ersten "Ermüdungserscheinungen". Die Jahre von 1971 - 1976 waren durch eine hektische Wirtschaftspolitik gekennzeichnet. Man versuchte, die Talfahrt der mexikanischen Wirtschaft durch Einsparungen im öffentlichen Sektor, Kredit- und Importrestriktionen in den Griff zu bekommen. Den positiven Auswirkungen (relativer Rückgang der Staatsverschuldung, Verbesserung des Außenhandelsbilanzdefizits) standen in anderen Bereichen negative Indikatoren (steigende Arbeitslosigkeit und Inflation, stagnierendes Bruttosozialprodukt) gegenüber.

Im darauffolgenden Jahr wurden die öffentlichen Aufträge wieder erhöht, die restriktive Import- und Geldpolitik aufgehoben. Die Maßnahmen hatten keine Anhebung der privaten Kapitalinvestitionen zur Folge. Während der ganzen Periode stagnierten sie, um schließlich Anfang 1976 mit direkter Kapitalflucht und Währungsspekulation kombiniert zu werden. Am 31. August 1975 mußte die 22 Jahre lang stabil gehaltene mexikanische Währung um 50 % abgewertet werden. Es kommt zu einem ersten Übereinkommen mit dem Internationalen Weltwährungsfond (IWF): Mexiko verpflichtet sich zu einer "gemäßigten" Lohnpolitik und Ausgaben"disziplin".

1976 - 1981: Sechs fette Jahre

Riesige Erdölfunde im Südwesten des Landes beleben die Hoffnung auf eine Generalsanierung der mexikanischen Wirtschaft. Bei einem geschätzten Potential von 200 Mrd. Barrels (mehr als Saudi-Arabien) scheint die Überwindung der Krise nurmehr eine Frage der Zeit. Vorerst jedoch mußten die Importe weiter angehoben werden, um die Erdöltechnologien einzuführen. Mexiko ist dabei fast völlig abhängig von den USA: 90 % seiner gesamten Ausrüstungsgüter der Erdölproduktion- und derivatenverarbeitung stammen aus den Vereinigten Staaten.

Die weitere Verschlechterung der Außenhandelsbilanz wurde sorglos in Kauf genommen, erwartete man doch bis 1982 Einnahmen von über 20 Mrd. Dollar.

Nun: heute gehört der kurzzeitige Boom der "petrolisierten" mexikanischen Wirtschaft bereits der Vergangenheit an. Durch die sich rapide verschlechternden internationalen Marktbedingungen mußte die staatliche Ölgesellschaft PEMEX Anfang 1982 zum zweiten Mal den Preis des Barrels drastisch senken. Ein sofortiger Devisenausfall von über 500 Mio. Dollar war die Folge.

Nach dem Höhenflug der Absturz

Das Resultat war eine unverkennbare Signalwirkung für die Privatindustrie. Keine weiteren Kapitalakkumulationen, bestehende Geldanlagen werden in Dollar transferiert, bei gleichzeitiger Kapitalflucht. Um die Devisenausfälle auszugleichen, mußte die mexikanische Regierung weitere Auslandskredite aufnehmen. Verschuldung, Kapitalflucht, Preisverfall des Erdöls, Dollarisierung der flüssigen Geldmittel, übten einen unhaltbaren Druck auf die Währung aus. Am 18. Februar 1982 gab die mexikanische Zentralbank ihre Stützungskäufe auf und den Pesokurs frei. Der Wert des Peso sank augenblicklich um 50 %.

Die Kapitalflucht konnte damit jedoch nicht eingedämmt werden und auch das Investitionsklima besserte sich nicht. Die Auslandsschuld (in Dollar) war mit der Abwertung in astronomische Höhen gestiegen und eine Explosion der Inflationsrate stand bevor. Kredite, die Mexiko vorher vom internationalen Finanzkapital geradezu aufgedrängt wurden, waren plötzlich schwer erhältlich. Und wenn, dann fast zu unerträglichen Be-

dingungen (kürzeste Laufzeiten, hohe Zinsen). Es war klar, daß der Wert des Peso alleine mit steigender Auslandsverschuldung nicht zu halten war. Am 6. August 1982, also kaum ein halbes Jahr später, kam es zu einer weiteren, noch stärkeren Abwertung des Peso. Um die Auswirkungen der Geldabwertung etwas zu mildern, führte die Regierung einen dreifachen Währungskurs ein. Zwei Vorzugskurse blieben unter der Kontrolle der Zentralbank. Sie dienten für volkswirtschaftlich wichtige Transaktionen. Für alle anderen wirtschaftlichen Tilgungszahlungen sollte der Kurs über den "freien Markt" bestimmt werden. Der Peso sank augenblicklich auf 1 US-Dollar : 150 Peso.

Eine weitere Überraschung startete die Regierung von López Portillo am 1. September 1982, als sie die Verstaatlichung der privaten Banken verkündete. Die Maßnahme zeigte sofort ihre beabsichtigte Wirkung: Nicht nur die staatstreuen Parteien und Gewerkschaften feierten sie, sondern auch große Teile der linken Opposition jubelten in einem neu auflebenden mexikanischen Nationalismus dem Präsidenten als dem "Held der Nation" zu.

Anfang November 1982 mußte Mexiko eine weitere "Absichtserklärung" mit dem Internationalen Währungsfond unterzeichnen, um einen Kredit über 3,8 Mrd. US-Dollar zu bekommen. Dieser Kredit, auf drei Jahre aufgeteilt, wird an folgende Bedingungen geknüpft:

- Verringerung des öffentlichen Defizits auf 3,5 % des BSP bis 1985 (1982 betrug es ca. 16,5 % des BSP). Das Ziel soll u.a. durch eine harte Sparpolitik bei den Löhnen der staatlichen Bediensteten und Einschränkungen im sozialen Bereich erreicht werden.
- Abbau der Preiskontrolle, der Subventionen von Produktion und Konsum und des Protektionismus für die Industrie.
- "realistische" Lohnerhöhungen, für 1983 z.B. unter 25 % jährlich (bei einer Inflationsrate von 100 %!)

Als Gegenleistung bekam Mexiko Stundungen für die Rückzahlungsfristen seiner Auslandsschulden. Über die Zusage des IWF-Kredits stieg auch wieder die Bonität Mexikos und weitere private Kredite über 4 Mrd. Dollar wurden aufgenommen. Damit war die drohende Zahlungsunfähigkeit Mexikos, die das gesamte internationale Finanzsystem bedroht hatte, abgewendet.

Hoffnungen berechtigt ?

Mit Miguel de la Madrid kam am 1. Dezember 1982 der Traumkandidat des IWF an die Regierung. Als Technokrat mit anerkannten technischen Qualifikationen (Studium in Harvard) und ehemaliger Planungsminister soll er den harten Kurs einleiten, aber auch den inneren Zusammenhalt der "revolutionären Familie" sichern. Am 1. September 1983 verkündet er ungeschminkt, welche Ausmaße die Krise vor seinem Amtsantritt erreicht hatte und verweist auf die ersten Erfolge: Wenn auch noch keine strukturellen Verbesserungen stattgefunden hätten, so sei die Krise nun unter Kontrolle. Weder Auslandsschuld noch Inflation stiegen an, und auch der Peso-Kurs sei stabil.

Tatsächlich waren diese Erfolgsmeldungen durch geschicktes Taktieren erreicht worden: Die Preiserhöhungen wurden mit aller Gewalt bis zum 1. September 1983 zurückgehalten, um dann erst recht mit voller Wucht wieder einzusetzen. Der Dreifach-Kurs wurde abgeschafft, weil diese Maßnahme die Staatsausgaben zu sehr belastete. Die Folge war ein reihenweises Zusammenbrechen von Firmen und steigende Arbeitslosigkeit. Konzerne und Schlüsselindustrien wurden durch öffentliche Subventionen (aus den aufgenommenen Krediten) direkt gestützt. Nachdem hohe Entschädigungssummen bezahlt wurden, wird die Verstaatlichung der Banken nun schrittweise zurückgenommen, um die Verhandlungsbasis für weitere Kredite zu erweitern.

Die tatsächlich nicht weiter steigende Inflation (ca. 100 %) ist nur auf das 1983 erstmalige Absinken der Rendite von Privatunternehmen - durch den Preisverfall - infolge des schrumpfenden Inlandsmarktes zurückzuführen. Die sommerliche Streikwelle im Jahr 1983 wurde rigoros niedergeschlagen und führte zu einer katastrophalen Niederlage der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung. Die "Erfolge" des neuen Präsidenten stehen auf tönernen Füßen und werden durch die steigende Verelendung breiter Bevölkerungsschichten

schichten möglich. De la Madrid konnte aber nicht nur schnelle Erfolge vorweisen, er hat auch besonders rasch die bei einem Präsidentenwechsel traditionell positiv abwartende Haltung verbraucht. Daß sich die angestauten sozialen Konfliktstoffe entladen, scheint unabwendbar. Wie, wo und vor allem, wann dies der Fall sein wird, ist noch unklar. Nach wie vor wirken die ideologischen Integrationsmechanismen der mexikanischen Demokratie reativ gut.

(Quelle:

Österreichischer Informationsdienst für Entwicklungspolitik, "Zum Beispiel", Nr. 12/13, Wien 1984)

Mexikos Außenpolitik zu Mittelamerika zwischen nationalen Interessen und geopolitischer Realität

(...)

Die neue progressive Ausrichtung der mexikanischen Außenpolitik führte nicht nur zu einem stärkeren Engagement im Süden seiner Grenze, sondern auch zu verstärkten Anstrengungen, seine eigenen nationalen Interessen zu schützen. Mexiko befürchtete, in seinem "Hinterhof" könne ein regionaler Krieg entstehen, vor allem wenn er künstlich angefacht würde von der vermeintlichen Notwendigkeit der USA, ihre Hegemonie gegenüber dem Ostblock neu festzustellen. Mexiko war überzeugt, daß, wenn der bewaffnete Konflikt in Mittelamerika sich zu einem allgemeinen Krieg ausbreiten würde, es von den explosiven Erschütterungen eines solchen regionalen Brandes nicht verschont bleiben würde.

Mit dem verstärkten Status als bedeutender Ölproduzent und größter Brennstoffexporteur in die USA und besonders seit der Machtübernahme durch Präsident Miguel de la Madrid im Jahr 1982 und seinen Außenminister Bernardo Sepulveda Amor vertritt Mexiko in Mittelamerika die Position, daß trotz der Unnachgiebigkeit der USA, einen militärischen Sieg erzielen zu müssen, Verhandlungslösungen von größter Bedeutung und erreichbar sind.

Diese Strategie erfordert einen regionalen Konsens, um den Druck der USA und die Gefahr einer militärischen Intervention herabzusetzen und gleichzeitig Mexikos eigene Verantwortlichkeit und Eintreten für die mittelamerikanische Krise abzuschwächen. Mexikos Mitgliedschaft - ja, seine führende Rolle - in der Contadora-Gruppe, war das Mittel dazu und zog andere Länder der Region an, deren nationale Interessen ebenso gefährdet waren.

(...)

Mexikos wirtschaftliche und politische Unterstützung der Sandinisten, seine fortgesetzten diplomatischen Beziehungen zu Kuba und die gemeinsame Erklärung mit Frankreich vom August 1981, die FMLN/FDR in El Salvador als legitime politische Organisation anzuerkennen, führten zu starken Reibungen mit der US-Regierung.

(...)

In den darauffolgenden Jahren glaubte man, die Schuldenkrise und die strengen Sparvorschriften des IWF hätten Mexiko dazu gebracht, seine Außenpolitik zu radikalisieren zu dem Zweck, interne Proteste zu dämpfen, die eigene Linke zur Zusammenarbeit oder zu einer neutralen Haltung zu bringen, während die konservative Innenpolitik verschleiert wird. Seit-dem schwankte die amerikanische Mißbilligung der mexikanischen Außenpolitik zwischen vorsichtig kritischen Äußerungen und drastischen Strafmaßnahmen im Handel und in der kürzlichen "Rauschgiftkrise".

Soweit die Auffassung Washingtons. Es ist jedoch viel zu einfach anzunehmen, Mexikos Außenpolitik beruhe auf romantischem Nationalismus, der Opposition zu den USA vorschreibe, um den Eindruck von Autonomie zu erwecken. Eine nähere Analyse der mexikanischen Außenpolitik legt die Vermutung nahe, daß es einer Linie zu folgen versucht, die erkennt, daß es ein schwaches Land ist, das seine nationalen Interessen mit der geopolitischen Realität verbinden muß, nämlich seine Nähe zu und Abhängigkeit von seinem nördlichen Nachbarn. Daher steht Mexiko immer vor dem Dilemma, zwischen seinen Hauptzielen wählen oder sie miteinander in Übereinstimmung bringen zu müssen, wobei es seine traditionelle Verpflichtung zu Nichteinmischung und Selbstbestimmung bewahren muß, gleichzeitig aber auch seine Beziehungen zu den USA letztendlich nicht zu beeinträchtigen.

(...)

Mexikos wirkliche Motive entstehen aus der Notwendigkeit, einen potentiellen regionalen Konflikt südlich seiner Grenze auszuschließen, der früher oder später seine direkte Einbeziehung bedeuten würde und dann eine Änderung seiner nationalen Verteidigungsstrategie erforderlich machen würde, die bisher ausschließlich nach innen gerichtet war.

Auszug aus "Die Beziehungen zwischen Mexiko und den USA" von Helga Baitenman, Council on Hemispheric Affairs, Washington 1985, in J. Hippler (Hrsg.), Intervention in Mittelamerika und der Karibik, Dokumente und Materialien, 3. Erg.-Lfg., Wuppertal 1985. (Mit freundlicher Genehmigung des Herausgebers).

7. DOMINIKANISCHE REPUBLIK

DOMINIKANISCHE REPUBLIK

Die Vorgeschichte der Osterunruhen

Ende April kam es in der Dominikanischen Republik zu massiven Protesten gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung. Drei Tage lang äußerte sich die Empörung des Volkes im ganzen Land in Barrikaden, Plünderungen, Brandstiftungen und Streiks. Die Antwort der Regierung war der Einsatz des Militärs, das mit äußerster Härte vorging. Viele, mindestens 70 Tote, viele davon Unbeteiligte, waren das Resultat. Sechs Radio- und eine Fernsehstation, die über die Vorgänge berichteten, wurden geschlossen. Die Regierung behauptete, die Unruhen seien auf Pläne der linken und rechten Opposition zurückzuführen; aber selbst Angehörige der Regierungspartei PRD (Mitgliedsparter der Sozialistischen Internationale) mußten anerkennen, daß die Ursachen in der miserablen Lage breiter Teile der Bevölkerung lagen.

Das "Centro Dominicano de Estudios de la Educación" stellte folgenden Bericht über die Hintergründe der Vorfälle zusammen.

Zwischen dem 23. und 25. April war die Dominikanische Republik Zeuge der härtesten sozialen Auseinandersetzungen seit dem Vaterländischen Krieg von 1965. Dutzende von Männern und Frauen aus dem Volk wurden sowohl in Santo Domingo als auch in den wichtigsten Städten und auf dem Land ermordet; Hunderte von Verletzten, die meisten mit Schußwunden, und etwa 5000 Festgenommene, die geschlagen für Taten beschuldigt wurden, die sie nicht begangen haben, sind nur ein Teil des Ergebnisses der Volksbewegung vom 23. und 24. April.

Was brachte das ganze Volk, in der Hauptstadt und auf dem Land, dazu, massiv auf die Straße zu gehen und mit einer einzigen Stimme seinen Protest und seinen Widerspruch zu bekunden? Was bewegte diese Männer und Frauen aller Altersgruppen, daß sie mit solcher Entschiedenheit die Wege und Straßen blockierten und sich den Truppen der Polizei und des Militärs entgegenstellten, die mit tödlichen Waffen für den Krieg ausgerüstet waren und Befehl hatten, jeden zu töten, der seine Unzufriedenheit äußerte? Warum wurde dem Protest des Volkes mit Barberei und Haß begegnet, ohne die Gründe zu berücksichtigen, die das ganze Volk zwangen, zu sagen: ES REICHT!

Der Protest, der Zorn, die Stimme des Volkes, die an diesen Tagen zu hören war, haben ihre Geschichte. Am 16. August 1978, als die Partido Revolucionario Dominicano (PRD) mit Antonio Guzmán an die Macht kam, versprach sie, das Land aus dem Bankrott der wirtschaftlichen Katastrophe und der Korruption zu führen, in das es Joaquín Balaguer (Präsident von 1965 bis 1978 von Gnaden der USA und des Militärs) und seine politisch-militärische Mannschaft gestürzt hatte.

Guzmán verschuldete das Land jedoch noch mehr, füllte die Taschen der neuen Reichen der PRD und folgte in einem Festival der Korruption dem gleichen Entwicklungsmodell Balaguers, das nicht einmal mit seinem Selbstmord, 40 Tage vor dem Ende seiner Amtszeit endete.

Jacobo Majluta öffnete in der kurzen Zeit, in der er die Macht genoß, einer Mission des Internationalen Währungsfonds (IWF) die Türen des Landes, die mit der vorgeblichen Absicht kam, die Wirtschaft des Landes "zu retten und umzuorientieren".

Die Versprechen Salvador Jorge Blancos und der PRD waren nichts wert, daß sich nach dem 16. August 1982 ein wirklicher Wandel der Lage vollziehen würde und daß es einen größeren Wohlstand für die Volksektoren geben würde. Es ist offensichtlich, daß das sogenannte Programm der Nationalen Konzentration auf dem Papier geblieben ist. Die Wirtschaftsdemokratie war ein Mythos, das Wohl des Volkes ein Versprechen.

Die PRD hat seit 1978 allein regiert, um der einheimischen Bourgeoisie (Bankiers, Industrielle) und den transnationalen Unternehmen zu nützen. Die Last der nationalen Wirtschaftskrise, die durch die Taten der dominanten Sektoren entstand, will man auf die Schultern der Armen, der Arbeiter und des Volkes im allgemeinen legen.

Jorge Blanco und die PRD sind in Übereinstimmung mit der Bourgeoisie zum IWF gegangen, als dem bequemsten Ausweg für ihre Interessen. 1983 unterschrieb man ein Darlehensabkommen (der sogenannten "erweiterten Fazilität") über die Höhe von 455 Mio. Dollar im Zeit-

raum von drei Jahren. Seit dem November des vergangenen Jahres diskutierte die Regierung mit dem IWF die Politik im zweiten Jahr des Abkommens. Grundlage war die Durchführung eines Anpassungsprogramms (für das Volk ist es das Gegenteil) und einer Reihe von Bedingungen, die diese imperialistische Finanzorganisation forderte, besonders die Finanzierung aller Importe; auch des Öls und seiner Derivate, auf dem parallelen Dollarmarkt (= "freier" Devisenmarkt), sowie Entlassungen und Kostensenkungen durch die Regierung in den Bereichen Gesundheit, Erziehung und direkter Unterstützung des Volkes.

Der Präsident der USA, Ronald Reagan, sagte Jorge Blanco und der PRD deutlich, daß das Land erst das Abkommen mit dem IWF unterzeichnen und die Bedingungen erfüllen müsse, nachdem Jorge Blanco einen unterwürfigen Bettelbrief geschrieben hatte, in dem er ihn ersuchte, beim IWF ein gutes Wort einzulegen. Die große Mehrheit der dominanten Sektoren meinte, daß wir trotz der Schädlichkeit des Abkommens keinen anderen Ausweg hätten, während die Gewerkschaften, die Revolutionäre Linke und alle Gruppen des Volkes forderten, das Abkommen mit dem IWF nicht zu unterzeichnen und mit seiner Austeritätspolitik zu brechen.

Jorge Blanco und die PRD erhielten fünf Monate lang den Anschein von Widersprüchen mit dem IWF aufrecht und betonten, daß sie eine Reihe seiner Bedingungen nicht akzeptierten. Am 9. April reiste der Präsident zu einem offiziellen Besuch in die USA, um direkt mit Präsident Reagan, dem Direktor des IWF, dem Finanzminister der USA und anderen imperialistischen Funktionären zu reden. Schon in Washington kündigte Jorge Blanco an, daß es zu einer definitiven Übereinkunft mit dem IWF über die Durchführung der Politik des zweiten Jahres des Abkommens gekommen sei, während Reagan ihm versprach, daß die Regierung der USA die "Hilfe" für das Land erhöhen würde.

Daher verkündete Jorge Blanco bei seiner Rückkehr, daß seiner Reise fruchtbar war, weil "die nationale Würde hochgehalten" worden sei und kündigte an, daß er später die Erfolge seiner Reise in die USA bekanntgeben würde; dort habe es für die Probleme des Landes "großes Verständnis" gegeben. Tatsächlich hielt er am Mittwoch, dem 17. April, eine Rede an die Nation, wobei er die Ruhe der Karwoche nutzte und in der er die grundsätzlichen Aspekte der Verhandlungen mit dem IWF bekanntgab. Diese Aspekte sind: 1. gegenwärtig müssen die Ölimporte nicht auf dem Parallelmarkt finanziert werden; 2. der Import von Lebensmitteln, die durch internationale Kredite finanziert werden, läuft ebenfalls nicht über den Parallelmarkt (Mais, Weizen, Speiseöl etc.); 3. das Programm des IWF wird nicht die öffentlichen Ausgaben beeinträchtigen, d.h. es wird vermutlich keine Entlassungen geben. Zugleich informierte er, daß alle anderen Importe und Dienstleistungen, also Medizin, Dünger, Pestizide und andere landwirtschaftliche Inputs auf dem parallelen Devisenmarkt finanziert werden müssen. In seiner Rede kündigte Jorge Blanco eine Reihe von Anreizen für die Exporteure an, angeblich um die Produktion zu stimulieren. Lediglich die Preise für Hühner, Reis, Teigwaren, Eier und Milch des INESPREE (Nationales Institut für Preisstabilisierung) würden eingefroren. Er befahl die Erweiterung der Verkaufsstellen dieses Instituts und wies darauf hin, daß er keine Aktion dulden würde, die die "Macht meines Mandats einschränkt."

Am folgenden Tag, Gründonnerstag, teilte die Generaldirektion für Preiskontrolle ohne Erklärung mit, daß bei verschiedenen Grundnahrungsmitteln die Preise erhöht würden: bei Weizenmehl 15 Pesos für einen 100-Pfund-Sack, womit sich Brot auf fünf Cheles pro Stück verteuerte. Der Preis der Milch NIDO wurde auf 11 Pesos pro Dose erhöht, der Zuckerpreis auf 31 Centavos pro Pfund, Sojaöl verteuerte sich um mehr als 7 Pesos pro Gallone.

Der Protest war einstimmig: Am selben Tag bekundeten die Leute, die in Supermärkten und Läden einkaufen gingen, zornig ihre Wut über die Preissteigerungen. Die Oppositionsparteien lehnten die Verteuerungen ab, und durch den Erzbischof López Rodríguez wies sogar die Hierarchie der katholischen Kirche die Erhöhungen zurück und sagte, daß die Zukunft des Landes ungewiß sei. Der "Listín Diario" sagte, daß es sich um "eine der stärksten Preiserhöhungen in der dominikanischen Wirtschaft in der letzten Zeit" handele. Der "Nuevo Diario" teilte nach einer Umfrage am Karfreitag mit, daß die Leute die Preissteigerungen bei Brot, Speiseöl, Zucker und andere für die Ernährung lebenswichtige Nahrungsmittel als "ungerecht", "untragbar" und sogar "gefährlich" bezeichneten. Die Spekulation vieler Händler ließ nicht auf sich warten. Bei fast allen Produkten, nicht nur den offiziell verteuerten, stiegen die Preise, wobei Tomatensauce, rote Bohnen, Fisch, Huhn, Butter und Käse herausragten. Daher war es nicht verwunderlich, daß am Morgen des Montags, des 23. Aprils, die Koordination des Volkskampfes von Capotillo informierte, daß mehr als 100 Volksorganisationen des Gebiets in einer Versammlung beschlossen hatten, an diesem Tage zu einem zwölfstündigen Streik aufzurufen. Dabei forderte sie alle Einwohner auf, ihren Protest gegen die Preiserhöhungen und die Maßnahmen kundzutun, die Jorge Blanco am Mittwoch zuvor angekündigt hatte. Zugleich forderten sie Gehaltserhöhungen von mindestens 200 Pesos, eine allgemeine Anpassung der Löhne und die Rücknahme der Preiserhöhungen bei Grundnahrungsmitteln. Deswegen erhob sich um 10 Uhr morgens der Protest des Volkes gegen, über dem Hospital Moscoso Puello ...

Jamaika und der IWF:

Destabilisierung einer Reformregierung

Ein Interview mit Michael Manley

Michael Manley, Chef der People's National Party (PNP) war von 1972 bis 1980 Ministerpräsident Jamaikas. Die Ökonomie seines Landes ist stark weltmarktabhängig; Devisen werden vor allem durch den Export von Bauxit und Zucker sowie durch den Tourismus erwirtschaftet. Außenpolitisch hatte sich Jamaika, wirtschaftlich von den USA abhängig, vor 1972 eng an die westliche Führungsmacht angelehnt und angesichts der kubanischen Revolution zu einem „Bollwerk“ gegen den Kommunismus in der Karibik entwickelt.

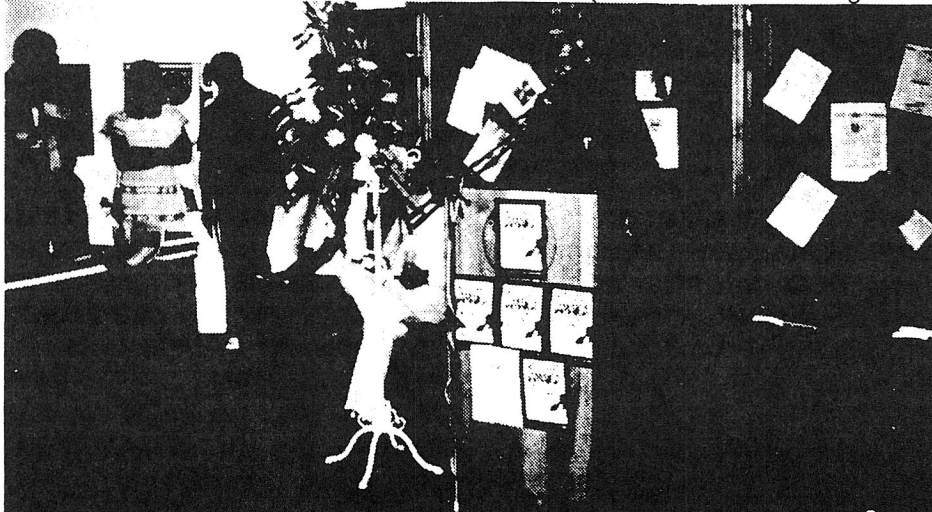
Die PNP Manleys, 1972 mit den Wahlslogans „Better must come“ und „Power for the people“ durch die Unterstützung breiter Klassen und Schichten, besonders der Unterprivilegierten, an die Regierung gelangt, beabsichtigte, die Kontrolle über die Kommandohöhen der jamaikanischen Ökonomie zu erlangen. Innenpolitisch bedeutsam waren die Agrarreform und die Sozialreformen, die einen Abbau der extremen sozialen Ungerechtigkeit zum Ziel hatten.

Außenpolitisch orientierte sich die Regierung Manley an dem Prinzip der Blockfreiheit, engagierte sich im

Kampf für eine Neue Weltwirtschaftsordnung und betonte die nationale Eigenständigkeit Jamaikas. Auch in der internationalen Kritik am Internationalen Währungsfonds (IWF), die sehr lautstark 1980 in der Arusha-Initiative zum Ausdruck kam, erhob Jamaika in führender Position das Wort; eine Vorbereitungstagung vor der Arusha-Konferenz fand 1979 in Kingston, der Hauptstadt Jamaikas, statt.

Die Regierung Manley hatte 1977 bis 1979 ihre eigenen Erfahrungen mit dem IWF gemacht, dessen Roßkur die Lebensbedingungen der Unterprivilegierten verschlechterte und letztlich zur Wahlniederlage der PNP im Oktober 1980 entscheidend beitrug. Seitdem wird der Inselstaat von der stramm antikommunistischen, proamerikanischen Jamaica Labour Party (JLP) Edward Seagas regiert, der Jamaika auch wieder mit dem IWF versöhnte und im April 1981 ein Stabilisierungsprogramm mit dreijähriger Laufzeit besiegelte.

Nachfolgend werden einige Passagen aus einem längeren Interview des Verf. mit Manley dokumentiert, in denen es um die finanzielle Situation Jamaikas und um die IWF-Intervention geht.



M. Manley bei der Vorstellung seines neuen Buches „Struggle in the Periphery“

Frage: Muß angesichts der schlechten Lebensbedingungen und der materiellen Aspirationen eines Großteils der jamaikanischen Bevölkerung nicht jede Partei — ob PNP oder JLP — Wahlversprechen geben, die nachher nicht einlösbar sind?

Manley: 1972 gaben wir nicht viele bestimmte Versprechen, aber wir gebrauchten einen Slogan, der im nachhinein betrachtet, unklug war: „Better must come“. Das wurde am Ende von jedermann in dem Sinne interpretiert, daß alle gehegten Wünsche und Hoffnungen in Erfüllung gehen müßten. In diese Falle wollen wir künftig nicht wieder tappen.

Frage: Glauben Sie, daß die finanzielle Basis breit genug war zur Durchführung aller Reformprojekte?

Manley: Nun, wie es sich herausstellte — nein. Die finanzielle Lage verschlechterte sich viel schneller, als irgendjemand angenommen hatte. In der ursprünglichen Planung gab es eine ausreichende finanzielle Basis; die BauxitAusfuhrsteuer¹ hätte alles finanzieren können, was wir vorhatten. Offen gestanden sahen wir nicht vorher, in welchem Ausmaß sich unsere Wirtschaftskrise fortsetzen und verschärfen würde. Auch sahen wir nicht vorher, daß die OPEC nach der Anhebung des Ölpreises auf 11 \$ je Barrel auf 36 \$ je Barrel emporspringen würde. Wir dachten, daß nur 18 \$ erreicht würden.

Außerdem zogen wir nicht in Rechnung, daß der Geldmarkt verknappen würde. Daher mußten wir, als der finanzielle Druck zunahm, mehr Geld ausleihen und immer höhere Zinsen in immer kürzeren Zeiträumen zahlen. Das Ausmaß der fortschreitenden Verschlechterung der internationalen Finanzlage ahnten wir nicht. Wenn Sie uns dies ankreiden wollen, dann kreiden Sie es uns an. Die Programme, die wir Mitte der 70er Jahre starteten, waren unter finanziellen Annahmen konzipiert, die meines Erachtens ganz vernünftig waren. Tatsächlich aber war die finanzielle Basis nicht vorhanden. Sie können daher sagen, daß wir die Programme sofort hätten einschränken sollen. Nun, am Ende schränkte der IWF sie alle ein.

Frage: Ist es richtig, daß das, was manche als Zickzackkurs Ihrer Regierung gegenüber dem IWF bezeichnen, Resultat parteiinterner Auseinandersetzungen war?

Manley: Nein, das ist eine zu starke Vereinfachung. Alle waren entsetzt über die Programme, die der IWF uns aufbürden wollte — über die Höhe der Abwertung, die drückenden Steuern und die umfangreichen Ausgabenkür-

zungen. Sogar die konservativsten unserer Experten vertraten im Kabinett die Ansicht, daß der IWF uns mehr zumuten wollte, als jede objektive ökonomische Analyse rechtfertigen könnte. Selbst sie glaubten, daß die IWF-Maßnahmen so hart waren, daß sie sich als kontraproduktiv erweisen würden. Unsere gesamte Partei dachte so.

Aber es gab — insbesondere 1977 — eine harte innerparteiliche Auseinandersetzung und Debatte um das Devisenproblem. Das Gefühl, daß ohne den IWF mit seinem Geld und der Unterstützung durch die Banken die verarbeitende Industrie völlig zusammenbrechen würde, entschied schließlich die Angelegenheit. Ich erinnere mich an die schwerwiegenden Argumente im Kabinett und im PNP-Vorstand. Die einen sagten: „Wir werden ohne den IWF irgendwie überleben, und lieber das — wie hart auch immer es sei — als in die Falle zu tappen.“ Die anderen antworteten: „Aber sagt uns nicht, daß Ihr überleben werdet, wenn Ihr uns nicht zeigen könnt, wie Ihr 80.000 Industriearbeitern den Job erhalten könnt.“

Als die Bank of Jamaica darauf aufmerksam machte, daß keine Devisen mehr vorhanden waren, waren wir praktisch bankrott, konnten unsere Schulden nicht bezahlen. Da stellten wir uns die Frage: Beginnen wir jetzt ein Programm des Zahlungsverzuges und werden zu einem internationalen finanziellen Pariah? Über Zahlungsverzug zu theoretisieren ist sehr einfach, aber jedes Land, das jemals in Zahlungsverzug geriet, erfuhr, daß es einen furchtbaren Preis dafür entrichten mußte. Es wäre sehr romantisch gewesen zu sagen: Laßt uns einfach unsere Schulden streichen!

Wir sandten Verhandlungsdelegationen zur OPEC, in die Sowjetunion und anderswohin, um herauszufinden, ob es einen anderen Weg zur Mobilisierung der lebensnotwendigen Devisen gäbe. Das schlug fehl. Wir bekamen ein wenig, aber bei weitem nicht genug. Daher entschied schließlich die Mehrheit in der PNP: „Schau, es ist schrecklich, aber wir müssen zum IWF zurückkehren.“ Für die einen war das Verrat und ein Fehler; für die anderen war es das einzige, was wir tun konnten. Niemand wollte wirklich den IWF. Für niemand waren die IWF-Rezepte eine gute Sache.

Später dann, 1980, entschied sich eine Mehrheit für den Bruch mit dem IWF. Aber das war eine ganz andere Situation. Wir bekamen nun Mittel aus der (venezolanischen) Ölfazilität. Wir er-

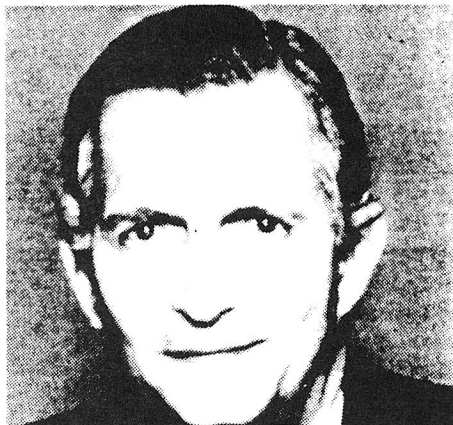
hielten nun nennenswerte Kredite von Ländern wie Libyen und Irak. Natürlich war das insgesamt noch sehr wenig. Aber wenn man sich die finanziellen Gleichungen anschaut und fragt, was auf dem Papier 1980 — verglichen mit 1977 — möglich war, dann war das ein sehr unterschiedliches Bild.

Frage: Sahen Sie wirklich eine, nach dem März 1980 ohne den IWF über die Runden zu kommen?

Manley: Nun, wir kamen über die Runden. Es war hart.

Frage: Bestand der IWF auf der Preisgabe demokratischer sozialistischer Prinzipien wie „Mixed Economy“ oder Blockfreiheit oder der Beendigung der Beziehungen zu Kuba?

Manley: Nein, sie sind viel cleverer. Niemals werden sie Ihnen sagen: „Schaff das ab!“ Aber wenn sie das Stabilisierungsprogramm ausarbeiten, dann sagen sie frei heraus: „Warum haben Sie diese Preiskontrolle? Was wir brauchen, ist weniger Preiskontrolle. Warum haben Sie diese Importkon-



E. Seaga: Manley Nachfolger aus dem konservativen Lager hat keine Probleme mit dem Fonds

trolle? Sie sollten lieber Ihre Märkte öffnen, so daß Importe in Ihr Land fließen können.“ In den Detailfragen üben sie furchtbaren Druck aus. Und wenn Sie in der Blockfreienbewegung stark sind, dann werden sie Ihnen sagen: „Glauben Sie, daß es klug ist, in der Blockfreienbewegung stark zu sein? Denn möglicherweise beunruhigen Sie die Banker, die das nicht mögen.“ Sie gehen sehr subtil vor.

Frage: Warum konnte die Regierung Seaga 1981 IWF-Bedingungen erreichen, die Ihre Regierung 1980 nicht erzielen konnte?

Manley: Weil sie (der IWF) verzweifelt nach einem Erfolg suchten.

Wir unternahmen ungefähr zwei Jahre lang einen internationalen Kreuzzug gegen die IWF-Konditionalität: daß sie unangemessen, zu strikt, zu kurzfristig, etc. sei — all die technischen Argumente. Sie wurden feinfühlig, weil

sie unter erheblichen Druck der Dritten Welt gerieten. Selbst einige fortschrittliche Kreise der Ersten Welt entwickelten ein Bewußtsein für die IWF-Problematik. Im IWF fand eine Entwicklung zu mehr Einfühlungsvermögen statt. Sie sind ein politischer Körper wie jeder andere, und ich glaube, sie entschlossen sich, Seaga, wenn er uns in den Wahlen schlagen könnte, jede Chance zu geben, eine Erfolgsstory zu werden. Sie halfen ihm, seinen eigenen Fahrschein auszustellen.

Auf unteren Rängen gibt es Leute im IWF, die Dritten gegenüber zugaben, sie hätten keinen Zweifel, daß die Entscheidungsträger im IWF eine Bestrafungspolitik gegen die PNP-Regierung durchführten. Sie waren verärgert darüber, daß Jamaika 1977 um das Bereitschaftskreditabkommen mit ihnen kämpfte, Leute mobilisierte wie Callaghan in Großbritannien, Trudeau in Kanada und sogar Mrs. Carter, als sie uns in Jamaika besuchte. Wir mobilisierten erheblichen Druck auf das IWF-Exekutivdirektorium, und in einem von wenigen Fällen änderten sie in der Tat beträchtlich die Bedingungen vom ersten Vorschlag im Januar 1977 bis zu dem, was wir schließlich um den Juli/August 1977 unterschrieben.

Wir erzielten substantielle Änderungen dank des Drucks, den Männer wie Callaghan und Trudeau mittels ihrer Repräsentanten auf das Exekutivdirektorium ausübten. Die IWF-Leute nahmen uns sehr übel, daß wir, wie sie es empfanden, ihnen in den Rücken gefallen waren und gegen sie mobilisiert hatten. Als wir durch den IWF-Test im Dezember 1977 durchfielen, holten sie das Würgeisen heraus und hängten uns am Nacken auf, bis wir tot waren. Sie entschieden: „Wir erteilen Euch eine Lektion, und lehren Euch unverschämtes kleines Land, ob Ihr mit großen Institutionen wie uns umgehen könnt!“ und sie bestraften uns. Deshalb ist das Programm, das sie uns 1978 aufbürdeten, der wahre Grund für unsere Wahlniederlage. Wir verloren die 1980er Wahl Mitte 1978. Wir erholten uns nie wieder von diesem IWF-Programm.

Als Seaga kam, waren sie sehr darauf bedacht, als die guten Kumpel zu erscheinen. Aber der IWF beharrte auf der Deregulierung, so daß Seaga die Ökonomie deregulieren, sie für US-amerikanische Waren öffnen, Preiskontrollen beseitigen mußte.

Die Bauxitaufuhrsteuer, 19/4 eingeführt, wurde von den betroffenen US-amerikanischen und kanadischen Konzernen, für die andere Bauxitförderländer nun aus Kostengründen attraktiver wurden, mit einer Strategie der Produktionsverlagerung beantwortet.

P. Körner

5. MULTILATERALE PROGRAMME DER INDUSTRIENATIONEN

Die Strategien der US-Außenpolitik zu Mittelamerika und der Karibik sind ebenso vielschichtig wie eindeutig: Seit 1981 wird dem militärischen Bereich Vorrang gegeben, ohne jedoch dabei auf neue wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Durchsetzung ihres Herrschaftsanspruches zu verzichten - dies soll auch als ein Signal an außerrömische Interessenten verstanden werden.

Die Caribbean Basin Initiative (1982) der Reagan Administration wurde mit einem enormen Propagandaaufwand als ein epochales Wirtschaftsprogramm mit einem dramatischen Rede des Präsidenten vor beiden Häusern des Kongresses verkündet und über Rundfunk und Fernsehen live in nahezu alle lateinamerikanischen Länder ausgestrahlt. Eine über die elektronischen Medien unmittelbar nach der Rede des Präsidenten durchgeführte Blitzumfrage suggerierte eine überwältigende Zustimmung für das angekündigte Hilfsprogramm.

Was von der Caribbean Basin Initiative zu halten ist, untersucht der Artikel von Ane Aguilocha.

Auch die hohen Erwartungen, die in die EG-Initiative vom September 1984 für Mittelamerika gesetzt wurden, dürften sich nicht erfüllen: In wirtschaftlicher Hinsicht werden die Finanzbeiträge zur Stabilisierung Mittelamerikas als enttäuschend gering eingeschätzt.

Die Bedeutung der europäischen Initiative von San José liegt jedoch nicht im wirtschaftlichen Bereich sondern im wiedererwachenden politischen Interesse Europas für Mittelamerika und der Sorge, daß die Folgen einer Internationalisierung der mittelamerikanischen Krisen ernste Konsequenzen für die europäischen Länder nach sich ziehen würden.

Ane Aguilocha

THE CARIBBEAN BASIN INITIATIVE (CBI)

US- "Hilfe" - Worin besteht sie wirklich?

Während Reagans erster Amtsperiode war eines der Allheilmittel für die Länder Mittelamerikas und der Karibik die jetzt fast vergessene "Initiative für das Karibische Becken" (Caribbean Basin Initiative, CBI).

Hinter der Fassade eines Programms für Handel, Hilfe und Privatinvestition bestand das Ziel darin, die politische und militärische Präsenz der USA in der Region zu stärken.

Seit Spekulationen über diese Idee 1981 begannen, ist klar geworden, daß es sich um ein Mittel handelt, Hilfe für Länder wie El Salvador zu verschleiern, während die wirtschaftliche Isolierung von Kuba, Nicaragua und dem Grenada Maurice Bishops verstärkt wurde.

In Gesprächen, die der Gründung der Initiative am 24. Februar 1982 vorangingen, versuchten die USA, ein gemeinsames Projekt mit Kanada, Mexiko und Venezuela zustande zu bringen.

Bei dem Treffen zwischen diesen drei Ländern und den USA in Nassau gab es Meinungsverschiedenheiten darüber, was ein wirkliches Hilfsprojekt für diese Region bedeuten würde.

Nach monatelangen Verhandlungen wurde die CBI schließlich einseitig von der US-Regierung vorgestellt, während die anderen Länder der "Nassau-Gruppe" auf verschiedene Arten Hilfe gewährten.

Kanada sagte 105 Mio. US-Dollar Wirtschaftshilfe für die nächsten fünf Jahre zu.

Mexiko und Venezuela unterzeichneten am 2. August 1980 das Abkommen von San José mit den mittelamerikanischen und karibischen Ländern, in dem die Lieferung von 320.000 Barrel Öl täglich zugesagt wurde.

Das Öl wird über separate Handelsverträge mit neun Ländern geliefert - Costa Rica, Honduras, El Salvador, Guatemala, Nicaragua, Jamaika, Haiti, Panama und Dominikanische Republik - mit der Abmachung, daß 30 % der Rechnung in fünf Jahren mit 4 % Zinsen fällig seien. Wenn die Anleihen zur Schaffung anderer Energiequellen zu Entwicklungszwecken benutzt würden, sollte die Rückzahlungsfrist auf 20 Jahre bei 1 % Zinsen verlängert werden.

Das Abkommen von San José war 1983 noch in Kraft trotz der Auswirkungen der wirtschaftlichen Krise und fallender Ölpreise auf die Wirtschaften von Mexiko und Venezuela.

Es wurde errechnet, daß die Einhaltung des Abkommens Mexiko und Venezuela jährlich 700 Mio. US-Dollar kostet; das ist genau doppelt so viel wie die Nothilfe, die Reagan der Region 1982 anbot.

Die CBI wurde von mehreren Ländern der Region sowie von der amerikanischen Gewerkschaft AFL-CIO und einigen Teilen des Kongresses heftig kritisiert.

Nicht nur die ausgeschlossenen Länder - Kuba, Nicaragua und Grenada - lehnten sie vehement ab, sondern auch einige der angeblichen Nutznießer der Initiative, vor allem Länder aus der östlichen Karibik, die programmgemäß trotz ihrer Armut nur 10 Mio. US-Dollar erhalten sollten.

Gerade bei der Verteilung der Hilfe wird der strategische Charakter der CBI am deutlichsten.

Die Hilfe der Regierung Reagan für die Region begann 1980 mit 324 Mio. US-Dollar, 1981 wurden 419,6 Mio. US-Dollar gewährt und 1982 474,6 Mio. US-Dollar, wobei zwischen den einzelnen Ländern ein gewisses Gleichgewicht gehalten wurde.

Aber mit zunehmender Verschärfung der Krise in Mittelamerika konzentrierte sich die Hilfe auf die Länder, in denen die USA ihre Interessen am stärksten bedroht sahen. Daher verteilte sich die dem Kongreß im Finanzjahr 1982 vorgelegte zusätzliche Hilfe von 350 Mio. US-Dollar wie folgt:

El Salvador	128 Mio. US-Dollar
Costa Rica	70
Honduras	35
Jamaika	50
Dominikanische Republik	40
Ostkaribik	10
Belize	10
Haiti	5
Amerikanisches Institut für die Entwicklung freier Gewerkschaften	2
Gesamt	350

Wie man sieht, konzentrieren sich 40 % der Hilfe auf ein Land, El Salvador. Dies, obwohl ein ECIA-Bericht über dieses Land zeigt, daß "...1982 die Wirtschaftstätigkeit in El Salvador bereits im dritten Jahr rückläufig ist, und zwar um 2 % des Bruttozialprodukts".

Die Militärhilfe der USA für das Karibische Becken, ausschließlich der Panama-Kanal-Zone, erreichte 1983 die alarmierende Zahl von 388 Mio. US-Dollar, das sind ca. 90 % des Betrags für den übrigen Kontinent.

Dieser Betrag konzentrierte sich auf El Salvador mit 166 Mio. US-Dollar, Jamaika (62 Mio. US-Dollar), Costa Rica (60 Mio. US-Dollar), Honduras (40 Mio. US-Dollar), Ostkaribik (38 Mio. US-Dollar) und die Dominikanische Republik (10 Mio. US-Dollar).

El Salvador erhielt also 43 % der Militärhilfe. Waffenverkäufe an die gesamte Region stiegen von 9,2 Mio. US-Dollar im Jahre 1980 auf 101,3 Mio. US-Dollar im Jahre 1983.

Es ist offensichtlich, daß die Hilfe politisch, ideologisch und strategisch motiviert ist und die Regime unterstützt, die den USA günstig gesonnen sind. Die US-Hilfe spielt bei der Zerschlagung von Aufstandsbewegungen eine entscheidende Rolle.

In einer Rede vor der OAS versuchte Reagan, sich selbst als Verbündeten Zentralamerikas und der Karibik darzustellen. In Wirklichkeit aber ist die CBI eine Rückkehr zu der alten Theorie, daß Handel und Privatinvestitionen die beste Art von Wirtschaftshilfe darstellen. Reagan sprach von einer Freihandelszone zwischen den USA und dem Karibischen Becken als einem "Eckstein".

Dies würde für 12 Jahre - Textilien und Zucker ausgenommen - "die Abschaffung von Zollschränken für alle Produkte, die aus den Ländern des Karibischen Beckens auf den US-Markt kommen" bedeuten. In anderen Worten, Einbahnfreihandel.

In Wirklichkeit sind nach dem sogenannten Allgemeinen Vorzugssystem 87 % der Exporte aus der Region in die USA bereits zollfrei, sodaß nur 13 % der Exporte davon profitieren würden.

Es sind sowieso nicht so sehr die Zollschränken, die in der Handelspolitik zählen, als vielmehr die anderen Einschränkungen, von staatlichen Subventionen bis zu ausgefallenen technischen und gesundheitlichen Vorschriften. Die UNCTAD hat über 700 solcher Vorschriften aufgelistet.

Diese protektionistischen und diskriminierenden Maßnahmen reichen aus, um die USA vor Exporten aus karibischen Ländern zu schützen.

Es muß auch darauf hingewiesen werden, daß freier Zugang zum US-Markt nicht automatisch gestaltet wird, sondern auf bilateralen Verhandlungen beruht, von denen nur nicht-kommunistische Länder profitieren können, die kein US-Eigentum verstaatlicht

haben, und solche, die Waren aus Drittländern nicht bevorzugt behandeln.

Die Präsenz von US-Kapital in der Region ist allseits bekannt. Nach von der US-Regierung selbst veröffentlichten Zahlen beliefen sich nicht-finanzielle Investitionen im Jahre 1980 auf 11,95 Mrd. US-Dollar (sic.!).

Zählen wir jedoch die reinen Finanzinvestitionen in den internationalen Finanzzentren Bahamas, Cayman Inseln und Panama dazu, beträgt die Gesamtsumme ca. 22,5 Mrd. US-Dollar.

In den Jahren 1979 und 1980 verdienten amerikanische transnationale Unternehmen für jeden Dollar, der im Karibischen Becken investiert wurde, 2,24 US-Dollar. Nach Berechnungen des "Survey of Current Business" haben die Transnationalen eine sehr hohe Profitrate erzielt, nämlich ca. 23 % des investierten Kapitals.

Die USA erhalten täglich Gebrauchsgüter im Wert von 100 Mio. US-Dollar für ausländische Investitionen und in nur dreieinhalb Tagen erhalten die USA denselben Betrag in Gebrauchsgütern, den die CBI Mittelamerika und der Karibik anbietet.

Die CBI, von dem demokratischen Senator Christopher Dodd als "Formel für den Mißerfolg" bezeichnet, wurde am 17. März 1982 dem Kongreß zur Diskussion vorgelegt. Im September desselben Jahres stimmte der Kongreß lediglich dem Abschnitt über die Soforthilfe in Notsituationen zu und ließ die Abschnitte über Handel und Investitionen anstehen.

Diese Abschnitte, von Reagan für äußerst wichtig erachtet, wurden lange diskutiert, bevor sie im Juli 1983 schließlich Zustimmung fanden.

Der Mangel an Informationen über diese Diskussionen ist ein Zeichen dafür, daß die US-Regierung die Initiative selbst als Mißerfolg betrachtet. Jede kapitalistische Initiative ist durch die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Situation in der Karibik zum Scheitern verurteilt, und dies um so mehr, da sie nicht einmal Reformen anbietet.

Die CBI nimmt nicht den geringsten Bezug auf die Notwendigkeit von Strukturveränderungen in diesen ärmsten Teilen des Kontinents, noch auf Hunger, Arbeitslosigkeit, Analphabetentum und Armut, die im Übermaß vorhanden sind.

Im Gegenteil: durch die Anreize für den privaten Sektor verbreitert sich die Kluft zwischen arm und reich.

Die CBI und die Außenwirtschaftspolitik der Reagan-Administration werden nichts unternahmen, um die Region aus ihrer derzeitigen politischen und wirtschaftlichen Krise herauszuführen. Sie wird die wirtschaftliche, finanzielle und kommerzielle Abhängigkeit der karibischen Länder nur noch erhöhen.

(Quelle: "Prisma", Havanna, 1985)

(Auszug)

Das Treffen der Außenminister der zehn EG-Staaten, Spanien und Portugals und ihrer fünf mittelamerikanischen Kollegen sowie den Vertretern der Contadora-Länder am 28. und 29. September in Costa Rica endete ohne größere Überraschungen. Das seit längerem geplante Mammut-Treffen auf höchster Regierungsebene sollte die Integration eines mittelamerikanischen Marktes fördern und einen Grundstein für eine engere politisch-wirtschaftliche Bindung Mittelamerikas an Europa legen, um ein politisches Gegengewicht zu den militärischen Plänen der USA in der Region zu schaffen.

Jedoch schon ein auf der Konferenz bekanntgewordenes Schreiben des US-Außenministers an seine EG-Kollegen, in dem sie aufgefordert wurden, keine Entscheidungen zu treffen, die der US-Strategie einer politischen, diplomatischen und wirtschaftlichen Isolierung Nicaraguas zuwiderlaufen, verdeutlichte die Atmosphäre der Spannung und der gegensätzlichen Interessen, in der die Konferenz stattfand.

Vorausgegangen war der Konferenz eine überraschende Zustimmung der fünf mittelamerikanischen Regierungen zu dem Schlußdokument "Frieden und Kooperation in Mittelamerika" der Contadora-Gruppe, der Venezuela, Mexiko, Kolumbien und Panama angehören. In dem Dokument wird der US-Strategie, den mittelamerikanischen Konflikt auf militärischem Wege zu lösen, eine Absage erteilt. Politische, diplomatische und wirtschaftliche Sanktionen ausländischer Regierungen gegen mittelamerikanische Staaten sollen eingestellt werden, die US-Militärstützpunkte in Honduras abgebaut, sowie alle ausländischen Militärberater abgezogen werden. Hingegen wird den Ländern Mittelamerikas ihr Recht auf Verteidigung zugestanden, die jedoch durch Kommissionen überwacht werden und keine Nachbarländer bedrohen sollte.

Daß auch Nicaragua dieses Dokument bedingungslos angenommen hatte, war von der US-Regierung als "Heuchelei" gewertet worden.

In dem Schlußdokument der Außenministerkonferenz wurde die Konfliktlösung der mittelamerikanischen Länder diesen ausdrücklich selbst anheim gestellt. Die Bemühungen der Contadora-Gruppe in Mittelamerika, Demokratie, soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Entwicklung und Respekt vor den Menschenrechten durch eine friedliche Lösung herbeizuführen, wurde begrüßt, und man drängte darauf, daß dieses Dokument so schnell wie möglich von den Regierungen unterzeichnet wird. Vorgesehen ist dafür der 15. Oktober.

Institutionalisierter Dialog

Mit dem Treffen wurde der Dialog zwischen den EG-Staaten und Mittelamerika institutionalisiert. Trotz offizieller Kontakte, die es seit 1967 zwischen den beiden Regionen gibt, hatten Experten der EG 1978 keine Verhandlungen mit dem Ziel eines gemeinsamen Vertrags begonnen, "weil es die politische Lage in einigen Ländern nicht erlaubt". Mit der Konferenz von San José wurden diese Verhandlungen aufgenommen. Weitere Treffen sind je nach Lage auf Außenministerebene oder auf hoher Beamtenebene in regelmäßigen Abständen vorgesehen. Die Verhandlungen über Modalitäten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit soll die Chefgruppe des mittelamerikanischen Wirtschaftsrates (GRUCA) unter Beteiligung eines Vertreters aus Panama übernehmen. Eine Kommission, die ad hoc von Vertretern der Regierungen gegründet wurde, soll in Koordination mit den Leitern der "Mission der Länder des mittelamerikanischen Isthmus" mit Sitz in Brüssel beratende Funktionen übernehmen. Das ständige Sekretariat für die Wirtschaftliche Integration Mittelamerikas (SIECA) soll den Verhandlungsverlauf unterstützen, notfalls in Kooperation mit anderen Institutionen der mittelamerikanischen Integration sowie anderen regionalen und internationalen Organisationen.

Mit ihrem Drängen auf die Unterzeichnung der Contadora-Akte gibt die EG eindeutig zu verstehen, daß sie mit der Interventionspolitik der USA nicht einverstanden ist und eine friedliche Lösung wünscht. Eine erfolgreiche Vermittlungsaktion der Europäer in Mittelamerika würde über Mittelamerika hinaus ihren politischen Einfluß in ganz La-

teinamerika stärken, was besonders aus wirtschaftlichen Gründen für die EG von Interesse ist.

Erhöhte Wirtschaftshilfe

Angeichts der weltweiten Wirtschaftskrise wies der Kommissar der EG, der Italiener Edgar Pisani, auf die hohe Auslandsverschuldung der mittelamerikanischen Staaten hin sowie auf die Schuldendienste, die angesichts der Erhöhung der Zinsen und gesunkener Weltmarktpreise für Exportprodukte der Dritte-Welt-Länder noch schwerer abzulasten seien, was Folgeerscheinungen im wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Bereich nach sich ziehe.

Im Beitrag der EG zur Stabilisierung der Region, deren Krisen auf soziale Konflikte zurückgeführt werden, soll die Vermittlung von Erfahrungen bei der Integration eines gemeinsamen Marktes sein. Erst einmal sollen Basisprogramme im ländlichen und agro-industriellen Bereich mittels finanzieller und technischer Hilfe gefördert werden. Bevorzugt werden Projekte, die regionalen und integrierenden Charakter tragen und dem Wohl der Bevölkerung dienen, wie Gesundheitsprogramme, z.B. der Aufbau einer pharmazeutischen Industrie und Flüchtlingshilfe-Programme.

Der von den mittelamerikanischen Ländern mit Spannung erwartete finanzielle Beitrag der EG zur Stabilisierung Mittelamerikas wurde mit 268 Mio Dollar (300 Mio European Currency Unit - ECU); ein ECU entspricht ungefähr 0,8 Dollar vor der Aufwertung in den letzten Wochen) für die nächsten fünf Jahre veranschlagt und soll von der Mittelamerikanischen Bank für Wirtschaftliche Integration (BCIE) verwaltet werden.

Damit ist die aktuelle Hilfe von 35,6 Mio Dollar jährlich (40 Mio ECU) auf 53,5 Mio Dollar im Jahr erhöht worden. Die Hilfe wird auf multilateraler Ebene gewährt und schließt Nicaragua mit ein. Nicaragua hat in den Jahren 1976 bis 1983 mit 79,45 Mio Dollar den höchsten Anteil der Nahrungsmittelhilfe, der finanziellen und technischen Hilfe, der Hilfe von nicht-staatlichen Organisationen und der kommerziellen Förderung aus dem EG-Fond erhalten. Hingegen liegt Nicaragua im gleichen Zeitraum mit einem Exportvolumen von 542,74 Mio Dollar an die EG sowie mit einem Importvolumen von 308,4 Mio Dollar im Handelsaustausch mit den EG-Staaten an letzter Stelle der mittelamerikanischen Länder. Dabei ist nach einem Tief der Handelsbeziehungen 1979 bis 1980 eine aufsteigende Tendenz zu beobachten.

Auf der Basis der Stabilisierung des Marktes und der wirtschaftlichen Kooperation der mittelamerikanischen Länder untereinander, sollen die Austauschprodukte diversifiziert werden. Die Expansion des Außenhandels mit den EG-Staaten und die Industrialisierung soll durch das allgemeine System der Präferenzen gefördert werden. Die EG-Hilfe ist nur eine Ergänzung zu den bilateralen Beziehungen. Gefördert werden sollen Kontakte zwischen Privatunternehmen. Der Außenminister der Bundesrepublik, Genscher, der mit dem costaricanischen Präsidenten Monge die Konferenz einberufen hatte, wies auf die kleinen und mittleren Unternehmen hin. Die Kooperation zwischen privaten und öffentlichen Finanzinstitutionen sowie die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit soll gestärkt werden.

Zwischenbilanz

Abgesehen von einer Erhöhung der Wirtschaftshilfe der EG in Mittelamerika, die geringer ausfiel, als die Mittelamerikaner es erwarteten, scheint die San-José-Konferenz wenig erbracht zu haben. Zwar wurde Nicaragua in die Wirtschaftshilfe miteinbezogen; politisch jedoch wurde dieses in einen Aggressionskrieg verwickelte Land weiter - und im Verhältnis zu den anderen Ländern in Mittelamerika - ungleich bedrängt. Auch wenn sich die Konferenzteilnehmer während der offiziellen Sitzungszeit vor politischen Urteilen, die ein bestimmtes Land betreffen, zurückhielten, entstand dennoch der Eindruck, daß gerade Nicaragua, die im November anberaumten Wahlen und der Dialog mit der Opposition im Mittelpunkt der Kritik standen. Auf separaten Pressekonzferenzen und Interviews äußerten sich die Außenminister zu diesem Thema mit gleichlautendem kritischen Unterton.

Besonders offensichtlich wurde der politische Vermittlungsversuch der Europäer, die ihre Unterstützung der Contadora-Friedensbemühungen hervorhoben, durch den - von der New York Times zum gleichen Zeitpunkt bekanntgemachten - Druck der Reagan-Administration auf die Nachbarländer Nicaraguas, die Contadora-Schlußakte nicht zu unterzeichnen, gezielt vereitelt.

Sollten sich El Salvador, Guatemala, Honduras und Costa Rica einer Zustimmung des Friedens-Dokuments der Contadora-Regionen entziehen, worauf alles hinweist, obwohl ihre Delegierten zuvor selbst dieses Dokument mit erarbeitet hatten, so steht ein weiteres Mal fest, daß sich die USA in Mittelamerika nicht hineinreden lassen und auch nicht gewillt sind, eine europäische Einflußnahme zu dulden.

(Quelle:

"Mittelamerika-Informationsdienst, Oktober 1984)

Xabier Gorostiaga

DER VORSCHLAG DES GEMEINSAMEN EUROPÄISCHEN MARKTES FÜR DIE REGION

Zum ersten Mal betrachten die Europäer die Krise in Mittelamerika als ein Phänomen, das alle Länder gleich und die Region insgesamt betrifft. Zur Jahresmitte 1982 debatierte die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft einen ersten Vorschlag und seitdem ist man in der Initiative schrittweise - vermutlich aus Furcht vor einer Kollision mit nordamerikanischen Interessen - weitergekommen.

Man kann einerseits feststellen, daß der Vorschlag des Gemeinsamen Europäischen Marktes in einer Reihe von Punkten mit dem bisher erarbeiteten Vorschlag der Interessengruppen der Region übereinstimmt. In erster Linie akzeptiert er, daß die Probleme grundsätzlich struktureller Natur sind, und daß ihre Ursachen in der Situation des Agrarbereiches der jeweiligen Länder zu finden sind, und tiefgreifende Veränderungen fordern. Ohne Veränderungen im Agrarsektor, so die Annahme der Länder des Gemeinsamen Europäischen Marktes, ist die Lösung der Probleme wie die der Einkommensverteilung, Beschäftigung und Anhebung des Lebensstandards nicht möglich. Andererseits berücksichtigt der europäische Vorschlag, daß auch Veränderungen im sozialen und ökonomischen Bereich von fundamentaler Wichtigkeit sind, um eine politische Stabilität in der Region zu schaffen.

Auffallend ist, daß die für die Region vorgesehenen unterschiedlichen Maßnahmen dimetral den Einzelmaßnahmen gegenüberstehen, die die USA zur Zeit durchführen. So unterscheidet der Vorschlag zwischen der Hilfe für El Salvador und Guatemala auf der einen Seite und der Fortführung der Hilfe - gegen anfänglichen Widerstand - an Nicaragua und Grenada auf der anderen Seite (im Fall von Grenada ist die Hilfe nach der nordamerikanischen Invasion Grenadas im Oktober 1983 zunächst "auf Eis" gelegt worden).

Freilich, der wurde Punkt des Vorschlags ist die unzureichende Wirtschaftshilfe, die lediglich 40 Mio. Dollar zu den bereits 150 Mio. Dollar jährlich bereitgestellten Mitteln für die Region vorsieht. Aber der Inhalt des Vorschlages hat mehr politischen als wirtschaftlichen Charakter. Er erkennt an, daß die Schwierigkeiten der Region mehr im Kontext der Nord-Süd-Auseinandersetzung als im Kontext des Ost-West-Konfliktes zu sehen sind. Der Vorschlag ist ein Hinweis dafür, daß das Interesse europäischen Potentials für Mittelamerika wieder erwacht, das, wenn es richtig von den Ländern der Karibik verstanden wird, für ihre Zukunft von außerordentlicher Wichtigkeit sein könnte. Vor allem sei auf die wichtigen kleineren Länder Nordeuropas hingewiesen, die das größte Interesse gezeigt haben, diesen Vorschlag zu unterstützen. Auch in Spanien, Griechenland Portugal und Italien entwickelt sich ein wachsendes Interesse an den Ländern unserer Region.

Ferner zeigt der Vorschlag auch einen Vertrauensverlust der Europäer in die politischen Fähigkeiten der USA, mit den Problemen der Länder der Dritten Welt fertig zu werden, einschließlich der Länder, die in die direkte Einflußsphäre der USA fallen.

Auffallend ist auch die in den europäischen Friedensbewegungen und neuen ökologischen Parteien (wie z.B. Die Grünen in der BRD) vorherrschende Sorge, daß eine Konfrontation in Mittelamerika die umfassenden Friedensbemühungen und Abrüstungsverhandlungen verhärteten und zusätzlich mit der Variante der Ost-West-Auseinandersetzung über den mittelamerikanischen Konflikt belasten könnte. In diesem Sinne wird in Europa eine Verhärtung in den Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA als Gefahr im Hinblick auf eine weitere Zunahme des weltweiten Aufruhrs und als eine Konfrontation gewertet, die in erster Linie Europa direkt betreffen müßte.

(Quelle:

Xabier Gorostiaga, Geopolítica de la crisis regional. Apuntes sobre el marco estratégico de la alternativa regional para Centroamérica y el Caribe. Cuadernos de Pensamiento Propio, Serie Ensayos, No. 6, Seite 34 - 35, Managua 1984)

EG verdoppelt Wirtschaftshilfe für Mittelamerika

Managua, den 18.8.85 (LATIN, span.)

(Volltext) "Die EG wird ihre Hilfe für Mittelamerika unter Einschuß des linksgerichteten Nicaragua verdoppeln. Das erklärte am 18.8. ein EG-Vertreter in Managua. Luigi Boselli, EG-Beauftragter für Mittelamerika, sagte zum Abschluß seines zweitägigen Besuchs in Managua, die EG werde die Wirtschaftshilfe für die Region von 240 auf 480 Millionen Dollar erhöhen. Diese Hilfe sei Bestandteil eines Abkommens über Zusammenarbeit, das auf der Außenministerkonferenz der EG, Mittelamerikas und der Contadora-Gruppe im November in Luxemburg unterzeichnet werde. Vor der ersten Ministerkonferenz, die im vergangenen September in Costa Rica stattfand, hatten sich die vereinigten Staaten darum bemüht, daß die EG Nicaragua von dem Hilfsprogramm ausklammere, da Washington dieses Land als Umräuber in der Region betrachtet. Boselli bekräftigte die Unterstützung der EG für die Contadora-Gruppe, die sich um eine friedliche Lösung der Konflikte in der Region bemüht. "Die Krise läßt sich nicht durch eine militärische Zerschlagung Nicaraguas lösen", erklärte Boselli, indem er offenbar auf die US-Unterstützung der Rebellen anspielte, die die sandinistische Regierung stürzen wollen." (gil/LA) (aus Monitor - Dienst der Deutschen Welle)

Die in diesem Script versammelten Beiträge sollen eine Bilanz der Rolle der internationalen Finanzorganisationen und der wirtschaftlichen Abhängigkeit und wirtschaftlicher Interventionen der Industriestaaten und besonders der USA im karibischen und zentralamerikanischen Raum ziehen. Alexander Schubert diskutiert in seinem Abschlußbeitrag zwei Schwerpunkte: es geht ihm zum einen um die Klärung der Frage nach der Bedeutung der gegenwärtigen Krise und der Frage nach einer globalen und unaufhaltbaren Krise, die in der Verschuldungssituation ihren Hauptausdruck findet. Zum anderen beschäftigt er sich mit möglichen Auswegen und Gegenstrategien, eine Diskussion, die besonders für die Entwicklungsprozesse Zentralamerikas und für die weitere Arbeit der Solidaritäts- und Internationalismusbewegung notwendig ist.

SCHULDENERLAß ODER GLOBALE KRISE

Alternativen der zukünftigen Weltwirtschaftsentwicklung

Von Alexander Schubert*

Der Schuldenberg der höchst verschuldeten Entwicklungsländer ist in den letzten Jahren trotz der internationalen Verschuldungskrise nicht kleiner sondern größer geworden. Die Schulden der 16 höchst verschuldeten Länder stiegen zwischen 1982 und 1984 von 451 Mrd. US-Dollar auf 418 Mrd. US-Dollar, und die Schulden aller Entwicklungsländer von 775 Mrd. US-Dollar auf 895 Mrd. US-Dollar. Nach einer Prognose der Weltbank werden sie Ende 1985 970 Mrd. US-Dollar erreichen.

Mit nur wenigen Ausnahmen (z.B. Süd-Korea) dienten diese ausländischen Kredite der Wirtschaftsentwicklung des kreditnehmenden Landes. Die Mehrheit der Schuldnerländer befinden sich in einer der schlimmsten Wirtschaftskrisen dieses Jahrhunderts. Brachliegende Industriekapazitäten, sehr hohe Arbeitslosigkeit, ein drastisch gesunkenes Investitionsvolumen und ein beispielloser Verelendungsprozeß von Millionen von Menschen charakterisieren die gegenwärtige Lage. Die von den ausländischen Gläubigern, einheimischen Regierungen und internationalen Institutionen wie Internationaler Währungsfond befürwortete Wirtschaftspolitik richtet sich jedoch nicht auf die Behebung dieser Situation. Ziel des gegenwärtigen "Krisenmanagements" ist es, den Kapitalexport aus den Schuldnerländern zu gewährleisten.

Ein Beispiel zeigt, weshalb sich viele hochverschuldete Länder trotz eines riesigen Kapitalexports weiter verschulden müssen, um "zahlungsfähig" zu bleiben. Brasilien hat zwischen 1982 und 1984 einen Handelsbilanzüberschuß von annähernd 20 Mrd. US-Dollar gehabt. Es mußte aber in diesen Jahren 35 Mrd. US-Dollar an Zinsen und Gewinnübertragungen an ausländische Gläubiger und Gesellschaften überweisen. Um einen "geordneten" Finanztransfer ins Ausland zu gewährleisten, mußte sich also die Regierung im Ausland trotz der seit 1981 anhaltenden Wirtschaftsrezession um mehr als 15 Mrd. US-Dollar verschulden. Hierdurch tritt die groteske Situation ein, daß ab 1985 mehr als 1,5 Mrd. US-Dollar an zusätzlichen Zinsen gezahlt werden müssen, weil die früheren Zinszahlungen nur mit neuen Schulden in voller Höhe geleistet werden können.

In anderen Ländern ist die Lage ähnlich. Mexiko verwendet bis zu 80 % der Einnahmen aus dem Erdöllexport für die Bezahlung der Zinsen. Da in Mexiko die Kapitalflucht fast ungehemmt weitergeht (u.a. wegen der Inlandsrezession, die wesentlich zur Verschlechterung der Investitionsmöglichkeiten beiträgt), mußte sich die Regierung weiterverschulden, um zahlungsfähig zu bleiben, obwohl das Land zwischen 1982 und 1984 einen Handelsbilanzüberschuß von mehr als 35 Mrd. US-Dollar erzielte. Im Falle Süd-Korea, das von vielen Autoren als Beispiel für eine erfolgreiche, weltmarktorientierte Industrialisierung genannt wird, erhöhten sich die Auslandsschulden trotz der umfangreichen einseitigen Geldübertragungen (darunter hohe Überweisungen von Südkoreanern aus dem Ausland, damit ihre Familien daheim überleben können) zwischen 1982 und 1984 um fast 20%, Nigerias Schulden stiegen in den letzten zwei Jahren um 50% auf knapp 20 Mrd. US-Dollar.

* Der vorliegende Text stellt eine Zusammenfassung des Schlußkapitels meines Buches "Die internationale Verschuldung" (edition Suhrkamp, NF 1347, 1985) dar.

Die Wirtschaftsrezession als Folge der "Anpassungsmaßnahmen" hat sich bisher in den einzelnen Ländern unterschiedlich ausgewirkt, je nachdem das Wachstum der Auslandsschulden in den 70er Jahren vom Aufbau eines gewissen Industriepotentials begleitet war oder nicht. In Argentinien und Chile, Nigeria und den Philippinen wurden die Auslandskredite vor allem zur Finanzierung von Konsumgüterimporten, in nicht gerin-
nen Umfang auch für spekulative Zwecke und für die Kapitalflucht verwendet. Die Wirt-
schaft dieser Länder befindet sich daher in einer fast auswegslosen Situation, wenn
die Preise ihrer Ausfuhrgüter (Rohstoffe und Nahrungsmittel) demnächst nicht steigen.
Brasilien, Südkorea und andere Entwicklungsländer haben dagegen ihre Ausfuhren von
verarbeiteten Erzeugnissen wesentlich erweitern können, dank des Industriepotentials,
das im letzten Jahrzehnt aufgebaut worden ist. Setzt sich diese Entwicklung fort,
dann könnte zumindest diese Ländergruppe die gegenwärtige Krisensituation in Zukunft
überwinden.

Aber es ist zweifelhaft, ob das Exportwachstum dieser relativ hoch industrialisier-
ten Länder aufrechterhalten werden kann. Einerseits wirken sich nämlich die rezessi-
ven Maßnahmen für die stark binnenmarktorientierte Industrie Brasiliens (und auch
von Mexiko) verheerend auf die Kapazitätsauslastungen und Investitionsmöglichkeiten
wichtiger Wirtschaftszweige aus. Andererseits sind 1984 die Exportmärkte dieser Län-
der nur durch das riesige Handelsbilanzdefizit der USA ausgedehnt worden. Zu den
Ländern mit den höchsten Überschüssen gegenüber den USA gehören neben Japan, Kanada
und der Bundesrepublik Deutschland auch Taiwan, Mexiko, Brasilien, Indonesien, Süd-
Korea und andere Entwicklungsländer. In einigen Fällen erreichen diese Überschüsse
einen Anteil von 40% an den gesamten Ausfuhren dieser Länder. Da aber inzwischen die
hohen Handelsbilanzdefizite der USA zu einer konkreten Gefahr für die gesamte Welt-
wirtschaft geworden sind, kann man auch die Exportmärkte der hoch verschuldeten Ent-
wicklungsländer als gefährdet ansehen. Sowohl aus inneren als auch aus äußeren Grün-
den ist daher das zukünftige Exportpotential dieser Länder in Frage gestellt.

Voraussichtbare Zuspitzung der Verschuldungskrise

Sollte der Handelsbilanzüberschuß der hochverschuldeten Entwicklungsländer wieder zu-
rückgehen, dann steht dem internationalen Bankensystem eine neue Zitterpartie bevor.
Bisher sind die fälligen Tilgungen von vielen dieser Länder entweder auf jährlicher
Grundlage oder längerfristig umgeschuldet worden. Mexiko konnte eine Umschuldungsver-
einbarung unterzeichnen, die das Land bis zum Jahr 1989 von Tilgungen befreit. Andere
Länder (Argentinien, Brasilien, Ecuador, Philippinen, Venezuela und Jugoslawien) be-
finden sich in ähnlichen Verhandlungen, bei denen es um ein Tilgungsvolumen von etwa
80 Mrd. US-Dollar geht. Auch wenn es dabei zu erheblichen Schwierigkeiten gekommen
ist, weil es vielen Regierungen nicht gelingen will, die Staatsausgaben und Inflat-
ionsraten auf das von den ausländischen Gläubigern geforderte Niveau zu senken, wird
den Banken nichts anderes übrig bleiben, als diesen und vielen anderen Umschuldungs-
verhandlungen zuzustimmen.

Umschuldungsverhandlungen schaffen für die Schuldnerländer keinerlei Erleichterungen.
Diese Verhandlungen ersetzen die frühere Praxis der Refinanzierung von Schulden und
haben deshalb für die Banken den Nutzen, die nicht refinanzierbaren Beträge nicht ab-
schreiben zu müssen und die darauf fälligen Zinsen weiterhin kassieren zu können. Die
bisherigen Umschuldungsverhandlungen stellen daher kaum etwas anderes dar, als ein
Instrument zur Sicherung gegenwärtiger und zukünftiger Bankgewinne.

Eine Senkung der Zinssätze würde dagegen die Schuldnerländer entlasten. Doch auf eine
Verminderung der enormen Zinszahlungen haben sich die Banken mit ihren Schuldnern
nicht einigen können, und es besteht kein Anlaß, dies zu erwarten. Einige Berechnun-
gen zur Lage der Banken der USA zeigen, daß ein Verlust der Zinszahlungen von Mexiko,
Brasilien und Argentinien für einige dieser Banken bedeuten würde, in den kommenden
Jahren keine Gewinne ausschütten zu können. Selbst wenn die Forderungen gegenüber
diesen Ländern nicht abgeschrieben würden, träte bei diesen Banken eine kaum haltbare
Situation ein. Ein Kursverfall der entsprechenden Bankaktien an der Börse von Wall
Street ließe sich wahrscheinlich nicht verhindern. Viele institutionelle Anleger (be-
sonders die privaten Lebensversicherungen, Anlagefonds usw.) würden voraussichtlich
ihre Gelder von diesen Banken abziehen, sodaß eine Staatsintervention zur Stabilisie-
rung der gefährdeten Banken erfolgen müßte. Gleichgültig, ob dieser Staatsinterven-

tion im nationalen Rahmen der USA Erfolgsaussichten eingeräumt werden oder nicht, wären negative internationale Auswirkungen kaum zu verhindern. Selbst wenn die befürchtete internationale Bankenkrise zunächst vermieden werden könnte, käme es zu einer globalen Destabilisierung der internationalen Währungs- und Kreditbeziehungen.

Gefahren für das transnationale Bankensystem

Um diese Gefahren zu verdeutlichen, ist es notwendig, sowohl auf die gegenwärtige Funktionsweise des internationalen Kreditsystems als auch auf die veränderte Weltwirtschaftssituation aufgrund der steigenden Auslandsschulden der USA einzugehen.

Im Mittelpunkt des heutigen, internationalen Währungs- und Kreditsystems steht das transnationalisierte kapitalistische Bankensystem. Hunderte von Banken operieren ohne Staatsaufsicht und -einschränkungen in freien Bankzonen, die weltweit verteilt sind und in London, Luxemburg und neuerdings auch in New York ihre Hauptstützen haben. Ein Kreditvolumen von annähernd 2.5000 Mrd. US-Dollar (entspricht ungefähr dem vierfachen Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik Deutschland) wird in diesen freien Bankzonen abgewickelt, davon ungefähr 80% in Dollarwährung. Obwohl nur zwischen 30 und 40% dieses Kreditvolumens auf die Niederlassungen von US-Banken entfällt, spielt das Bankensystem der USA für die Banken anderer Nationalität eine zentrale Rolle. Über dieses Bankensystem, besonders über die Großbanken in New York wird nämlich der Zahlungsverkehr zwischen allen Banken dieser freien Bankzonen abgewickelt. Die Stabilität dieser Großbanken ist deshalb eine Grundvoraussetzung für die Funktionsfähigkeit des gegenwärtigen internationalen Kreditsystems, und jede Vertrauenserschütterung im US-Bankensystem würde sich automatisch auf die gesamten internationalen Währungs- und Kreditbeziehungen negativ auswirken.

Die Transnationalisierung des kapitalistischen Bankensystems führte zu einer enormen Ausdehnung sowohl der internationalen Forderungen als auch der internationalen Verbindlichkeiten von US-Banken. Bis 1982 konnte auf dieser Grundlage das internationale Kreditsystem stark expandieren. Das wachsende Einlagenvolumen von ausländischen Geldbesitzern wurde bis zu diesem Jahr von den Banken der USA dazu verwendet, die Kredite an Ausländer zu erhöhen. Ab 1982 veränderte sich diese Praxis grundlegend. Statt die steigenden ausländischen Einlagen zur Wiederausleihung an Ausländer zu verwenden, begannen die US-Banken, das entsprechende Geldkapital in den USA anzulegen, zum großen Teil in Staatspapieren. Die US-Banken leisteten hierdurch nicht nur einen entscheidenden Beitrag zur Finanzierung des riesigen Haushaltsbilanzdefizits der Regierung sondern auch zur Deckung der ab 1983 sprunghaft angestiegenen Handels- und Leistungsbilanzdefizite der USA.

Der drastische Rückgang des Wachstums internationaler Forderungen von US-Banken führte 1982 zur internationalen Kreditkrise, die viele Entwicklungsländer in die Zahlungsunfähigkeit trieb. Diese Länder sahen sich in diesem Jahr einerseits dem erhöhten Kreditbedarf gegenüber, weil die Weltwirtschaftsrezession ihre Exporteinnahmen geschmälert hatte und weil hohe Tilgungs- und Zinszahlungen fällig wurden. Statt einem erweiterten Kreditangebot standen sie aber wegen der Entwicklung in den USA einem stark verminderten Kreditangebot gegenüber. Sie waren deshalb nicht in der Lage, ihre fälligen Zahlungen zu refinanzieren und die hohen Handelsbilanzdefizite früherer Jahre zu decken, und wurden deshalb in eine Verschuldungskrise getrieben und zu den schon beschriebenen "Anpassungsmaßnahmen" gezwungen.

Darüberhinaus ist der durch die Banken vermittelte Kapitalimport in die USA aber auch zu einem Destabilisierungsfaktor des gesamten internationalen Währungs- und Kreditsystems geworden.

Die Umwandlung der USA von einer Gläubiger- in eine Schuldernation beschwört nämlich folgende konkrete Gefahren herauf.

1. Kommt der Kapitalimport in die USA zum Erliegen, dann wird nicht nur eine nicht-inflationäre Finanzierung der hohen Haushaltsdefizite, sondern auch die Finanzierung der enormen Handelsbilanzdefizite unmöglich sein. Die Folge wäre eine Weltwirtschaftsrezession oder, je nach dem Ausmaß der Finanzierungsschwierigkeiten sogar eine Welt-

wirtschaftsdepression, weil viele Nationen inzwischen stark von ihren Ausfuhren in die USA abhängig geworden sind.

2. Da die ungestörte Kapitaleinfuhr hohe Zinssätze in den USA voraussetzt, damit ausländische Geldbesitzer genügend Anreize zur Anlage ihres Geldkapitals in den USA haben, werden produktive Investitionen weltweit benachteiligt, womit sich die Stagnationstendenz der Weltwirtschaft verschärft. Die hohen Zinssätze und der entsprechende Kapitalimport in die USA führen aber zur Aufwertung des Dollars gegenüber anderen Währungen. Hierdurch verschlechtert sich die Wettbewerbsposition der US-Industrie, sodaß eine Korrektur der hohen Handelsbilanzdefizite ohne protektionistische Maßnahmen zugunsten der US-Industrie oder ohne eine Inlandsrezession in den USA kaum denkbar ist. Beide Entwicklungen drohen eine konfliktreiche Auflösung der gegenwärtigen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den entwickelten Industrieländern (d.h. zwischen den USA einerseits und Japan und der EG andererseits) auf die Tagesordnung der Weltpolitik zu setzen.

3. Schließlich werden auch alle Aussichten auf eine Verbesserung der Lage der Dritten Welt, auf eine Beendigung der Kapitalausfuhr aus dieser Weltregion und des Verelendungsprozesses breiter Volksmassen zunichte gemacht. Mittelfristig werden die hoch verschuldeten Länder daher entweder aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen nicht in der Lage sein, ihre Verpflichtungen gegenüber den Auslandsbanken zu zahlen und deshalb das gesamte internationale Bankensystem noch stärker als bisher erschüttern.

Die Entwicklung der internationalen Verschuldung (darunter auch die der USA) seit der Krise von 1982 hat also die Gefahren für das internationale Bankensystem potenziert und nicht gemildert. Eine Entschärfung dieser Gefahren wird deshalb grundlegende politische Entscheidungen erfordern.

Politische Voraussetzungen eines internationalen Schuldenerlasses

Befassen wir uns zunächst mit der Frage, wie eine Besserung der Situation der Entwicklungsländer erreicht werden könnte. Wesentliche Voraussetzung hierfür wäre ein Schuldenerlaß für die Dritte Welt. Nur wenn der Kapitalexport aus den Schuldnerländern beendet wird, bestehen Chancen für den Beginn eines neuen Entwicklungsprozesses, der auf der Grundlage von tiefgreifenden internen Gesellschaftsveränderungen die Anhebung des Lebensstandards von Hunderten von Millionen Menschen in dieser Weltregion möglich macht.

Ein Schuldenerlaß kann folgendes umfassen:

1. Teil- oder vollständiger Erlaß von Schulden gegenüber staatlichen und multilateralen Institutionen (IWF, Weltbank, BID, usw.) und gegenüber privaten Auslandsbanken;
2. Senkung der Zinssätze unter das Niveau des Marktes.

Im ersten Fall würden sich die jährlichen Zinszahlungen dadurch vermindern, daß die Höhe der Schulden geringer wird oder weil überhaupt keine Schulden mehr bestehen; im zweiten Fall wäre dies die Folge geringerer Zinssätze, ohne daß die Höhe der Schulden abnimmt. Als dritte Alternative wäre eine Kombination von 1. und 2. denkbar.

Jede dieser Schuldenerlaßmöglichkeiten würde die Gläubiger in verschiedener Weise und unterschiedlichem Umfang treffen. Der Erlaß von Tilgungszahlungen an ausländische Staaten würde je nach Umfang die nationalen Staatshaushalte stark belasten und die Kapitalsubstanz der betroffenen multilateralen oder privaten Institutionen mehr oder weniger aufzehren. Ein genereller Erlaß von Schulden gegenüber dem IWF oder der Weltbank (weniger als 10% der Gesamtverschuldung der Dritten Welt) wäre zwar ohne unmittelbare volkswirtschaftliche Verluste verbunden; er würde aber diese Institutionen funktionsunfähig machen, wenn ihre Mittel nicht gleichzeitig durch Neueinzahlungen der Industrieländer wieder aufgefüllt werden. Unter der Annahme, daß diese Institutionen eine positive Rolle in der Weltwirtschaft spielen, wären die mittel- und langfristigen Kosten dieses Schuldenerlasses relativ hoch. Unter der (zutreffenden) Annahme, daß ihre Rolle hinsichtlich der Dritten Welt historisch gesehen negative wirtschaftliche

Auswirkungen gehabt hat, wären davon vielleicht wirtschaftliche Vorteile zu erwarten.

Über den ökonomischen Kalkül hinaus wären aber auch die politischen Folgen des Zusammenbruchs der zwei wichtigsten Institutionen der währungs- und kreditpolitischen Zusammenarbeit zwischen den kapitalistischen Industrienationen und den Regierungen in der Dritten Welt zu berücksichtigen. Zwei wesentliche institutionelle Säulen der internationalen staatlichen Wirtschaftskooperation stünden nicht mehr zur Verfügung. Einerseits würde hierdurch die institutionelle Ordnung des ökonomischen Hegemonialsystems der USA geschwächt, was vordergründig die Voraussetzungen für eine stärkere Entfaltung der innerhalb dieses Hegemonialsystems als abhängige Staaten integrierten Gesellschaftsformationen schaffen könnte. Andererseits wären hiermit aber entscheidende Schranken einer internationalen Konfrontation zwischen rivalisierenden Volkswirtschaftsinteressen beseitigt. Regelrechte Handelskriege, von denen die schwächeren Länder nichts gutes zu erwarten haben, könnten dann kaum noch verhindert werden. Es liegt daher nicht im Interesse der Dritten Welt, eine derartige Entwicklung zu fördern.

Bei den Banken stellt sich die Lage nicht weniger kompliziert dar. Einerseits können private Banken unter den gegebenen Bedingungen von niemand veranlaßt werden, auf ihre Forderungen gegenüber den Ländern der Dritten Welt zu verzichten, wenn nicht gleichzeitig diese Forderungen "sozialisiert" werden. Außerdem würde eine massive Abschreibung der zweifelhaften Forderungen den Bankrott von nicht wenigen Banken bewirken. Besonders in den USA haben die nationalen Aufsichtsbehörden den Banken erlaubt, ihre zweifelhaften Forderungen als "gute" Kredite weiterzuführen. Da es nur in einigen Fällen zu einem "Run" gegen die entsprechenden Banken gekommen ist, (z.B. gegen die Continental Illinois Bank), ist der Eindruck entstanden, daß es sich hierbei um eine problemlose Manipulation der Bankbilanzen handelt. Die Lage ist deshalb "stabilisiert" worden, weil hinter der Toleranz der Aufsichtsbehörden ein staatliches Versprechen steht, jeder in Bedrängnis geratenen Bank zu Hilfe zu eilen. Im Falle einer globalen Krise ließe sich jedoch dieses Versprechen nicht halten. Viele Banken, besonders die Großbanken in den USA, würden dann enorme Verluste erleiden; einige müßten die Tore schließen, mit den bereits beschriebenen Folgen für die internationalen Währungs- und Kreditbeziehungen.

Angesichts dieser Probleme ist die Einberufung einer internationalen Konferenz, auf der ein Schuldenerlaß für die Dritte Welt zur Diskussion gestellt wird, nur denkbar, wenn eine der folgenden Situationen eintritt. Entweder kommt es zu einem Konsens zwischen den USA und ihren Hauptbündnispartnern (Westeuropa und Japan) darüber, daß die gegenwärtige Lage in der Dritten Welt und auf den internationalen Währungs- und Kreditmärkten unerträglich geworden ist und Abmachungen getroffen werden müssen, um einen weiteren Zerfall zu verhindern, um die Kosten untereinander aufzuteilen und um gleichzeitig die Grundlagen für eine neue Struktur der internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu schaffen. Oder die Weltwirtschaftslage verschärft sich und erzwingt eine koordinierte multilaterale Staatsintervention zugunsten der Schuldnerländer. Denkbar ist aber auch, daß unter dem Druck einer sich verschärfenden Krise die internationale Kooperation weitgehend eingestellt wird und die Regierungen nationalstaatliche "Abwehrmaßnahmen" ergreifen, was für einzelne Regierungen aus der Dritten Welt die Einstellung der Zinszahlungen bedeuten könnte.

Die Formulierung dieser Alternativen macht deutlich, daß eine konsensuale Lösung der gegenwärtigen Krise nur dann möglich ist, wenn die USA die Initiative ergreifen und eine internationale Schuldenkonferenz einberufen, auf der neben dem partiellen oder generellen Schuldenerlaß für die Dritte Welt eine globale Veränderung der Institutionen der Weltwirtschaft beschlossen wird.

Wenngleich diese Möglichkeit nicht als völlig unrealistisch zu beurteilen ist, gibt es keinen Anlaß, zu erwarten, daß die gegenwärtige Regierung der USA daran denkt, diesen Weg einzuschlagen. Einerseits haben die USA von der weltwirtschaftlichen Entwicklung seit dem Ausbruch der Verschuldungskrise stark profitieren können. Zwar hat sich die Verschuldung der USA im Ausland stark erhöht. Als einzige kapitalistische Nation haben aber die USA in den letzten Jahren einen Wirtschaftsboom gehabt, die Arbeitslosigkeit gesenkt und den internen Konsum stark ausgeweitet. Andererseits müßte

die US-Regierung bei einer konsensualen Überwindung der gegenwärtigen Krisensituation nicht nur gegenüber den Ländern der Dritten Welt Konzessionsbereitschaft zeigen, sondern wesentliche politische Veränderungen der gegenwärtigen Weltmarkt-, also auch Weltmachtstrukturen, in Kauf nehmen. In anderen Worten: Die USA müßten Einschränkungen ihrer weltweiten Entfaltungsmöglichkeiten hinnehmen, und dies beträfe konkret den Umfang ihrer Haushalts- und Handelsbilanzdefizite und die Rolle des US-Bankensystems. Eine "Schuldenkonferenz" müßte deshalb fast automatisch zu einer globalen Reform des internationalen Währungs- und Kreditsystems führen.

Die zweite Alternative setzt eine weitere Verschlechterung der internationalen Wirtschaftslage voraus, und dies ist keine unrealistische Alternative. Es kann mit guten Gründen angenommen werden, daß der anhaltende Kapitalexport aus den Schuldnerländern nicht nur die Exportmärkte der Industrieländer in der Dritten Welt ruinieren wird, sondern auch die Gefahren für die Banken und das gesamte internationale Kreditsystem erhöhen wird. Der Tag ist auch absehbar, an dem die Schuldnerländer entweder die Zinsen nicht mehr bezahlen können oder an dem die Bezahlung dieser Zinsen so große Opfer verursachen wird, daß eine globale Destabilisierung der betreffenden Staatssysteme eintritt. Der sozialen Agitation würden damit Tür und Tor geöffnet werden, was sich angesichts der aggressiven Interventionspolitik der USA in allen Regionen der Dritten Welt in einer Zuspitzung der internationalen Lage niederschlagen müßte.

Das Gespenst des Schuldnerkartells

Ist es deshalb nicht denkbar, daß die Initiative zu einer Schuldenkonferenz von den Schuldnerländern ausgeht, die ihren Forderungen durch Bildung eines "Schuldnerkartells" Nachdruck verleihen?

Obwohl in einschlägigen Presseorganen immer wieder die "Gefahr" eines Schuldnerkartells hervorgehoben wird, zeigt die Realität, daß die Schuldnerländer selbst keine konkrete Initiative in diese Richtung unternommen haben. Zwar haben sich die latein-amerikanischen Regierungen 1984 in Kolumbien auf die "Deklaration von Cartagena" einigen können, in der die dramatische Lage Lateinamerikas beschrieben und von den Gläubigern Zinssenkungen und langfristige Umschuldungsvereinbarungen gefordert werden. Diesem Treffen folgten jedoch keine konkreten Schritte zur Koordinierung der Umschuldungspolitiken lateinamerikanischer Länder untereinander.

Die Frage ist falsch gestellt, ob ein Schuldnerkartell Aussichten auf Erfolg hat oder nicht, ob also dieses Kartell von den ausländischen Gläubigern bessere Bedingungen erzwingen kann, als jedes Land in gesonderten Verhandlungen. Denn für die in den meisten Schuldnerländern herrschenden Oligarchien stellt sich diese Frage nicht in dieser Form. Ganz davon abgesehen, daß die Gläubiger sich im Falle eines solchen Kartells durchaus nicht passiv verhalten würden, wären die internen Folgen einer Verweigerung der Zahlungen an das Ausland für die herrschenden Schichten in den Schuldnerländern wahrscheinlich sehr viel schlimmer als die Folgen des gegenwärtigen "Krisenmanagements". Zu den Retorsionsmöglichkeiten der Gläubiger zählen nicht nur globale oder eingeschränkte Embargopolitik im Außenhandel und in den Finanzbeziehungen zu diesen Ländern. Die Gläubiger könnten sich in einem solchen Fall auch an die Väter der Bretton-Woods-Systems (dem US-amerikanischen White und dem Engländer Keynes) erinnern, die in den ursprünglichen Vereinbarungen vorgesehen hatten, private Kapitalübertragungen von Land zu Land zu überwachen und den jeweiligen Regierungen den direkten Zugriff zu den Anlagen von Ausländern zu gestatten. Allein diese Möglichkeit ist z.B. für die mexikanische Oligarchie, die in den letzten Jahren mehrere Dutzend Milliarden Dollar aus Mexiko herausgeschleppt und bei US-Banken deponiert hat, eine ausreichende Abschreckung, um nicht an die Bildung eines funktionsfähigen Schuldnerkartells zu denken. Völlig absurd wird die Vorstellung eines Schuldnerkartells, wenn man sich an ihm die Beteiligung des Diktators Pinochet, des Diktators Marcos oder von Hobutu aus Zaïre ausmalt. Die innenpolitischen Verhältnisse würden für diese Diktatoren, aber auch für andere Regierungen unerträglich werden, wenn sie durch Teilnahme an einem Schuldnerkartell die sie stützenden einheimischen Oligarchien der Gefahr einer Konfiszierung ihres Auslandsvermögens aussetzen würden.

Mit Pragmatismus Kurs auf eine Weltwirtschaftskrise

Daher: nicht eine internationale Schulden- und Währungskonferenz steht uns bevor, sondern die Fortführung der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik. Die zukünftige Weltwirtschaftsentwicklung wird deshalb entscheidend davon abhängen,

1. ob die USA die hohen Haushalts- und Handelsbilanzdefizite durch einen steigenden Kapitalimport finanzieren können, oder ob es der Regierung gelingt, diese Defizite zu vermindern, ohne eine inländische Rezession mit katastrophalen Folgen für den Welt-handel zu verursachen;
2. ob eine Senkung des hohen Zinsniveaus in den USA erreicht werden kann, ohne eine Bankenkrise in den USA auszulösen;
3. ob im Fall einer Rezession in den USA eine Dollar-, d.h. eine internationale Währungs- und Kreditkrise verhindert werden kann.

In anderen Aufsätzen (vgl. Frankfurter Rundschau vom 24. April 1985 und "Prokla", Heft 59) habe ich versucht, die Gründe zu nennen, weshalb für die kommenden Jahre mit einem zunehmenden Kapitalimport in die USA, daher mit anhaltend hohen internationalen Zinssätzen und einer weiteren Verschlechterung der Wettbewerbsposition der US-Ökonomie aufgrund des hohen Dollarwechselkurses gerechnet werden sollte. Die gegenwärtigen Krisentendenzen der Weltwirtschaft werden folglich nicht abgebaut, sondern auf stets höherer Ebene reproduziert werden. D.H., die gegenwärtige Instabilitäts- und Stagnationsphase wird noch lange anhalten, sodaß sich die Regierungen der großen Industrieländer des Westens zu "pragmatischen" Maßnahmen veranlaßt sehen werden, die die Staatsinterventionen innerhalb des internationalen Währungs-, Kredit- und Handelssystems stark erweitern. Auf monetärer Ebene werden sich diese Maßnahmen darauf konzentrieren, das gefährdete Bankensystem der USA und der freien Bankzonen durch "Staatsgarantien" und Staats- (d.h. Zentralbank-) kredite zu stützen. Im Bereich des Welthandels ist mit einem verstärkten protektionistischen Eingriff der USA zugunsten der einheimischen Produzenten in Form von bilateralen "Beschränkungsabkommen" und nicht-tarifären Handelshemmnissen zu rechnen. Folglich wird sich auch die Situation der Entwicklungsländer nicht bessern können. Auf die Regierungen dieser Länder wird vor allem seitens der USA der Druck stärker werden, damit sie die "Anpassungsmaßnahmen" konsequent fortführen, alle Lasten der Krise auf die armen und machtlosen Bevölkerungsschichten abwälzen und die Ressourcen freistellen für die Bezahlung stets steigender Zinssummen. Der Internationale Währungsfond und die Weltbank werden sich folglich weiterhin für eine rezessive Politik in den Schuldnerländern einsetzen.

In anderen Worten: Mit "pragmatischen" Maßnahmen werden aller Voraussicht nach die konservativen Regierungen der westlichen Industrieländer die Weltwirtschaft in eine globale Krise abdriften lassen. Man kann diesen Regierungen selbstverständlich nicht ein Interesse an einer solchen Krise unterstellen. Bedeutsamer ist die Tatsache, daß eine Korrektur der gegenwärtigen Krisensituation nur dann eintreten kann, wenn die USA unter einen massiven Druck gestellt werden, und wenn sich besonders die westeuropäischen Regierungen als fähig erweisen, die nötigen Reformen des internationalen Kredit- und Währungssystems durchzuführen, und eine grundlegende soziale Veränderung in den Entwicklungsländern zu unterstützen, die Ressourcen zur Überwindung der katastrophalen Lage der Dritten Welt bereitzustellen, auch wenn hiermit eine Konfrontation mit den USA verbunden ist. Da jedoch bisher in Europa keine derartige Initiative sichtbar ist, sollten die fortschrittlichen Kräfte unserer Gesellschaft sich darauf vorbereiten, ein "Management" der kommenden Krise durch reaktionäre Kräfte zu verhindern, den angeblichen Sachzwang unsozialer Maßnahmen zu entlarven und national sowie international konsensfähige Alternativen zu formulieren.

7. FINANZ-, WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSPOLITISCHE BEGRIFFE

Abwertung: Eine der Hauptforderungen im Rahmen von IWF-Bereitschaftskreditabkommen. Durch eine A. verbilligt sich die Landeswährung gegenüber den Auslandswährungen. Importe werden "teurer" und Exporte werden "billiger".

Anpassung: Vom IWF vertretene Auffassung, nach der sich die EL Veränderungen auf dem Weltmarkt (externe Schocks wie etwa der Erdölpreiserhöhung) durch internen Strukturwandel in der Produktion und in der Nachfrage, der vor allem die Exportproduktion erhöht und die interne Konsumquote senkt, "anzupassen" haben.

Austeritätspolitik: meint die Stabilisierungs- und Sanierungspolitik des IWF. Sie richtet sich nach den Vorstellungen des IWF und bedeutet für die Entwicklungsländer: Kürzung der Staatsausgaben, Lohnkontrolle, Kreditkürzungen etc. Ziel ist es im weiteren, durch eine Abwertung der Landeswährung Wirtschaftswachstum und Importe zu drosseln und so das Zahlungsdefizit zu beseitigen.

Bereitschaftskredit-Abkommen (stand-by): Kreditabkommen eines Mitgliedslandes mit dem IWF, in dem sich das Mitglied zur Durchführung eines Austeritätsprogrammes verpflichtet und dafür einen Kredit erhält. Bei Nichterfüllung kann und wird der Kredit ausgesetzt werden.

BID- Interamerikanische Entwicklungsbank: Ziel der BID ist die "Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der lateinamerikanischen Länder". Die BID ist die Hauptfinanzierungsquelle für auswärtige öffentliche Finanzierungen in Lateinamerika. Seit 1976 zählen auch nicht-amerikanische Länder zu den Mitgliedern der BID.

BIZ- Bank für Internationalen Zahlungsausgleich: Sie dient den westlichen Notenbanken zu Kooperationszwecken und ermöglicht eine gemeinsame Kreditvergabepolitik. Die BIZ stellte schon in mehreren Fällen Übergangskredite zur Verfügung, bis sich IWF und andere Gläubiger über neue Kredite geeinigt hatten.

Bretton-Woods-System: 1944/45 etabliertes Weltwährungssystem mit (relativ) festen Wechselkursen, das durch den IWF kontrolliert wird.

Club von Paris: setzt sich aus Vertretern der Gläubigerregierungen, des IWF, der Weltbank und des Schuldnerlandes zusammen. Dieses in Paris nach Bedarf zusammentreffende Gremium verhandelt über Umschuldungen und Tilgungsbedingungen. Voraussetzung hierfür ist eine Einigung zwischen Schuldnerland und dem IWF über ein Bereitschaftskredit-Abkommen.

Direktinvestitionen: Darunter versteht man die Unternehmensgründung oder den Erwerb von Beteiligung ab 25% des Kapitals durch Ausländer. Zwischen 1970 und 1980 ist in den Entwicklungsländern eine durchschnittliche Steigerungsrate bei Direktinvestitionen von 28% zu verzeichnen.

Fazilität: meint die Möglichkeit, beim IWF direkt einen Kredit zu bekommen. Im herkömmlichen Bankwesen ist die Fazilität mit einem Überziehungskredit vergleichbar.

Handelsbilanz: Gegenüberstellung von Ein- und Ausfuhrwerten. Positive H. bedeutet den Zufluß an Devisen, negative H. bedeutet Abfluß von Devisen, also Schulden. Langfristig besteht ein Druck, Ein- und Ausfuhr anzugleichen.

Internationaler Währungsfond (IWF): währungspolitische Institution, die auf der Basis von Einlagen der Mitgliedsstaaten Kredite an die Mitgliedsstaaten gibt, die Zahlungsbilanzdefizite haben. Von einem bestimmten Umfang an sind diese Kredite an Auflagen für die Wirtschaftspolitik des Landes geknüpft (Konditionalität).

Kredit: (oder Darlehen). Leihweise Überlassung einer Geldsumme. Der Kreditnehmer (=Schuldner) hat dem Kreditgeber (=Gläubiger) dafür einen Zins zu zahlen. Öffentliche Kredite umfassen die Entwicklungshilfe (mit Schenkungselement) und die bi- und multilateralen Kredite. Die Privatkredite unterteilen sich in sog. Lieferantenkredite (die Lieferung von Waren muß erst später bezahlt werden) und Kredite vom Kapitalmarkt (Banken).

Monetarismus: (monetaristisch, monetär) wirtschaftspolitische Schule, die in der Geldpolitik das wichtigste Instrument sieht, zunächst die Inflation bekämpft und vor allem das volkswirtschaftliche Angebot fördern will (Exponent: Milton Friedman)

Protektionismus: Eine Handelsbilanz, die die gesamte Binnenwirtschaft oder Teilsbereiche davon gegen ausländische Konkurrenten schützt, z.B. durch Zölle, Kontingente, Einfuhrverbote etc.

Schuldendienstquote: Verhältnis des Schuldendienstes zu den Deviseneinnahmen eines Landes (in erster Linie Exporterlöse).

Schuldenerlaß: Auf Drängen der Entwicklungsländer haben sich einige Industrieländer zu einem Schuldenerlaß, d.h. der Umwandlung von Darlehen in Zuschüsse für die ärmsten Entwicklungsländer entschlossen. Die BRD verzichtete bis Ende 1982 bei 18 Entwicklungsländern auf Tilgung und Zinsen in Höhe von rd. 3,5 Mrd. DM.

Sonderziehungsrechte: Zu den wichtigsten Funktionen des Internationalen Währungsfonds gehören die Möglichkeiten, seinen Mitgliedern kurz- und mittelfristige Kredite zur Überwindung zeitweiliger Zahlungsbilanzschwierigkeiten zur Verfügung zu stellen. Die Höhe der Kreditlinie, d.h. der Möglichkeit, Kredite zu erhalten (Ziehungsrechte genannt), hängt von der Kapitaleinzahlung des jeweiligen Mitgliedsstaates ab.

Seit 1969 gibt es außerdem sogenannte "Sonderziehungsrechte", d.h. zusätzliche Kreditmöglichkeiten, z.B. für

- Staaten, die wegen starker Einnahmerückgänge (verursacht durch Naturkatastrophen oder plötzlichem Preisverfall der Hauptexportware) in Finanzschwierigkeiten geraten sind (Monokultur/Monostruktur).

- Staaten, die durch Anhebung der Erdölpreise in Außenhandelsprobleme geraten.

Transfer: Übertragung von Geld oder Kapital ins Ausland.

Terms of Trade: (reales Austauschverhältnis) Verhältnis zwischen in gleicher Währungseinheit ausgedrückten Preisen von Einfuhr- und Ausfuhr Gütern. Die Verschlechterung dieses Verhältnisses für die Entwicklungsländer ist durch den Umstand bedingt, daß Rohstoffpreise der Dritte-Welt-Länder weniger stark ansteigen wie die Preise der von den Industrieländern erzeugten Fertigwaren.

Umschuldung: Verschiebung von Fälligkeiten für Kredite auf spätere Zeiträume. Kommt somit einer neuen Kreditvergabe gleich. Häufig werden noch die Zinshöhe gesenkt und einige tilgungsfreie Jahre vereinbart.

Verschuldung: das "Machen" oder der Umfang von Schulden eines Landes entweder bei anderen Ländern, internationalen Institutionen, z.B. dem IWF oder am Euromarkt.

Währungsreserven: Internationale Zahlungstitel in der Verfügbarkeit der einzelnen Notenbanken oder Regierungen. Dazu zählen Sonderziehungsrechte, Gold und Devisen (US-Dollar, Pfund, DM, Francs, Franken, Gulden, Yen).

Weltbank (-Gruppe): Die Weltbank-Gruppe ist eine der wichtigsten Einrichtungen der multilateralen Kapitalhilfe. Zur Weltbank-Gruppe gehört die Weltbank (IBRD), die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) und die Internationale Finanzkooperation (IFC). Die Weltbank beschafft sich den Hauptanteil ihres Fonds auf den Weltkapitalmärkten und vergibt langfristige Darlehen zur wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Mitgliedsstaaten zu marktüblichen Zinsen. Die IDA bietet den ärmeren Mitgliedsstaaten der Weltbank-Gruppe Kredite zu nichtkommerziellen, d.h. wesentlich günstigeren Bedingungen mit langer Laufzeit. Die IFC fördert die Initiativen produktiver privater Unternehmen in ihren Mitgliedsstaaten. Die Industrieländer besitzen ebenso wie im IWF die Stimmenv Mehrheit in der Weltbank.

Zahlungsbilanzdefizit: Folge höherer (=teurerer) Importe als Exporte

8. WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Betz (Hg.): Verschuldungskrisen in Entwicklungsländern, München, Köln, London 1983
Bremen - Schlüssel zur Dritten Welt. Bremen 1984
- Datta, A.: Welthandel und Welthunger, München 1984
- Dauderstädt, M.: Wie lang ist die lange Bank? Private Kredite an Entwicklungsländer, Bonn 1983
- Die Weltwirtschaft 1983, Heft 2: Berichte des Kieler Weltwirtschaftsinstituts, Kiel (erscheint halbjährlich)
- epd-Entwicklungspolitik: Dokumentation Nr. 11/1981 (Weltwährungsprobleme), Frankfurt
- Finanzierung & Entwicklung: fortflf. (Vierteljahresschrift des IWF und der Weltbank, kostenlos)
- Fröbel / Heinrichs / Kreye: Die neue internationale Arbeitsteilung, Reinbek 1983
- Fröbel / Heinrichs / Kreye: Krisen in der kapitalistischen Weltökonomie, Reinbek 1981
- Fürst, E. / Hess, E. / Jäger, E. / Strubelt, S.: Nicaragua: Aufbruch in Abhängigkeiten - Fünf Jahre Sandinistische Wirtschaftspolitik, Wuppertal 1985
- Gampert, A.: Die Auseinandersetzung um die Entwicklungshilfe der BRD für Nicaragua, Nahua-Script Nr. 3, Wuppertal 1984
- Gerster, R.: Fallstricke der Verschuldung. Der Internationale Währungsfond und die Entwicklungsländer, Basel 1982
- George, S.: Warum die Hungernden die Satten ernähren, Göttingen 1984
- Galeano, E.: Die offenen Adern Lateinamerikas, Wuppertal 1980
- Hellmann, R.: Weltwirtschaftsgipfel wozu?, Baden-Baden 1982
- Horowitz, D.: Kalter Krieg - Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam, Berlin 1969
- Körner, P. U.a.: Im Teufelskreis der Verschuldung; Der Internationale Währungsfond und die Dritte Welt, Hamburg 1984
- Massarat, M.: Weltenergieproduktion und Neuordnung der Weltwirtschaft, Göttingen 1980
- Mandel, E.: Amerika und Europa, Widersprüche des Imperialismus, Reinbek 1982
- Nord-Süd-Kommission: Das Überleben sichern. Gemeinsame Interessen der Industrie- und der Entwicklungsländer, Köln 1980 (darin bes. Kap. 13 - 15)
- Nord-Süd-Kommission: Hilfe in der Weltkrise - ein Sofortprogramm, Reinbek 1983
- Nohlen, D. (Hg.): Lexikon Dritte Welt, Reinbek 1984
- Schäfer, H.B. (Hg.): Gefährdete Weltfinanzen. Verschuldungsproblematik und internationale Finanzpolitik, Bonn 1980
- Sampson, A.: Die Geldverleiher, Reinbek 1983
- Senghaas, D. (Hg.): Peripherer Kapitalismus, Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung, Frankfurt / M. 1974
- Senghaas, D. (Hg.): Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion, Frankfurt / M. 1972
- Schubert, A.: Erdöl - die Macht des Mangels, Berlin 1982
- Tetzlaff, R.: Die Weltbank: Machtinstrument der USA oder Hilfe für die Entwicklungsländer?, München, London 1980
- Schwarzbuch Hamburg-Dritte Welt: Hamburg, Mai 1983
(Bezug über Susanne Schmidt, Turner Str. 7, 2000 Hamburg 6)
- Shoup, L.H./ Minter, W.: Kulissenschieber e.V., the council on foreign relations, Bremen 1981
- Unterdrückung, Hunger, Krieg - die Folgen imperialistischer Politik: Materialien gegen den WWG vom 2. bis 4. Mai in Bonn, Göttingen 1985
- Werle, R.: Modell Türkei: Ein Land wird kaputt saniert, Hamburg 1983
- Weltwirtschaftskrise in "Peripherie", Berlin 1984
- Weltentwicklungsbericht 1983: Berichte der Weltbank, Bonn 1983

1. Auflage 1985. Format A4. 64 Seiten. DM 7,50

nahua script 8

Entwicklungspolitisches Symposium "El Salvador und Nicaragua im Vergleich"

Nicht-staatliche Hilfswerke debattieren
die Politik der Bundesregierung zu Mittelamerika

Die Diskussion über die mittelamerikanischen Länder Nicaragua und El Salvador ist in den letzten Jahren ein zentraler Punkt in der entwicklungspolitischen Debatte in der Bundesrepublik gewesen. Durch das Symposium "El Salvador und Nicaragua im Vergleich" wollten die nicht-staatlichen Hilfswerke in dieser Debatte einen neuen entwicklungspolitisch ausgerichteten Akzent setzen. Den Hintergrund dieses Engagements bildet ihre Erfahrung mit Projektarbeit in beiden Ländern.

Die in diesem Reader zusammengefaßten Ergebnisse des Symposiums sollen ein Anstoß dazu sein, daß in der weiteren Diskussion über Mittelamerika trotz der klaren politischen Konfrontationslinien das eigentliche Feld dieser Auseinandersetzung, die Entwicklungspolitik, nicht aus dem Auge verloren geht.

Eine Absicht für die Durchführung des Symposiums war es, auch die aktuelle Diskussion mit der Bundesregierung auf sachlicher Ebene fortzuführen. Leider ist Bundesminister Warnke dieser direkten Diskussion einmal mehr ausgewichen. Für die Veranstalter ist dies Indiz dafür, daß der Entwicklungshilfeminister seine Politik in Mittelamerika Experten und Praktikern gegenüber nicht mit entwicklungspolitischen Grundsätzen begründen kann.

Alle nicht-staatlichen, auch die kirchlichen Hilfsorganisationen sprachen sich für eine verstärkte Hilfe für Nicaragua aus. Dieses Land stellt, aus der Projekterfahrung der Veranstalter betrachtet, ein alternatives Entwicklungsmodell dar, in dem gerade die Partizipation der Bevölkerung an den Projekten gewährleistet ist. Für die Wiederaufnahme der staatlichen Entwicklungshilfe für El Salvador gibt es aus Sicht der Nicht-Regierungsorganisationen keine Kriterien aus der Entwicklungshilfepraxis. Im Gegenteil, diese Organisationen haben selbst schlechte Erfahrungen gemacht: gerade Projekte, die erwirklicht, sind Opfer des Terrors der Paramilitärs und Regierungstruppen in El Salvador geworden.

Edition Nahua